

Gefördert durch:



Bundesministerium
der Justiz

DEUTSCHE STIFTUNG FÜR
INTERNATIONALE RECHTLICHE
ZUSAMMENARBEIT E.V.



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Jahresbericht Annual Report 2023



Gefördert durch:



Bundesministerium
der Justiz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

DEUTSCHE STIFTUNG FÜR
INTERNATIONALE RECHTLICHE
ZUSAMMENARBEIT E.V.



Jahresbericht Annual Report

2023

4	Geleitwort	4	Preface
6	Grußwort	6	Welcome address
8	Vorwort	8	Foreword
10	IRZ in Zahlen	10	IRZ in numbers
14	IRZ im Überblick	14	IRZ in brief
18	Finanzierungsarten	18	Financing methods
23	Medien (Auswahl)	23	Media (Selection)
26	Partnerstaaten der IRZ	26	Partner states of IRZ
28	Ägypten	28	Egypt
29	Albanien	29	Albania
33	Algerien	33	Algeria
36	Armenien	36	Armenia
40	Bosnien und Herzegowina	40	Bosnia and Herzegovina
44	Georgien	44	Georgia
49	Jordanien	49	Jordan
53	Kasachstan	53	Kazakhstan
56	Kosovo	56	Kosovo
61	Marokko	61	Morocco
63	Mauretanien	63	Mauritania
65	Moldau	65	Moldova
68	Montenegro	68	Montenegro
70	Nordmazedonien	70	North Macedonia
73	Sambia	73	Zambia
75	Senegal	75	Senegal
77	Serbien	77	Serbia
81	Tunesien	81	Tunisia
85	Ukraine	85	Ukraine
89	Usbekistan	89	Uzbekistan
92	Vietnam	92	Vietnam
96	Bilaterales Projekt	96	Bilateral Project
98	Multilaterale Programme	98	Multilateral Programmes
105	Das Vereinsjahr 2023	105	The 2023 Business Year
107	Kuratorium der IRZ	107	Board of Trustees of IRZ
108	Beirat	108	Advisory Council
109	Vorstand und Mitglieder	109	Board and Members
110	Organigramm	110	Organigramme
114	Satzung	114	Statutes
123	Impressum	123	Imprint



Beim Treffen der BRICS-Staaten im August letzten Jahres in Südafrika fehlte jemand: Wladimir Putin war nur per Video zugeschaltet. Der Grund wurde nicht genannt und war doch allen klar: Wäre Putin nach Südafrika gereist, hätten ihn die südafrikanischen Behörden verhaften müssen. Südafrika gehört zu den Ländern, die das Abkommen zum Internationalen Strafgerichtshof unterzeichnet haben. Und eben dieser Strafgerichtshof hatte einen Haftbefehl gegen Putin ausgestellt. Putins Fernbleiben zeigt: Selbst der größte autokratische Rechtsverächter fürchtet sich vor dem Recht. Das sollte alle ermutigen, die für die Prinzipien des Rechtsstaats eintreten: für die Herrschaft des Rechts, für Freiheit und für Demokratie.

Die IRZ steht dafür ein seit über 30 Jahren, zuverlässig und erfolgreich, so auch im Jahr 2023. Ihre Arbeit führt vor Augen, dass internationale Rechtspolitik ein bedeutender, ja ein wesentlicher Teil im Bereich der internationalen Beziehungen ist.

Dazu zählt etwa die rechtspolitische Unterstützung von Ukraine, Moldau und Georgien, die 2023 im Zentrum der rechtspolitischen Arbeit der IRZ stand. Die IRZ leistete Hilfe bei der EU-Rechtsangleichung, bei notwendigen rechtlichen Reformen und bei der Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und organisierter Kriminalität. Dass die Europäische Union am 14. Dezember 2023 die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau beschlossen und Georgien den EU-Beitrittskandidatenstatus verliehen hat, verdankt sich auch dieser Unterstützung. Die IRZ hat dazu beigetragen, dass entscheidende Reformschritte unternommen wurden. Das Engagement für reformorientierte EU-Beitrittskandidaten, insbesondere die Ukraine und Moldau, soll im kommenden Jahr weitergeführt und intensiviert werden. Das ist nicht nur gut für diese Länder, es ist auch ein wichtiges Zeichen: Wer sich frei entscheiden kann, entscheidet sich für Recht, Freiheit und Demokratie Europas und nicht für den autokratischen Mafiastaat Putins.

Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine prägte auch

One participant was conspicuously absent from the BRICS summit held last August in South Africa: Vladimir Putin attended only via video link. No reason was given, but it was common knowledge that if Putin had travelled to South Africa, the country's authorities would have been obliged to arrest him. South Africa is a signatory to the Rome Statute of the International Criminal Court – the same court that has issued an arrest warrant against the Russian president. Putin's absence shows that even an autocrat who holds the law in the utmost contempt must nevertheless fear it. This should be a source of encouragement to all who stand up for the principles of the constitutional state: for the rule of law, for freedom, and for democracy.

IRZ has been steadfastly and successfully upholding these ideals for over 30 years – and 2023 was no exception. The Foundation's work showcases the important, indeed central role played by international legal policy in the field of international relations.

This includes legal policy support for Ukraine, Moldova and Georgia – a key pillar of IRZ's efforts in 2023. The assistance provided by IRZ focused on alignment with EU law, necessary legal reforms and the fight against corruption, money laundering and organised crime. The decision by the European Union on 14 December 2023 to open accession negotiations with Ukraine and Moldova and grant Georgia candidate status owes much to this support. The IRZ has been instrumental in bringing about vital reforms. Commitment to reform-oriented EU accession candidates, in particular Ukraine and Moldova, will be continued and intensified in the coming year. Aside from benefiting the countries concerned, this also sends an important message: those who are empowered to choose freely choose the law, freedom and democracy offered by Europe – and not Putin's autocratic mafia state.

Like the year before it, 2023 was also marked by Russia's illegal war of aggression against Ukraine. Here too, IRZ was on hand to offer its support,

das Jahr 2023. Und auch hier stand die IRZ der Ukraine helfend zur Seite. Unter anderem organisierte sie in Berlin einen fünftägigen Arbeitsbesuch einer Delegation der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft und des ukrainischen Justizministeriums zum Thema Völkerstrafrecht und Ermittlung von Kriegsverbrechen. Denn auch das gehört zur Rechtsstaatlichkeit dazu: Selbst wenn die Waffen sprechen, schweigt das Recht nicht.

Die rechtsstaatliche Stabilisierung in den zentralasiatischen Partnerstaaten Kasachstan und Usbekistan bildete einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit der IRZ im letzten Jahr. Und es ist eine gute Nachricht, dass sich die Botschaft von Recht, Freiheit und Demokratie nicht nur bis an die Grenzen Russlands, sondern auch Chinas ausbreitet.

Dass 2023 die Zusammenarbeit insbesondere mit Sambia verfestigt wurde, spricht für den weiten Blick der IRZ, der sich auch auf Länder abseits des großen medialen Interesses erstreckt, und es belegt das grundsätzliche Anliegen der IRZ: den Menschen die Möglichkeit zu geben, ihr Leben selbstbestimmt zu verbessern.

Dr. Frauke Bachler hat diese wichtige Institution fünf Jahre lang als Hauptgeschäftsführerin geleitet. Dafür danke ich ihr ganz herzlich. Turnusmäßig hat sie Ende des letzten Jahres die IRZ verlassen. Mit Alexandra Albrecht hat sich eine hochkompetente Nachfolgerin gefunden, die die IRZ bereits lange kennt. Bei ihrer wichtigen Arbeit wünsche ich ihr alles Gute und viel Erfolg!



Dr. Marco Buschmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesminister der Justiz

organising – among other events – a five-day working visit to Berlin on the topic of international criminal law and investigation of war crimes for a delegation from the Ukrainian public prosecution office and justice ministry. Because this too is a fundamental principle of the rule of law: even in times of war, the law refuses to be silenced.

Efforts to stabilise the rule of law in the Central Asian partner states Kazakhstan and Uzbekistan were another key element of IRZ's work in the last year. It is heartening news that the message of law, freedom and democracy is reaching not just the borders of Russia, but those of China too.

The Foundation's redoubled cooperation with Zambia in particular in 2023 is a testament to IRZ's broad scope of action, which is by no means limited to countries in the media spotlight, and its fundamental objective of empowering people to autonomously improve their own circumstances.

Dr Frauke Bachler headed this important institution for five years as General Director. For this, she has my sincerest thanks. Her time at IRZ concluded at the end of last year. In Alexandra Albrecht, she has found a highly competent successor who is well acquainted with IRZ. I wish her all the best and every success in the vital tasks ahead.



Dr Marco Buschmann
Member of the German Bundestag
Federal Minister of Justice



Kriege, Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und damit verbundene Menschenrechtsverletzungen sind dringende Probleme, die das Weltgeschehen auch 2023 prägten. Der russische Angriff gegen die Ukraine und seit Oktober 2023 der Krieg im Nahen Osten führen uns vor Augen, dass Stabilität und Frieden nicht selbstverständlich sind.

Die Geschichte lehrt uns erneut: Für langfristigen Frieden braucht es rechtsstaatliche Strukturen, die Achtung und einen effektiven Schutz der Menschenrechte ermöglichen. Sie sind die Basis des Rechtsstaats und damit wichtig für innerstaatliche und regionale Stabilität. Diesen Themen die dringend notwendige Geltung zu verschaffen ist eine übergreifende Aufgabe, der sich die IRZ seit über 30 Jahren intensiv und umfassend widmet.

Wir danken dem Deutschen Bundestag für die Sondermittel zur Zusammenarbeit mit der Ukraine, der Republik Moldau und auch mit Georgien. Dies hat der IRZ eine noch konzentriertere und nachhaltigere Zusammenarbeit insbesondere mit der Ukraine und mit der Republik Moldau ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund besuchte im August 2023 eine 15-köpfige Delegation von Justizvertreterinnen und Justizvertretern aus den genannten drei Partnerstaaten – so unter anderem der ukrainische stellvertretende Justizminister Oleksandr Banchuk – Deutschland. Den Teilnehmenden aus allen drei Partnerstaaten konnte die IRZ – gemeinsam mit dem niedersächsischen Justizministerium und dem Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen – Arbeitstagungen zu Fragen der Unabhängigkeit der Justiz und der Korruptionsbekämpfung ermöglichen. Die rheinland-pfälzische Verwaltungsgerichtsbarkeit hat erneut ihre Gerichtstore für Fachkolloquien mit ukrainischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichtern geöffnet. Dies zeigt eindrucksvoll, wie wichtig und effektiv die Zusammenarbeit der IRZ mit den Landesjustizverwaltungen ist – ihnen gilt an dieser Stelle unser besonderer Dank.

In diesem trilateralen Kontext fand auch die VI. Konferenz der parlamentarischen Rechtsausschüsse am 21. und 22. September 2023 mit rund 50 Teilnehmenden in Berlin statt, ausgerichtet vom Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags und der IRZ und in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium der Justiz. Aus den teilnehmenden Partnerstaaten wurden Parlamentsabgeordnete eingeladen, die dem jeweiligen Rechtsausschuss oder EU-Integrationsausschuss angehören. Im Zentrum des Programms standen die Themenschwerpunkte „EU-Harmonisierung, parlamentarische Verfahren, Korruptionsprävention und Unabhängigkeit der Justiz“. Abgeordnete des Deutschen Bundestags und deutsche Expertinnen und Experten gestalteten die Moderation und Fachreferate, darunter viele Mitglieder der IRZ. Allen teilnehmenden Abgeordneten, dem

In 2023, world events were once again dominated by urgent problems such as war, attacks on democracy, threats to the rule of law, and related violations of human rights. Russia's invasion of Ukraine and, since last October, the conflict in the Middle East are stark reminders of the fact that peace and stability can never be taken for granted.

History has taught us that in order for peace to be preserved over the long term, rule-of-law structures must be in place that allow human rights to be properly observed and effectively protected. These structures are the foundation upon which the rule of law is built. As such, they are important for domestic and regional stability. For over 30 years, IRZ has dedicated itself to the overarching mission of ensuring that such issues receive the attention they urgently require.

We would like to thank the German Bundestag for the special funding for cooperation with Ukraine, the Republic of Moldova and Georgia. This has enabled IRZ to focus on even more concentrated and sustainable cooperation, particularly with Ukraine and the Republic of Moldova.

In this context, a 15-strong delegation of justice representatives from the three aforementioned partner states – including Ukraine's Deputy Minister of Justice Oleksandr Banchuk – visited Germany in August 2023. IRZ – in collaboration with the Justice Ministries of Lower Saxony and North Rhine-Westphalia – was able to lay on workshops addressing the independence of the judiciary and the fight against corruption for the visitors from all three partner states. Furthermore, the administrative courts of Rhineland-Palatinate once again opened their doors to host symposia for administrative judges from Ukraine. These examples illustrate the importance and effectiveness of the collaboration between IRZ and the Land justice administrations – let me take this opportunity to say how grateful we are to them.

This trilateral constellation was also behind the Sixth Conference of the Parliamentary Legal Affairs Committees, which was held in Berlin on the 21st and 22nd of September 2023 for around 50 participants. It was organised by the Bundestag Committee on Legal Affairs, together with IRZ, in close cooperation with the Federal Ministry of Justice. It was attended by MPs from the participating partner states who sit on their respective committees for legal affairs or EU integration. The programme centred on the topics of EU harmonisation, the parliamentary process, the fight against corruption and the independence of the judiciary. German MPs and experts – including a number of IRZ members – moderated the discussions and gave presentations. I would like to thank all the participating MPs, the Committee on Legal Affairs and everyone involved for taking part in this important conference on legal policy.

Rechtsausschuss und allen Beteiligten sei für ihre Mitwirkung an dieser wichtigen Fachkonferenz auf rechtspolitischer Ebene herzlich gedankt.

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges sind auch die IRZ-Partnerstaaten Kasachstan und Usbekistan verstärkt in den Fokus gerückt, auch der Rechtsstaatsdialog mit Vietnam genießt besondere Beachtung. Die Zusammenarbeit mit den IRZ-Partnerstaaten in Afrika und im Nahen Osten wird dabei nicht vernachlässigt, was unter anderem das Ende 2022 mit dem jordanischen Justizministerium abgeschlossene Kooperationsabkommen zeigt.

Ein investitionsfreundliches Klima ist undenkbar ohne stabile rechtsstaatliche Strukturen. Deshalb widmet sich die IRZ auch der Frage der Verbesserung von Investitionsbedingungen und sensiblen Themen wie der Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche. Die IRZ kann hier auf die Unterstützung ihres Beirats „Recht und wirtschaftliche Transformation“ und der Wirtschaft zählen.

Nichts ist so beständig wie der Wandel. So verließ 2023 turnusmäßig die bisherige Hautgeschäftsführerin, Dr. Frauke Bachler, die IRZ, die sie mit großem Engagement fünf Jahre geleitet hat. Ich bedanke mich im Namen aller Kuratoriums- und Vereinsmitglieder bei Frau Dr. Bachler für ihren Einsatz – zugleich freue ich mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Alexandra Albrecht, die im Januar 2024 die Hauptgeschäftsführung der IRZ übernahm. Als langjährige Referatsleiterin im Bundesministerium der Justiz bringt Frau Albrecht große Fachkompetenz mit und ist zudem mit der Arbeit der IRZ bestens vertraut. Sie ist für unsere Tätigkeit eine große Bereicherung, wir bedanken uns bei ihr, dass sie diese herausfordernde Aufgabe angenommen hat. Auch allen Kolleginnen und Kollegen in der IRZ, die mit dem nötigen Fingerspitzengefühl für eine optimale Umsetzung der herausfordernden Aufgaben sorgen, gilt mein besonderer Dank.

Die IRZ setzt im Rahmen ihres Auftrags viele notwendige und wichtige Projekte um und verfolgt dabei stets das Ziel, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und ein investitionsfreundliches Klima nachhaltig voranzubringen. Die aktuellen Konflikte weltweit zeigen: Die Arbeit der IRZ wird dringend gebraucht, ihr Engagement ist wichtiger denn je und verdient unsere Förderung!



Benjamin Strasser, Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz
Präsident des Kuratoriums

Against the backdrop of Russia's war of aggression against Ukraine, the spotlight is increasingly falling on the IRZ partner states Kazakhstan and Uzbekistan, while special attention is also being devoted to the Rule of Law Dialogue with Vietnam. Cooperation with IRZ partner states in Africa and the Middle East is not being neglected either, as demonstrated by the conclusion of a cooperation agreement with the Jordanian Ministry of Justice at the end of 2022.

Without stable structures to uphold the rule of law, an investment-friendly environment is unthinkable. This is why IRZ is also addressing the question of how investment conditions can be improved, while also looking at sensitive issues such as how to tackle corruption and money laundering. IRZ can draw here on support from its Advisory Council for Law and Economic Transformation as well as from the business community.

Nothing is more constant than change itself. After heading IRZ with tremendous dedication for five years, Dr Frauke Bachler's time as General Director drew to a close in 2023. On behalf of the Board of Trustees and the Association, I would like to thank Dr Bachler for everything she has done. At the same time, I am very much looking forward to working with Alexandra Albrecht, who took over as Director General in January 2024. Having worked for many years as head of division in the Federal Ministry of Justice, Ms. Albrecht brings great depth of expertise and is also deeply familiar with the work of IRZ. She is a major addition to the organisation and we are extremely grateful to her for taking on this challenging task. Special thanks also go to the entire team at IRZ who ensure that the demanding tasks are carried out with the necessary sensitivity.

In carrying out numerous important and necessary projects, IRZ always pursues the goal of strengthening the rule of law, human rights and an investment-friendly environment on a sustainable basis. As is clearly demonstrated by the various conflicts around the world: IRZ's work is urgently needed. Indeed, it is more important now than ever before and it deserves our support!



Benjamin Strasser, Member of the German Bundestag
Parliamentary State Secretary to the Federal Minister of Justice
President of the Board of Trustees



Fragile rechtsstaatliche Strukturen haben für die Menschen in der betreffenden Region gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Unsicherheit zur Konsequenz, sie verhindern ein friedliches und regelbasiertes Miteinander und führen nicht selten zur staatlichen Willkür. In einer Zeit, in der die Rechtsstaatlichkeit an vielen Orten auf der Welt bedroht ist, kommt unserer Arbeit daher eine noch größere Bedeutung zu.

Als ein Verein, der sich seit 31 Jahren für die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten einsetzt, wissen wir um die Herausforderungen, aber auch um die Chancen, die damit verbunden sind.

Dabei lassen wir uns von Krieg und Gewalt nicht beirren und sind froh, dass wir in der Ukraine weiter auf langjährig gewachsene persönliche Kontakte setzen können. Diese Beziehungen sind ein Zeugnis für unsere Verbundenheit mit den Menschen vor Ort. Sie sind von unschätzbarem Wert und ermöglichen es uns, auch unter schwierigen Bedingungen effektiv zu arbeiten und positive Veränderungen voranzutreiben. Besonders möchten wir in diesem Zusammenhang die großzügige Unterstützung des Deutschen Bundestages hervorheben, die es uns ermöglicht hat, vermehrt Studienreisen für ukrainische Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Deutschland durchzuführen, die wertvolle fachliche und menschliche Erfahrungen mit in die Heimat nehmen konnten. Auch die Förderung weiterer Reformen in der Republik Moldau und in Georgien war dank der Sondermittel möglich.

Mit dem erfolgreichen Fortsetzen unserer Maßnahmen im Deutsch-Vietnamesischen Rechtsstaatsdialog setzen wir ein weiteres Beispiel für nachhaltiges und modernes Arbeiten. Die Zusammenarbeit erfolgt mit rund zehn verschiedenen Partnerinstitutionen aus dem Rechts- und Justizbereich, aus der Wissenschaft und teilstaatlichen Organisationen. Mit dem 2022 produzierten Schulungsfilm zum Jugendstrafrecht konnten wir 2023 bereits knapp über 11.000 Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwender in der Justiz erreichen. Dieses neue Format wurde von den vietnamesischen Partnern sehr positiv aufgenommen. Im April 2023 besuchte Staatssekretärin Frau Dr. Angelika Schlunck das Land und führte intensive Gespräche über die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem vietnamesischen Justizminister, dem Vize-Präsidenten des Obersten Volksgerichts und der Hanoi Law University sowie mit weiteren deutschen und vietnamesischen Akteuren des Rechtsstaatsdialogs.

Hochrangige Besuche des Bundesministeriums der Justiz unterstützen als wichtiges politisches Signal unsere vom Ministerium finanzierte Arbeit in und mit unseren Partnerstaaten. Dafür sind wir dankbar. Auch beim Auswärtigen Amt bedanken wir uns für die erneuten Projektförderungen, die unser Engagement in Südosteuropa, in Afrika und in Jordanien gewinnbringend ergänzen.

Fragile rule of law structures result in social, societal and economic insecurity for the people in the region concerned, they prevent peaceful and rule-based coexistence and often lead to state despotism. At a time when the rule of law is under threat in many places around the world, our work is even more important.

As an organisation that has been committed to promoting democracy, the rule of law and human rights for 31 years, we are aware of the challenges, but also of the opportunities that this brings.

We are not deterred by war and violence and are glad that we can continue to rely on personal contacts in Ukraine that have grown over many years. These relationships are a testimony to our solidarity with the local people. They are invaluable and enable us to work effectively and drive positive change, even under difficult conditions. In this context, we would particularly like to emphasise the generous support of the German Bundestag, which has enabled us to organise more study trips to Germany for Ukrainian participants, who have been able to take valuable professional and personal experience back home with them. The promotion of further reforms in the Republic of Moldova and Georgia was also possible thanks to the special funds.

With the successful continuation of our measures in the German-Vietnamese rule of law dialogue, we are setting another example of sustainable and modern work. Cooperation is taking place with around ten different partner institutions from the legal and judicial sector, academia and semi-governmental organisations. With the training film on juvenile criminal law produced in 2022, we were already able to reach just over 11,000 legal practitioners in the justice system in 2023. This new format was very well received by our Vietnamese partners. In April 2023, State Secretary Dr Angelika Schlunck visited the country and held intensive talks on continuing cooperation with the Vietnamese Minister of Justice, the Vice President of the Supreme People's Court and Hanoi Law University, as well as with other German and Vietnamese stakeholders in the rule of law dialogue.

High-level visits by the Federal Ministry of Justice send an important political signal in support of our work in and with our partner states, which is financed by the Ministry. We are grateful for this. We would also like to thank the Federal Foreign Office for the renewed project funding, which complements our work in South-East Europe, Africa and Jordan.

Unsere langjährige Erfahrung bei EU-finanzierten Projekten in Beitrittsländern und anderen Schwerpunktregionen hat maßgeblich dazu beigetragen, dass wir gemeinsam mit unseren Partnern auch 2023 spannende EU-Projekte umsetzen konnten. Mit EU-Twinning oder EU-Grants und EU-Servicecontracts erweitern wir im Lead oder als Juniorpartner gezielt unsere Unterstützung in den Partnerstaaten.

Gleichstellungsthemen, die Teilhabe von Frauen und der Schutz von vulnerablen Gruppen sind uns wichtig. In Anlehnung an § 1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) haben wir deshalb eine Anpassung der Tätigkeitsrichtlinien vorgenommen und verstehen dies als klare Handlungsanweisung an die Projektarbeit, verankert im Leitbild der IRZ.

Es ist der IRZ ein Anliegen, dass Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung nachhaltig wirken und zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen. Ebenso sehen wir uns dem Schutz natürlicher Lebensgrundlagen verpflichtet. Wir bekennen uns zur „Agenda 2030“ der Vereinten Nationen und unterstützen mit unserem eigenen Nachhaltigkeitskonzept die „Nachhaltigkeitsstrategie 2021“ und den „Klimaschutzplan 2050“ der Bundesregierung. Im Rahmen der Umsetzung unserer internationalen und reiseintensiven Projekte legen wir daher Wert auf die projektbezogene Balance zwischen virtuellen und hybriden Formaten sowie Präsenzveranstaltungen. Unsere internen Abläufe überprüfen wir regelmäßig im Hinblick auf ihre Klimawirkung.

Rechtsstaatsförderung ist keine graue Theorie, sie ist konkret, handfest und messbar. Davon zeugen die vielseitigen Projekte der IRZ, die unsere Kolleginnen und Kollegen – gemeinsam mit unserem Expertenteam und unseren Partnerinstitutionen – seit nunmehr über 30 Jahren mit großem Engagement realisieren. Ich freue mich, diese wertvolle Arbeit nun tatkräftig als Hauptgeschäftsführerin der IRZ unterstützen zu können, und bedanke mich bei meiner Vorgängerin im Amt, Frau Dr. Frauke Bachler, für ihr Wirken und ihren Einsatz für die gemeinsame Aufgabe der Rechtsstaatsförderung.

Ich danke Ihnen im Namen des Vorstands und des gesamten IRZ-Teams für Ihre fortwährende Unterstützung und Ihr Vertrauen. Ohne Sie wäre unsere Arbeit nicht möglich. Wir laden Sie ein, in diesem Bericht mehr über unsere Projekte, Programme und Erfolge im Jahr 2023 zu erfahren und wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Bleiben Sie uns treu, empfehlen Sie uns weiter!



Alexandra Albrecht
Hauptgeschäftsführerin der IRZ

Our many years of experience in EU-funded projects in accession countries and other priority regions have played a key role in enabling us to implement exciting EU projects together with our partners in 2023. With EU Twinning or EU Grants and EU Service Contracts, we are expanding our support in the partner states either as lead or junior partner.

Gender equality issues, the participation of women and the protection of vulnerable groups are important to us. In accordance with Section 1 of the General Equal Treatment Act (AGG), we have therefore adapted our activity guidelines and see this as a clear instruction for our project work, anchored in IRZ's mission statement.

It is important to IRZ that the rule of law and democratisation have a lasting effect and are available to future generations. We are committed to the protection of natural resources. We are committed to the United Nations' "Agenda 2030" and support the German government's "Sustainability Strategy 2021" and "Climate Action Plan 2050" with our own sustainability concept. As part of the implementation of our international and travel-intensive projects, we therefore attach great importance to the project-related balance between virtual and hybrid formats as well as face-to-face events. We regularly review our internal processes with regard to their climate impact.

Promoting the rule of law is not just a grey theory, it is concrete, tangible and measurable. This is demonstrated by the wide range of IRZ projects that our colleagues – together with our team of experts and our partner institutions – have been realising with great commitment for over 30 years now. I am delighted to be able to actively support this valuable work now as General Director of IRZ and would like to thank my predecessor in office, Dr Frauke Bachler, for her work and commitment to the joint task of promoting the rule of law.

On behalf of the Board of Directors and the entire IRZ team, I would like to thank you for your continued support and trust. Without you, our work would not be possible. We invite you to find out more about our projects, programmes and successes in 2023 in this report and hope you enjoy reading it.

Stay loyal to us and recommend us to others!



Alexandra Albrecht
General Director of IRZ

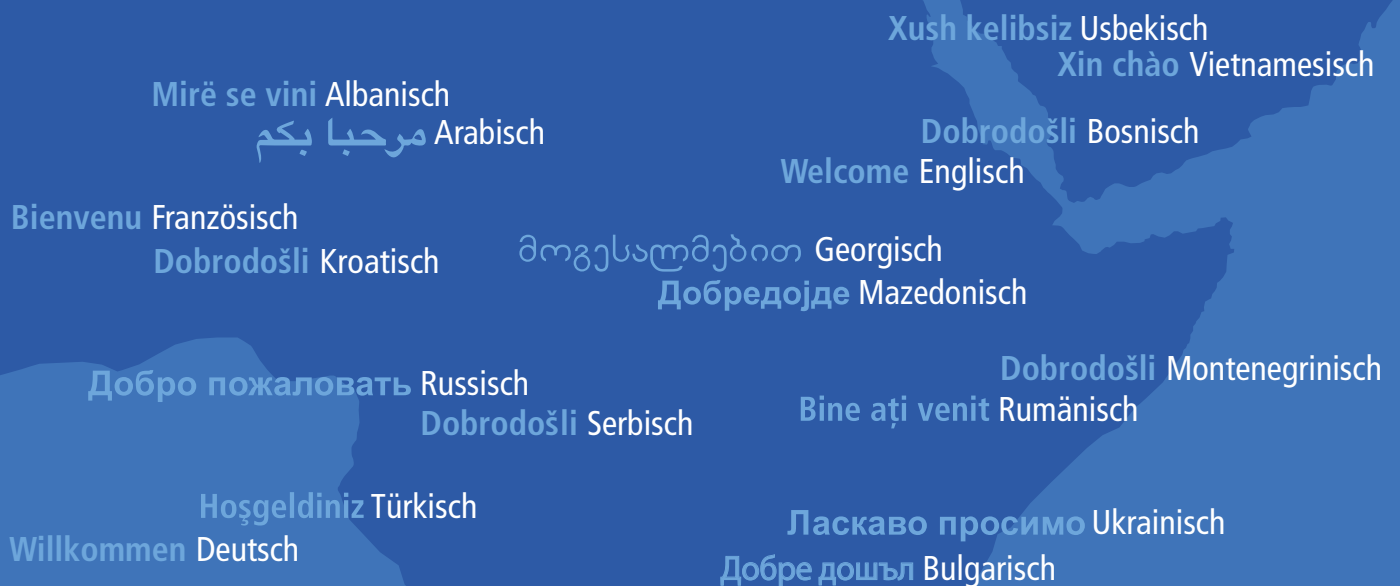
Wir arbeiten in 6 Schwerpunktregionen

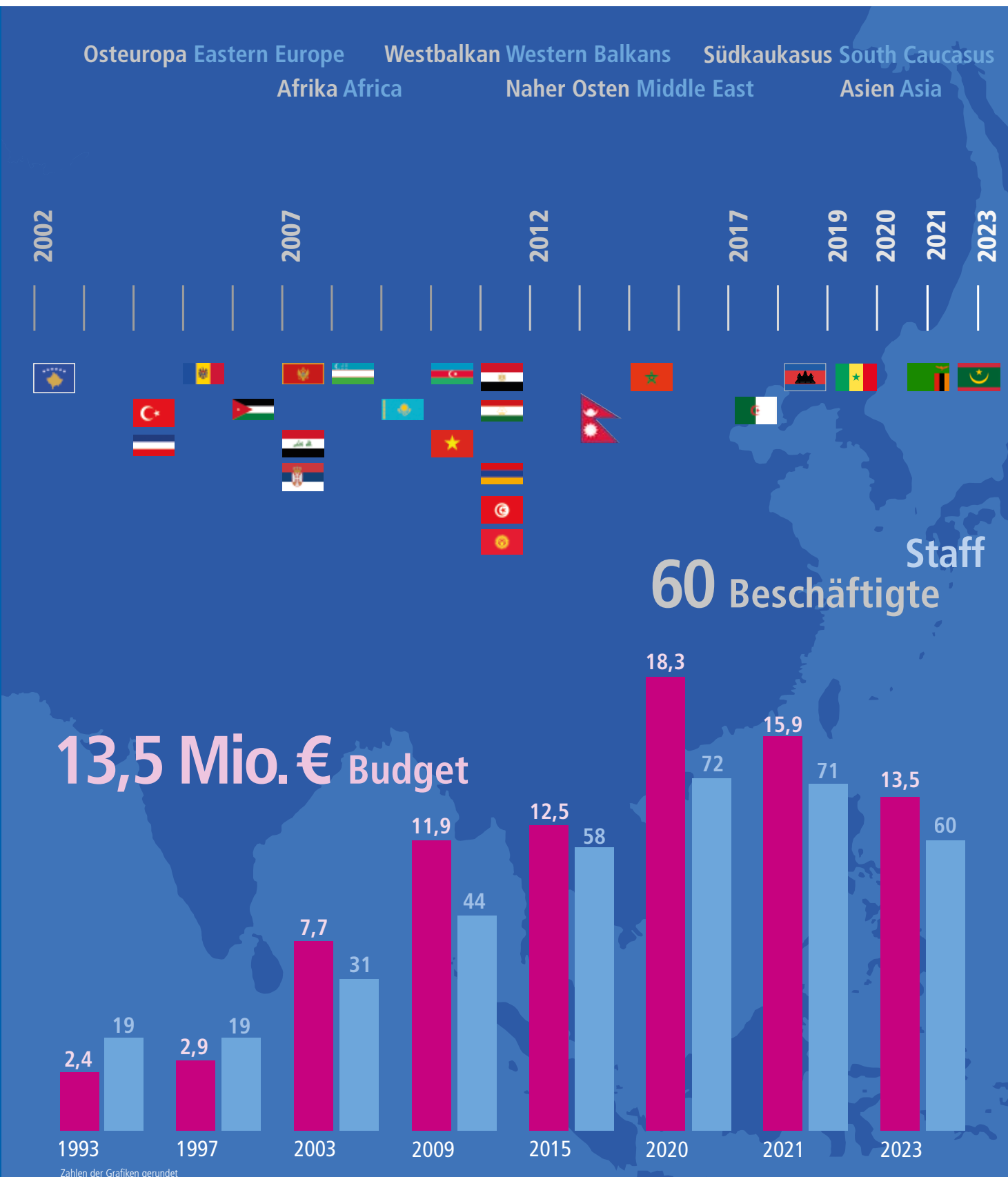
We work in 6 focus regions



Wir arbeiten in 18 verschiedenen Sprachen

We work in 18 different languages





9 EU-Projekte

Stand: Dezember 2023



EU-Service Contract

Technical Assistance to Support the Implementation of the Crosscutting Justice Strategy, **Albania**

Juli 2022 – Juli 2024

IRZ Lead; Budget: 1,6 Mio. Euro



EU-Service Contract

Development and Introduction of e-Justice Solutions, **Armenia**

Oktober 2021 – Oktober 2023

IRZ Juniorpartner; Budget: 1,26 Mio Euro



EU-Twinning-Projekt

Fostering integrity and preventing corruption in the public sector, **Armenia**

Juni 2022 – Mai 2024

IRZ Lead; Budget: 1 Mio. Euro



EU-Grant-Projekt

EU 4 Justice – Phase II, **Bosnia and Herzegovina**

Dezember 2022 – November 2025

IRZ Juniorpartner; Budget: 4,5 Mio. Euro



EU-Service-Contrac

„Advancing Reforms in the Justice Sector“, **Georgia**

Oktober 2023 – September 2026

IRZ Juniorpartner; Budget: 3,65 Mio. Euro



EU-Grant-Projekt EUKOJUST

Kosovo Justice Sector Programme, **Kosovo**

Oktober 2020 – Juni 2024

IRZ Lead; Budget: 7 Mio. Euro



Enhancement of capacities of the Agency for Audio and Audiovisual Media Services and the Public Service Broadcaster, **North Macedonia**

Juni 2023 – Dezember 2024

IRZ Lead; Budget: 788.000 Euro



EU-Twinning-Projekt

Reinforcement of Consumer Protection, **Serbia** as a Response to the New Market Challenges

Juni 2021 – Juni 2023

IRZ Juniorpartner; Budget: 1,5 Mio. Euro



EU-Twinning-Projekt

Peer-to-Peer Institutional Support to the Anti-Corruption Commission, **Zambia**

August 2021 – August 2024

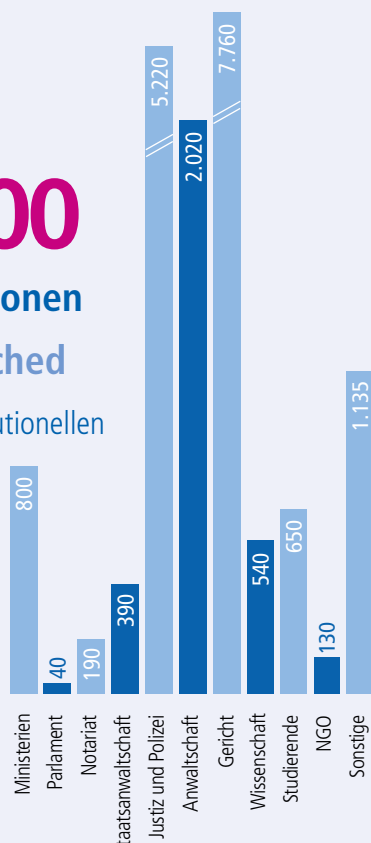
IRZ Juniorpartner; Budget: 2 Mio. Euro

180.000

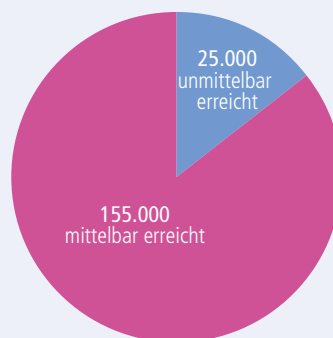
Erreichte Personen

Persons reached

im Bereich der institutionellen
Zuwendung und der
Projektförderung



Unmittelbar erreichte Personen
nach Berufsgruppen



4.400

Personen unmittelbar erreicht durch Publikationen und Übersetzungen

Persons reached with publications and translations

im Bereich der institutionellen Zuwendung
und der Projektförderung

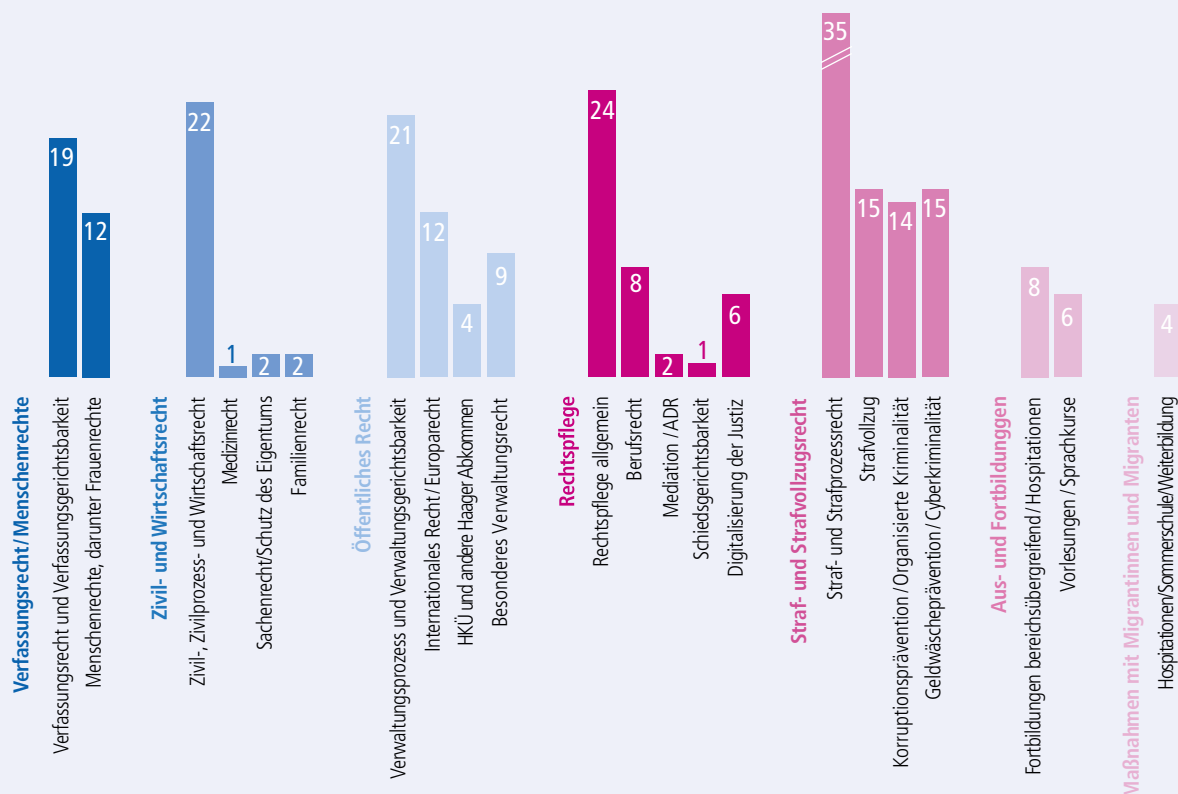
Medien Media



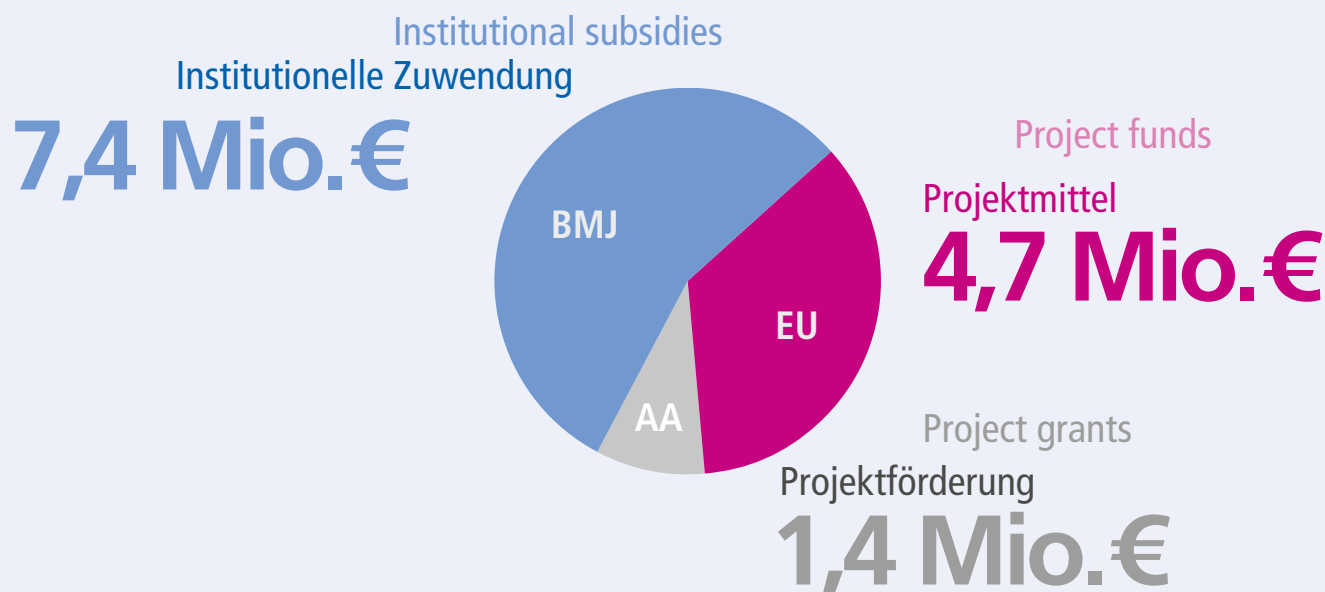
Zahlen der Grafiken gerundet

19 Tätigkeitsschwerpunkte Focus of Activity

im Bereich der institutionellen
Zuwendung und der Projektförderung
(Auswahl)



Finanzierung Financing



Zahlen der Grafiken gerundet

Die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V. (IRZ) mit Sitz in Bonn ist seit ihrer Gründung im Jahr 1992 als Zuwendungsempfänger und im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz tätig. Sie berät als auf internationale Rechtsstaatsförderung spezialisierte Institution ihre Partnerstaaten bei der Reformierung des Rechtssystems und des Justizwesens. Ihre Auftraggeber sind die Bundesregierung und die Europäische Kommission.

Leitbild und Ziele

Die IRZ leistet in den Partnerstaaten einen Beitrag zu:

- Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung,
- nachhaltiger, auch marktwirtschaftlicher Entwicklung auf der Grundlage eines modernen Zivil- und Wirtschaftsrechts,
- Korruptionsbekämpfung,
- Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht,
- Demokratieförderung,
- Austausch über Rechtsverständnisse sowie
- gemeinsamer Fortentwicklung des Rechts

durch Rechtsstaatsförderung mit beratender Unterstützung bei den folgenden Maßnahmen:

- Aufbau und Verbesserung von Strukturen und Verfahren staatlicher Institutionen,
- Unterstützung von Rechtsreformen im Zivil- und Wirtschaftsrecht, öffentlichen Recht und Strafrecht einschließlich des jeweiligen Verfahrens- und Prozessrechts, Schließung von Umsetzungslücken,
- Zugang zu Recht und Streitbeilegung,
- Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz und der justiziellen Integrität,
- Aufbau und Stärkung von Rechtspflege und Strafverfolgung,
- Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz,
- Rechtsverbreitung,
- Stärkung von Schlüsselakteuren,
- Verbesserung politischer Teilhabe der Zivilgesellschaft sowie
- Aus- und Fortbildung und Förderung von Nachwuchsjuristinnen und Nachwuchsjuristen,

um damit zur Umsetzung der justizaußenpolitischen Ziele der Bundesregierung beizutragen. Die IRZ berücksichtigt bei ihrer Arbeit auch den Schutz vor Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Sie unterstützt die Förderung von Frauen. Dieses Leitbild gilt für alle Schwerpunkte, Partnerstaaten und die gesamte Projektarbeit.

The German Foundation for International Legal Cooperation (IRZ) with headquarters in Bonn has operated as a grant recipient and on behalf of the Federal Ministry of Justice since its inception in 1992. As an institution specialised in promoting the rule of law at international level, it advises its partner states on reforming their legal and judicial systems. Its clients are the Federal Government and the European Commission.

Mission and Objectives

IRZ makes a contribution in the partner states to

- crisis prevention, conflict management and peace building,
- sustainable, also market-based development; on the basis of modern civil and commercial law
- policy to combat corruption,
- human rights and international humanitarian law,
- promoting democracy,
- exchange on legal understandings and
- joint further development of the law

by promoting the rule of law and with advisory support in the

- establishment and improvement of structures and procedures within state institutions,
- support for legal reforms in civil and commercial law, public law and criminal law, including the respective procedural and litigation law; closure of implementation gaps,
- access to justice and dispute resolution,
- strengthening the independence of the judiciary and judicial integrity,
- building and strengthening the administration of justice and criminal procedure law
- ensuring administrative adherence to law and order,
- dissemination of the law,
- strengthening of key actors,
- improving political participation within civil society,
- as well as measures for basic and further training and the promotion of law students and young lawyers,

to contribute to the implementation of the Federal Government's foreign legal policy goals. In its work, IRZ also makes provisions for protection against discrimination on grounds of racial or ethnic origin, gender, religion or ideology, disability, age or sexual identity. It supports the advancement of women. This mission statement applies to all priority areas, partner states and all project work. This guiding principle applies to all priorities, partner states and project types.

Schwerpunkte der Projektarbeit

Die Projektarbeit der IRZ ist darauf ausgerichtet,

- rechtsstaatliche, demokratische Verfassungsstrukturen im Rahmen des europäischen Menschenrechtsverständnisses zu erreichen,
- privat- und wirtschaftsrechtliche Grundlagen für wirtschaftlichen Leistungsaustausch aufzubauen,
- öffentlich-rechtliche Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit vor dem Hintergrund der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und der Gewährleistung von Gewerbefreiheit zu schaffen,
- eine unabhängige, funktionsfähige Justiz einschließlich aller prozessrechtlichen Grundlagen aufzubauen und den gerechten Zugang dazu zu ermöglichen,
- die nationale Rechtsordnung der Partnerstaaten mit dem europäischen Recht zu harmonisieren,
- internationale Beratung zur Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, insbesondere bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption, zu leisten,
- europäische Standards, insbesondere beim Menschenrechtsschutz im Bereich des Straf-, Strafprozess- und Strafvollzugsrechts, zu erreichen,
- juristischen Nachwuchs zu fördern.

Gesetzgebungsberatung

Die IRZ

- unterstützt bei der Implementierung von Gesetzen,
- berät zu Gesetzentwürfen und erstellt Gutachten dazu,
- führt Expertengespräche mit den entsprechenden Partnerinstitutionen,
- veranstaltet Workshops und Konferenzen,
- stellt deutsche Gesetzestexte und Rechtsliteratur auch in landessprachlichen Übersetzungen zur Verfügung.

Aus- und Weiterbildung

Die IRZ organisiert

- Seminare, Workshops, Vortragsveranstaltungen und Hospitationen,
- bilaterale und multilaterale Arbeitsbesuche und Fachgespräche,
- Fortbildungen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Notarinnen und Notare sowie
- Begleitstudiengänge zur Einführung in das deutsche und europäische Recht.

Die Veranstaltungen finden sowohl in Deutschland als auch in den Partnerstaaten in Präsenz und virtuellen Formaten statt.

Project Work Priorities

IRZ's project work aims to:

- create rule of law-based, democratic constitutional structures within the framework of the European understanding of human rights,
- establish private law and commercial law foundations for the economic exchange of services,
- develop a public law framework for entrepreneurial activities against the backdrop of the lawfulness of the administration and guarantees for freedom of trade,
- create and provide access to an independent, operational judiciary, based on the foundation of procedural law,
- harmonise the partner states' national legal systems with European law,
- provide international advice in civil and criminal matters, particularly in the fight against organised crime and corruption,
- achieve European standards, especially in the protection of human rights within criminal law, criminal procedure law and penitentiary law,
- promote law students and young legal professionals.

Legislative Advice

IRZ

- supports the implementation of laws,
- advises on draft legislation and prepares expert opinions,
- holds expert talks with the respective partner institutions,
- organises workshop and conferences,
- provides German laws and legal literature, also translated into local languages.

Basic and Further Training

IRZ organises

- seminars, workshops, lecture events and internships;
- bilateral and multilateral working visits and expert talks;
- further training events for judges, public prosecutors, lawyers and notaries; and
- accompanying academic courses introducing German and European law.

The events take place both in Germany and in the partner states in face-to-face and virtual formats.

Organisation der Projektarbeit

Die Projektbereichsleiterinnen und Projektbereichsleiter konzipieren und organisieren die Projekte in Abstimmung mit der Geschäftsführung. Unterstützt werden sie von (Senior-)Projektmanagerinnen und (Senior-)Projektmanagern, der Projektassistenz und den Zentralen Diensten. Die fachliche Umsetzung der einzelnen Projekte erfolgt durch Expertinnen und Experten aus den freien rechts- und wirtschaftsberatenden Berufen und der Justiz, Verwaltung, Wirtschaft und der Wissenschaft.

Partner der IRZ

- Verbände und Kammern der juristischen Berufe und der Wirtschaft
- Justiz auf Bundes- und Landesebene,
- Verwaltung auf Bundes- und Landesebene
- Wissenschaft
- Nichtregierungsorganisationen

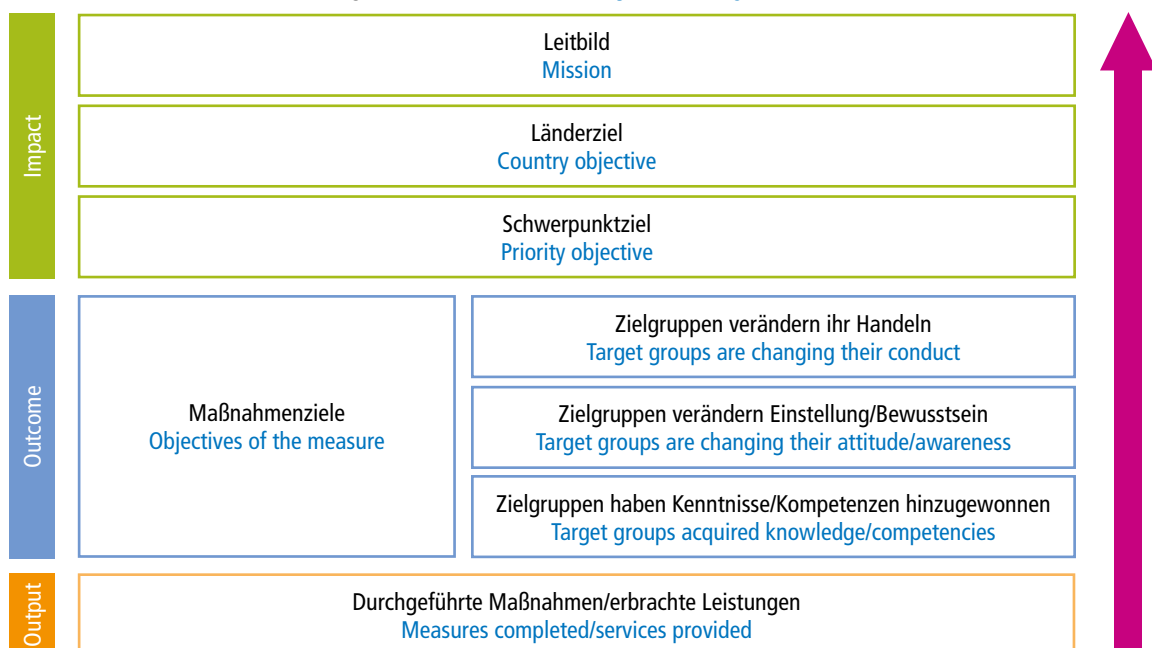
Organisation of the Project Work

The project area managers design and organise the projects in consultation with the management. They are supported by (senior) project managers, project assistants and the central services. The technical realisation of the individual projects is carried out by experts from the independent legal and business consulting professions, the judiciary, administration, business and science.

The IRZ Partners

- Associations and chambers of legal professions and of the economy
- Judiciary at federal and state level,
- Administration at federal and state level
- Academia
- non-governmental organisations

Zielsystem der IRZ / IRZ Objectives System



Schematische Darstellung des Zielsystems der IRZ, Quelle: M&E-Konzept IRZ/CEval GmbH
Schematic overview of the IRZ Objectives System, source: M&E Choncept IRZ/CEval GmbH

Wirkungskontrolle: Monitoring und Evaluation

Die IRZ hat ihre Wirkungskontrolle seit 2019 weiterentwickelt und 2021 ein flächendeckendes Monitoring- und Evaluationskonzept (M&E-Konzept) eingeführt. Im Rahmen des internen Monitorings werden laufend Daten zur Messung der Zielerreichung erhoben. In periodischen Abständen durchgeführte Evaluationen bilden den zweiten Baustein des M&E-Konzepts. Auf der Impact-Ebene umfassen diese Wirkungsmodelle für jeden Partnerstaat ein Länderziel und Schwerpunktziele für die inhaltliche Arbeit. Auf der Outcome-Ebene werden die Ziele für alle durchgeführten Maßnahmen nach hinzugewonnenen Kompetenzen, Änderungen des Bewusstseins und Handlungsänderungen der Zielgruppen differenziert.

Innerhalb des M&E-Konzepts der IRZ greifen Monitoring und Evaluation synergetisch ineinander. Während im Rahmen des Monitorings parallel zur operativen Arbeit der IRZ kontinuierlich Daten zur Überprüfung der Maßnahmenumsetzung und der Zielerreichung auf Output- und Outcome-Ebene erhoben werden, sollen externe Evaluationen die Wirkungshypothesen der Wirkungsmodelle empirisch auf den Prüfstand stellen. Neben einer Bewertung der Effektivität im Sinne der Erreichung der Outcomes sollen Evaluationen auch über die Outcome-Ebene hinausgehende Wirkungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene (Impact) in den Blick nehmen. Darüber hinaus treffen Evaluationen auf der Basis der OECD-DAC-Kriterien auch empirisch begründete Aussagen über die Relevanz, Kohärenz, Effizienz und Nachhaltigkeit der Arbeit der IRZ.

Die Wirkungen werden in einem kohärenten Zielsystem grafisch dargestellt.

Impact monitoring: Monitoring and evaluation

IRZ has further developed its impact monitoring since 2019 and introduced a comprehensive monitoring and evaluation concept (M&E concept) in 2021. As part of internal monitoring, data is continuously collected to measure the achievement of objectives. Evaluations carried out at regular intervals form the second component of the M&E concept. At the impact level, these impact models include a country objective and priority objectives for the substantive work for each partner state. At the outcome level, the objectives for all implemented measures are differentiated according to the competences gained, changes in awareness and changes in the behaviour of the target groups.

Monitoring and evaluation are two synergetic wheels that interlock within the IRZ M&E Concept. While the monitoring element continuously collects data during the operative work of IRZ to verify implementation of measures and the achievement of objectives at the output and outcome levels, external evaluations are applied as an empirical test of the impact hypotheses within the impact models. Aside from assessing effectiveness in terms of outcome achievement, evaluations are also intended to examine effects beyond the outcome itself at the level of society as a whole (impact). In addition, evaluations based on the OECD-DAC criteria also allow empirically substantiated statements about the relevance, coherence, efficiency and sustainability of IRZ's work.

The effects are presented graphically in a coherent target system.

Die IRZ finanziert sich durch

- öffentliche Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums der Justiz (institutionelle Zuwendung) und des Auswärtigen Amts (Projektförderung),
- Projektmittel der Europäischen Kommission sowie
- Spenden, Förder- und Kostenbeiträge Dritter.

Bundeszusendungen

Seit ihrer Gründung im Jahr 1992 wird die IRZ vom Bundesministerium der Justiz gefördert und institutionell finanziert.

Inhaltliche und regionale Schwerpunkte stimmt die IRZ jeweils am Jahresanfang mit dem Bundesministerium der Justiz ab. Darüber hinaus findet eine Erörterung in den Vereinsgremien statt. Mit diesen Schwerpunktsetzungen kann neben den Interessen der Bundesregierung auch den spezifischen Rahmenbedingungen durch eine Intensivierung der Arbeit in bestimmten Regionen oder Partnerstaaten – wie beispielsweise in der Ukraine und der Republik Moldau oder den Staaten des westlichen Balkans als EU-Beitrittskandidaten – Rechnung getragen und ihren besonderen Bedürfnissen entsprochen werden. Der Deutsche Bundestag unterstützte im Jahr 2023 in besonderem Maße die Zusammenarbeit der IRZ mit der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien vor dem Hintergrund der Gewährung des Kandidatenstatus bzw. der eröffneten EU-Beitrittsperspektive.

Das Bundesministerium der Justiz hat mit den Justizministerien einiger Partnerstaaten der IRZ Kooperationsabkommen geschlossen. Die IRZ setzt die dazugehörigen Arbeitspläne zu bestimmten Fachthemen um.

Die IRZ hat sich auf intensive fachliche Beratungsarbeit bei Gesetzgebungs- und Justizreformen in den Partnerstaaten spezialisiert. Im Rahmen der mit der Zuwendung des Bundesministeriums der Justiz finanzierten Arbeit finden teils langjährige Beratungsprozesse zu ausgewählten gesetzgeberischen Reformvorhaben statt. In diesem Zusammenhang werden entweder neue Gesetze entworfen, oder bestehendes Recht wird maßgeblich reformiert. Beispielsweise unterstützt die IRZ bei der Schaffung einer eigenständigen Verwaltungsgerichtsbarkeit mit den zugrunde liegenden Gesetzen, bei der Einführung der Möglichkeit, Verfassungsbeschwerden einzureichen, oder bei der Ausarbeitung von Gesetzestexten aus den verschiedensten Rechtsbereichen. Daneben und begleitend hierzu finden Beratungen zur Umstrukturierung und Umorganisation von Justizinstitutionen statt, um den Zugang zum Recht und die Unabhängigkeit der Justiz in die Praxis umzusetzen.

In ähnlicher Weise organisiert die IRZ zahlreiche Veranstaltungen zur Implementierung der Reformvorhaben und zur Fortbildung der Fachkräfte aus den Partnerstaaten, die das Recht anwenden. Dies nimmt in der Praxis breiten Raum ein, damit reformiertes Recht auch im rechtsstaatlichen Sinne angewandt wird. Einen besonderen Schwerpunkt bildet der unmittelbare und sehr intensive fachliche Erfahrungsaustausch der Berufsträgerinnen und Berufsträger untereinander sowie die unter anderem von den hiesigen Kammern und Verbänden der juristischen Berufe mitgetragenen und geförderten Hospitationsprogramme. Zudem erreicht und motiviert die IRZ den juristischen Nachwuchs etwa durch Studienprogramme, Sommerschulen oder Herbstakademien.

IRZ is financed by

- public funds from the budget of the Federal Ministry of Justice (institutional grants) and the Federal Foreign Office (project support);
- project funds from the European Commission;
- third-party donations, subsidies and cost contributions.

Funding from the Federal Government

Since its foundation in 1992, IRZ has been supported and institutionally financed by the Federal Ministry of Justice.

IRZ agrees on content and regional priorities with the Federal Ministry of Justice at the beginning of each year. They are also discussed in the Association bodies. In addition to the interests of the Federal Government, the definition of these priorities also takes into account the specific framework conditions by intensifying the work in certain regions or partner states – as for example, in Ukraine and the Republic of Moldova or in the countries of the Western Balkans as EU accession candidate countries – and meeting their specific needs. In view of the prospects for EU accession, the German Bundestag 2023 allocated special support to IRZ's cooperation with Ukraine, the Republic of Moldova and Georgia against the backdrop of the granting of candidate status and the prospect of EU accession.

The Federal Ministry of Justice has concluded cooperation agreements with the justice ministries of some of IRZ's partner states. IRZ implements the associated work plans on specific specialised topics.

IRZ has specialised in intensive technical advisory work on legislative and judicial reforms in the partner states. As part of the work funded by the Federal Ministry of Justice, in some cases long-term advisory processes on selected legislative reform projects take place. In this context, either new laws are drafted or existing laws are significantly reformed. For example, IRZ provides support in the creation of an independent administrative jurisdiction with the underlying laws, in the introduction of the possibility of submitting constitutional complaints or in the drafting of legal texts from a wide range of legal areas. In addition and in parallel to this, consultations are held on the restructuring and reorganisation of judicial institutions in order to put access to justice and the independence of the judiciary into practice.

Similarly, IRZ organises numerous events for the implementation of reform projects and for the further training of experts from the partner states who apply the law. This is very important in practice to ensure that reformed law is also applied in accordance with the rule of law. A particular focus is the direct and very intensive exchange of professional experience between the practitioners as well as the internship programmes supported and promoted by the local chambers and associations of the legal professions, among others.

IRZ also reaches and motivates young legal professionals through study programmes, summer schools and autumn academies.

Finanzierungsarten

Neben der institutionellen Förderung durch das Bundesministerium der Justiz erhält die IRZ antragsbezogen auch Fördermittel vom Auswärtigen Amt, mit denen in bestimmten Schwerpunktregionen die Aktivitäten der IRZ mit dem Ziel der Stabilisierung noch einmal wesentlich intensiviert werden können.

Im Jahr 2023 erhielt die IRZ rund 7.372.063,00 Euro an institutioneller Zuwendung vom Bundesministerium der Justiz sowie rund 1.448.976,29 Euro Fördermittel vom Auswärtigen Amt.

Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

Die IRZ führt ergänzend Projekte zur Rechts- und Justizreform durch, die die Europäische Kommission im Rahmen verschiedener Finanzierungsprogramme ausschreibt. Dies betrifft ähnliche Themenkomplexe wie die mit Bundeszuwendungen finanzierten Vorhaben. Die Projektvolumina sind jedoch zumeist größer, und die Vergabe der Mittel erfolgt im Rahmen von Ausschreibungsverfahren.

Die Bewerbungen auf solche EU-finanzierten Projekte sind mit erheblichem Aufwand verbunden. Die Verfahren erstrecken sich meist über mehrere Monate. Seit pandemiebedingt die Präsentationen der Projektteams in Form von virtuellen Interviews etabliert wurden, hielt man größtenteils an dieser Praxis fest, sodass 2023 Präsentationen in dem jeweiligen Partnerstaat nur in Ausnahmefällen in Präsenz stattgefunden haben. Der IRZ ist Nachhaltigkeit ein wichtiges Anliegen. Sie nutzte die Vorteile der hybriden oder virtuellen Präsentationen und Auswahlgespräche, wodurch umfangreiche Reisezeiten und -kosten gespart und Flüge vermieden werden können.

Von besonderer Relevanz sind für die IRZ die folgenden Finanzierungsinstrumente der Europäischen Kommission:

- **IPA II** (Instrument for Pre-Accession Assistance): für potenzielle Beitrittskandidaten, insbesondere im Westbalkan
- **ENI** (European Neighbourhood Instrument): zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten in der Region der Östlichen Partnerschaft und im Mittelmeerraum
- **DCI** (Development Cooperation Instrument): von Relevanz für Länder Asiens, insbesondere in Bezug auf Zentralasien
- **EDF** (European Development Fund): für Länder des afrikanischen Kontinents

Die folgenden grundsätzlichen Überlegungen liegen den Bewerbungen der IRZ um Förderung durch die EU zugrunde:

- Vertiefung der IRZ-Aktivitäten in den Partnerstaaten
- Nutzung von Synergien zwischen der bilateralen Tätigkeit und EU-geförderten Vorhaben in einem Partnerstaat
- Vermeidung von Doppelberatungen
- Beratung der Partnerinstitutionen auf Augenhöhe
- effizienter Mitteleinsatz zur Erzielung bestmöglicher Ergebnisse für die Partnerinstitutionen

Financing methods

In addition to institutional funding from the Federal Ministry of Justice, IRZ also receives application-based funding from the Federal Foreign Office, which can be used to significantly intensify IRZ's activities in certain priority regions with the aim of stabilisation.

In 2023, IRZ received around 7,372,063 euros in institutional grants from the Federal Ministry of Justice and around 1,448,976.29 euros in funding from the Federal Foreign Office.

Projects funded by the European Union

IRZ carries out complementary projects on legal and judicial reform, which the European Commission tenders under various funding programmes. These projects address similar topics to those that are applied for under federal subsidies. However, the project volumes are usually larger, and funds are awarded through tendering procedures.

Applying for such EU-funded projects involves considerable effort. The process usually takes several months. Since presentations by the project teams in the form of virtual interviews were established due to the pandemic, this practice has largely been adhered to, meaning that presentations in the respective partner states only took place in person in exceptional cases in 2023. Sustainability is an important concern for IRZ. It utilised the advantages of hybrid or virtual presentations and selection interviews, saving extensive travel time and costs and avoiding flights.

The following European Commission financing instruments are of particular relevance to IRZ:

- **IPA II** (Instrument for Pre-Accession Assistance): for potential EU accession candidate countries, especially countries in the Western Balkans
- **ENI** (European Neighbourhood Instrument): to promote democracy and human rights in the Eastern Partnership and the Mediterranean regions
- **DCI** (Development Cooperation Instrument): relevant for Asian countries, especially in regard to Central Asia
- **EDF** (European Development Fund): for countries on the African continent

IRZ applies the following basic considerations in its applications for EU funding:

- deepening of IRZ activities in partner states
- exploitation of synergy between the bilateral activity and EU-funded projects in a partner state
- avoidance of duplication of activities
- advising partner institutions as equals
- efficient use of resources to achieve the best possible outcomes for partner institutions

EU-Twinning

Um Partnerschaften zwischen Behörden aus den EU-Mitgliedstaaten und Staaten mit EU-Beitrittsperspektive zu fördern, hat die Europäische Union 1998 das Förderinstrument „Twinning“ ins Leben gerufen und unterstützt so seit mehr als 25 Jahren den Auf- und Ausbau von öffentlichen Strukturen im Einklang mit europäischen Werten und Standards.

Aufgrund der erzielten Ergebnisse und Erfolge des Twinning-Instruments in Beitritts- und Nachbarschaftsstaaten wurden seit Ende 2020 erstmalig auch Länder der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit einbezogen und für diese 2021 erste Twinning-Projekte ausgeschrieben. Die IRZ hat erfolgreich an einer der ersten Bewerbungen teilgenommen und führt seit 2021 ein Twinning-Projekt unter finnischer Federführung in Sambia durch.

Wie der Name „Twinning“ bereits impliziert, verfolgen die Projekte dabei einen partnerschaftlichen Ansatz: Gemeinsam mit Beschäftigten aus den jeweiligen Behörden der EU-Mitgliedstaaten werden die Partnerstaaten bei der Übernahme des gemeinsamen rechtlichen Besitzstands der EU („Acquis communautaire“) oder in den Nachbarschaftsländern zur Erfüllung der „Partnership Agreements“ unterstützt und beraten.

Das Projektpersonal setzt sich im Wesentlichen zusammen aus der oder dem „Project Leader“ (PL), der oder dem „Resident Twinning Adviser“ (RTA), den „Component Leaders“ (CL) und den Kurzeitexpertinnen und Kurzeitexperten. Diese Personalstruktur spiegelt sich auf der Seite der Partnerinstitution wider, sodass eine Begegnung (Twinning) „auf Augenhöhe“ erfolgen kann.

Die/der RTA muss verpflichtend eine Person aus der öffentlichen Verwaltung eines EU-Mitgliedstaats mit Arbeitserfahrungen im relevanten Sektor sowie hoher interkultureller Kompetenz sein. Sie/er leitet das in der Regel zweijährige Projekt vor Ort und dient als tägliche Ansprechperson für die zu beratende Behörde. Unterstützt wird die/der RTA dabei von der/dem PL, einer erfahrenen Beamtin oder einem erfahrenen Beamten des höheren Dienstes, die/der die Gesamtverantwortung für das Projekt trägt und der/dem RTA von der Heimatbehörde aus beratend zur Seite steht. Sowohl bei planerischen Aufgaben in der Antragsphase als auch bei steuernden und fachlichen Aufgaben während der Durchführung der Projekte arbeiten RTA und PL eng mit den jeweiligen CL zusammen, die die Gestaltung und Umsetzung der Fachkomponenten mitverantworten, mitsteuern und an deren Umsetzung maßgeblich beteiligt sind. Darüber hinaus werden zahlreiche Bedienstete aus der öffentlichen Verwaltung der EU-Mitgliedstaaten mit spezifischen und projektrelevanten Kenntnissen einbezogen und unterstützen die Projekte als Kurzeitexpertinnen und Kurzeitexperten in mehrheitlich wöchentlichen Einsätzen im Partnerstaat.

Die IRZ vertritt seit 1998 das Bundesministerium der Justiz bei der Bewerbung und Durchführung von EU-Twinning-Projekten („mandated body“) im Justizbereich (Justice and Home Affairs). Seit nunmehr 25 Jahren hat die IRZ an Twinning-Bewerbungen teilgenommen und seitdem erfolgreich an der Implementierung von über 90 Projekten mitgewirkt. In den letzten Jahren konnten auch zahlreiche Projekte mit Konsortialpartnern aus neuen EU-Mitgliedstaaten – wie beispielsweise aus Lettland, der Slowakei oder Kroatien – erfolgreich umgesetzt werden. Staaten, die die IRZ früher durch Twinning-Projekte bei ihrem Beitritt zur Europäischen Union unterstützt

EU Twinning

The European Union introduced the Twinning funding instrument in 1998 in order to promote partnerships between authorities of the EU Member States and potential EU accession candidates. In this way, the EU has been supporting the development and expansion of public structures in line with European values and standards for more than 25 years.

European development cooperation countries were included for the first time at the end of 2020 due to the outcomes and successes of the Twinning instrument in accession and neighbouring countries. The first Twinning projects were tendered for the European development cooperation countries in 2021. IRZ successfully participated in one of the first applications and has been running a Twinning project in Zambia under Finnish leadership since 2021.

As the name Twinning implies, the projects adhere to a partnership approach: Together with employees from the relevant authorities of the EU Member States, the partner states are supported and advised in adopting the EU *acquis communautaire*. Assistance and advice is also provided in the neighbouring countries on the fulfilment of „Partnership Agreements“.

The project staff mainly consists of the „Project Leader“ (PL), the „Resident Twinning Adviser“ (RTA), the „Component Leaders“ (CL) and the short-term experts. This staff structure is mirrored by the partner institution, so that an encounter (twinning) can take place „as equals“.

The RTA must be a person from the public administration of an EU Member State with work experience in the relevant sector and excellent intercultural competence. They manage the project on the ground, which usually lasts two years, and act as the everyday primary contact for the authority receiving advice. The RTA is supported by a Project Leader (PL), an experienced senior civil servant who bears overall responsibility for the project and who advises the RTA while remaining with the home authority. For planning tasks in the application phase as well as for management and technical tasks during the implementation of the projects, the RTA and PL work closely together with the respective CLs, who are jointly responsible for design and implementation of the technical components, help in their management and are significantly involved in their implementation. In addition, numerous officials from public administrations in EU Member States with specific and relevant knowledge also support the projects as short-term experts and are usually deployed to the partner states on weekly assignments.

IRZ has represented the Federal Ministry of Justice in the application for and implementation of EU Twinning projects („mandated body“) in the judicial field (Justice and Home Affairs) since 1998. For 25 years now, IRZ has participated in Twinning applications and has been successfully involved in the implementation of 90 projects so far. In recent years, numerous projects have also been successfully carried out with consortium partners from new EU Member States such as Latvia, Slovakia or Croatia. Countries that IRZ had previously supported in Twinning projects during their accession to the European Union have therefore become partners. Not only do they now contribute regional expertise in many cases, they can also draw on similar legal traditions as the current accession candi-



Teresa Thalhammer, Projektbereichsleiterin und Koordinatorin der IRZ, EU-Grants und Technical-Assistance sowie Hospitationsprogramme, im Gespräch mit Dr. Stefan Trunk, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Duisburg, Vorsitzender der Prüfungskommission am Oberlandesgericht Düsseldorf.

Teresa Thalhammer, Head of Section and Coordinator of IRZ, EU Grants and Technical Assistance, Multilateral internship in conversation with Dr Stefan Trunk, Senior Public Prosecutor, Duisburg Public Prosecutor's Office, Presiding Member of the Board of Examiners of the High Court of Düsseldorf.

hat, sind somit zu Partnern geworden, die oftmals nicht nur regionale Expertise einbringen, sondern auch auf ähnliche rechtliche Traditionen zurückgreifen können – wie etwa die aktuellen Beitrittskandidaten. Dadurch haben sie ein besonderes Verständnis für die spezifischen Herausforderungen im Hinblick auf die Angleichung an EU-Recht.

2023 nahm die IRZ erfolgreich an drei Twinning-Bewerbungen teil (Nordmazedonien, Usbekistan und Albanien), von denen sie die ersten beiden gewonnen hat. Damit konnte die IRZ im Jahr 2023 insgesamt fünf EU-Twinning-Projekte (Nordmazedonien, Serbien, Sambia, Armenien und Usbekistan) vorbereiten, beginnen, weiterführen oder abschließen. Diese Projekte werden in den Länderberichten näher vorgestellt.

EU-Grants

Die EU-Grants variieren in ihren Volumina und auch im thematischen Zugschnitt, sind jedoch im Bereich der Rechts- und Justizreformen meist von umfassendem Charakter, da sie den gesamten Justizbereich eines Landes in den Blick nehmen.

Grants richten sich, ähnlich wie Twinning, nur an einen beschränkten Bewerberkreis, zu dem die IRZ als mandatierte Einrichtung des Bundesministeriums der Justiz in aller Regel zählt. Erforderlich ist zudem meist die Kooperation mehrerer EU-Mitgliedstaaten. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Konsortien hat sich aus Sicht der IRZ die Zusammenarbeit sowohl mit neuen Partnern, wie etwa Kroatien und Lettland, als auch mit lange etablierten Durchführungsorganisationen, etwa aus Frankreich, Italien und den Niederlanden, bewährt.

date countries. This means that they have a better understanding of the specific challenges involved in harmonisation with EU law.

In 2023, IRZ successfully participated in three Twinning applications (North Macedonia, Uzbekistan and Albania), winning two of them; the application phase for the third has not yet been completed. This means that IRZ was able to prepare, start, continue or finalise a total of five EU Twinning projects (North Macedonia, Serbia, Zambia, Armenia and Uzbekistan) in 2023. These projects are presented in more detail in the country reports.

EU Grants

EU grants vary in volume and thematic scope, but are usually comprehensive in the area of legal and judicial reform and cover a country's entire judicial sector.

Like Twinning, grants are addressed to a restricted group of applicants that include IRZ as a mandated body of the Federal Ministry of Justice. Cooperation between several EU Member States is usually required as well. With regard to the composition of the consortia, IRZ has found that cooperation with both new partners – such as Croatia and Latvia – and long-established implementing organisations – such as from France, Italy and the Netherlands – is a successful approach.

Finanzierungsarten

Die Besonderheit in der Finanzstruktur der Grants ist, dass die durchführenden Organisationen einen finanziellen Eigenbeitrag leisten müssen, meist in Form des Personaleinsatzes. Die hierfür erforderlichen Eigenmittel werden aus der Zuwendung des Bundesministeriums der Justiz getragen. Hierbei handelt es sich um eine effiziente Mittelverwendung, da der Einsatz eines verhältnismäßig geringen Betrags von Eigenmitteln die Umsetzung eines Budgets von mehreren Millionen Euro ermöglicht. Zudem können in den Partnerstaaten, in denen die IRZ solche Vorhaben umsetzt, zuletzt etwa in Kosovo und in Bosnien und Herzegowina, die bilateralen Aktivitäten entsprechend reduziert, das Budget der Bundeszuwendungen also entlastet werden. 2023 war lediglich ein für die IRZ fachlich und regional relevanter Grant ausgeschrieben, die Vergabeentscheidung steht zum Berichtszeitpunkt noch aus.

Die konkrete Personalstruktur ist bei Grants meist nur in Grundzügen durch die Ausschreibung vorgegeben, sodass es den durchführenden Organisationen obliegt, Anzahl und Rollen der vor Ort tätigen Expertinnen und Experten zu definieren. Die Teamstruktur richtet sich dabei überwiegend nach dem Umfang des Projekts und der Anzahl der Themenfelder und Aktivitäten. Generell setzt die IRZ hier auf den langfristigen Einsatz von deutschen, europäischen oder auch lokalen Expertinnen und Experten. Dadurch werden die Beratungsaktivitäten überwiegend durch ein Kernteam wahrgenommen, das so über die Dauer zu festen Ansprechpersonen der begünstigten Institutionen wird und bestens mit dem spezifischen Länderkontext vertraut ist. Kurzzeiteinsätze bleiben dabei eher die Ausnahme.

EU-Technical-Assistance

Neben der Tätigkeit als mandatierte Einrichtung des Bundesministeriums der Justiz ist die IRZ weiterhin in EU-Technical-Assistance-Projekten (Service Contracts) aktiv. Hierbei handelt es sich um frei ausgeschriebene Projekte, deren Bewerberkreis erheblich größer ist und von spezialisierten lokalen Organisationen bis hin zu internationalen Beratungsunternehmen reicht. Angesichts dieses starken Wettbewerbs übernimmt die IRZ hier bewusst nur die Federführung für Themenfelder und Regionen, auf die sie spezialisiert ist. Dank ihrer langjährigen Erfahrung ist die IRZ ein gefragter Kooperationspartner internationaler Konsortien.

Im Berichtsjahr war die IRZ an acht Bewerbungen beteiligt, vier davon dauerten zum Berichtszeitpunkt noch an, eine Ausschreibung in Niger wurde seitens der EU aufgrund der politischen Lage widerrufen. Zwei Bewerbungen blieben leider ohne Erfolg, während die Bewerbung auf ein Justizreformprojekt in Georgien gewonnen wurde. Das Projekt startete zu Anfang Oktober 2023.

Dieses sowie die weiteren derzeit laufenden EU-finanzierten Technical-Assistance-Projekte der IRZ in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Armenien werden im Rahmen der Länderberichte vorgestellt.

Financing methods

What sets the financial structure of the grants apart is that the implementing organisations are required to provide a financial contribution of their own, mostly in the form of staff input. IRZ takes the funds required for this from the funding provided by the Federal Ministry of Justice. This represents an efficient use of funds, as the use of a relatively small amount of own funds enables the implementation of a budget amounting to several million euros. Moreover, bilateral activities can be reduced accordingly in the partner states in which IRZ carries out these projects – as is currently the case, for instance, in Kosovo and in Bosnia and Herzegovina as well – which eases the strain on the budget for federal grants. In 2023, only one grant of technical and regional relevance to IRZ was advertised; the award decision was still pending at the time of reporting. In most cases, the calls for tender relating to grants merely outline the specific staff structures in broad brush strokes, which means that the implementing organisation is responsible for defining the numbers of experts deployed on the ground and their roles.

The team structure depends largely on the scope of the project, the number of topics and the activities involved. IRZ generally favours the long-term deployment of German, European or local experts. This means that the advisory activities are predominantly carried out by a core team, which over time becomes a permanent point of contact for the beneficiary institutions and is very familiar with the specific country context. Short-term assignments tend to be the exception.

EU Technical Assistance

IRZ remains active in EU Technical Assistance projects (Service Contracts), in addition to its work as a mandated body of the Federal Ministry of Justice. They are publicly tendered projects with a far larger pool of applicants, ranging from specialised local organisations to international consulting companies. In view of this strong competition, IRZ adopts a conscious policy of only taking the lead in thematic fields and regions in which it is specialised. IRZ is a popular cooperation partner for international consortia thanks to its long-standing experience.

In the reporting year, IRZ was involved in eight applications, four of which were still ongoing at the time of reporting; one tender in Niger was cancelled by the European Union due to the political situation. Two applications were unfortunately unsuccessful, while the application for a judicial reform project in Georgia was won. The project started at the beginning of October 2023.

This and other EU-funded Technical Assistance projects in which IRZ is currently involved in Albania, Bosnia and Herzegovina, Kosovo and Armenia are presented in the country reports.

Online

Afrika Blog der IRZ

Der mehrsprachige Blog des Projektbereichs Afrika „IRZ Dialogue Juridique Afro-Allemand“ unterstützt die internationale, rechtliche Zusammenarbeit digital. Hier tauschen sich Juristinnen und Juristen aus afrikanischen Partnerstaaten der IRZ sowie aus Deutschland zu verschiedenen, rechtlichen Themen aus. Der Blog publiziert Fachartikel der IRZ-Expertinnen und IRZ-Experten aus Deutschland und den Partnerstaaten in den Sprachen Deutsch, Französisch und Arabisch.
www.irz-dialogue-afroallemand.de

EUKOJUST

Die IRZ implementiert seit Oktober 2020 federführend das großvolumige EU geförderte Grant-Projekt „European Programme/Kosovo Justice Reform (EUKOJUST)“ in einem internationalen Konsortium. Mit einem Volumen von 7 Millionen Euro und einer von 40 auf 45 Monate verlängerten Laufzeit unterstützt EUKOJUST die kosovarischen Institutionen bei der Umsetzung der Justizreform und der Strategie für Rechtsstaatlichkeit, welche als Ergebnis einer umfassenden Überprüfung des Justizsektors im Kosovo hervorging. Ziel ist es, das kosovarische Justizsystem in Einklang mit europäischen und internationalen Standards zu bringen und das Vertrauen der Bevölkerung in das Justizsystem zu stärken. Die wichtigsten Informationen finden sich auf der Projektwebsite:
www.eukojust.eu/en/kryefaqja/

Netzwerk der IRZ

Internetplattform zum multilateralen Hospitationsprogramm für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die die IRZ gemeinsam mit der Bundesrechtsanwaltskammer und dem Deutschen Anwaltverein durchgeführt. Rund 500 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aus ehemaligen und aktuellen Partnerstaaten der IRZ haben seit dem Beginn des Hospitationsprogramms im Jahr 1993 bis heute an dieser Fortbildungsmaßnahme teilgenommen. An sie, die Alumni des Hospitationsprogramms, und an die auf deutscher Seite an dem Hospitationsprogramm beteiligten Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte richtet sich diese Website.
www.irz-netzwerk.eu/

Filme

„Raub einer Weste und seine Folgen: eine Hauptverhandlung im Jugendstrafverfahren“

Aktuelle Reformen in den Partnerstaaten führten zu einer weiteren Produktion eines Schulungsfilms. „Raub einer Weste und seine Folgen: eine Hauptverhandlung im Jugendstrafverfahren“ zeigt einen Fall, in dem ein Jugendlicher und ein Heranwachsender einen Minderjährigen spontan brutal ausrauben. Die Verhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten, Berlin, wird mit Beweisaufnahme und der Vernehmung von Zeuginnen vollständig gezeigt. Auf diese Weise bildet der Film praxisnah eine anschauliche Grundlage, ins Gespräch zu kommen und zu verdeutlichen, wie der Erziehungsgedanke das deutsche Jugendstrafrecht prägt und Weisungen

Online

IRZ's Africa blog

The multilingual blog “IRZ Dialogue Juridique Afro-Allemand” of the IRZ-project area “Africa” provides digital support in international legal cooperation. It is an opportunity for legal professionals from IRZ partner states in Africa and their German colleagues to share thoughts on various legal topics. The blog publishes technical articles by IRZ experts from Germany and the partner states in German, French and Arabic.
www.irz-dialogue-afroallemand.de

EUKOJUST

Since October 2020, IRZ has been spearheading the implementation of the large-scale EU-funded grant project “European Programme/ Kosovo Justice Reform (EUKOJUST)” in an international consortium. With a volume of EUR 7 million and a term extended from 40 to 45 months, EUKOJUST supports the Kosovan institutions in implementing the judicial reform and the rule of law strategy, which emerged as a result of a comprehensive review of the justice sector in Kosovo. EUKOJUST aims to bring Kosovo’s judicial system in line with European and international standards and to strengthen the trust of the population in the judicial system. The most important information can be found on the project website:

www.eukojust.eu/

IRZ Network

This is an Internet platform for the multilateral internship programme for lawyers organised by IRZ, the German Federal Bar (BRAK) and the German Bar Association (DAV). 496 lawyers from former and current IRZ partner states have participated in this training program to date since it was launched in 1993. This website is designed for these lawyers, the alumni of the internship program, and for the lawyers participating in the internship program on the German side.
<https://www.irz-netzwerk.eu/>

Film

“Robbery of a vest and its consequences: a main hearing in juvenile criminal proceedings”

Current reforms in the partner states led to the production of another training film. “Robbery of a vest and its consequences: a main hearing in juvenile criminal proceedings” shows a case in which a teenager and an adolescent spontaneously and brutally rob a minor. The trial before the Tiergarten District Court in Berlin is shown in its entirety, including the taking of evidence and the examination of witnesses. In this way, the film provides a practical basis for discussion and illustrates how the concept of education shapes German juvenile criminal law and how directives and educational measures are geared towards resocialization. The involvement

Jugendlicher Angeklagter mit Strafverteidigerin bei fiktiver Gerichtsverhandlung im IRZ-Schulungsfilm.

Juvenile defendant with defense lawyer at a fictitious court hearing in the training film of IRZ.



sowie Erziehungsmaßregeln auf Resozialisierung ausgerichtet sind. Diesem Zweck gilt auch die Beteiligung der Jugendgerichtshilfe in den Verfahren.

Für die Rollen der Richterin, der Strafverteidigerin, des Strafverteidigers, der Staatsanwältin, des Jugendgerichtshelfers und der Polizeibeamtin konnte aktive Berufsträgerinnen und -träger gewonnen werden. Als Schöffin und Schöffe, Geschädigter, Angeklagte, die Gerichtsprotokollantin, die Zeugin und die Zuschauerinnen und Zuschauer fungierten Laiendarstellerinnen und Laiendarsteller. Alle Mitwirkenden engagierten sich sehr motiviert und machten den Film im Ergebnis zu einem aussagefähigen Beispiel eines deutschen Jugendgerichtsverfahrens.

„Verhandlung eines fiktiven wirtschaftsrechtlichen Falls unter Anwendung des UN-Kaufrechts“

Die IRZ erweiterte ihr Lehrmaterial um ein neues Medium, indem erstmals ein Film produziert wurde. Diese Neuausrichtung wurde durch eine Spende des Verlags C.H. BECK möglich. Der Film zeigt in rund 45 Minuten die Verhandlung eines fiktiven wirtschaftsrechtlichen Falls unter Anwendung des UN-Kaufrechts. Er veranschaulicht den Verfahrensablauf mit Beweisaufnahme und alternativ eine gütliche Einigung vor einem Zivilgericht. Die Untertitelung in sieben Sprachen illustriert die Verfahrensgrundsätze des deutschen Prozessrechts, die richterliche Verhandlungsführung und den Auftritt der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte vor Gericht.

„Wie Richterinnen und Richter Zivilverfahren durch aktive Verfahrensleitung und Unterstützung von Vergleichen beschleunigen können“

In dem Film wird unter Bezugnahme auf die Gesetzgebung der Partnerstaaten und unter Einbeziehung von Teilnehmenden an früheren Arbeitsbesuchen in Deutschland und von Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftlern aus der Region dargestellt, welche Anregungen aus der deutschen Praxis für das Recht der Partnerstaaten gewonnen werden können. Richterinnen und Richter erhalten eine anschauliche Darstellung von Methoden zur Verfahrensbeschleunigung durch aktive Verfahrensleitung und durch Förderung von Vergleichen. Gleichzeitig dient dieses Medium als Diskussionsgrundlage und bietet der Richterschaft die Möglichkeit, die aufgezeigten Methoden in Bezug zur eigenen Praxis zu setzen. Die mehrsprachigen Versionen des Films in den Landessprachen der Partnerstaaten Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien erlauben eine breitgefächerte Einsatzmöglichkeit als Lehrmittel bei Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen.

of juvenile court assistance in the proceedings also serves this purpose. Active professionals have been recruited for the roles of judge, defense lawyer, public prosecutor, juvenile court assistant and police officer. Amateur actors and actresses acted as lay judges, injured parties, defendants, the court reporter, the witness and the spectators. All of the participants were highly motivated and made the film into a meaningful example of a German juvenile court case.

“Negotiation in an imaginary commercial law case based on the UN Sales Convention”

IRZ has produced its first film, adding a new medium to expand its teaching materials. This reorganisation was made possible by a donation by the publishing house C.H. BECK. With a running time of 45 minutes, the film portrays negotiations in an imaginary commercial law case based on the UN Sales Convention. It illustrates the course of the proceedings with the taking of evidence and alternatively an amicable settlement before a civil court. Subtitled in seven languages, it describes the principles of proceedings under German procedural law, the judicial negotiations and the actions of lawyers in court.

“How judges can accelerate civil proceedings through active procedural management and supporting settlements.”

Referring to current legislation in the partner states and with the involvement of participants from previous working visits to Germany and legal scholars from the region, the film outlines how German practice can be used as a model for laws in the partner states. Judges receive an illustrative presentation on which methods can be applied to accelerate proceedings through active procedural management and by supporting settlements. The medium serves furthermore as a basis for discussion and creates an opportunity for the judiciary to relate the presented methods to their own working practice. The multilingual versions of the film in the official languages of the partner states of Bosnia and Herzegovina, Montenegro, North Macedonia and Serbia permit its use as teaching material in basic and further training events in a wide variety of settings.

Medien (Auswahl)

2023 veröffentlichte Print- und Online-Publikationen (Auswahl):

Zeitschriften, Jahrbücher und Newsletter

- *Aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte*, Newsletter in albanischer und mazedonischer Sprache, Ausgabe 1/2023, 11. Band, 8. Jahrgang, Nordmazedonien, 2023
- *Deutsch-Georgische Strafrechtszeitschrift (DGStZ)*, 4 Onlineausgaben in deutscher und georgischer Sprache, Georgien, ISSN 2566-5758, 2023
- *Deutsch-Georgische Zeitschrift für Rechtsvergleichung (DGZR)*, 12 Print- und Onlineausgaben in georgischer und 6 Onlineausgaben in deutscher Sprache, Georgien, SSN 2587-5191 (Printausgabe), ISSN 2667-9817 (Onlineausgabe), 2023
- *KoPra, Kontinentalno Pravo – Kontinentales Recht – Zeitschrift für nachhaltige und zweckmäßige Rechtsentwicklung*, 2023 / Broj 7 / Godina VII, in serbischer Sprache, Serbien, UDK 34, ISSN 2560-4082 (auch online verfügbar über die Webseite der Rechtsfakultät der Universität Belgrad: kopra.ius.bg.ac.rs/)
- Tagungsband zur gemeinsam mit der Juristischen Fakultät der Universität „Džemal Bijedić“ in Mostar veranstalteten 11. Internationalen Konferenz „Tage des Familienrechts“

Fachbücher

- *Kitabat/Ecrits, Nr. 3*, hrsg. Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) e.V. / Forschungsstelle für Streitbeilegung und Vollstreckungsmethoden der Rechts- und Politikwissenschaftlichen Fakultät der Université de Tunis El Manar, Tunesien, 2023

Media (Selection)

Print and online publications published in 2023 (selection):

Journals, yearbooks and newsletters:

- *Aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte*, Newsletter in Albanian and Macedonian language, Edition 1/2023, 11. Volume, 8. Vintage, North Macedonia, 2023
- *Deutsch-Georgische Strafrechtszeitschrift (DGStZ)*, 4 Online Editions in German and Georgian language, Georgia, ISSN 2566-5758, 2023
- *Deutsch-Georgische Zeitschrift für Rechtsvergleichung (DGZR)*, 12 Print and Online Editions in Georgian language and 6 Online Editions in German language, Georgia, SSN 2587-5191 (Print Edition), ISSN 2667-9817 (Online Edition), 2023
- *KoPra, Kontinentalno Pravo – Kontinentales Recht – Zeitschrift für nachhaltige und zweckmäßige Rechtsentwicklung*, 2023/Broj 7 / Godina VII, in Serbian language, Serbia, UDK 34, ISSN 2560-4082 (also available online via the website of the Faculty of Law of the University of Belgrade: kopra.ius.bg.ac.rs/)
- Proceedings of the 11th International Conference “Days of Family Law” organised jointly with the Faculty of Law of the University “Džemal Bijedić” in Mostar

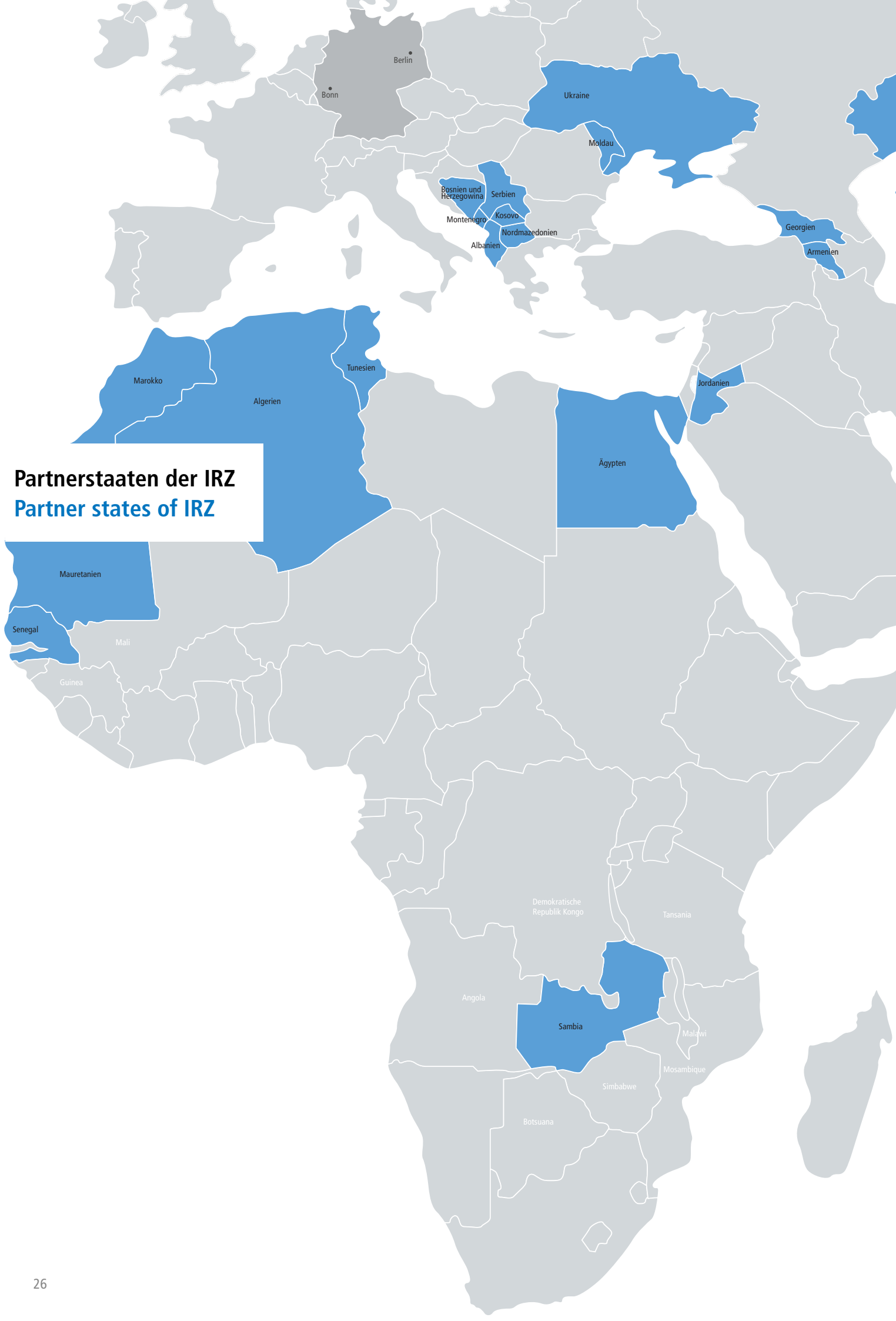
Reference books

- *Kitabat/Ecrits, Nr. 3*, ed. Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) e.V. / Forschungsstelle für Streitbeilegung und Vollstreckungsmethoden der Rechts- und Politikwissenschaftlichen Fakultät der Université de Tunis El Manar, Tunisia, 2023



Fachzeitschrift „Kitabat“ (frz. Titel „Ecrits“) in Tunis feierlich präsentiert.

“Kitabat” (French title “Ecrits”) was ceremonially presented in Tunis.



Partnerstaaten der IRZ
Partner states of IRZ



Name: Arabische Republik
Ägypten
Hauptstadt: Kairo
Einwohnerzahl: ca. 109 Millionen
Regierungssystem: Präsidial-
demokratie

Name: Arab Republic of Egypt
Capital city: Cairo
Population: approx. 109 million
System of government: Presidential
Democracy



Ägypten

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Ägypten – das bevölkerungsreichste Land der arabischen Welt – bildet durch seine geostrategische Lage eine Brücke zwischen Europa, Afrika und dem Nahen Osten und ist damit ein wichtiger Partner für Deutschland. Es spielt trotz nach wie vor bestehender vielfältiger Herausforderungen eine bedeutende Rolle bei geopolitischen und wirtschaftlichen Fragen im Nahen Osten, insbesondere z.B. auch als Vermittler im Nahostkonflikt.

Mit der „Vision 2030“ hat die amtierende Regierung ein ehrgeiziges Programm für die nachhaltige Entwicklung¹ des Landes und eine staatlich gesteuerte Modernisierung der Wirtschaft auf den Weg gebracht. So werden vorsichtig wettbewerbsverzerrende Subventionen abgebaut und Steuerreformen angestoßen. Angestrebt wird außerdem die Sanierung des Staatshaushalts und eine Verbesserung des Investitionsklimas. Trotz dieser Bemühungen bleibt Ägypten auf internationale Hilfe angewiesen, um seine Wirtschaft anzukurbeln und die wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen anzugehen.

Im Dezember 2023 wurden Präsidentschaftswahlen in Ägypten abgehalten. Der amtierende Präsident Abdel Fattah al-Sisi erhielt 89,6 Prozent aller gültigen Stimmen und bleibt damit für eine dritte Amtszeit bis 2030 im Amt.

Ausblick

Nach einer vorübergehenden Aussetzung der Zusammenarbeit zwischen der ägyptischen Justiz und der IRZ wurde die Kooperation 2019 erneut aufgenommen und ein durch das Auswärtige Amt gefördertes Projekt zum Thema „Schutz von Frauen in der und durch die Justiz“ umgesetzt.

Die IRZ wird die Entwicklungen in Ägypten weiterhin verfolgen und in Abstimmung mit dem Bundesministerium der Justiz und dem Auswärtigen Amt mögliche Ansatzpunkte für eine erneute Kooperation ermitteln.

Egypt

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Egypt – the most populous country in the Arab world – forms a bridge between Europe, Africa and the Middle East due to its geostrategic location and is therefore an important partner for Germany. Despite the many challenges it continues to face, it plays an important role in geopolitical and economic issues in the Middle East, in particular as a mediator in the Middle East conflict.

With “Vision 2030”, the current government has launched an ambitious programme for the sustainable development¹ of the country and a state-led modernisation of the economy. Subsidies that distort competition are being carefully reduced and tax reforms initiated. Efforts are also being made to reorganise the national budget and improve the investment climate. Despite these efforts, Egypt remains dependent on international aid to boost its economy and tackle the growing social and economic challenges.

Presidential elections were held in Egypt in December 2023. The incumbent President Abdel Fattah al-Sisi received 89.6 per cent of all valid votes and will therefore remain in office for a third term until 2030.

Outlook

Following a temporary suspension of cooperation between the Egyptian judiciary and IRZ, cooperation was resumed in 2019 and a project funded by the Federal Foreign Office on the topic of “Protection of women in and by the judiciary” was implemented.

IRZ will continue to monitor developments in Egypt and identify possible starting points for renewed cooperation in consultation with the Federal Ministry of Justice and the Federal Foreign Office.

¹ Vgl. BMZ: „Wirtschaft modernisieren, Arbeitsplätze schaffen“ online verfügbar unter: www.bmz.de/de/laender/aegypten/wirtschaftliche-situation-11618

¹ Cf. BMZ: “Modernising the economy, creating jobs” available online at: www.bmz.de/de/laender/aegypten/wirtschaftliche-situation-11618

Name: Republik Albanien
Hauptstadt: Tirana
Bevölkerung: ca. 2,9 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarisches System

Name: Republic of Albania
Capital city: Tirana
Population: approx. 2.9 million
System of government:
Parliamentary system



Albanien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Acht Jahre nachdem Albanien offiziell den Kandidatenstatus vom Rat der Europäischen Union zugesprochen bekommen hat, starteten Mitte 2022 die ersten Beitrittsverhandlungen. Seitdem durchläuft das Land ein Screening-Verfahren, in dem die EU-Kommission prüft, inwieweit das nationale Recht vom EU-Acquis abweicht und ob einzelne Verhandlungskapitel eröffnet werden können. Die Europäische Union legt bei zukünftigen Beitrittsverhandlungen verstärkt Wert auf Rechtsstaatlichkeit, weshalb der Prüfung der Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und Kapitel 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit) eine besondere Bedeutung zukommt. Bei der „12. Tagung des Stabilitäts- und Assoziationsrats EU – Albanien“ würdigte die Europäische Union die positive Entwicklung Albaniens, die durch die kontinuierliche Umsetzung der weitreichenden Justizreform erzielt wurde, betonte aber zugleich die Notwendigkeit weiterer Reformschritte.

Eine umfassende Gerichtsreform führte unter anderem dazu, dass die bisherigen sechs regionalen Berufungsgerichte aufgelöst und durch ein überregionales Berufungsgericht in der Hauptstadt ersetzt wurden. Dieses ist allerdings aufgrund der großen Vakanzen in der Justiz insgesamt, die infolge des umfangreichen Vetting-Verfahrens zur Überprüfung der fachlichen Eignung, der Integrität und der Vermögensverhältnisse der Richterinnen und Richter entstanden sind, nicht annähernd vollständig besetzt. Das Verfassungsgericht und das Oberste Gericht sind nun wieder vollständig besetzt, die hohe Anzahl nicht abgeschlossener Verfahren wird seitdem kontinuierlich reduziert.

Im Rahmen des sogenannten Berliner Prozesses trafen sich Ende des Jahres in Tirana Vertreterinnen und Vertreter von sechs Westbalkanstaaten mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Union, um über die Beitrittsperspektive zu beraten. Die Europäische Union hingegen betonte, dass eine EU-Erweiterung bis 2030 im Fall der Umsetzung von weiteren Reformen innerhalb der Europäischen Union vorstellbar sei.

Konzeption

Die Projekte der IRZ in Albanien werden sowohl aus institutionellen Mitteln des Bundesministeriums der Justiz als auch aus Projektmitteln des Auswärtigen Amts und der Europäischen Union finanziert. Bei der Konzeption der Projekte berücksichtigt die IRZ die verschiedenen Finanzierungsarten und sorgt dafür, dass sich diese im Sinne der Nutzung von entstehenden Synergien und finanziellen Kapazitäten sinnvoll ergänzen. Auf diese Weise deckt die IRZ viele beitriffsrelevante Themen mit Schlüsselinstitutionen in der Justiz ab.

Die IRZ arbeitet seit Beginn der Zusammenarbeit in Albanien eng mit dem Obersten Gericht zusammen, so aktuell bei der Implementierung einer Dokumentationssoftware. Zugleich konnte die Zusammenarbeit mit dem Obersten Gericht und dem Verfassungsgericht Albaniens im Rahmen einer gemeinsam organisierten überregionalen Konferenz zur Zugang zur Justiz mit dem Obersten Gericht und dem Verfassungsgericht Kosovos verfestigt werden.

Albania

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Eight years after Albania was officially granted candidate status by the Council of the European Union, the first accession negotiations began in mid-2022. Since then, the country has been undergoing a screening process in which the European Commission examines the extent to which national law deviates from the EU acquis and whether individual negotiation chapters can be opened. The European Union attaches greater importance to the rule of law in future accession negotiations, which is why the examination of Chapter 23 (Judiciary and Fundamental Rights) and Chapter 24 (Justice, Freedom and Security) is of particular importance. At the "12th meeting of the EU-Albania Stabilisation and Association Council", the European Union acknowledged Albania's positive development, which was achieved through the continuous implementation of the far-reaching judicial reform, but at the same time emphasised the need for further reform steps.

A comprehensive court reform led, among other things, to six regional courts of appeal being dissolved and replaced by a supra-regional court of appeal in the capital. However, this court is not nearly fully staffed due to the large vacancies in the judiciary as a whole, which have arisen as a result of the extensive vetting procedure to review the professional capacity, integrity and financial circumstances of judges. The Constitutional Court and the Supreme Court are now fully staffed, and the high number of pending cases has been continuously reduced since then.

As part of the so-called Berlin Process, representatives of six Western Balkan states met with representatives of various EU member states and the European Union in Tirana at the end of the year to discuss the prospect of accession. The European Union, on the other hand, emphasised that EU enlargement by 2030 is conceivable if further reforms are implemented within the European Union.

Overall Concept

IRZ's projects in Albania are financed by institutional funds from the Federal Ministry of Justice as well as project funds from the Federal Foreign Office and the European Union. When conceptualizing projects, IRZ takes the different types of funding into account and ensures that they complement each other in a meaningful way in order to utilise the resulting synergies and financial capacities. In this way, IRZ covers many accession-relevant topics with key institutions in the justice system.

IRZ has been working closely with the Supreme Court in Albania since the beginning of the cooperation, for example currently in the implementation of a documentation software. At the same time, the cooperation with the Supreme Court and the Constitutional Court of Albania has been consolidated as part of a jointly organised supra-regional conference on access to justice with the Supreme Court and the Constitutional Court of Kosovo.

Teilnehmende der internationalen Konferenz anlässlich des 110. Jubiläums des Obersten Gerichtshofs. Obere Reihe, 4. Person von rechts: Babette Pohl, LL.M., Richterin am Bundesgerichtshof; Obere Reihe, 2. Person von rechts: Dr. Frauke Bachler, IRZ-Hauptgeschäftsführerin (2023).

Participants of the international conference on the occasion of the 110th anniversary of the Supreme Court. Top row, 4th person from the right: Babette Pohl, LL.M., Judge at the Federal Supreme Court; Top row, 2nd person from the right: Dr. Frauke Bachler, IRZ General Director (2023).



Im Rahmen einer Projektförderung des Auswärtigen Amts legte die IRZ auch einen Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit der Sonderberufungskammer des Verfassungsgerichts in den für Albanien im Hinblick auf eine integrale Justiz wichtigen Bereichen „richterliche Ethik“ und „Disziplinarverfahren gegen Richterinnen und Richter“.

Die Kooperation mit der Rechtsanwaltskammer im Bereich „Verfassungsbeschwerde“, die nach deutschem Vorbild in Albanien eingeführt wurde, konnte 2023 ebenso in einer weiteren Region Albaniens fortgesetzt werden.

Auch der Bereich „Fortbildung“, in dem die IRZ traditionell mit der Magistratenschule zusammenarbeitet und dem in Albanien im Hinblick auf den enormen Schulungsbedarf der Juristinnen und Juristen eine Schlüsselrolle zukommt, stand im Fokus der Tätigkeiten im Jahr 2023.

As part of a project funded by the Federal Foreign Office, IRZ set another focus on the cooperation with the Special Appeals Chamber of the Constitutional Court in the areas of “judicial ethics” and “disciplinary proceedings against judges”, which are important for Albania with regard to the integrity of the judiciary.

Furthermore, IRZ continued its cooperation with the Bar Association, addressing the “constitutional complaint”, which was introduced in Albania based on the German model, in another region of Albania. Traditionally partnering with the School of Magistrates, which plays a key role in view of the enormous training needs of judges and prosecutors, IRZ also engaged in “advanced training activities”.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Seminar zum Thema „Verfassungsbeschwerde“ in Kooperation mit der albanischen Rechtsanwaltskammer in Saranda

Öffentliches Recht

- Internationale Konferenz anlässlich des 110. Jubiläums des Obersten Gerichtshofs der Republik Albanien zum Thema „Die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs: von nationaler Identität zu universellen Werten“ in Tirana
- Regionale Konferenz zum Thema „Zugang zur Justiz“ in Kooperation mit den Verfassungsgerichten und Obersten Gerichten Kosovos und Albaniens in Pristina

Focuses of Activity in 2023

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Seminar on “Constitutional complaints” in cooperation with the Albanian Bar Association in Saranda

Public Law

- International conference on the occasion of the 110th anniversary of the Supreme Court of the Republic of Albania on the topic “The jurisprudence of the Supreme Court: from national identity to universal values” in Tirana
- Regional conference on “Access to Justice” in cooperation with the Constitutional Courts and Supreme Courts of Kosovo and Albania in Pristina



Das Podium während des Seminars zur Geldwäscheprävention und -bekämpfung in der Anwaltschaft (v.l.n.r.): Agim Muslia, FIU Albanien, Edmond Konini, Generalsekretär der albanischen Anwaltskammer, Prof. Dr. Maksim Haxhia, Präsident der albanischen Rechtsanwaltskammer, Dr. Philip Seel, IRZ-Experte und Rechtsanwalt, Kanzlei Streitbürger PartGmbH, Dr. Veronika Denninger, Geschäftsführerin der Bundesrechtsanwaltskammer.

The panel during the seminar on preventing and combating money laundering in the legal profession (from left to right): Agim Muslia, FIU Albania, Edmond Konini, Secretary General of the Albanian Bar Association, Prof Dr Maksim Haxhia, President of the Albanian Bar Association, Dr Philip Seel, IRZ expert and lawyer, Streitbürger PartGmbH law firm, Dr Veronika Denninger, Managing Director of the German Federal Bar Association.



Christian Schmitz-Justen, Vizepräsident a.D. des Oberlandesgerichts Köln, während seines Vortrags im Rahmen des Seminars zu elektronischen Beweismitteln in Zivilverfahren.

Christian Schmitz-Justen, former Vice President of the Higher Regional Court of Cologne, during his presentation at the seminar on electronic evidence in civil proceedings.

- Studienreise für Richterinnen und Richter sowie Justiziarinnen und Justiziere der albanischen Sonderberufungskammer nach Karlsruhe, Stuttgart und Straßburg zum Thema „Richterliche Ethik und disziplinarrechtliche Verantwortlichkeit von Richterinnen und Richtern“
- Konferenz zum Thema „Richterliche Integrität, Ethik und Unabhängigkeit“ in Kooperation mit der albanischen Sonderberufungskammer in Tirana

Rechtspflege

- Seminar zum Thema „Geldwäscheprävention und -bekämpfung in der Anwaltschaft“ in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer und der albanischen Rechtsanwaltskammer in Tirana

Aus- und Fortbildung

- Online durchgeführte Schulung zum Umgang mit einer Dokumentationssoftware in Kooperation mit der Dokumentationsabteilung des albanischen Obersten Gerichts
- Seminar zum Thema „Cybercrime – Hetze im Internet“ in Kooperation mit der albanischen Magistratenschule in Tirana
- Seminar zum Thema „Elektronische Beweismittel in Zivilverfahren“ in Kooperation mit der albanischen Magistratenschule in Tirana

- Study trip for judges and legal advisors of the Albanian Special Appeals Chamber to Karlsruhe, Stuttgart and Strasbourg on the topic of “Judicial ethics and disciplinary responsibility of judges”
- Conference on “Judicial integrity, ethics and independence” in cooperation with the Albanian Special Appeals Chamber in Tirana

Administration of Justice

- Seminar on “Preventing and combating money laundering in the legal profession” in cooperation with the German Federal Bar Association and the Albanian Bar Association in Tirana

Basic and Further Training

- Online training on the use of documentation software in cooperation with the documentation department of the Albanian Supreme Court
- Seminar on “Cybercrime – hate speech on the internet” in cooperation with the Albanian School of Magistrates in Tirana
- Seminar on “Electronic evidence in civil proceedings” in cooperation with the Albanian School of Magistrates in Tirana

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Grant-Projekt JUSTAL

Das Projekt „Support to the Implementation of the Crosscutting Justice Strategy“ (kurz: JUSTAL-Projekt) führt die seit 2014 von der IRZ – ebenfalls federführend – umgesetzte EU-Projekte EURALIUS IV und EURALIUS V zur umfassenden Justizreform thematisch fort. Es hat unter Federführung der IRZ kurz vor Eröffnung der Beitrittsgespräche in Tirana im Juli 2022 im albanischen Justizministerium seine Arbeit aufgenommen. Juniorpartner der IRZ ist die Firma DAI Global, ein global agierendes Beratungsunternehmen mit Hauptsitz in den USA und Dependancen in Wien, Brüssel und London.

Das JUSTAL-Projekt hat eine Laufzeit von zwei Jahren, verfügt über ein Projektbudget in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro und wird in der Form des „Service Contracts“ umgesetzt. Das Projektteam besteht aus drei erfahrenen internationalen Expertinnen und Experten, die bestens mit der Justizreform in Albanien vertraut und daher auch in der Lage sind, das albanische Justizministerium in der wichtigen Phase der EU-Beitrittsvorbereitungen kompetent und engmaschig zu begleiten. Flankiert werden sie durch ein Team von nationalen und internationalen Kurzzeitexperten, das im laufenden Projektbetrieb bedarfsorientiert zum Einsatz kommt.

Die Projektziele sind:

- Stärkung der Koordinierungs- und Managementkapazitäten des Justizministeriums im Hinblick auf eine effektive Umsetzung der sogenannten „Crosscutting Justice Strategy“ (im Folgenden: „Justizstrategie“) samt dazugehörigem Aktionsplan.
- Unterstützung der an der Umsetzung der Justizstrategie beteiligten Justizinstitutionen bei den Koordinierungsmechanismen im Zusammenhang mit der Justizstrategie, insbesondere im Hinblick auf das Zusammenstellen relevanter Daten und die Erfüllung von in der Justizstrategie vorgesehenen Berichtspflichten. Zusammenarbeit mit der Kodifizierungsabteilung des Justizministeriums zwecks Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Unterstützung bei den Arbeiten zur Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung mit dem EU-Acquis im Hinblick auf Albanien's EU-Beitritt.
- Stärkung der Kommunikationskapazitäten der Justizinstitutionen mit Blick auf die Umsetzung der Justizstrategie und deren Ergebnisse.

Das albanische Justizministerium hat das JUSTAL-Projekt zudem um Unterstützung bei der umfassenden Überarbeitung bzw. Neufassung des albanischen Zivilgesetzbuchs gebeten. Auch im Hinblick auf das im Rahmen der EU-Beitrittsmaßnahmen erforderliche Screening-Verfahren wird das Projektteam in Abstimmung mit der EU-Delegation über den Projektvertrag hinausgehend maßgebliche Beratungsleistungen erbringen. Diese werden sich im Wesentlichen auf die Erstellung der komplexen Konkordanztabellen konzentrieren, die das nationale albanische Recht dem EU-Recht gegenüberstellen und Brüssel ein laufendes Monitoring über die EU-Rechtsangleichung ermöglichen.

Das Justizministerium ist die hauptbegünstigte Institution des JUSTAL-Projekts. Ihm kommt bei der Umsetzung der Inhalte dieser Justizstrategie sowie bei der Koordination der an dem komplexen mehrstufigen Umsetzungsprozess beteiligten unabhängigen Justizinstitutionen die federführende Koordinatorenrolle zu.

Project funded by the European Union EU Grant Project JUSTAL

The project “Support to the Implementation of the Crosscutting Justice Strategy” (JUSTAL) is a thematic continuation of the EU projects EURALIUS IV and EURALIUS V on comprehensive judicial reform, which have been implemented by IRZ since 2014. Under the leadership of IRZ, the project began its work in the Albanian Ministry of Justice shortly before the opening of the accession talks in Tirana in July 2022. IRZ's junior partner is DAI Global, a global consulting firm headquartered in the USA with offices in Vienna, Brussels and London. The JUSTAL project will run for two years, has a project budget of around 1.7 million euros and will be implemented in the form of a “service contract”. The project team consists of three experienced international experts who are very familiar with judicial reform in Albania and are therefore also in a position to support the Albanian Ministry of Justice in the important phase of preparing for EU accession. They will be accompanied by a team of national and international short-term experts who will be deployed as required during ongoing project operations.

The project objectives are

- Strengthening the coordination and management capacities of the Ministry of Justice with regard to the effective implementation of the so-called “Crosscutting Justice Strategy” (hereinafter referred to as the “Justice Strategy”) and the associated action plan.
- Support the judicial institutions involved in the implementation of the Justice Strategy in the coordination mechanisms related to the Justice Strategy, in particular with regard to the compilation of relevant data and the fulfilment of reporting obligations provided for in the Justice Strategy. Cooperation with the Codification Department of the Ministry of Justice in order to qualify staff and support the work on harmonising national legislation with the EU acquis with a view to Albania's accession to the EU.
- Strengthening the communication capacities of the judicial institutions with a view to implementing the justice strategy and its results.

The Albanian Ministry of Justice has also asked the JUSTAL project for support in the comprehensive revision or revision of the Albanian Civil Code. With regard to the screening procedure required as part of the EU accession measures, the project team, in coordination with the EU Delegation, will also provide significant consulting services beyond the initial project contract. These will essentially focus on the preparation/support of the complex tables of concordance, which compare Albanian national law with EU law and enable Brussels to monitor the harmonisation of EU law on an ongoing basis.

The Ministry of Justice is the main beneficiary of the JUSTAL project. It has the leading coordinating role in the implementation of the contents of this justice strategy and in the coordination of the independent justice institutions involved in the complex multi-stage implementation process.

Ausblick

Auch 2024 wird die IRZ Rechts- und Justizreformen und die Konsolidierung rechtsstaatlicher Strukturen in Albanien sowohl bilateral als auch durch das oben genannte JUSTAL-Projekt aktiv unterstützen. Für das kommende Jahr plant die IRZ außerdem einen thematischen Schwerpunkt im Bereich Zugang zur Justiz im Allgemeinen und für vulnerable Gruppen im Besonderen zu setzen und wird auch ein Augenmerk auf eine stärkere Nutzung des Instruments der Verfassungsbeschwerde richten.

Outlook

In 2024, IRZ will continue to actively support legal and judicial reforms and the consolidation of rule of law structures in Albania, both bilaterally and through the JUSTAL project mentioned above. In the coming year, IRZ also plans to focus on access to justice in general and for vulnerable groups in particular as well as to promote the greater use of the instrument of constitutional complaint.

Name: Demokratische Volksrepublik Algerien
Hauptstadt: Algier
Bevölkerung: ca. 44,9 Millionen
Regierungssystem: semipräsidentielles System

Name: People's Democratic Republic of Algeria
Capital city: Algiers
Population: approx. 44.9 million
System of government: Semi-presidential system



Algerien

Algeria

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

In Algerien war die politische Lage im Berichtsjahr weitgehend stabil. Durch Erdgasexporte ist das Land weiterhin ein wichtiger wirtschaftlicher Partner für viele Länder der Europäischen Union, sodass die geostrategische Bedeutung auch vor dem Hintergrund des anhaltenden Kriegs Russlands gegen die Ukraine zunimmt. Gleichzeitig bleibt die Wirtschaft bei hoher Inflation stark von Preisschwankungen auf dem Erdgasmarkt abhängig, was die Bevölkerung zunehmend belastet.

Die Bemühungen Algeriens um eine Aufnahme in die Vereinigung der Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (sogenannte BRICS-Staaten) zum Jahr 2024 scheiterten vorerst. Die politischen Beziehungen zwischen Algerien und Marokko sind durch den Westsahara-Konflikt weiterhin angespannt, jedoch sind Hilfsangebote vonseiten Algeriens nach dem schweren Erdbeben in Marokko im September 2023 erfolgt.

Im Rahmen des Aktionsplans 2020 zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit und Effizienz der Justiz setzt die Regierung ihren verstärkten Kurs zur Reform und Modernisierung der Justiz im Allgemeinen und der Wirtschaftsgerechtigbarkeit im Besonderen fort.

Konzeption

Die IRZ unterstützt Algerien weiterhin bei der Umsetzung des Aktionsplans 2020. Dabei stehen die Förderung der Unabhängigkeit der Justiz, Effizienzsteigerung, Korruptionsbekämpfung sowie die Schaffung eines gleichberechtigten und fairen Zugangs zu Recht und Justiz für alle Bürgerinnen und Bürger im Fokus.

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The political situation in Algeria was largely stable in the reporting year. The country continues to be an important economic partner for many countries in the European Union thanks to its natural gas exports, meaning that its geostrategic importance is also increasing against the backdrop of Russia's ongoing war against Ukraine. At the same time, the economy remains heavily dependent on price fluctuations on the natural gas market with high inflation, which is placing an increasing burden on the population.

Algeria's efforts to join the association of Brazil, Russia, India, China and South Africa (BRICS states) by 2024 have failed for the time being. Political relations between Algeria and Morocco remain tense due to the Western Sahara conflict, but Algeria has offered to help following the severe earthquake in Morocco in September 2023.

As part of the 2020 action plan to promote the rule of law, independence and efficiency of the judiciary, the government is continuing to step up its efforts to reform and modernise the judiciary in general and the commercial judiciary in particular.

Overall Concept

IRZ continues to support Algeria in the implementation of the 2020 Action Plan, focussing on promoting the independence of the judiciary, increasing efficiency, fighting corruption and creating equal and fair access to law and justice for all citizens.

Dr. Stefan Cassone, Leiter der JVA Essen, während seines Vortrags zur Implementierung internationaler Standards im Strafvollzug in Algerien, aufmerksam verfolgt durch den Generaldirektor der algerischen Strafvollzugsbehörde, Said Ezreb (links), und Mohamed Montasser Abidi, Projektbereichsleiter der IRZ (rechts).

Dr Stefan Cassone, Head of Essen Prison, during his presentation on the implementation of international standards in the prison system in Algeria, closely followed by the Director General of the Algerian Prison Service, Said Ezreb (left), and Mohamed Montasser Abidi, Head of Section, IRZ (right).



Die IRZ arbeitet gemeinsam mit dem Justiz- und Wirtschaftsministerium, der Strafvollzugsbehörde, der Richterhochschule sowie der Rechtsanwaltskammer an einer Umsetzung der Reformvorhaben.

2023 verstärkten die IRZ und die algerische Justiz ihre Zusammenarbeit insbesondere im Bereich „Menschenrechte“, „Straf- und Strafvollzugsrecht“ sowie „Wirtschaftsrecht“. Im Rahmen einer regionalen Konferenz unter Einbindung verschiedener Partnerstaaten Nordafrikas lag der thematische Schwerpunkt auf dem Schutz und der Förderung von Investitionen. Im Bereich Strafvollzug und Strafrecht fokussierte sich die IRZ auf die Weiterführung der langjährigen Zusammenarbeit zur Implementierung internationaler Standards im Strafvollzug.

IRZ is working together with the Ministry of Justice and Economic Affairs, the Prison Service, the Judicial College and the Bar Association to implement the reform plans.

In 2023, IRZ and the Algerian judiciary intensified their cooperation, particularly in the areas of “human rights”, “criminal and penitentiary law” and “commercial law”. As part of a regional conference involving various partner states in North Africa, the thematic focus was on the protection and promotion of investments. In the area of the penal system and criminal law, IRZ focused on continuing its long-standing cooperation on the implementation of international standards in the penal system.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Konferenz zum Thema „Praktische Anwendung von internationalen Menschenrechtskonventionen – Menschenrechtsschutz auf Justizebene“ in Algier (Präsenz-Veranstaltung)

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Regionalkonferenz zum Thema „Optimierung des Investitionsklimas und Förderung von Investitionsanreizen und Investitionsschutz“ in Tunis in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer und den Justizministerien Tunesiens, Marokkos und Mauretaniens (Hybrid-Veranstaltung)

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Experteninnen- und Expertengespräch zur Implementierung internationaler Standards im Strafvollzug in Algerien (Präsenz-Veranstaltung)

Focuses of Activity in 2023

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Conference on “Practical application of international human rights conventions – human rights protection at judicial level” in Algiers (in-person event)

Civil and Commercial Law

- Regional conference on “Optimising the investment climate and promoting investment incentives and investment protection” in Tunis in cooperation with the German Federal Bar Association and the Ministries of Justice of Tunisia, Morocco and Mauritania (hybrid event)

Criminal and Penitentiary Law

- Expert discussion on the implementation of international standards in the penal system in Algeria (face-to-face event)



Teilnehmende der Studienreise zur Rolle des Rechtsbeistands zum Schutz von vulnerablen Gruppen im Bundesjustizministerium in Berlin.

Participants of the study tour on the role of legal counselling for the protection of vulnerable groups at the Federal Ministry of Justice in Berlin.

Rechtspflege

- Beteiligung der algerischen Anwaltschaft bei einer internationalen Studienreise nach Berlin zur „Stärkung des Rechtsbeistands zum Schutz von vulnerablen Gruppen in der Justiz“ in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer

Administration of Justice

- Participation of the Algerian legal profession in an international study trip to Berlin on “Strengthening legal aid for the protection of vulnerable groups in the justice system” in cooperation with the German Federal Bar Association

Ausblick

Auch im Jahr 2024 strebt die IRZ die Fortführung der Unterstützung der algerischen Justiz und der Reformbestrebungen des Aktionsplans 2020 der Regierung an. Eine Vertiefung in der Zusammenarbeit im Bereich des Wirtschaftsrechts sowie des Straf- und Strafvollzugsrechts wird schwerpunktmäßig angestrebt. Beratungen im Bereich der Rechtspflege, insbesondere zur Effizienz der Justiz hinsichtlich einer Verkürzung der Prozessdauer sowie Modernisierung und Digitalisierung der Justizverwaltung, sollen wieder aufgegriffen werden. Bei der Projektimplementierung legt die IRZ großen Wert auf die Förderung der Süd-Süd-Kooperation, um Synergieeffekte sowie Frieden und Stabilität in der Region zu unterstützen. Die Süd-Süd-Kooperation zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen Ländern des globalen Südens zu stärken und ihre Entwicklung zu fördern. Durch den Austausch von Ressourcen, Wissen und Erfahrungen können diese Länder voneinander lernen und gemeinsam Lösungen für ihre ähnlichen Herausforderungen finden.

Outlook

In 2024, IRZ aims to continue its support for the Algerian judiciary and the reform efforts of the government’s 2020 Action Plan. The focus will be on intensifying cooperation in the areas of commercial law and criminal and penal law. Consultations in the area of the administration of justice, in particular efficiency of the justice system with regard to shortening the duration of proceedings and modernising and digitalising the administration of justice. When implementing projects, IRZ attaches great importance to promoting South-South cooperation in order to support synergy effects as well as peace and stability in the region. South-South cooperation aims to strengthen cooperation between countries of the global South and promote their development. By sharing resources, knowledge and experience, these countries can learn from each other and jointly find solutions to their similar challenges.

Name: Republik Armenien
Hauptstadt: Eriwan
Bevölkerung: ca. 3 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarisches System

Name: Republic of Armenia
Capital city: Yerevan
Population: approx. 3 million
System of government:
Parliamentary system



Armenien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region Bergkarabach eskalierte am 20. September 2023. Nachdem Aserbaidschan die Region, die vornehmlich von ethnischen Armenierinnen und Armeniern bewohnt war, militärisch angegriffen und eingenommen hat, sind über 100.000 Menschen aus Bergkarabach nach Armenien geflohen. Dem ging eine monatelange Blockade des sog. Latschin-Korridors voraus, der Hauptverbindung zwischen Bergkarabach und Armenien durch Aserbaidschan, was in Bergkarabach zu einer ernsten Versorgungskrise führte. Russland, das eigentlich für Stabilität in der Region sorgen sollte, griff in den eskalierenden Konflikt nicht ein. Zudem hat Armenien in dem Konflikt auf Unterstützung des von Russland angeführten Militärbündnisses CSTO vertraut. Diese Unterstützung unterblieb, woraufhin sich Armenien noch weiter von Russland abwendete. So trat Armenien dem Internationalen Strafgerichtshof bei und hinterfragt offen die Sinnhaftigkeit der Militärpräsenz Russlands in Armenien. Mit Aserbaidschan strebt Armenien ein Friedensabkommen an. Bereits seit Anfang 2023 ist die zivile EU-Mission EUMA in Armenien aktiv und soll zwischen Armenien und Aserbaidschan vermitteln.

Die außenpolitische Lage führt auch dazu, dass sich Armenien noch deutlicher dem Westen und Europa zuwendet. Auch im Justizbereich ist der Wunsch nach westlicher Unterstützung nach wie vor groß. Armenien setzt daher weiterhin verstärkt auf die Annäherung an die Europäische Union und führt entsprechende Reformen hinsichtlich der Einführung von EU-Standards durch.

Konzeption

Die IRZ unterstützt den Prozess der EU-Rechtsharmonisierung und engagiert sich in Armenien sowohl im Rahmen von EU-geförderten Projekten als auch mit durch Zuwendungen des Bundesministeriums der Justiz finanzierten Projekten. Diese Beratungen liegen überwiegend im Bereich des Straf- und Strafvollzugsrechts. Zur Förderung des juristischen Nachwuchses werden zunehmend auch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Workshop zu praktischen Fragen im Vollzug für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JVA in Vanadzor (Teil 2)
- Training/Schulung der JVA-Fachdienste: Maßnahmen zur Diagnostik und Prognosestellung sowie zu der Implementierung von Behandlungsprogrammen für Inhaftierte, die auf Grundlage der Diagnostik und Prognose individuell für den Inhaftierten erstellt werden in Eriwan
- Seminar zum Thema „Bekämpfung von Hasskriminalität und Hassreden“ in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium Armeniens in Eriwan
- Seminar zum Thema „Bekämpfung von Hasskriminalität und Hassreden“ in Zusammenarbeit mit dem Büro der Menschenrechtsverteidigerin Armeniens in Eriwan

Armenia

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The conflict between Armenia and Azerbaijan over the Nagorno-Karabakh region escalated on 20 September 2023. After Azerbaijan militarily attacked and captured the region, which was until then mainly inhabited by ethnic Armenians, over 100,000 people fled from Nagorno-Karabakh to Armenia. This was preceded by a months-long blockade of the so-called Lachin Corridor, the main connection between Nagorno-Karabakh and Armenia through Azerbaijan, which led to a serious supply crisis in Nagorno-Karabakh. Russia, which was supposed to ensure stability in the region, did not intervene in the escalating conflict. Armenia also relied on the support of the Russian-led military alliance CSTO in the conflict. This support was not forthcoming, which led Armenia to turn even further away from Russia. Armenia joined the International Criminal Court and openly questioned the usefulness of Russia's military presence in Armenia. Armenia is endeavouring to reach a peace agreement with Azerbaijan. The civilian EU mission EUMA has been active in Armenia since the beginning of 2023 and is tasked with mediating between Armenia and Azerbaijan.

The foreign policy situation is also leading Armenia to turn even more clearly towards the West and Europe. The desire for Western support also remains strong in the area of justice. Armenia is therefore continuing to focus more on rapprochement with the European Union and is carrying out corresponding reforms with regard to the introduction of EU standards.

Overall Concept

IRZ supports the process of EU legal harmonisation and is involved in Armenia both within the framework of EU-funded projects and with projects financed by institutional donation from the Federal Ministry of Justice. These consultations are primarily in the area of criminal and penitentiary law. Training and further education programmes are also increasingly being carried out to promote young legal talent.

Focus of Activity in 2023

Criminal and Penitentiary Law

- Workshop on practical issues in Correctional Facility for employees of the Correctional Facility in Vanadzor (part 2)
- Training/education for Correctional Facility specialist services: measures for diagnostics and prognosis as well as the implementation of treatment programmes for Correctional Facility staff, which are created individually for the Correctional Facility based on the diagnostics and prognosis in Yerevan
- Seminar on "Fighting hate crime and hate speech" in cooperation with the Armenian Ministry of Justice in Yerevan
- Seminar on "Fighting hate crime and hate speech" in cooperation with the Office of the Human Rights Defender of Armenia in Yerevan



Training der JVA-Fachdienste (Psychologinnen und Psychologen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter) in Karbi (v.l.n.r.): Amalia Wuckert, Projektmanagerin der IRZ, Zonik Margaryan, Leiter des Bildungszentrums in Karbi, Betina Schilling, Stellvertretende Leiterin des Bildungszentrums Justizvollzug Baden-Württemberg, Thomas Müller, Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt Karlsruhe, Heiko Oberle, Verwaltungsleiter Justizvollzugsanstalt Mannheim, Tadevos Nalbandyan, Stellvertretende Leiter des Strafvollzugsdepartments des Justizministeriums Armeniens.

Training of the specialised correctional facility services (psychologists and social workers) in Karbi (from left to right): Amalia Wuckert, IRZ Project Manager, Zonik Margaryan, Head of the education centre in Karbi Betina Schilling, Deputy Head of the Baden-Württemberg Correctional Facility Education Centre, Thomas Müller, Head of Karlsruhe Correctional Facility, Heiko Oberle, Administrative Head of Mannheim Correctional Facility and Tadevos Nalbandyan, Deputy Head of the Correctional Facility Department of the Armenian Ministry of Justice.



Workshop zu praktischen Fragen im Strafvollzug für Mitarbeitende der JVA-Vanadzor (v.l.n.r.): Artzrun Petrosyan, Stellvertretender Leiter der Justizvollzugsanstalt Vanadzor, Thomas Müller, Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt Karlsruhe, Heiko Oberle, Verwaltungsleiter Justizvollzugsanstalt Mannheim, Manuk Poghosyan, Leiter der JVA-Vanadzor und Amalia Wuckert, Projektmanagerin der IRZ.

Workshop on practical issues in the correctional facility system for employees of Vanadzor Correctional Facility (from left to right): Artzrun Petrosyan, Deputy Head of Vanadzor Correctional Facility, Thomas Müller, Head of Karlsruhe Correctional Facility, Heiko Oberle, Administrative Head of Mannheim Correctional Facility, Manuk Poghosyan, Head of Vanadzor Correctional Facility and Amalia Wuckert, IRZ Project Manager.



Teilnehmende der Gastvorlesung in Kooperation mit der Justizakademie der RA zum Thema "Grundlagen des Strafrechts – Urteil und Strafen (Sanktionen, Sicherungsmaßnahmen und alternative Maßnahmen)" am 16. Mai 2023. Am Rednertisch (Bildmitte): Sergey Arakelyan, Rektor der Justizakademie.

Participants of the guest lecture in cooperation with the Academy of Justice of the RA on the topic "Basic principals of criminal law – verdict and penalty (sanctions, security measures and alternative measures)" on 16 May 2023. At the speaker's table (centre): Sergey Arakelyan, Rector of the Academy of Justice.

Aus- und Fortbildung

- Gastvorlesung für angehende Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Zusammenarbeit mit der Justizakademie zum Thema „Grundlagen des Strafrechts – Urteil und Strafen“ (Hybrid-Veranstaltung) in Eriwan
- Gastvorlesung für die Studentenschaft in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Universität Eriwan zum Thema „Grundlagen des Strafrechts – Urteil und Strafen“ (Online-Veranstaltung)

Basic and Further Training

- Guest lecture for prospective judges and public prosecutors in cooperation with the Academy of Justice on the topic of "Basic principals of criminal law – verdict and penalty" (hybrid event) in Yerevan
- Guest lecture for the student body in cooperation with the Yerevan State University on the topic of "Basic principals of criminal law – verdict and penalty" (online event)

- Unterstützung der Justizakademie in Eriwan bei der Erstellung eines Handbuchs zur Unabhängigkeit der Justiz in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (Online- und Hybrid-Veranstaltungen)

Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

EU-Twinning-Projekt „Förderung der Integrität und Korruptionsprävention im öffentlichen Sektor in Armenien“

Seit Juni 2022 führen die IRZ und das Justizministerium der Republik Lettland als Juniorpartner ein 24-monatiges Projekt zugunsten der Korruptionspräventionskommission (CPC) von Armenien durch. Das übergeordnete Ziel dieses Projekts sind die Förderung der Integrität und die Verhinderung von Korruption im öffentlichen Sektor in Armenien.

Die Projektdurchführung verläuft – trotz der schwerwiegenden Auswirkungen des Aserbaidschan-Konflikts auf die der begünstigten Institution zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen – weiterhin wie geplant. Gleichwohl wurden die Projektmaßnahmen auf die aktuelle Situation abgestimmt.

Die deutschen und internationalen Expertinnen und Experten, die sich mit dem Aufbau von Kapazitäten und der Durchführung von Schulungen zur Korruptionsprävention befassen, haben in diesem Jahr bedeutende Erfolge erzielt. Sie führten mehrere Schulungen für das CPC-Team, für Beamtinnen und Beamte aus verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen sowie für Journalistinnen und Journalisten durch. Es wurde auch umfangreiches Schulungsmaterial in englischer Sprache mit armenischer Übersetzung bereitgestellt.

Darüber hinaus wurden Lehrpläne und -materialien zur Korruptionsprävention für Grundschulen entwickelt und Lehrkräfte auf die Durchführung dieser Schulungen vorbereitet. Zudem wurden Curricula für Universitätskurse ausgearbeitet, die derzeit mit Professoren armenischer Universitäten erörtert werden.

Zugleich wurde eine Kommunikationsstrategie für die CPC entwickelt, die Kommunikationsmechanismen für die Zivilgesellschaft, die Medien, externe Interessengruppen und die allgemeine Öffentlichkeit umfasst. Diese Strategie soll die CPC in ihren Bemühungen unterstützen, die öffentliche Kommunikation in einer Gesellschaft zu steuern, die diesem Aspekt keine Priorität einräumt. Im Oktober 2023 wurde für sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CPC ein Studienbesuch in Berlin organisiert, um den deutschen Kommunikationsansatz zur Korruptionsprävention zu demonstrieren.

Parallel dazu steht die Umsetzung der Antikorruptionsstrategie durch das armenische Justizministerium im Rahmen des Projekts kurz vor dem Abschluss. Das lettische Expertinnen- und Expertenteam hat im Rahmen dieser Strategie eine Methodik zum Monitoring und zur Evaluierung (M&E) entwickelt, um die Nachhaltigkeit in der Zukunft zu gewährleisten.

Das deutsch-lettische Expertinnen- und Expertenteam arbeitete darüber hinaus an der Entwicklung von Integritätsmaßnahmen für Staatsbetriebe und öffentliche Unternehmen. Es entwickelte eine Bewertungsmethodik und testete diese an Pilotunternehmen. Die Expertinnen und Experten schulten

- Support for the Academy of Justice in Yerevan in the preparation of a handbook on the independence of the judiciary in cooperation with the Konrad Adenauer Foundation (online and hybrid events)

Projects funded by the European Union

EU Twinning Project „Promoting Integrity and Preventing Corruption in the Public Sector in Armenia“

Since June 2022, IRZ and the Ministry of Justice of the Republic of Latvia as junior partner have been implementing a 24-month project in favour of the Corruption Prevention Commission (CPC) of Armenia. The overall objective of this project is to promote integrity and prevent corruption in the public sector in Armenia.

Despite the serious impact of the Azerbaijan conflict on the human resources available to the beneficiary institution, project implementation is continuing as planned. Nevertheless, the project measures have been adapted to the current situation.

The German and international experts involved in capacity building and training on corruption prevention have achieved significant successes this year. They organised several training courses for the CPC team, for civil servants from various government institutions, universities, for school teachers and for journalists. Extensive training material was also provided in English with Armenian translation.

In addition, corruption prevention curricula and materials were developed for primary schools and teachers were prepared to conduct these training courses. Curricula for university courses have also been developed and are currently being discussed with professors at Armenian universities.

At the same time, a communication strategy for the CPC has been developed, which includes communication mechanisms for civil society, the media, external interest groups and the general public. This strategy is intended to support the CPC in its efforts to manage public communication in a society that does not prioritise this aspect. In October 2023, a study visit to Berlin was organised for six CPC employees to demonstrate the German communication approach to corruption prevention. At the same time, the implementation of the anti-corruption strategy by the Armenian Ministry of Justice is nearing completion as part of the project. The Latvian team of experts has developed a methodology for monitoring and evaluation (M&E) as part of this strategy in order to ensure sustainability in the future.

The German-Latvian team of experts also worked on the development of integrity measures for state-owned enterprises and public companies. It developed an evaluation methodology and tested it on pilot companies. The experts trained CPC employees to enable them to implement the plan developed as part of the project to improve business integrity in Armenia even after the end of the project.



Studienbesuch der armenischen Korruptionspräventionskommission (CPC) im Bundesministerium des Innern im Rahmen eines EU-Twinning Projekts (v.l.n.r.): Kommissionsmitglied Narek Hambardzumyan, CPC RTA counterpart Narine Avetisyan, CPC Leiterin der Bildungskomponente Anna Manukyan, IRZ Projektleiter Ingo Sorgatz, Büro des Parlamentarischen Staatssekretärs Johann Saathoff, MdB, Kommissionsmitglied Mariam Galstyan, Kommissionsmitglied Aramays Pashinyan sowie IRZ Experte Detlef Kreutzer.

Study visit by the Armenian Corruption Prevention Commission (CPC) to the Federal Ministry of the Interior as part of an EU Twinning project (from left to right): Commissioner Narek Hambardzumyan, CPC RTA counterpart Narine Avetisyan, CPC Head of the Education Component, Anna Manukyan, IRZ Project Manager, Ingo Sorgatz, Office of the Parliamentary State Secretary, Johann Saathoff, MP, Commissioner Mariam Galstyan, Commissioner Aramays Pashinyan and IRZ expert Detlef Kreutzer.

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CPC, um sie in die Lage zu versetzen, den im Rahmen des Projekts entworfenen Plan zur Verbesserung der Unternehmensintegrität in Armenien auch nach Projektende umzusetzen.

EU-Technical-Assistance-Projekt „Development and Introduction of E-Justice Solutions in Armenia“

Seit November 2021 wird dieses EU-Projekt mit einem Budget von rund 1.270.000 Euro in einem internationalen Konsortium unter Federführung der französischen Firma GINGER SOFRECO durchgeführt, und es wurde nun bis Ende Dezember 2023 verlängert, um wichtige Aktivitäten abzuschließen. Hauptbegünstigte sind das Justizministerium und das Ministerium für Hightech und Industrie der Republik Armenien sowie der Oberste Justizrat und die Staatsanwaltschaften.

Ziel des EU-Projekts ist die Entwicklung einer einheitlichen E-Justiz-Plattform zur Sicherstellung der Digitalisierung im armenischen Justizsystem. Darüber hinaus soll die im Rahmen des Projekts vorgesehene Einrichtung eines E-Justiz-Portals den Bürgerinnen und Bürgern die Justiz näherbringen und den Justizsektor transparenter und effizienter gestalten, während gleichzeitig die Kosten für Gerichtsverfahren gesenkt werden. Das E-Justiz-Portal wird nicht nur den Zugang zu den bestehenden Systemen im Justizsektor fördern, sondern auch neue, durch das Projekt geschaffene E-Dienste ermöglichen. Hierzu wurden unter anderem Handbücher und Leitfäden sowie Trainings für die zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer des Portals entwickelt.

Die IRZ ist auch durch die Entsendung von nationalen Kurzzeitexpertinnen und Kurzzeitexperten, vor allem aber durch den Einsatz eines Langzeitexperten mit dem Schwerpunkt „Entwicklung und Analyse von IT-Systemen“ an dem Projekt beteiligt.

EU Technical Assistance Project “Development and Introduction of E-Justice Solutions in Armenia”

Since November 2021, this EU project with a budget of around 1,270,000 euros has been implemented in an international consortium led by the French company GINGER SOFRECO and has now been extended until the end of December 2023 to finalise key activities. The main beneficiaries are the Ministry of Justice and the Ministry of High-Tech and Industry of the Republic of Armenia, as well as the Supreme Judicial Council and the prosecutor's offices.

The aim of the EU project is to develop a unified e-Justice platform to ensure digitalisation in the Armenian judicial system. In addition, the establishment of an e-justice portal planned as part of the project is intended to bring justice closer to citizens and make the justice sector more transparent and efficient, while at the same time reducing the costs of court proceedings. The e-Justice portal will not only promote access to existing systems in the justice sector, but will also enable new e-services created by the project. Among other things, manuals and guidelines as well as training courses for future users of the portal have been developed for this purpose.

IRZ is involved in the project through the deployment of national short-term experts and of an international long-term expert specialised in the “development and analysis of IT systems”.

Bosnien und Herzegowina

Bosnia and Herzegovina

Ausblick

Die Zusammenarbeit mit den armenischen Partnern im straf- und strafvollzugsrechtlichen Bereich soll im kleineren Rahmen fortgesetzt werden. Gleichzeitig sollen die Themen Korruptionsbekämpfung und Vermögensabschöpfung in der Zusammenarbeit stärker in den Fokus rücken. Die Fortbildung von juristischem Nachwuchs bildet weiterhin einen wichtigen Schwerpunkt der Zusammenarbeit der IRZ mit der Staatlichen Universität Eriwan und der Justizakademie als Kooperationspartnern.

Im Zuge des EU-Twinning-Projekts zur Korruptionsprävention wird eine Vielzahl von Maßnahmen auch im Jahr 2024 umgesetzt.

Outlook

Cooperation with the Armenian partners in the area of criminal and penal law is to be continued on a smaller scale. At the same time, the topics of anti-corruption and asset recovery are to become a greater focus of cooperation. The further training of young legal professionals continues to be an important focus of IRZ's cooperation with the Yerevan State University and the Academy of Justice as cooperation partners continues to focus on the training of young legal professionals. A large number of measures will also be implemented in 2024 as part of the EU twinning project on corruption prevention.

Name: Bosnien und Herzegowina
Hauptstadt: Sarajevo
Bevölkerung: ca. 3,8 Millionen
Regierungssystem: demokratischer Staat mit zwei weitgehend autonomen Entitäten, Föderation Bosnien und Herzegowina und Republika Srpska, sowie dem Distrikt Brčko als Gebiet mit Rechtsnatur sui generis

Name: Bosnia and Herzegovina
Capital city: Sarajevo
Population: approx. 3.8 million
System of government: Democratic state with two largely autonomous entities, the Federation of Bosnia and Herzegovina, Republika Srpska and the Brčko District as an area with sui generis legal status



Bosnien und Herzegowina

Bosnia and Herzegovina

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Bosnien und Herzegowina, das kriegsbedingt verspätet mit der Transformation seines Rechtssystems begonnen hatte, erhielt im Dezember 2022 den EU-Beitrittskandidatenstatus. Die schwierige Regierungsbildung nach den Wahlen im Oktober 2022 ist mittlerweile abgeschlossen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erklärte im August 2023 das ethnisch geprägte Wahlsystem, das auf den im Friedensabkommen von Dayton angelegten Staatsaufbau zurückgeht, erneut für diskriminierend. Die Entität Republika Srpska erkennt die Entscheidungen des Staatsverfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina und des Hohen Repräsentanten Schmitt nicht mehr an. Die Zusammenarbeit mit der Republika Srpska ist weiterhin suspendiert.

Konzeption

Aufgrund der geschilderten Situation setzt die IRZ den Schwerpunkt ihrer Projektarbeit auf die Aus- und Weiterbildung von Juristinnen und Juristen. Dabei unterstützt die IRZ Veranstaltungen zum Zivil- und Wirtschaftsrecht an dem Edukationszentrum der Richter- und Staatsanwaltschaft der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie an den juristischen Fakultäten der Universitäten Sarajevo, Mostar und Zenica. Sie arbeitet zudem eng mit dem Verfassungsgericht des Gesamtstaats Bosnien und Herzegowina und

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Bosnia and Herzegovina, which was late in starting to transform its legal system due to the war, was granted EU candidate status in December 2022. The difficult process of forming a government after the elections in October 2022 has now been completed. In August 2023, the European Court of Human Rights once again declared the ethnically based electoral system, which dates back to the state structure laid out in the Dayton Peace Agreement, to be discriminatory.

The Republika Srpska entity no longer recognises the decisions of the State Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina and the High Representative Schmidt. Cooperation with the Republika Srpska is still suspended.

Overall Concept

Due to the situation described above, IRZ is focussing its project work on basic and further training for lawyers. IRZ supports events on civil and commercial law at the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of the Federation of Bosnia and Herzegovina and at the law faculties of the universities of Sarajevo, Mostar and Zenica. It also works closely with the Constitutional Court of the State of Bosnia and Herzegovina and with the legal aid organisation Vaša Prava. As part of its activities, which are



Notar Dr. Lovro Tomašić, Bundesnotarkammer, beim TV-Interview zur Rolle des Notariats bei der Verhinderung von Geldwäsche und bei der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung.

Notary Dr Lovro Tomašić, Federal Chamber of Notaries, during a TV interview on the role of the notary's office in preventing money laundering and combating financing of terrorism.

mit der Legal-Aid-Organisation Vaša Prava zusammen. Im Rahmen ihrer mit Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und des Auswärtigen Amts geförderten Aktivitäten schafft die IRZ bewusst auch Möglichkeiten einer Begegnung für Angehörige verschiedener Volksgruppen, um so ethnischen Spannungen entgegenzuwirken. Eingebettet in ein neu begonnenes EU-Projekt unterstützt die IRZ zusätzlich den „Hohen Rat der Richter- und Staatsanwaltschaft“.

funded by the Federal Ministry of Justice and the Federal Foreign Office, IRZ also deliberately creates opportunities for members of different ethnic groups to meet in order to counteract ethnic tensions. Embedded in a newly launched EU project, IRZ also supports the "High Judicial and Prosecutorial Council".

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Seminar zum Thema „Gleichheit und Gleichberechtigung von Frauen in Bosnien und Herzegowina hinsichtlich der Wahrnehmung von Rechten und des Zugangs zur Justiz“, gemeinsam veranstaltet mit der Legal-Aid-Organisation Vaša Prava
- Teilnahme des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina an der regionalen Verfassungsgerichtskonferenz zum Thema „Schutz des Rechts auf Privatsphäre“, gemeinsam veranstaltet mit dem Verfassungsgericht von Montenegro
- Teilnahme des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina an der Abschlusskonferenz des Projekts „Propagierung der Verfassungsbeschwerde als wichtigstes Mittel zum Grundrechtsschutz in Nordmazedonien“, gemeinsam veranstaltet mit dem Verfassungsgericht von Nordmazedonien

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- 11. Internationale Konferenz „Tage des Familienrechts“, gemeinsam veranstaltet mit der Juristischen Fakultät der Universität „Džemal Bijedić“ in Mostar

Rechtspflege

- Konferenz mit der Bundesnotarkammer und der Notarkammer der Föderation Bosnien und Herzegowina zum Thema „Die Rolle des Notariats bei der Verhinderung von Geldwäsche und bei der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung – Zusammenarbeit mit anderen relevanten Akteuren“
- Gastvortrag an der Rechtsfakultät Sarajevo: „Juristische Ausbildung in Deutschland – theoretische Grundlagen und Praxis“

Focus of Activity in 2023

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Seminar on "Equality and equal rights of women in Bosnia and Herzegovina with regard to the exercise of rights and access to justice", organised jointly with the non-governmental legal aid organisation Vaša Prava
- Participation of the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina in the Regional Conference of Constitutional Courts on "Protection of the Right to Privacy", co-organised with the Constitutional Court of Montenegro
- Participation of the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina in the final conference of the project "Promotion of constitutional complaints as the main means of protecting fundamental rights in North Macedonia", jointly organised with the Constitutional Court of North Macedonia

Civil and Commercial Law

- 11th International Conference "Days of Family Law", jointly organised with the Faculty of Law of the University "Džemal Bijedić" in Mostar

Administration of Justice

- Conference with the Federal Chamber of Notaries and the Chamber of Notaries of the Federation of Bosnia and Herzegovina on the topic "The role of the notary's office in preventing money laundering and combating financing of terrorism – cooperation with other relevant actors"
- Guest lecture at the Sarajevo Faculty of Law: "Legal education in Germany – theoretical foundations and practice"

- Gastvortrag an der juristischen Fakultät der Universität Džemal Bijedić in Mostar zum Thema „Gleichberechtigung der Geschlechter nach der EMRK“
- Popularisierung des deutschen Rechts: Workshop zur Unterstützung und Vernetzung von auf dem Gebiet des deutschen Rechts tätigen Institutionen und Einzelpersonen in Bosnien und Herzegowina sowie in der Region, einschließlich der Zurverfügungstellung von Literatur und Online-Lizenzen

Aus- und Fortbildung

- Seminare mit dem Edukationszentrum der Richter- und Staatsanwaltschaft der Föderation Bosnien und Herzegowina zu folgenden Themen:
 - Europäische Konvention und Gleichberechtigung der Geschlechter
 - Ethik und Integrität
 - Gerichtlicher Vergleich
 - Das Verhältnis zwischen Europarecht und dem nationalen Recht von Bosnien und Herzegowina
 - Train-the-Trainer: Didaktik einer praxisorientierten Weiterbildung von Juristinnen und Juristen
- Mitwirkung von Teilnehmenden aus Bosnien und Herzegowina am regionalen Jahresworkshop der deutschsprachigen IRZ-Alumni zum Thema „Aktuelles aus dem deutschen Recht“ (gesponsort durch den Verlag C.H. BECK, München) und am regionalen Kurs zur deutschen Rechtsterminologie

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Grant-Projekt „EU4Justice“ zur Umsetzung der laufenden Justizreform sowie zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption

Seit Dezember 2022 führt die IRZ als Partner eines Konsortiums mit Expertise France als Federführer und der in Spanien ansässigen FIIAPP als weiterem Partner das EU-finanzierte Projekt „EU4Justice Phase II – Support to Judicial Professionalism and the Fight against Organised Crime and Corruption in Bosnia and Herzegovina“ durch. Das Projektvolumen beträgt 4,5 Millionen Euro bei einer Laufzeit von drei Jahren. Die IRZ begleitet mit einer bzw. einem der drei internationalen vor Ort tätigen Langzeitexpertinnen und Langzeitexperten die Komponente III: „Organisierte Kriminalität und Antikorruption“. Das EU4Justice-Projekt ist für die IRZ das erste EU-Projekt in Bosnien und Herzegowina.

Im Hinblick auf den EU-Beitritt Bosniens und Herzegowinas identifizierte die Europäische Union 14 Schlüsselprioritäten für Reformen, deren Erfüllung laufend überprüft wird und die die Voraussetzung für die positive Empfehlung zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen darstellen. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Funktionsfähigkeit des Staates, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, verstärkte Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption, verbesserte Migrationssteuerung, Stärkung der Grundrechte sowie Reformen der öffentlichen Verwaltung. Innerhalb dieser 14 Schlüsselprioritäten bilden jene zur „Rule of Law“ einen Schwerpunkt und weisen somit auch im Rahmen der Projektimplementierung des EU4Justice-Projekts hohe Relevanz auf.

- Guest lecture at the Faculty of Law of the University of Džemal Bijedić in Mostar on the topic “Gender Equality under the ECHR”
- Popularisation of German law: Workshop to support and network institutions and individuals working in the field of German law in Bosnia and Herzegovina and in the region, including the provision of literature and online licences

Basic and Further Training

- Seminars with the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of the Federation of Bosnia and Herzegovina on the following topics:
 - European Convention and gender equality
 - Ethics and integrity
 - Court settlement
 - The relationship between European law and the national law of Bosnia and Herzegovina
 - Train-the-trainer: Didactics of practice-orientated further training for legal practitioners
- Involvement of participants from Bosnia and Herzegovina in the regional annual workshop of German-speaking IRZ alumni on the topic of “Current developments in German law” (sponsored by the publishing house C.H. BECK, Munich) and in the regional course on German legal terminology

Project funded by the European Union

EU grant project “EU4Justice” for the implementation of the ongoing judicial reform and the fight against organised crime and corruption

Since December 2022, IRZ has been implementing the EU-funded project “EU4Justice Phase II – Support to Judicial Professionalism and the Fight against Organised Crime and Corruption in Bosnia and Herzegovina” as a partner in a consortium with Expertise France as the lead partner and FIIAPP, based in Spain, as an additional partner. The project volume amounts to 4.5 million Euros over a period of three years. IRZ is supporting Component III: “Organised Crime and Anti-Corruption” with one of the three international long-term experts working on site. The EU4Justice project is IRZ’s first EU project in Bosnia and Herzegovina.

With a view to Bosnia and Herzegovina’s EU accession, the European Union identified 14 key priorities for reforms, the fulfilment of which is continuously monitored and which represent the prerequisite for a positive recommendation to open accession negotiations. The focus here is on the functioning of the state, democracy and the rule of law, stepping up the fight against organised crime and corruption, improving migration management, strengthening fundamental rights and reforming the public administration. Within these 14 key priorities, those relating to the “rule of law” form a focal point and are therefore also highly relevant in the context of the implementation of the EU4Justice project.



Teilnehmende des Seminars „Europäische Konvention und Gleichberechtigung der Geschlechter“ diskutieren bei der Gruppenarbeit.

Participants of the seminar “European Convention and Gender Equality” discuss during group work.

Vor diesem Hintergrund ist das übergeordnete Ziel des Projekts die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Bosnien und Herzegowina und die Angleichung an den EU-Acquis insbesondere mit Blick auf eine Verbesserung der Unabhängigkeit, der Qualität, der Rechenschaftspflicht und Effizienz des Justizsektors sowie eine effektivere Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption.

Konkret ist das Projekt mandatiert, den Hohen Rat der Richter- und Staatsanwaltschaft (High Judicial and Prosecutorial Council, im Folgenden HJPC) als im Zentrum des Projekts stehende hauptbegünstigte Institution zu beraten. Als einzige justizielle Selbstverwaltungseinrichtung der bosnischen Justiz deckt der HJPC die gesamte, in vier Jurisdiktionen (Gesamtstaat „Bosnien und Herzegowina“, die sog. Entitäten „Föderation Bosnien und Herzegowina“ und der „Republika Srpska“ sowie das „Distrikt Brčko“) aufgeteilte bosnische Justizstruktur ab. Laut seinem Mandat soll der HJPC die Justiz vor politischer Einflussnahme schützen, das ordnungsgemäße Funktionieren aller vier Justizsysteme garantieren und Justizreformbestrebungen steuern. Zudem ist der HJPC zuständig für die Auswahl, Benennung und Beförderung aller Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der vier Justizsysteme, setzt sämtliche Disziplinarmaßnahmen um und beschäftigt sich mit Ethik- und Integritätsfragen des Justizpersonals. Die Verordnungen des HJPC finden in allen vier Justizsystemen Anwendung, um eine konsistente und kohärente Umsetzung der Justizpolitik sicherzustellen.

Neben dem HJPC sind weitere projektrelevante (indirekte) Begünstigte:

- alle Gerichte und Staatsanwaltschaften
- alle Parlamente und Justizministerien sowie die Justizkommission des Brčko-Distrikts
- Trainingszentren und Berufsverbände der Richter- und Staatsanwaltschaft
- juristische Fakultäten



11. internationale Konferenz „Tage des Familienrechts“ in Mostar (v.l.n.r.): Prof. Dr. Slađana Aras Kramar, Juristische Fakultät der Universität Zagreb in Kroatien, für die Juristische Fakultät der Universität „Džemal Bijedić“ Mostar: Prof. Dr. Ramajana Demirović, Prof. Dr. Anita Duraković, Prof. Dr. Maja Čolaković.

11th international conference “Days of Family Law” in Mostar (from left to right): Prof Dr Slađana Aras Kramar, Faculty of Law of the University of Zagreb in Croatia, for the Faculty of Law of the University “Džemal Bijedić” Mostar: Prof Dr Ramajana Demirović, Prof Dr Anita Duraković, Prof Dr Maja Čolaković.

Against this backdrop, the overarching goal of the project is to strengthen the rule of law in Bosnia and Herzegovina and align it with the EU acquis, particularly with a view to improving the independence, quality, accountability and efficiency of the justice sector and combating organised crime and corruption more effectively.

Specifically, the project is mandated to advise the High Judicial and Prosecutorial Council (HJPC) as the main beneficiary institution at the centre of the project. As the only self-governing judicial institution of the Bosnian judiciary, the HJPC covers the entire Bosnian judicial structure, which is divided into four jurisdictions (the state of “Bosnia and Herzegovina”, the entities “Federation of Bosnia and Herzegovina” and “Republika Srpska” as well as the “District of Brčko”). According to its mandate, the HJPC is to protect the judiciary from political influence, guarantee the proper functioning of all four judicial systems and steer judicial reform efforts. The HJPC is also responsible for the selection, appointment and promotion of all judges and public prosecutors in the four judicial systems, implements all disciplinary measures and deals with ethics and integrity issues relating to judicial personnel. The regulations of the HJPC are applied in all four judicial systems in order to ensure consistent and coherent implementation of judicial policy.

In addition to the HJPC, other project-relevant (indirect) beneficiaries are

- all courts and public prosecutors’ offices
- all parliaments and ministries of justice as well as the judicial commission of the Brčko district
- training centres and professional associations of judges and public prosecutors
- law faculties

Georgien

- die Agentur für Korruptionsprävention und Koordinierung der Korruptionsbekämpfung (APIK) und alle anderen Korruptionsbekämpfungsorgane
- Vermögensverwaltungsagenturen

Das Projekt gliedert sich in vier Komponenten auf, die im Laufe der dreijährigen Projektlaufzeit mit folgenden ausgewählten Projektmaßnahmen umgesetzt werden sollen:

- Komponente I: Stärkung der Integritätskapazitäten des HJPC
- Komponente II: Stärkung der Kapazitäten des HJPC und seiner Organe in Bereichen, die für die Ausübung der Kernkompetenzen des HJPC relevant sind
- Komponente III: Unterstützung der Koordinierung und Zusammenarbeit innerhalb der Strafverfolgungskette bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Durchführung von Korruptionsverfahren
- Komponente IV: Einrichtung eines umfassenden und effizienten Monitoring-Mechanismus für den Justizsektor

Ausblick

Die IRZ wird 2024 ihre Projektarbeit in Bosnien und Herzegowina in enger Abstimmung mit ihren Partnerinstitutionen fortsetzen und vertiefen. Bis zum Ende des gegenwärtigen Reformstaus in der Gesetzgebung werden dabei die Fortführung der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht des Gesamtstaats, mit dem Edukationszentrum der Richter- und Staatsanwaltschaft der Föderation Bosnien und Herzegowina, der Juristischen Fakultät Sarajevo und der Nichtregierungsorganisation Vaša Prava sowie im Rahmen des EU4Justice-Projekts mit dem HJPC im Mittelpunkt stehen.

Name: Georgien
Hauptstadt: Tiflis
Bevölkerung: ca. 3,7 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarische Demokratie

Name: Georgia
Capital city: Tbilisi
Population: approx. 3.7 million
System of government: Parliamentary democracy

Georgia

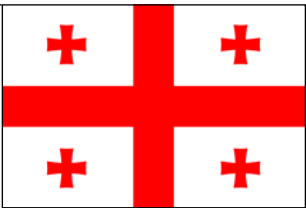
- the Agency for Prevention and Coordination of Combating Corruption (APIK) and all other anti-corruption bodies
- asset management agencies

The project is divided into four components, which are to be implemented over the course of the three-year project term with the following selected project measures:

- Component I: Strengthening the integrity capacities of the HJPC
- Component II: Strengthening the capacity of the HJPC and its bodies in areas relevant to the exercise of the HJPC's core competences
- Component III: Supporting coordination and cooperation within the law enforcement chain in the fight against organised crime and the conduct of corruption proceedings
- Component IV: Establishment of a comprehensive and efficient monitoring mechanism for the justice sector

Outlook

In 2024, IRZ will continue and intensify its project work in Bosnia and Herzegovina in close coordination with its partner institutions. Until the end of the current legislative reform backlog, the focus will be on continuing cooperation with the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina, the Centre for Judicial and Prosecutorial Training of the Federation of Bosnia and Herzegovina, the Sarajevo Faculty of Law and the non-governmental organisation Vaša Prava, as well as with the HJPC as part of the EU4Justice project.



Georgien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Nachdem Georgien Mitte 2022 zunächst eine EU-Beitrittsperspektive zugesprochen bekommen hatte, erhielt es nach einer im Dezember 2023 getroffenen Entscheidung des Europäischen Rates den Kandidatenstatus. Im Zuge der Gewährung der Beitrittsperspektive hatte die Europäische Kommission zwölf Reformempfehlungen abgegeben. Die Sicherstellung einer unabhängigen Justiz und eine effektive Korruptionsbekämpfung sind hierbei zwei wichtige Schwerpunkte, die damit auch im Fokus der Zusammenarbeit der IRZ mit Georgien stehen. Die georgische Regierung hat inzwischen einige Reformen angestoßen, wie etwa die Einrichtung einer Antikorruptionsbehörde. Kritiker

Georgia

Strategic framework conditions

Legal and political starting position

After Georgia was initially granted the prospect of EU accession in mid-2022, it finally received the candidate status following a decision by the European Council in December 2023. In the course of granting the prospect of accession, the European Commission made twelve recommendations for reform. Two of those, namely ensuring an independent judiciary and effectively combating corruption, are central for IRZ's cooperation with Georgia. The Georgian government has now initiated a number of reforms, such as the establishment of an anti-corruption authority. Critics initially considered the measures introduced to be insufficient. The EU Commis-

hielten die eingeleiteten Maßnahmen zunächst für noch nicht ausreichend. Auch die EU-Kommission machte noch im Sommer 2023 in einer mündlichen Stellungnahme deutlich, dass sie sieben der zwölf Empfehlungen als „nur teilweise umgesetzt“ einstuft. Neben der Implementierung notwendiger Justiz-reformen betrifft dies auch den Abbau der politischen Polarisierung oder die Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Entscheidungsprozesse.

Zudem sorgte im März 2023 das „Gesetz über die Transparenz ausländischer Einflussnahme“, mit dem die georgische Regierung die Finanzierung von NGOs aus dem Ausland regulieren wollte, für schwere Proteste und Kritik vonseiten der Europäischen Union, der USA, der Opposition und der Zivilgesellschaft. Sie verwiesen auf Parallelen zu einem entsprechenden Gesetz, das 2012 in Russland verabschiedet wurde. Nach großen Protesten zog die georgische Regierung das Vorhaben zunächst zurück (siehe dazu auch „Ausblick“).

Konzeption

Die IRZ orientiert sich bei ihrer Zusammenarbeit mit Georgien eng an den zwölf Empfehlungen der Europäischen Union. Die Gewährleistung einer unabhängigen Justiz, Antikorruptionsmaßnahmen und die Überwindung politischer Polarisierung stehen dabei ebenso im Mittelpunkt wie die Weiterbildung der Richter- und Rechtsanwaltschaft. Diese Themen setzt die IRZ in der Zusammenarbeit mit ihren langjährigen Partnern um. Für 2023 standen für die Zusammenarbeit Sondermittel des Deutschen Bundestags zur Verfügung, die zielgerichtet für die oben genannten Themenbereiche verwendet werden konnten. Da diese Sondermittel im Hinblick auf die EU-Annäherung neben Georgien auch für die Zusammenarbeit mit der Ukraine und der Republik Moldau zur Verfügung gestellt wurden, konnten diese Länder auch in trilaterale Formate eingebunden werden. Im Rahmen des zwischen dem georgischen Justizministerium und dem Bundesministerium der Justiz vereinbarten mehrjährigen (2022–2025) Arbeitsprogramms unterstützt die IRZ derzeit unter anderem auch die Reformen im Strafvollzug, dies in Kooperation mit dem Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Beratung des Obersten Gerichts in zivilrechtlichen Fragen durch einen deutschen Experten
- Seminar für Richterinnen und Richter des Obersten Gerichts zum Thema Architektenhaftung mit Bezügen zum europäischen Recht
- Seminar für georgische Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zum Thema Architektenhaftung mit Bezügen zum europäischen Recht in Tiflis
- Herausgabe Deutsch-Georgische Zeitschrift für Rechtsvergleichung (DGZR)

Öffentliches Recht

- Georgian-German Legal Forum – sharing best practices on Georgia's path to the European Union in Tiflis
- VI. Parlamentarierkonferenz in Kooperation mit dem Deutschen Bundestag mit Parlamentsabgeordneten aus der Republik Moldau und Georgien in Berlin
- Fachgespräch für Richterinnen und Richter des Obersten Gerichts Georgiens zu ausgewählten Fragen des Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrechts mit Bezügen zum europäischen Recht in Tiflis

sion also made it clear in an oral statement in the summer of 2023 that it considered seven of the twelve recommendations to be “only partially implemented”. In addition to the implementation of necessary judicial reforms, this also concerns the reduction of political polarisation and the involvement of civil society in political decision-making processes.

Furthermore, in March 2023, the “Law on Transparency of Foreign Influence”, with which the Georgian government wanted to regulate the financing of NGOs from abroad, caused serious protests and criticism from the European Union, the USA, the opposition and civil society. They pointed to parallels with a similar law that was passed in Russia in 2012. Following major protests, the Georgian government initially withdrew the plan (also see “outlook”).

Overall Concept

In its cooperation with Georgia, IRZ is closely aligned with the twelve recommendations of the European Union. The focus lies on ensuring an independent judiciary, anti-corruption measures and overcoming political polarisation, as well as further training for judges and lawyers. IRZ implements these topics in cooperation with its long-standing partners. Special funds from the German Bundestag for the cooperation in 2023 were specifically used for the above-mentioned topics. As these special funds were also made available for cooperation with Ukraine and the Republic of Moldova with regard to EU rapprochement, IRZ was able to initiate trilateral formats. As part of the multi-year (2022–2025) work programme agreed between the Georgian Ministry of Justice and the Federal Ministry of Justice, currently IRZ in addition supports reforms in the penitentiary system, among other things, partnering with the Ministry of Justice of North Rhine-Westphalia.

Focus of Activity in 2023

Civil and Commercial Law

- Advice to the Supreme Court on civil law issues from a German expert
- Seminar for judges of the Supreme Court on the subject of architects' liability with references to European law
- Seminar for Georgian lawyers on the subject of architects' liability with reference to European law in Tbilisi
- Publication of the German-Georgian Journal of Comparative Law (DGZR)

Public Law

- Georgian-German Legal Forum – sharing best practices on Georgia's path to the European Union in Tbilisi
- VI Parliamentary Conference in cooperation with the German Bundestag with members of parliament from the Republic of Moldova and Georgia in Berlin
- Expert discussion for judges of the Supreme Court of Georgia on selected issues of administrative and administrative procedural law with references to European law in Tbilisi

Besuch im Justizministerium in Tiflis (v.l.n.r.): Buba Lomuashvili, Stellvertreter Justizminister Georgiens, Beka Dzamashvili, Stellvertretender Justizminister Georgiens, Tanja Hutt, Geschäftsträgerin Deutsche Botschaft, Tamar Tkeshelashvili, erste Stellvertretende Justizministerin Georgiens, Dr. Benjamin Limbach, Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Frauke Bachler, Hauptgeschäftsführerin der IRZ (2023), Tornike Tcheishvili, Stellvertretender Justizminister Georgiens.

Visit to the Ministry of Justice in Tbilisi (from left to right): Buba Lomuashvili, Deputy Minister of Justice of Georgia, Beka Dzamashvili, Deputy Minister of Justice of Georgia, Tanja Hutt, Chargé d'Affaires German Embassy, Tamar Tkeshelashvili, First Deputy Minister of Justice of Georgia, Dr Benjamin Limbach, Minister of Justice of the State of North Rhine-Westphalia, Dr Frauke Bachler, General Director of IRZ (2023), Tornike Tcheishvili, Deputy Minister of Justice of Georgia.



- Training für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zu ausgewählten Fragen des Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrechts mit Bezügen zum europäischen Recht in Tiflis
- Podiumsdiskussion zum Thema „Georgiens Weg in die EU – Aktuelle Herausforderungen und Lösungen bei der Gewährleistung einer unabhängigen Justiz“ in Tiflis
- Training im Europarecht in Kooperation mit der Obersten Justizschule von Georgien in Tiflis
- Vorlesung im Europarecht in Kooperation mit der Juristischen Fakultät der Staatlichen Universität in Tiflis

Rechtspflege

- Arbeitsbesuch in Niedersachsen und Berlin mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien zum Thema „Unabhängigkeit der Justiz und der Obersten Justizräte“
- Training für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Antikorruptionsbüros von Georgien zur Erstellung juristischer Gutachten in Tiflis

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Studienreise nach Nordrhein-Westfalen zur Korruptions- und Geldwäschebekämpfung und zur Stärkung der Sonderermittlungsdienste (mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien)
- Auftaktreise des Ministers der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen nach Tiflis zur Kooperation im Bereich Strafvollzug
- Seminare in Tiflis zum Thema: dynamische Sicherheit im Strafvollzug
- Herausgabe Deutsch-Georgische Strafrechtszeitschrift (DGStZ)
- Digitales Deutsch-Georgisches strafrechtliches Glossar

- Training for lawyers on selected issues of administrative and administrative procedural law with references to European law in Tbilisi
- Panel discussion on “Georgia’s path to the EU – current challenges and solutions in ensuring an independent judiciary” in Tbilisi
- Training in European law in cooperation with the Supreme Judicial School of Georgia in Tbilisi
- Lecture on European law in cooperation with the Faculty of Law of the Tbilisi State University

Administration of Justice

- Working visit to Lower Saxony and Berlin with participants from Ukraine, the Republic of Moldova and Georgia on the topic of “Independence of the judiciary and the Supreme Judicial Councils”
- Training for employees of the Georgian Anti-Corruption Bureau on the preparation of legal opinions in Tbilisi

Criminal and Penitentiary Law

- Study trip to North Rhine-Westphalia to combat corruption and money laundering and to strengthen special investigation services (with participants from Ukraine, the Republic of Moldova and Georgia)
- Kick-off trip by the Minister of Justice of the State of North Rhine-Westphalia to Tbilisi for cooperation in the area of the penitentiary system
- Seminars in Tbilisi on the topic of dynamic security in the prison system
- Publication of the German-Georgian Criminal Law Journal (DGStZ)
- Digital German-Georgian criminal law glossary



Frau Khatia Dekanoidze, Abgeordnete des georgischen Parlaments bei der Podiumsdiskussion „Georgiens Weg in die EU – Aktuelle Herausforderungen bei der Gewährleistung einer unabhängigen Justiz“ am 24. November 2023 in Tiflis.

Ms Khatia Dekanoidze, Member of the Georgian Parliament at the panel discussion „Georgia's path to the EU – Current challenges in ensuring an independent judiciary“ on 24 November 2023 in Tbilisi.



Frau Ana Natzvlshvili, Abgeordnete des georgischen Parlaments bei der Podiumsdiskussion „Georgiens Weg in die EU – Aktuelle Herausforderungen bei der Gewährleistung einer unabhängigen Justiz“ am 24. November 2023 in Tiflis.

Ms Ana Natzvlshvili, Member of the Georgian Parliament at the panel discussion „Georgia's path to the EU – Current challenges in ensuring an independent judiciary“ on 24 November 2023 in Tbilisi.

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Technical-Assistance-Projekt „Advancing Reforms in the Justice Sector in Georgia“

Seit Oktober 2023 wird dieses EU-Projekt mit einem Budget von knapp 3,6 Millionen Euro in einem internationalen Konsortium unter Federführung des belgischen Beratungsunternehmens DAI und der georgischen Firma Egeria Solutions als weiterem Juniorpartner durchgeführt. Während der 36-monatigen Laufzeit unterstützt das Konsortium das Justizministerium, das Ministerium für innere Angelegenheiten sowie die Staatsanwaltschaften und weitere einschlägige Strafverfolgungsbehörden in Georgien beim Fortschritt der Reformen im Justizsektor.

Das Projekt legt einen besonderen Schwerpunkt auf die weitere Stärkung der wichtigsten georgischen Institutionen des Strafrechtssektors mit Blick auf die Umsetzung der EU-bezogenen Verpflichtungen, insbesondere des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und Georgien.

Das Projekt besteht aus vier Komponenten:

Die erste Komponente zielt auf die Optimierung der behördenübergreifenden Abstimmungsprozesse und -methoden im Bereich der Strafjustiz in Georgien ab. Darüber hinaus sollen auch die Systeme zur Erhebung und Analyse von kriminalitätsbezogenen Daten und die Verfahren zur Entwicklung einer beweisgestützten Vorgehensweise verbessert werden.

Die zweite Komponente befasst sich mit der Stärkung der analytischen und operativen Fähigkeiten der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden sowie der Einführung einer umfassenden erkenntnisgestützten und bürger-nahen Polizeiarbeit.

Bei der dritten Komponente stehen der Ausbau und die Förderung von Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Straftaten gegen besonders gefährdete Gruppen und Kinder sowie von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt im Vordergrund.

Project funded by the European Union

EU Technical Assistance Project „Advancing Reforms in the Justice Sector in Georgia“

Since October 2023, this EU project with a budget of almost 3.6 million Euros is being implemented in an international consortium led by the Belgian consulting firm DAI with the Georgian company Egeria Solutions as an additional junior partner. During the 36-month term of the project, the consortium will support the Ministry of Justice, the Ministry of Internal Affairs, the public prosecutor's offices and other relevant law enforcement agencies in Georgia in the progress of reforms in the justice sector.

The project places a special focus on further strengthening the key Georgian institutions of the criminal justice sector with a view to implementing EU-related commitments, in particular the Association Agreement between the European Union and Georgia.

The project consists of four components:

The first component aims to optimise inter-agency coordination processes and methods in the field of criminal justice in Georgia. It also aims to improve the systems for collecting and analysing crime-related data and the procedures for developing evidence-based policies.

The second component focuses on strengthening the analytical and operational capabilities of investigative and prosecution services and introducing comprehensive intelligence-led and community-oriented policing.

The third component focuses on expanding and promoting measures to prevent and combat criminal offences against particularly vulnerable groups and children as well as gender-specific and domestic violence.

The fourth and final component supports the further development of the application of sanctions and non-custodial measures, the early release procedure and the restorative justice system in general. This includes the development of specific training modules and relevant tools for



Podiumsdiskussion „Georgiens Weg in die EU – Aktuelle Herausforderungen bei der Gewährleistung einer unabhängigen Justiz“ am 24. November 2023 in Tiflis.

Panel discussion „Georgia’s path to the EU – Current challenges in ensuring an independent judiciary“ on 24 November 2023 in Tbilisi.

Die vierte und letzte Komponente unterstützt die Weiterentwicklung der Anwendung von Sanktionen und Maßnahmen ohne Freiheitsentzug, des Verfahrens zur vorzeitigen Entlassung und des Systems der opferorientierten Justiz im Allgemeinen. Dies beinhaltet sowohl die Entwicklung spezifischer Ausbildungsmodule und einschlägiger Instrumente für Praktiker als auch die Unterstützung der zuständigen Behörden bei der Weiterentwicklung und breiteren Anwendung der bestehenden Mechanismen zur Verbrechensverhütung und vorzeitigen Entlassung sowie Einführung neuer alternativer Sanktionen und Maßnahmen in allen Phasen des Strafverfahrens.

Die IRZ ist durch die Entsendung von Kurzzeitexpertinnen und Kurzzeitexperten, vor allem aber durch ihren Langzeitexperten und stellvertretenden Teamleiter mit dem Schwerpunkt „Strafverfolgung und Reformen des Strafverfolgungssystems“ an dem Projekt beteiligt.

Ausblick

Auch 2024 bilden die zwölf Empfehlungen der Europäischen Kommission den Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit Georgien mit Blick auf den Status als Beitrittskandidat, den Georgien im Dezember 2023 durch die Entscheidung des Europäischen Rates erhielt. Im Mai 2024 verabschiedete das Parlament von Georgien – trotz wochenlanger Massenproteste – allerdings das „Gesetz über die Transparenz ausländischer Einflussnahme“ dann endgültig und ermöglicht damit schärfere Kontrollen der Zivilgesellschaft. Gleichzeitig gefährdet das Vorgehen die weiteren Schritte im Beitrittsprozess zur Europäischen Union.

Insbesondere nach der Verabschiedung des Gesetzes stimmt die IRZ daher die weitere Zusammenarbeit mit Georgien engmaschig mit dem Bundesministerium der Justiz ab.



Diskussion im Rahmen der Parlamentarierkonferenz im Deutschen Bundestag in Berlin unter anderem mit den georgischen Abgeordneten Khatia Dekanoidze, Ana Natsvlishvili und Teona Akubardia (v.r.n.l.).

Discussion at the Parliamentary Conference at the German Bundestag in Berlin with Georgian MPs Khatia Dekanoidze, Ana Natsvlishvili and Teona Akubardia (from right to left).

practitioners as well as supporting the competent authorities in the further development and wider application of existing crime prevention and early release mechanisms and the introduction of new alternative sanctions and measures at all stages of the criminal justice process.

IRZ is involved in the project through the secondment of short-term experts, but in particular through its long-term expert and deputy team leader specialised in “Criminal prosecution and reforms of the criminal justice system”.

Outlook

In 2024, the twelve recommendations of the European Commission will continue to be focal point of the cooperation with Georgia given the country’s status as EU-candidate. In May 2024, however, the Georgian parliament finally passed the “Law on Transparency of Foreign Influence” – despite weeks of mass protests – thus enabling stricter controls on civil society. At the same time, the move jeopardizes further steps in the European Union accession process.

Particularly after the adoption of the law, IRZ is coordinating its further cooperation with Georgia closely with the Federal Ministry of Justice.

Name: Haschemitisches Königreich
Jordanien
Hauptstadt: Amman
Bevölkerung: ca. 11 Millionen
(einschließlich rund 730.000 beim
UN-Flüchtlingshilfswerk registrierte
Geflüchtete aus Syrien, Irak, Jemen,
Somalia und weiteren Ländern;
zudem mehr als 2,3 Millionen beim
UNRWA registrierte palästinensi-
sche Geflüchtete)
Regierungssystem: konstitutionelle
Erbmonarchie

Name: Hashemite Kingdom of
Jordan
Capital city: Amman
Population: approx. 11 million (in-
cluding around 730,000 refugees
from Syria, Iraq, Yemen, Somalia
and other countries registered with
the UN Refugee Agency; more
than 2.3 million Palestinian refu-
gees registered with UNRWA)
System of government:
Constitutional hereditary monarchy



Jordanien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Das Haschemitische Königreich Jordanien ist ein wichtiger Partner der Europäischen Union und nimmt zugleich eine zentrale Funktion in der Region ein. Das Land pflegt gute Beziehungen sowohl zur palästinensischen Führung als auch zu Israel und spielt damit eine bedeutsame Rolle als Vermittler im Nahostkonflikt.

Die politische und wirtschaftliche Stabilität Jordaniens ist eng mit der Situation in seiner Nachbarschaft verbunden. Seit der Zeit nach der Unabhängigkeit bis zum Arabischen Frühling 2011 haben sich in der Region bedeutende politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Veränderungen ereignet, die auch die jordanische Politik und ihre vitalen Interessen beeinflusst haben. Angesichts der Transformationsprozesse, aber auch der Auseinandersetzungen in den Nachbarstaaten steht Jordanien – sowohl intern als auch extern – vor komplexen Herausforderungen und muss schwierige Entscheidungen treffen, um sich anzupassen.

Im Jahr 2023 wurden zahlreiche Veränderungen implementiert, um die politischen Rahmenbedingungen in Jordanien demokratischer und partizipativer zu gestalten. Basierend auf den Empfehlungen des königlichen Komitees („Königliches Komitee für Politische Modernisierung“), welches König Abdullah II. 2021 einberufen hat, wurden einige Reformen eingeleitet, die das Land politisch und wirtschaftlich modernisieren sollen. Hierzu gehören beispielsweise die jüngsten Änderungen der Verfassung, des Parteiengesetzes und des Wahlgesetzes. Eine bemerkenswerte Veränderung war auch die Erhöhung der Sitze, die für Frauen in den lokalen Listen reserviert sind, auf 18 Sitze. Zusätzlich zu den bisherigen Direktwahlkreisen sind bei den kommenden Parlamentswahlen auch nationale Listen vorgesehen, die ausschließlich für Parteien reserviert sind.

Im rechtspolitischen Bereich legt die Justizstrategie von 2022 die Reformbestrebungen der jordanischen Justiz für die Jahre 2022 bis 2026 fest. Ziel ist es, Gerichtsverfahren und Arbeitsprozesse effizienter und wirksamer zu gestalten. Dabei stehen die Beschleunigung von Verfahren und die Verbesserung der vorhandenen Ressourcen in der Zivilgerichtsbarkeit im Mittelpunkt. So liegt der Fokus auf der Verbesserung der Qualifikationen von Beamtinnen und Beamten des Justizministeriums (auch auf administrativer Ebene) sowie dem Ausbau und der Spezialisierung der Richterschaft in der Zivilgerichtsbarkeit einschließlich der Mediation.

Des Weiteren will Jordanien im Rahmen der Strategie Maßnahmen beschließen, die zur einer Effizienzsteigerung im Bereich des Handelsrechts führen. Hierzu zählt das Vorhaben, die für Handelssachen zuständigen Wirtschaftskammern in den Gerichten auszubauen und leistungsfähiger zu gestalten. Dabei soll der zunehmenden Bedeutung des E-Commerce Rechnung getragen werden. Dies soll das Management von juristischen

Jordan

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The Hashemite Kingdom of Jordan is an important partner of the European Union and a key player in the region. The country maintains good relations with both the Palestinian leadership and Israel and thus plays an important role as a mediator in the Middle East conflict.

Jordan's political and economic stability is closely linked to the situation in its neighbourhood. Since the period between independence and the Arab Spring in 2011, significant political, economic and security policy changes have taken place in the region, which have also influenced Jordanian politics and its vital interests. In view of the transformation processes, but also the conflicts in neighbouring countries, Jordan faces complex challenges – both internally and externally – and has to make difficult decisions in order to adapt.

In 2023, numerous changes were implemented to make the political framework in Jordan more democratic and participatory. Based on the recommendations of the Royal Committee ("Royal Committee for Political Modernisation") convened by King Abdullah II in 2021, a number of reforms have been introduced to modernise the country politically and economically. These include, for example, the recent amendments to the constitution, the political parties law and the electoral law. Another notable change was the increase in the number of seats reserved for women on local lists to 18. In addition to the existing direct constituencies, the upcoming parliamentary elections will also see national lists reserved exclusively for parties.

In the area of legal policy, the 2022 Judicial Strategy sets out the reform efforts of the Jordanian judiciary for the years 2022 to 2026. The aim is to make court proceedings and work processes more efficient and effective. The focus here is on speeding up proceedings and improving the available resources in civil jurisdiction. For example, the focus is on improving the qualifications of civil servants at the Ministry of Justice (including at an administrative level) and expanding and specialising the judiciary in civil jurisdiction, including mediation.

Furthermore, Jordan intends to adopt measures as part of the strategy that will lead to an increase in efficiency in the area of commercial law. This includes the plan to expand the commercial chambers responsible for commercial matters in the courts and make them more efficient. The increasing importance of e-commerce is to be taken into account. This should improve the management of legal and administrative resources in the area of commercial law and serve to significantly accelerate and facilitate business activities in Jordan.

Erfahrungsaustausch in Amman über die Beweiskraft digitaler Dokumente in einem Gerichtsverfahren.

Exchange of experience in Amman on the probative value of digital documents in court proceedings.



und administrativen Ressourcen im Bereich des Handelsrechts verbessern und einer erheblichen Beschleunigung und Erleichterung von Geschäftstätigkeiten in Jordanien dienen.

Außerdem trat 2023 das neue Investitionsklimagesetz in Kraft, welches die Investitionsbedingungen in Jordanien durch Festlegung der Rechte und Pflichten von Investoren, Garantien ihrer Gleichbehandlung, Sicherstellung eines stabilen rechtlichen Rahmens und die Erleichterung von Verwaltungs- und Gerichtsverfahren durch einen Bürokratieabbau verbessern soll. Diese Stoßrichtung soll Jordanien für ausländische Investoren attraktiver machen, um die Wirtschaft anzukurbeln und ggf. der hohen Arbeitslosenquote entgegen zu wirken. Diese stieg 2023 auf 22,3 Prozent und blieb damit deutlich über dem Durchschnitt von 15 Prozent vor der COVID-19 Pandemie, wobei Jugendliche (46 Prozent) und Frauen (30 Prozent) am stärksten betroffen sind.

2023 erließ Jordanien zudem ein neues, die bisherigen Regelungen ersetzendes Gesetz zur Cyberkriminalität, das für mehr Sicherheit im Internet und für den Schutz der Privatsphäre sorgen soll. Aufgrund von vagen Formulierungen befürchteten allerdings einige Beobachter (so unter anderem die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Liz Throssell, und das EEAS-Press-Team), dass durch das Gesetz auch die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden könnte.

Konzeption

Seit der Aufnahme der Projektarbeit in Jordanien im Jahr 2006 unterstützt die IRZ verschiedene Institutionen der jordanischen Justiz durch Fortbildungs-, Trainings- und Beratungsmaßnahmen. 2023 startete die IRZ die Zusammenarbeit mit dem im Jahr 2021 ins Leben gerufenen jordanischen Investitionsministerium. Themen des Wirtschaftsrechts liegen im Mittelpunkt der Reformbestrebungen der jordanischen Regierung, wie auch das neue Investitionsklimagesetz zeigt. Daher konzentriert sich die IRZ in der Zusammenarbeit auf diese Themen.

In addition, the new Investment Climate Law came into force in 2023, which aims to improve investment conditions in Jordan by defining the rights and obligations of investors, guaranteeing their equal treatment, ensuring a stable legal framework and facilitating administrative and judicial procedures by reducing bureaucracy. This approach is intended to make Jordan more attractive to foreign investors in order to boost the economy and possibly counteract the high unemployment rate. This rose to 22.3 per cent in 2023, well above the average of 15 per cent before the COVID-19 pandemic, with young people (46 per cent) and women (30 per cent) being the most affected.

In 2023, Jordan also enacted a new cybercrime law to replace the previous regulations, which is intended to ensure greater online security and privacy protection. However, due to vague wording, some observers (including the UN High Commissioner for Human Rights, Liz Throssell, and the EEAS press team) fear that the law could also restrict freedom of expression.

Overall Concept

Since the start of project work in Jordan in 2006, IRZ has been supporting various institutions of the Jordanian judiciary with further education, training and counselling measures. In 2023, IRZ began to work with the Jordanian Ministry of Investment, which was established in 2021. Commercial law issues are at the heart of the Jordanian government's reform efforts, as evidenced by the new Investment Climate Law. IRZ therefore focusses its cooperation on these topics.



Die jordanische Delegation einer Studienreise nach Berlin zum Thema „Effizienzsteigerung im Strafverfahren“, hier vor dem Gebäude der sozialen Dienste der Justiz.

The Jordanian delegation on a study trip to Berlin on the topic of "Increasing efficiency in criminal proceedings", here in front of the Social Services of Justice building.

Außerdem kam in diesem Jahr ein durch das Auswärtige Amt finanziertes Projekt zur „Förderung der Rechtssicherheit: Unterstützung strafrechtlicher Reformen in Jordanien“ zum Abschluss. Ziel des Projektes war es, einen Beitrag zur Steigerung von Effizienz und Transparenz im jordanischen Strafverfahren zu leisten. Ein besonderer Fokus wurde in diesem Jahr auf Wunsch der jordanischen Partner auf die Themen „Menschenhandel“, „Geldwäsche“ und „Cyberkriminalität“ gelegt. Im Rahmen der institutionellen Förderung durch das Bundesministerium der Justiz organisierte die IRZ eine Veranstaltung zum Thema „Cybercrime“ mit dem Schwerpunkt „Hasskriminalität“.

In addition, a project funded by the German Federal Foreign Office on "Promoting legal certainty: Supporting criminal law reforms in Jordan" was finalised this year. The aim of the project was to contribute to increasing efficiency and transparency in Jordanian criminal proceedings. This year, at the request of the Jordanian partners, a special focus was placed on the topics of "human trafficking", "money laundering" and "cybercrime". As part of the institutional funding provided by the Federal Ministry of Justice, IRZ organised an event on the topic of "cybercrime" with a focus on "hate crime".

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Erfahrungsaustausch zur verfassungskonformen Auslegung von Gesetzen und zur Wirkung verfassungsgerichtlicher Entscheidungen in Jordanien und Deutschland
- Erfahrungsaustausch zur Harmonisierung der Gesetzgebung mit internationalen Menschenrechtsstandards

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Auftaktworkshop zu Fragen des Investitionsklimas und der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Öffentliches Recht

- Erfahrungsaustausch zum Verwaltungsverfahren

Rechtspflege

- Expertengespräch zur Erarbeitung von Gesetzentwürfen und Gesetzgebungstechniken
- Fachgespräche über das Recht auf ein faires Verfahren
- Erfahrungsaustausch zur Beweiskraft digitaler Dokumente vor Gericht
- Fachgespräch zu Fragen der Digitalisierung der Justiz, insbesondere der E-Akte und der datenschutzkonformen Kommunikation

Focus of Activity in 2023

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Exchange of experience on the constitutional interpretation of laws and the impact of constitutional court decisions in Jordan and Germany
- Exchange of experience on harmonising legislation with international human rights standards

Civil and commercial law

- Kick-off workshop on issues relating to the investment climate and improving the legal framework

Public Law

- Exchange of experience on administrative procedural law

Administration of justice

- Expert dialogue on drafting legislation and legislative techniques
- Expert discussions on the right to a fair trial
- Exchange of experience on the probative value of digital documents in court
- Expert discussion on issues relating to the digitalisation of the justice system, in particular e-files and data protection-compliant communication

Arbeitsgruppentreffen des Projektes „Förderung der Rechtssicherheit“ in Amman (v.l.n.r.): Christin Knüpfer, Erste Sekretärin, Leiterin des Referats für Wirtschaftliche und Humanitäre Angelegenheiten, Deutsche Botschaft Amman, Isabel Henzler Carrascal, Projektmanagerin, IRZ, Richter Dr. Hassan Al-Abdallat, Generalstaatsanwalt Amman, Dr. Nader Abdel Halim Moh'd Alsalama, Direktion für nationale Sicherheit, Oberst, Stellvertretender Generalstaatsanwalt für Gesetzgebung und Konsultation, Sidi Mohamed Ould Khairy, Projektbereichsleiter, IRZ.

Working group meeting of the "Promoting legal certainty" project in Amman (from left to right): Christin Knüpfer, First Secretary, Head of the Economic and Humanitarian Affairs Unit, German Embassy Amman, Isabel Henzler Carrascal, Project Manager, IRZ, Judge Dr Hassan Al-Abdallat, Attorney General Amman, Dr Nader Abdel Halim Moh'd Alsalama, National Security Directorate, Colonel, Deputy Attorney General for Legislation and Consultation, Sidi Mohamed Ould Khairy, Head of Section, IRZ.



Straf- und Strafvollzugsrecht

- Seminar zum Thema „Umgang mit minderjährigen Inhaftierten und Aufbau eines effektiven Vollzugsplansystems“
- Erfahrungsaustausch zur Bekämpfung von Cyberkriminalität

Im Rahmen der Projektförderung des Auswärtigen Amts zum Thema „Förderung der Rechtssicherheit: Unterstützung strafrechtlicher Reformen in Jordanien“ wurden daneben folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- Seminar zur Transparenz innerhalb des Justizsystems mit dem Schwerpunkt Strafverfahren
- „Training of Trainers“ zum Thema: „Tatsachenfeststellung bei Gericht und Techniken der Vernehmung von Zeugen und Beschuldigten in Strafverfahren“
- „Training of Trainers“ zu Fragen von „Ermittlungsverfahren und dessen Besonderheiten in Menschenhandels- und Geldwäschefällen“
- Studienreise einer jordanischen Delegation nach Berlin zum Thema Effizienzsteigerung im Strafverfahren
- Erfahrungsaustausch zu Geldwäsche und Cyberkriminalität
- Arbeitsgruppentreffen in Amman: Digitalisierungsbestrebungen innerhalb des Strafverfahrens und Evaluation des Projekts

Ausblick

Auch im kommenden Jahr wird die IRZ die Zusammenarbeit mit ihren jordanischen Partnerinstitutionen fortsetzen. Insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Investitionsministerium soll vertieft werden, die Durchführung mehrerer Maßnahmen im Bereich des Zivil- und Wirtschaftsrechts ist hierzu angedacht.

Das Justizministerium, der Hohe Justizrat und die jordanische Justizakademie bleiben wichtige Projektpartner. Die Kooperation konzentriert sich hier auf die Aus- und Fortbildung der Richterschaft durch Weiterbildungsseminare und Trainings im Bereich des Zivil- und Strafrechts.

Criminal and Penitentiary Law

- Seminar on "Dealing with underage detainees and setting up an effective enforcement planning system"
- Exchange of experience in the fight against cybercrime

The following events were also organised as part of the Federal Foreign Office's project funding on "Promoting legal certainty: Supporting criminal law reforms in Jordan":

- Seminar on transparency within the justice system with a focus on criminal proceedings
- "Training of Trainers" on the topic: "Establishing facts in court and techniques for questioning witnesses and defendants in criminal proceedings"
- "Training of Trainers" on questions of "Investigation procedures and their special features in human trafficking and money laundering cases"
- Study trip of a Jordanian delegation to Berlin on the topic of increasing efficiency in criminal proceedings
- Exchange of experience on money laundering and cybercrime
- Working group meeting in Amman: digitalisation efforts within criminal proceedings and evaluation of the project

Outlook

IRZ will continue its cooperation with its Jordanian partner institutions in the coming year. In particular, cooperation with the Ministry of Investment is to be intensified, and the implementation of several measures in the area of civil and commercial law is being considered. The Ministry of Justice, the High Judicial Council and the Jordanian Judicial Academy remain important project partners. The cooperation is focussed on the education and training of judges through further education seminars and training courses in the field of civil and criminal law.

Name: Republik Kasachstan
Hauptstadt: Astana
Bevölkerung: ca. 19,9 Millionen
Regierungssystem: Präsidialsystem
mit Zweikammerparlament

Name: Republic of Kazakhstan
Capital city: Astana
Population: approx. 19.9 million
System of government: Presidential
system with bicameral parliament



Kasachstan

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine gewinnt Kasachstan immer mehr Bedeutung als ein aufstrebender Mittelstaat in Zentralasien und rückt – vor allem aus der Sicht der deutschen Wirtschaft – immer mehr in den Fokus. Die regionale und wirtschaftliche Zusammenarbeit soll künftig gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund fanden im Jahr 2023 mehrere Treffen in Kasachstan und Deutschland auf höchster Regierungsebene statt.

Die laufenden Reformen im Rechts- und Justizbereich wurden weiter vorangetrieben. Besondere Aufmerksamkeit kam dem neu gegründeten Verfassungsgericht zu, das am 1. Januar 2023 seine Arbeit aufgenommen hat. Bereits in der ersten Jahreshälfte wurden über 3.000 Anträge gestellt, die jedoch zu rund 90 Prozent nicht zulässig waren. Bei den meisten Anträgen handelt es sich um Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Präsident und ebenso Abgeordnete haben einige Vorschriften der geltenden bzw. noch nicht in Kraft getretenen Gesetze durch das Verfassungsgericht auf Verfassungsmäßigkeit überprüfen lassen.

In seiner Botschaft an das Volk am 1. September 2023 konzentrierte sich Präsident Tokajew vorrangig auf wirtschaftliche Reformen, die Investitionen und den Aufbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern fördern sollen. Als Schlüsselaufgaben nannte er die Industrialisierung, Diversifizierung, Umstellung auf grüne Energien, Vereinfachung der Steuergesetze sowie Transparenz und Fairness im Verwaltungssystem. Kasachstan treibt auch die Digitalisierung weiter voran, um Bürokratie abzubauen und gleichzeitig die Transparenz der administrativen Prozesse zu erhöhen.

Konzeption

Die Schwerpunkte der Arbeit der IRZ in Kasachstan orientieren sich an den aktuellen Rechtsreformen. Im Jahr 2023 stand die Aufnahme der Arbeit mit dem neuen Verfassungsgericht im Vordergrund, da eine gut funktionierende Verfassungsgerichtsbarkeit ein bedeutendes Instrument der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten ist. Themen der Zusammenarbeit waren vor allem die Verfassungsbeschwerde, die Menschenrechte und deren Durchsetzung sowie Fragen der Arbeitsorganisation eines Verfassungsgerichts.

Die Kooperation zur Anwendung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungsprozessgesetzbuchs setzte die IRZ ebenfalls fort und bildete Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten aus. Hier stand die juristische Fallbearbeitung im Fokus unter Einbeziehung von Lösungsschemata, die nach der deutschen Methodik zum Einsatz kommen.

Kasachstan hat einige Haager Abkommen ratifiziert, jedoch bestehen noch Probleme bei der Anwendung und Auslegung. Daher bildete dieser Themenkomplex in der Zusammenarbeit mit dem Obersten Gerichtshof sowie mit der Gerichtsverwaltung einen besonderen Schwerpunkt.

Bei der Umsetzung internationaler Vorschriften auf dem Gebiet des geistigen Eigentums ist das kasachische Justizministerium die Partnerinstitution der IRZ, hier wird die Zusammenarbeit weiter fortgesetzt. Kasachstan steht nach dem Corruption Perceptions Index 2022 im internationalen Ranking

Kazakhstan

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Since the Russian attack on Ukraine, Kazakhstan has become increasingly important as an up-and-coming medium-sized state in Central Asia and is moving more and more into focus – especially from the perspective of the German economy. Regional and economic cooperation is to be strengthened in the future. In light of this development several meetings were held at the highest government level in Kazakhstan and Germany in 2023.

The ongoing reforms in the legal and judicial sector were further advanced. Particular attention was paid to the newly established Constitutional Court, which began its work on 1 January 2023. Over 3,000 applications were filed in the first half of the year, around 90 per cent of which were not admissible. Most of the applications are complaints from citizens, but the President and members of parliament have also had the Constitutional Court review the constitutionality of some provisions of current laws or laws that have not yet come into force.

In his message to the people on 1 September 2023, President Tokayev focused primarily on economic reforms to promote investment and the development of economic relations with other countries. He cited industrialisation, diversification, conversion to green energy, simplification of tax laws and transparency and fairness in the administrative system as key tasks. Kazakhstan is also pushing ahead with digitalisation in order to reduce bureaucracy and increase the transparency of administrative processes.

Overall Concept

The focus of IRZ's work in Kazakhstan is based on the current legal reforms. In 2023, the focus was on starting work with the new Constitutional Court, as a well-functioning constitutional jurisdiction is an important instrument for strengthening the rule of law and human rights. The main topics of cooperation were constitutional complaints, human rights and their enforcement as well as issues relating to the organisation of the work of a constitutional court.

IRZ also continued its cooperation on the application of the Administrative Procedure and Administrative Court Code and trained university lecturers. The focus here was on legal case processing, including solution strategy that are used according to the German methodology.

Kazakhstan has ratified several Hague Conventions, but there are still problems with their application and interpretation. For this reason, this subject area was a particular focus of cooperation with the Supreme Court and the court administration.

The Kazakh Ministry of Justice is IRZ's partner institution for the implementation of international regulations in the field of intellectual property, and cooperation will continue in this area. Kazakhstan ranks 101st out of 180 in the international ranking according to the Corruption Perceptions Index 2022; this is the best ranking among Central Asian countries. Cooperation in this area is primarily implemented with the Anti-Corruption Agency.

Seminar in Shymkent zum Thema „Die praktische Anwendung des Haager Übereinkommens vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung und vom 18. März 1970 über den Erwerb von Beweismitteln im Ausland in Zivil- oder Handelssachen“.

Seminar in Shymkent on "The practical application of the Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction and of 18 March 1970 on the Taking of Evidence Abroad in Civil or Commercial Matters".



zwar auf Platz 101 von 180; dies bedeutet unter den zentralasiatischen Staaten die beste Platzierung. Die diesbezügliche Zusammenarbeit wird vorrangig mit dem Antikorruptionsdienst umgesetzt.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Unterstützung der hybriden Veranstaltung „Tage des deutschen Rechts“ mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst e. V. und dem Zentrum für Deutsches Recht an der KAZGUU Universität in Astana
- Internationale Konferenz „Constitutional Justice: dignity, freedom and justice for all“ in Astana mit dem Verfassungsgericht der Republik Kasachstan in Astana
- Studienreise der Delegation des Verfassungsgerichts der Republik Kasachstan zum Thema „Praxis der Verfassungsgerichte“ nach Berlin und Karlsruhe und nach Wien

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Seminar „Die praktische Anwendung des Haager Übereinkommens vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung und vom 18. März 1970 über den Erwerb von Beweismitteln im Ausland in Zivil- oder Handelssachen“ in Shymkent mit der Gerichtsverwaltung der Republik Kasachstan und der Haager Konferenz für internationales Privatrecht
- Mitwirkung an einem Online-Seminar zum Schutz der Rechte des geistigen Eigentums, mit dem Justizministerium der Republik Kasachstan und der Weltorganisation für geistiges Eigentum
- Mitwirkung an einem hybrid durchgeführten Seminar zum Vertrag von Marrakesch (Vertrag zur Erleichterung des Zugangs für blinde, sehbehinderte oder anderweitig lesebehinderte Personen zu veröffentlichten Werken vom 27. Juni 2013) in Astana mit dem Justizministerium der Republik Kasachstan und der Weltorganisation für geistiges Eigentum

Focus of Activity in 2023

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Support for the hybrid event “Days of German Law” with the German Academic Exchange Service e.V. and the Centre for German Law at KAZGUU University in Astana
- International conference “Constitutional Justice: dignity, freedom and justice for all” in Astana with the Constitutional Court of the Republic of Kazakhstan in Astana
- Study trip of the delegation of the Constitutional Court of the Republic of Kazakhstan to Berlin, Karlsruhe and Vienna on the topic of “Practice of Constitutional Courts”

Civil and Commercial Law

- Seminar “The practical application of the Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction and of 18 March 1970 on the Taking of Evidence Abroad in Civil or Commercial Matters” in Shymkent with the Court Administration of the Republic of Kazakhstan and the Hague Conference on Private International Law
- Participation in an online seminar on the protection of intellectual property rights, with the Ministry of Justice of the Republic of Kazakhstan and the World Intellectual Property Organisation
- Participation in a hybrid seminar on the Marrakesh Treaty (Treaty to Facilitate Access to Published Works for Persons who are Blind, Visually Impaired or Otherwise Print Disabled of 27 June 2013) in Astana with the Ministry of Justice of the Republic of Kazakhstan and the World Intellectual Property Organisation

Delegation des Verfassungsgerichts der Republik Kasachstan zum Thema „Praxis der Verfassungsgerichte“ beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Delegation of the Constitutional Court of the Republic of Kazakhstan on the topic "Practice of the Constitutional Courts" at the Federal Constitutional Court in Karlsruhe.



Grußwort der Hauptgeschäftsführerin der IRZ (2023), Dr. Frauke Bachler, im Rahmen der internationalen Konferenz „Constitutional Justice: dignity, freedom and justice for all“ in Astana.

Welcome address by the General Director of IRZ (2023), Dr. Frauke Bachler, at the international conference "Constitutional Justice: dignity, freedom and justice for all" in Astana.

Öffentliches Recht

- Schulung von Dozentinnen und Dozenten der KAZGUU Universität zum Thema „Verwaltungsrecht: Theorie und Praxis des Unterrichtens II“ in Astana, gemeinsam mit dem Zentrum für Deutsches Recht an der KAZGUU Universität

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Online-Seminar zur Korruptionsbekämpfung mit der Antikorruptionsagentur der Republik Kasachstan
- Kommentierung zum Entwurf der Methodologie der Korruptionsbewertung (Korruptionsprävention)

Ausblick

Im Jahr 2024 wird die IRZ sich in der Zusammenarbeit mit Kasachstan erneut auf die Schwerpunkte Verfassungsrecht und Menschenrechte, Verwaltungsverfahren- und Verwaltungsprozessrecht, Zivil- und Wirtschaftsrecht sowie Strafrecht (hier insbesondere auf die Bekämpfung der Korruption) konzentrieren.

Public Law

- Training of lecturers at KAZGUU University on "Administrative Law: Theory and Practice of Teaching II" in Astana, together with the Centre for German Law at KAZGUU University

Criminal and Penitentiary Law

- Online seminar on combating corruption with the Anti-Corruption Agency of the Republic of Kazakhstan
- Commentary on the draft methodology of corruption assessment (corruption prevention)

Outlook

In 2024, IRZ's cooperation with Kazakhstan will once again focus on constitutional law and human rights, administrative procedure and administrative procedural law, civil and commercial law and criminal law (in particular the fight against corruption).

Name: Republik Kosovo
Hauptstadt: Pristina
Bevölkerung: ca. 1,8 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarische Demokratie

Name: Republic of Kosovo
Capital city: Pristina
Population: approx. 1.8 million
System of government:
Parliamentary democracy



Kosovo

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Nachdem Premierminister Albin Kurti angekündigt hatte, die Gehälter aller Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte kürzen zu wollen, kam es zu Streiks an Gerichten und Staatsanwaltschaften, die sich auch Anfang 2023 fortsetzten. Eine Zusammenarbeit zwischen Judikative und Exekutive war zwischenzeitlich nicht mehr möglich, alle gemeinsamen Reforminitiativen kamen zum Stillstand. Nach Unterzeichnung einer gemeinsamen Verpflichtungserklärung wurde die Zusammenarbeit wieder aufgenommen, um die weiterhin notwendigen Justizreformvorhaben voranzubringen.

Nachdem Kosovo 2022 die Aufnahme im Europarat beantragt hatte, wurde 2023 die erste formale Phase zum Beitritt erfolgreich abgeschlossen. Mit den Stimmen von zwei Dritteln der Mitgliedstaaten wurde der Beitrittsantrag angenommen und der Beitrittsprozess eingeleitet. Die Zwei-Drittel-Mehrheit war möglich geworden, nachdem Russland aus dem Europarat ausgeschlossen wurde. Serbien stimmte gegen den Antrag Kosovos.

Insgesamt bleibt das Verhältnis zwischen Kosovo und Serbien sehr angespannt und hat im Jahr 2023 eine weitere Verschärfung erfahren. Auslöser war ein Beschluss der kosovarischen Regierung, ethnisch-albanische Bürgermeister in vier nordkosovarischen Gemeinden mit serbischer Bevölkerungsmehrheit einzusetzen. Serbische Bewohner hatten zuvor die dortigen Kommunalwahlen boykottiert. Es gab gewaltsame Proteste, die zu einer verstärkten Präsenz der NATO-geführten Einsatztruppe KFOR in Kosovo führten. Im Juni schloss Kosovo seine Grenzen für Waren und Fahrzeuge aus Serbien, es kam zu Konflikten zwischen serbischen Sicherheitskräften, einer militärisch ausgerüsteten Kampftruppe und der Polizei. Die Europäische Union vermittelt weiterhin in dem Konflikt und besteht auf die Umsetzung des Ohrid-Annexes, der eine weitgehende gegenseitige Anerkennung vorsieht.

Konzeption

Als potenzieller EU-Beitrittskandidat ist Kosovo ein wichtiger Partnerstaat der IRZ. Das Bundesministerium der Justiz, das Auswärtige Amt und die Europäische Union finanzieren die umgesetzten Maßnahmen und decken alle fachlichen Schwerpunkte in mehrjährigen Projekten ab. Dabei wird bei der Konzeption darauf geachtet, dass diese Projekte dem Reformbedarf entsprechen, insgesamt komplementär zueinander sind und auf die bisherigen Projektergebnisse mit teils langjährigen Projektpartnerinstitutionen aufbauen.

Die IRZ verstärkte die Zusammenarbeit vor allem im Strafrecht, hier insbesondere durch ein durch das Auswärtige Amt gefördertes Projekt zur Geldwäschebekämpfung. Hinzu kommen Weiterbildungsmaßnahmen für das Personal im Strafvollzug im Bereich „Suchthilfe“ sowie Projekte zum Thema Bewährungshilfe.

In der Zusammenarbeit zum Verfassungsrecht konnte der regionale Ansatz vertieft werden. So tagten die beiden Verfassungsgerichte und die beiden Obersten Gerichte von Albanien und Kosovo erneut gemeinsam in Pristina.

Kosovo

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

After Prime Minister Albin Kurti announced his intention to cut the salaries of all judges and public prosecutors, there were strikes in the courts and public prosecutor's offices, which continued in early 2023. Cooperation between the judiciary and the executive was no longer possible, and all joint reform initiatives came to a standstill. Following the signing of a joint declaration of commitment, cooperation was resumed in order to press ahead with the necessary judicial reform projects.

After Kosovo applied to join the Council of Europe in 2022, the first formal phase of accession was successfully completed in 2023. The membership application was accepted with the votes of two-thirds of the member states and the accession process was initiated. The two-thirds majority was made possible after Russia was excluded from the Council of Europe. Serbia voted against Kosovo's application.

Overall, the relationship between Kosovo and Serbia remains very tense and was further exacerbated in 2023. This was triggered by a decision by the Kosovan government to appoint ethnic Albanian mayors in four northern Kosovan municipalities with a Serb majority. Serbian residents had previously boycotted the local elections there. There were violent protests, which led to an increased presence of the NATO-led KFOR task force in Kosovo. In June, Kosovo closed its borders to goods and vehicles from Serbia, and conflicts broke out between Serbian security forces, a militarily equipped fighting force and the police.

The European Union continues to mediate in the conflict and insists on the implementation of the Ohrid Annex, which provides for extensive mutual recognition.

Overall Concept

As a potential candidate for EU accession, Kosovo is an important partner state of IRZ. The Federal Ministry of Justice, the Federal Foreign Office and the European Union finance the implemented measures and cover all legal fields in multi-year projects. When designing these projects, it is ensured that they correspond to the need for reform, are complementary to each other and build

IRZ strengthened its cooperation, particularly in the area of criminal law, in particular through a project funded by the Federal Foreign Office to combat money laundering. In addition, there are further training programmes for prison staff in the area of "addiction aid and prevention" as well as projects on probation assistance.

The regional approach was intensified in the cooperation on constitutional law. For example, the two constitutional courts and the two supreme courts of Albania and Kosovo once again met together in Pristina.



Fachkonferenz in Kooperation mit dem Verfassungsgericht und dem Obersten Gericht der Republik Kosovo zum Thema „Recht auf ein faires Verfahren“, 18. bis 19. Juli 2023 in Thessaloniki (Griechenland).

Specialist conference in cooperation with the Constitutional Court and the Supreme Court of the Republic of Kosovo on the topic of “Right to a fair trial”, 18–19 July 2023 in Thessaloniki (Greece).



Premierminister Albin Kurti empfängt die Hauptgeschäftsführerin der IRZ, Dr. Frauke Bachler (Mitte), zum Start des gemeinsamen Projekts im Bereich der Geldwäschebekämpfung in Pristina.

Prime Minister Albin Kurti receives the General Director of IRZ, Dr. Frauke Bachler (centre), at the launch of the joint anti-money laundering project in Pristina.

Die Schulungen im Bereich „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Krisenkommunikation“, die die IRZ bislang mit dem Kosovo Prosecutorial Council (KPC) und den Staatsanwaltschaften verschiedener Regionen durchführte, wurden um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte erweitert.

The training courses on “Public Relations” and “Crisis Communication”, which IRZ had previously organised with the Kosovo Prosecutorial Council (KPC) and the public prosecutors’ offices in various regions, were expanded to include court employees.

Das mehrjährige EU-Projekt „EUKOJUST-Kosovo Justice Sector Programme“, das die IRZ federführend durchführt, rundet die Zusammenarbeit der IRZ mit Kosovo ab.

The multi-year EU project “EUKOJUST-Kosovo Justice Sector Programme”, which IRZ is leading, complements IRZ’s cooperation with Kosovo.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Gemeinsame Konferenz des Verfassungsgerichts mit dem Obersten Gericht Kosovos zum Thema „Recht auf ein faires Verfahren: Artikel 6 EMRK“ in Thessaloniki
- Regionale Konferenz zum Thema „Zugang zur Justiz“ in Kooperation mit den Verfassungsgerichten und Obersten Gerichten Kosovos und Albaniens in Pristina

Rechtspflege

- Seminar zum Thema „Interne und externe Kommunikation von Justizbehörden: Nutzung von sozialen Medien“ für Pressesprecherinnen und Pressesprecher aus Justiz und Staatsanwaltschaft in Pristina
- Studienreise nach Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf und Wuppertal) zum Thema „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Justizbehörden“ in Kooperation mit dem KPC
- Seminar zum Thema „Krisenkommunikation der Justiz“ für Pressesprecherinnen und Pressesprecher der Justiz in Pristina

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Train-the-Trainer-Workshop für das Personal des Justizvollzugs zum Thema „Aus- und Fortbildung im Bereich Suchthilfe“ in Kooperation mit der Justizanstalt in Lipjan

Focus on Activity in 2023

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Joint conference of the Constitutional Court and the Supreme Court of Kosovo on the topic of “Right to a fair trial: Article 6 ECHR” in Thessaloniki
- Regional conference on “Access to Justice” in cooperation with the Constitutional Courts and Supreme Courts of Kosovo and Albania in Pristina

Administration of Justice

- Seminar on “Internal and external communication of judicial authorities: Use of social media” for press spokespersons from the judiciary and public prosecutor’s office in Pristina
- Study trip to North Rhine-Westphalia (Düsseldorf and Wuppertal) on the topic of “Press and public relations work by judicial authorities” in cooperation with the KPC
- Seminar on “Crisis communication in the judiciary” for press spokespersons of the judiciary in Pristina

Criminal and penitentiary law

- Train-the-trainer workshop for prison staff on the topic of “Initial and further training in the field of addiction aid and prevention” in cooperation with the Lipjan prison

Fachgespräch am Oberlandesgericht Koblenz im Rahmen der Studienreise für kosovarische Richterinnen und Richter vom 19. bis 24. Februar 2023 in Trier und Koblenz.

Expert discussion at the Higher Regional Court of Koblenz as part of the study trip for Kosovar judges from 19 to 24 February 2023 in Trier and Koblenz.



- Studienreise für das Personal des Justizvollzugs zum Thema „Aus- und Fortbildung im Bereich Suchthilfe“ in Kooperation mit der Justizanstalt Lipjan nach Niedersachsen (Göttingen und Hameln)
- Seminar zum Thema „Jugendstrafverfahren: Die Rolle und Aufgaben der Verteidigung im Ermittlungsverfahren“ in Kooperation mit der kosovarischen Rechtsanwaltskammer in Prizren
- Zwei Rundtischgespräche zum Thema „Sektorübergreifende Zusammenarbeit zwischen Bewährungshilfe, Richterschaft und Staatsanwaltschaft hinsichtlich alternativer Maßnahmen und Strafen mit Fokus auf das Jugendstrafrecht“ in Pristina und Peja
- Drei Bedarfsanalysereisen und Rundtischgespräche zum Thema „Geldwäscheprävention und -bekämpfung“ mit Akteuren der Geldwäscheverfolgung in Pristina
- Beratung zu Geldwäscheprävention und -verfolgung (fortlaufende Begutachtung der gesetzlichen Vorschriften und Erarbeitung von Handlungsempfehlungen durch ein deutsches Expertenteam für das Büro des kosovarischen Premierministers)
- Seminar zum Thema „Kryptowährungen“ in Kooperation mit der kosovarischen Polizei und Staatsanwaltschaft in Pristina
- Studienreise nach Hessen und Nordrhein-Westfalen (Frankfurt, Wiesbaden und Köln) zum Thema „Kryptowährungen“ in Kooperation mit der kosovarischen Polizei und Staatsanwaltschaft
- Zwei Seminare zum Thema „Geldwäschebekämpfung“ in Kooperation mit der kosovarischen Justizakademie in Pristina
- Seminar zum Thema „Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung“ in Kooperation mit dem kosovarischen Justizministerium in Pristina
- Übersetzung und Druck der Kommentierung bilateraler Abkommen für die strafrechtliche Zusammenarbeit in Kooperation mit dem kosovarischen Justizministerium
- Study trip to Lower Saxony (Göttingen and Hameln) for prison staff on the topic of „Training and further training in the field of addiction support“ in cooperation with Lipjan prison
- Seminar on the topic of „Juvenile criminal proceedings: The role and tasks of the defence in pre-trial proceedings“ in cooperation with the Kosovo Bar Association in Prizren
- Two roundtable discussions on the topic of „Cross-sectoral cooperation between probation services, judges and public prosecutors with regard to alternative measures and penalties with a focus on juvenile criminal law“ in Pristina and Peja
- Three needs analysis trips and roundtable discussions on the topic of „Preventing and combating money laundering“ with stakeholders in money laundering prosecution in Pristina
- Advice on money laundering prevention and prosecution (ongoing assessment of legal regulations and development of recommendations for action by a German team of experts for the Office of the Prime Minister of Kosovo)
- Seminar on the topic of „cryptocurrencies“ in cooperation with the Kosovar police and public prosecutor's office in Pristina
- Study trip to Hesse and North Rhine-Westphalia (Frankfurt, Wiesbaden and Cologne) on the topic of „cryptocurrencies“ in cooperation with the Kosovar police and public prosecutor's office
- Two seminars on „Combating money laundering“ in cooperation with the Kosovo Judicial Academy in Pristina
- Seminar on „The Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction“ in cooperation with the Kosovan Ministry of Justice in Pristina
- Translation and printing of the commentary on bilateral agreements for criminal law cooperation in cooperation with the Kosovan Ministry of Justice

Aus- und Fortbildung

- Studienreise für angehende Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte nach Rheinland-Pfalz (Trier und Koblenz) in Kooperation mit der kosovarischen Justizakademie

Basic and Further Training

- Study trip for prospective judges and public prosecutors to Rhineland-Palatinate (Trier and Koblenz) in cooperation with the Kosovan Justice Academy

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Grant-Projekt EUKOJUST in Kosovo

In Kosovo leitet die IRZ im Auftrag der Europäischen Union federführend das EU-Projekt EUKOJUST in Zusammenarbeit mit dem niederländischen Partner CILC und dem kroatischen Justizministerium in Pristina. Das 40-monatige Großprojekt zielt darauf ab, die Reform des Justizsektors in Kosovo voranzutreiben und die Qualität der Justiz für die Bürgerinnen und Bürger des Landes auf dem Weg zur EU-Integration zu verbessern.

Im Kontext einer möglichen EU-Mitgliedschaft erhalten die Institutionen in Kosovo Unterstützung bei der Anpassung des Justizsystems an europäische und internationale Standards sowie bei der institutionellen Vorbereitung auf den EU-Beitrittsprozess. Das Projekt legt einen besonderen Fokus auf die Verbesserung der Zusammenarbeit und Koordination innerhalb des Justizwesens, die Stärkung der Unabhängigkeit und Transparenz der Justiz, die Konsolidierung und Harmonisierung des Rechtsrahmens sowie einen verbesserten Zugang zur Justiz, insbesondere für Frauen und benachteiligte Gruppen.

Im Berichtsjahr 2023 organisierte das Projekt insgesamt 41 Veranstaltungen, darunter Workshops, Fortbildungen und Round-Table-Gespräche, und erreichte etwa 1.060 Teilnehmende. Zusätzlich erstellten die Expertinnen und Experten Analysen, Gesetzentwürfe, Gutachten, Empfehlungen bzw. begleiteten die Umsetzung.

Das kosovarische Justizministerium erhielt Beratung zur Restrukturierung und Reorganisation, während interne Regelungen überarbeitet wurden. Das Expertenteam des Projekts entwickelte eine Gesamtstrategie für die Digitalisierung des Justizsektors und richtete eine Software für die elektronische Verwaltung von Richterakten ein. Dies ermöglicht dem Justizrat, Prozesse – wie die Einstellung neuer Richterinnen und Richter, Leistungsbeurteilungen und Disziplinarverfahren – effizienter und transparenter durchzuführen.

Die Unterstützung im Bereich der Gesetzgebung umfasste unter anderem die Erstellung eines Konzeptdokuments für die Zivilprozessordnung, wodurch der Weg für dessen Ausarbeitung geebnet wurde. Im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform wurde mithilfe von Projektextpertinnen und Projektextperten ein Konzeptdokument für eine Verwaltungsgerichtsbarkeit erarbeitet und mittlerweile verabschiedet. Infolgedessen begann eine durch das Projekt unterstützte Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung des Gesetzes zur Einrichtung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit. Zur rechtlichen Konsolidierung wurde die Einführung eines thematischen Vorprüfungskonzepts zur Rechtsharmonisierung initiiert.

Um den Zugang zur Justiz zu verbessern, die Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Fragen zu fördern und die praktische Umsetzung des Rechtsrahmens für den Umgang mit häuslicher Gewalt zu unterstützen, setzte das Projekt gezielte Maßnahmen zur Stärkung der diesbezüglichen Kapazitäten von rechtsstaatlichen Akteuren um. Es entwickelte zwölf Schulungsmaterialien, um die Justizreform im Einklang mit bewährten EU-Verfahren zu fördern. Zusätzlich erhielt das Justizministerium Beratung bezüglich des verabschiedeten Gesetzes über Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen Kinder, um es an den EU-Besitzstand und die

Project funded by the European Union

EU grant project EUKOJUST in Kosovo

In Kosovo, IRZ is leading the EU project EUKOJUST on behalf of the European Union in cooperation with the Dutch partner CILC and the Croatian Ministry of Justice in Pristina. The 40-month flagship project aims to drive forward the reform of the justice sector in Kosovo and improve the quality of justice for the country's citizens on the road to EU integration.

In the context of possible EU membership, the institutions in Kosovo receive support in adapting the justice system to European and international standards and in the institutional preparation for the EU accession process. The project places a particular focus on improving cooperation and coordination within the judicial system, strengthening the independence and transparency of the judiciary, consolidating and harmonising the legal framework and improving access to justice, especially for women and disadvantaged groups.

In the 2023 reporting year, the project organised a total of 41 events, including workshops, training courses and round table discussions, and reached around 1,060 participants. In addition, the experts prepared analyses, draft laws, expert opinions and recommendations and supported their implementation.

The Ministry of Justice of Kosovo received advice on restructuring and reorganisation, while internal regulations were revised. The project's team of experts developed an overall strategy for the digitalisation of the justice sector and set up software for the electronic management of judges' files. This enables the Judicial Council to carry out processes – such as the recruitment of new judges, performance appraisals and disciplinary proceedings – more efficiently and transparently.

Support in the area of legislation included the creation of a concept document for the Code of Civil Procedure, which paved the way for its development. As part of the reform of administrative justice, a concept document on administrative justice reform was developed with the help of project experts and has since been adopted. As a result, a working group supported by the project began drafting the law establishing an administrative court. For legal consolidation, the introduction of a pre-screening thematic approach for legal harmonisation was initiated.

In order to improve access to justice, raise awareness of gender issues and support the practical implementation of the legal framework for dealing with domestic violence, the project implemented targeted measures to strengthen the capacities of rule of law actors in this regard. It developed twelve training materials to promote judicial reform in line with EU best practice. In addition, the Ministry of Justice received advice on the adopted law on domestic violence in order to bring it into line with the EU acquis and the Istanbul Convention. To improve access to justice, the project also organised several information events and training sessions as protective measures for victims.

Volkmar Theobal, Teamleiter des Projekts, Vigan Qorolli, Stellvertretender Justizminister, Albulena Haxhiu, Justizministerin, Danijela Barisic, Kroatische Botschafterin in Kosovo, Jörn Rohde, Deutscher Botschafter in Kosovo, Teresa Thalhammer, Koordinatorin und Projektbereichsleiterin, IRZ (v.l.n.r.).

Volkmar Theobal, Team Leader of the Project, Vigan Qorolli, Deputy Minister of Justice, Albulena Haxhiu, Minister of Justice, Danijela Barisic, Ambassador of Croatia in Kosovo, Jörn Rohde, Ambassador of Germany in Kosovo, Teresa Thalhammer, Head of Section and Coordination, IRZ (from left to right).



Istanbul-Konvention anzupassen. Zur Verbesserung des Zugangs zur Justiz führte das Projekt darüber hinaus mehrere Informationsveranstaltungen und Schulungen als Schutzmaßnahmen für Opfer durch.

Trotz innenpolitischer Schwierigkeiten und vorübergehender Stagnation in der Zusammenarbeit zwischen dem Justizministerium und den Justizräten wurden erhebliche Fortschritte in der Unterstützung des interinstitutionellen Koordinierungsmechanismus erzielt. Die verschiedenen Institutionen des Justizwesens konnten Blockaden überwinden, indem sie eine schriftliche Vereinbarung über gemeinsame Rechtsreformpakete getroffen haben. In diesem Zusammenhang unterstützte EUKOJUST im Laufe des Berichtsjahres die Institutionen bei der Koordinierung von Arbeitsgruppen, regelmäßigen Arbeitstreffen und der Ausarbeitung von Sachstandsberichten.

Die IRZ beantragte bei der Europäischen Union eine kostenneutrale Verlängerung des Projekts bis Juni 2024, um die Justizakteure weiterhin bei der Umsetzung des Aktionsplans zu begleiten.

Ausblick

Auch 2024 wird die IRZ an die intensive und gewinnbringende Zusammenarbeit mit ihren Partnerinstitutionen in Kosovo anknüpfen.

Die IRZ beabsichtigt dabei – im Rahmen der Möglichkeiten – auch zentrale Institutionen wie das Verfassungsgericht und das Oberste Gericht zu unterstützen und wichtige Plattformen des Fach- und Erfahrungsaustauschs und damit auch der Netzwerkbildung zu ermöglichen. Ferner soll die etablierte Kooperation unter anderem mit den verschiedenen Abteilungen des kosovarischen Justizministeriums, mit dem KPC und der Justizakademie fortgeführt werden. Der thematische Fokus soll 2024 im Bereich „Zugang zur Justiz unter anderem für vulnerable Gruppen“ liegen und gleichzeitig Themen wie das Jugendstrafrecht, die Öffentlichkeitsarbeit im Justizwesen und die Aus- und Weiterbildung der Richter- und Staatsanwaltschaft umfassen.

Despite domestic political difficulties and temporary stagnation in cooperation between the Ministry of Justice and the judicial stakeholders, considerable progress was made in supporting the inter-institutional coordination mechanism. The different institutions of the judiciary were able to overcome blockades by reaching a written agreement on joint legal reform packages.

In this context, EUKOJUST supported the institutions during the reporting year in coordinating working groups, regular working meetings and the preparation of progress reports.

IRZ applied to the European Union for a cost-neutral extension of the project until June 2024 in order to continue supporting the judicial actors in the implementation of the action plan.

Outlook

IRZ will continue its intensive and fruitful cooperation with its partner institutions in Kosovo in 2024. As far as possible, IRZ also intends to support central institutions such as the Constitutional Court and the Supreme Court and to facilitate important platforms for the exchange of expertise and experience and thus also for networking. Furthermore, the established cooperation with the various departments of the Kosovan Ministry of Justice, the KPC and the Judicial Academy, among others, is to be continued. In 2024, the thematic focus will be on “Access to justice, including for vulnerable groups” and will also include topics such as juvenile criminal law, public relations work in the justice system and the basic training and further education of judges and public prosecutors.

Name: Königreich Marokko
Hauptstadt: Rabat
Bevölkerung: ca. 37,3 Millionen
Regierungssystem: konstitutionelle
Monarchie mit Elementen
parlamentarischer Demokratie

Name: Kingdom of Morocco
Capital city: Rabat
Population: approx. 37.3 million
System of government: Constitu-
tional monarchy with elements
of parliamentary democracy and
central prerogatives of the king



Marokko

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Das Königreich Marokko ist ein wichtiger Partner für die Länder der Europäischen Union auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene.

Seit 2021 ist die Partei „Libérale Nationale Sammlung der Unabhängigen“ stärkste Kraft im Parlament, dessen Mitglied Aziz Akhannouch vom König zum Premierminister ernannt wurde. Das Land steht vor diversen Herausforderungen, hierzu zählen insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Zentralisierung wirtschaftlicher und politischer Potenziale in der Hauptstadt sowie Dürreperioden und Überschwemmungen. Zudem forderte ein Erdbeben Anfang September 2023 viele Menschenleben und beschädigte die Infrastruktur besonders in ländlichen Gebieten stark.

Marokko verfolgt weiterhin die vom König geförderte „Nationale Initiative für menschliche Entwicklung“ (INDH). Dies umfasst unter anderem die Stärkung der sozialen Fundamente des Staates, die Reformierung und Modernisierung der Wirtschaft zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze insbesondere für junge Menschen sowie die Stärkung von Good Governance in der Verwaltung. Hierbei stehen auch die Regionalisierung sowie die Dezentralisierung der Verwaltung im Fokus.

Der seit Oktober 2021 amtierende Justizminister Abdellatif Ouahbi führt die begonnene Reform des Strafrechts und des Strafprozessrechts fort und priorisiert dabei ausdrücklich die Einführung alternativer Strafen sowie die Digitalisierung der Justiz. Auch Reformen im Familienrecht werden angestrebt.

Konzeption

2023 führten die IRZ und die marokkanische Justiz ihre bilaterale Zusammenarbeit fort. Dabei sind die wichtigsten Partnerinstitutionen das Justizministerium, die Oberstaatsanwaltschaft und die Strafvollzugsbehörde.

Den Reformvorhaben der marokkanischen Regierung entsprechend lagen die Schwerpunkte der Zusammenarbeit auf wirtschaftsrechtlichen Themen, insbesondere auf Wettbewerbsschutz sowie Investitionsförderung und -schutz. Hierbei wurden auch regionale Austauschformate mit weiteren Ländern der Region (Tunesien, Algerien und Mauretanien) durchgeführt, um einen Beitrag zur Zusammenarbeit und Stabilität in der Region zu leisten. Gemäß der neuen Leitlinie des Auswärtigen Amts zur feministischen Außenpolitik berücksichtigt die IRZ in ihren Aktivitäten auch den Schutz von vulnerablen Gruppen in der Justiz.

Neben dem wirtschaftsrechtlichen Fokus bildet nun seit mehreren Jahren die Unterstützung der Reform der Strafjustiz und der Strafgesetzgebung eine weitere Säule der Aktivitäten der IRZ in Marokko. Im September 2023 wurde ein Gesetzentwurf unter anderem mit den von der IRZ behandelten Kernthemen, wie alternative Strafen und Alternativen zur Untersuchungshaft, in das marokkanische Parlament eingebracht.

Morocco

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The Kingdom of Morocco is an important partner for the countries of the European Union on a political, economic and social level.

Since 2021, the party “National Rally of Independents” has been the strongest force in parliament, and its member Aziz Akhannouch was appointed Prime Minister by the King. The country faces various challenges, including high youth unemployment, the centralization of economic and political potential in the capital, droughts and floods. In addition, an earthquake in early September 2023 claimed many lives and severely damaged the infrastructure, particularly in rural areas.

Morocco continues to pursue the “National Initiative for Human Development” (INDH) promoted by the king. Among other things, this includes strengthening the social foundations of the state, reforming and modernizing the economy to create more jobs, especially for young people, and strengthening good governance in the administration. The focus is also on regionalization and decentralization of the administration.

The Minister of Justice, Abdellatif Ouahbi, who has been in office since October 2021, is continuing the reform of criminal law and criminal procedure law and is expressly prioritizing the introduction of alternatives to custodial sentences and the digitisation of the justice system. Reforms in family law are also being pursued.

Concept

In 2023, IRZ and the Moroccan judiciary continued their bilateral cooperation. The most important partner institutions are the Ministry of Justice, the Chief Public Prosecutor’s Office and the Penitentiary Service.

In line with the Moroccan government’s reform plans, the focus of cooperation was on economic law issues, in particular competition protection and investment promotion and protection. Regional exchange formats were also held with other countries in the region (Tunisia, Algeria and Mauritania) in order to contribute to cooperation and stability in the region. In accordance with the Federal Foreign Office’s new guideline on feminist foreign policy, IRZ’s activities also take into account the protection of vulnerable groups in the justice system.

In addition to the focus on economic law, support for the reform of the criminal justice system and criminal legislation has been another pillar of IRZ’s activities in Morocco for several years now. In September 2023, a draft law was submitted to the Moroccan parliament, including the core issues addressed by IRZ, such as alternatives to custodial sentences and to pre-trial detention.

Experten des Seminars zum Thema „Schutz des Wettbewerbs“ mit dem Fokus auf Wettbewerbsdelikte in Rabat im Mai 2023.

Experts at the seminar on "Protection of Competition" with a focus on criminal competition law in Rabat in May 2023.



Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Konferenz „Schutz des Wirtschaftssystems und des Wettbewerbs“ (Präsenz-Veranstaltung)
- Regionalkonferenz zum Thema „Optimierung des Investitionsklimas und Förderung von Investitionsanreizen und Investitionsschutz“ in Tunis in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer und den Justizministerien Tunesiens, Algeriens und Mauretaniens (Hybrid-Veranstaltung)

Ausblick

Die IRZ wird die Reformen im Bereich des Strafrechts und des Strafvollzugs unterstützen sowie die weitere Entwicklung des Wirtschaftsrechts begleiten. Die angestrebte Reform des marokkanischen Familienstandgesetzes (Moudawana) könnte eine Möglichkeit für die IRZ bieten, im zivilrechtlichen Bereich verstärkt beratend tätig zu werden. Auch die Einbindung Marokkos in regionale Aktivitäten der IRZ ist weiterhin vorgesehen, um die regionale Stabilität und Annäherung zu fördern.

Focus of Activity in 2023

Civil and Commercial Law

- "Protection of the economic system and competition" conference with the Public Prosecutors Office (in-person event)
- Regional conference on "Optimizing the investment climate and promoting investment incentives and protection" in Tunis in cooperation with the German Federal Bar and the Ministries of Justice of Tunisia, Algeria and Mauritania (hybrid event)

Outlook

IRZ will support the reforms in the area of criminal law and the penal system as well as the further development of commercial law. The planned reform of the Moroccan family status law (Moudawana) could offer an opportunity for IRZ to become increasingly active in an advisory capacity in the area of civil law. Morocco's involvement in IRZ's regional activities is also planned in order to promote regional stability and rapprochement.

Name: Islamische Republik
Mauretanien
Hauptstadt: Nouakchott
Bevölkerung: ca. 4,5 Millionen
Regierungssystem: präsidentielle
Republik

Name: Islamic Republic of
Mauritania
Capital city: Nouakchott
Population: approx. 4.5 million
System of government: Presidential
republic



Mauretanien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Mauretanien ist eine islamische, präsidentielle Republik mit einer starken Konzentration politischer Befugnisse im Amt des Präsidenten, der gleichzeitig Präsident des Hohen Justizrats ist und somit auch für die richterliche Disziplin, die Ernennung und Entlassung aller Richterinnen und Richter sowie für Entscheidungen über die Reichweite richterlicher Kompetenzen zuständig ist.

Im Mai 2023 fanden in Mauretanien Parlaments- und Kommunalwahlen statt, die Partei „El Insaf“ ging erneut als stärkste Kraft hervor. Mit dem neuen Parlament wurde auch eine neue Regierung gebildet, wobei Mohamed Mahmoud Ould Cheikh Abdallahi Bin Boya für eine weitere Legislaturperiode als Justizminister bestätigt wurde. Im Jahr 2024 werden die Präsidentschaftswahlen abgehalten, für die der amtierende Präsident Mohamed Ould Cheikh Ghazouani erneut antreten wird.

Das Land sieht sich mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert, darunter die anhaltende Armut, Arbeitslosigkeit und infrastrukturelle Probleme.

Mauretanien hat inzwischen die wichtigsten afrikanischen Menschenrechtsabkommen sowie die neun wichtigsten Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen gesetzlich verankert, wenn auch mit einigen Vorbehalten aufgrund der Scharia. Auch wenn es noch zu Menschenrechtsverletzungen kommt, unternimmt das Land dennoch erhebliche Anstrengungen, um diese internationalen Verpflichtungen in seine nationale Gesetzgebung, seine politischen Strategien und Leitlinien einzubinden. Dazu gehört auch eine Justizreform, die seit September 2020 sukzessive umgesetzt wird. Folgende Schwerpunkte sind Teil der Reform, um die Justiz unabhängiger und bürgernäher zu gestalten: Weiterentwicklung des Status der Rechtsberufe und Verbesserung ihrer Bedingungen, Erleichterung des Zugangs zur Justiz, Verbesserung der Qualität und Effizienz der Justiz, Reform des Strafjustizsystems und des Strafvollzugs, Digitalisierung der Justiz, Sanierung bestehender und Bau neuer Justizgebäude.

Konzeption

Seit 2023 ist Mauretanien offiziell ein Partnerstaat der IRZ. Dem gingen eine Bedarfsanalyse und eine erste Veranstaltung zum Thema „Digitalisierung der Justiz zwischen Realität und Perspektive“ unter Beteiligung der Bundesrechtsanwaltskammer und der Anwaltskammer Mauretaniens im November 2022 voraus. Projektpartner der IRZ sind derzeit insbesondere das Justizministerium Mauretaniens, die Aus- und Weiterbildungsinstitution für die Richterschaft (École nationale d'administration, du journalisme et de la magistrature) sowie die mauretanische Anwaltskammer. Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit liegen auf der Stärkung der Menschenrechte und deren Berücksichtigung in der nationalen Rechtsprechung sowie im Bereich der Humanisierung des Strafvollzugs und auf einer verstärkt rechtsstaatlichen Ausrichtung des Strafrechts.

Mauritania

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Mauritania is an Islamic, presidential republic with a strong concentration of political powers in the office of the President, who is also the President of the High Judicial Council and is therefore also responsible for judicial discipline, the appointment and dismissal of all judges and decisions on the scope of judicial powers.

Parliamentary and local elections were held in Mauritania in May 2023, with the „El Insaf“ party once again emerging as the strongest force. A new government was also formed based on the parliamentary elections, with Mohamed Mahmoud Ould Cheikh Abdallahi Bin Boya confirmed as Minister of Justice for an additional legislative term. Presidential elections will be held in 2024, for which the incumbent President Mohamed Ould Cheikh Ghazouani will run again.

The country faces various challenges, including persistent poverty, unemployment and infrastructural problems.

Mauritania has now implemented the most important African human rights conventions and the nine most important United Nations human rights conventions in domestic law, with some reservations due to Sharia law. Although human rights violations still occur, the country is making considerable efforts to incorporate these international obligations into its national legislation, policies and guidelines. This includes judicial reform, which has been gradually implemented since September 2020. The following priorities are part of the reform to make the judiciary more independent and closer to citizens: Further developing the status of the legal professions and improving their conditions, facilitating access to justice, improving the quality and efficiency of the justice system, reforming the criminal justice system and the penitentiary system, digitalizing the justice system, renovating existing and constructing new judicial buildings

Concept

Mauritania has officially been an IRZ partner state since 2023. This was preceded by a needs analysis and an initial event on the topic of „Digitalization of the judiciary between reality and perspective“ with the participation of the German Federal Bar Association and the Mauritanian Bar Association in November 2022. IRZ's current project partners are the Mauritanian Ministry of Justice, the École nationale d'administration, du journalisme et de la magistrature (Education and Training Institution for the Judiciary) and the Mauritanian Bar Association. The focus of the cooperation lies on strengthening human rights and their consideration in national jurisdiction as well as in the area of humanizing the penal system and strengthening the rule of law in criminal law.

Mauretanien



Teilnehmende des Seminars zur Implementierung von internationalen Menschenrechtsabkommen auf nationaler Ebene.

Participants in the seminar on the implementation of international human rights agreements at national level.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Schwerpunkt Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Schulung „Praktische Anwendung von internationalen Menschenrechtskonventionen – Menschenrechtsschutz auf Justizebene“ in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium Mauretaniens und der Aus- und Weiterbildungsinstitution für die Richterschaft (ENAJM) in Nouakchott

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Regionalkonferenz zum Thema „Optimierung des Investitionsklimas und Förderung von Investitionsanreizen und Investitionsschutz“ in Tunis in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer und den Justizministerien Tunesiens, Algeriens und Marokkos (Hybrid-Veranstaltung)

Schwerpunkt Strafrecht und Strafvollzug

- Schulung zu „Alternativen Strafen und Alternativen zur Untersuchungshaft“ in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium Mauretaniens in Nouakchott

Ausblick

Auch in 2024 möchte die IRZ im Rahmen der Möglichkeiten einen Beitrag zur langfristigen Orientierung der Justiz an rechtsstaatlichen und internationalen Standards und damit zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit durch juristischen Fachaustausch und Kapazitätsaufbau leisten. Zudem sollen Justizakteure Mauretaniens in regionale Aktivitäten der IRZ eingebunden werden, um die Süd-Süd-Kooperation zu unterstützen, die darauf abzielt, die Zusammenarbeit zwischen Ländern des globalen Südens zu stärken und ihre Entwicklung zu fördern. Durch den Austausch von Ressourcen, Wissen und Erfahrungen können diese Länder voneinander lernen und gemeinsam Lösungen für ihre ähnlichen Herausforderungen finden.

Mauritania



Schulung zu alternativen Strafen und Alternativen zur Untersuchungshaft im Dezember 2023 in Nouakchott.

Training on alternatives to custodial sentences and to pre-trial detention in December 2023 in Nouakchott.

Focus of Activity in 2023

Focus on Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Training course “Practical application of international human rights conventions – human rights protection at judicial level” in cooperation with the Mauritanian Ministry of Justice and the Education and Training Institution for the Judiciary (ENAJM) in Nouakchott

Civil and commercial law

- Regional conference on “Optimizing the investment climate and promoting investment incentives and protection” in Tunis in cooperation with the German Federal Bar Association and the Ministries of Justice of Tunisia, Algeria and Morocco (hybrid event)

Focus on Criminal and Penitentiary Law

- Training on “Alternatives to custodial sentence and pre-trial detention” in cooperation with the Mauritanian Ministry of Justice in Nouakchott

Outlook

In 2024, IRZ would also like to make a contribution to the long-term orientation of the judiciary towards rule of law and international standards and thus to strengthening the rule of law system through the exchange of legal expertise and capacity building. In addition, Mauritanian justice actors will be involved in regional IRZ activities in order to support South-South cooperation, which aims to strengthen cooperation between countries of the Global South and promote their development. By sharing resources, knowledge and experience, these countries can learn from each other and work together to find solutions to their similar challenges.

Name: Republik Moldau
Hauptstadt: Chişinău
Bevölkerung: ca. 2,5 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarische Demokratie

Name: Republic of Moldova
Capital city: Chişinău
Population: approx. 2.5 million
System of government:
Parliamentary democracy



Moldau

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Die Republik Moldau strebt den Beitritt in die Europäische Union an und hat im Juni 2022 den EU-Beitrittskandidatenstatus verliehen bekommen, im Dezember 2023 hat der Europäische Rat entschieden, Beitrittsverhandlungen mit der Republik Moldau zu beginnen. Die rechtsstaatlichen Reformen konzentrieren sich somit auf die angestrebte EU-Integration. Orientierung dazu geben die neun Empfehlungen der Europäischen Union, die im Vorfeld der Verleihung des EU-Beitrittskandidatenstatus ausgesprochen wurden. Zu deren Umsetzung hat die Republik Moldau einen Aktionsplan entwickelt. Ein wesentlicher Punkt ist dabei die Fortführung der Justizreform, die auch ein umfangreiches Vetting-Verfahren zur Überprüfung der persönlichen und fachlichen Integrität der Richter- und Staatsanwaltschaft umfasst. Weitere wichtige Bereiche der Reformen betreffen die Korruptionsbekämpfung und den Schutz vulnerabler Gruppen. Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 (Recht, Freiheit, Sicherheit) des Acquis communautaire der Europäischen Union bilden den Kern der Reformen und der Beratungen der moldauischen Partner.

Konzeption

Die IRZ erhielt im Berichtsjahr Sondermittel des Deutschen Bundestages zur Unterstützung der EU-Integration der Republik Moldau, der Ukraine und Georgiens, die für bilaterale Projekte und Maßnahmen mit Teilnehmenden aus allen drei Partnerstaaten eingesetzt wurden. Da die im Rahmen der EU-Integration formulierten Reformempfehlungen der Europäischen Kommission für alle drei Länder große Gemeinsamkeiten aufweisen, lag der Fokus bei diesen Maßnahmen auf der Korruptionsbekämpfung und der Unabhängigkeit der Justiz. Die IRZ konzentriert sich hier auf eine Kooperation mit dem Parlament und dem Justizministerium der Republik Moldau. Bei drei Maßnahmen war der Deutsche Bundestag mit einer großen Zahl von Abgeordneten beteiligt. Hervorzuheben ist dabei die Konferenz der parlamentarischen Rechtsausschüsse, die im September im Reichstag stattfinden konnte. Zwei Studienreisen zur Korruptionsbekämpfung bzw. zur Unabhängigkeit der Justiz wurden durch das Land Nordrhein-Westfalen und das Land Niedersachsen unterstützt, jeweils mit persönlicher Mitwirkung des Justizministers bzw. der Justizministerin. Einen Schwerpunkt der weiteren bilateralen Zusammenarbeit bildet die Implementierung des Verwaltungskodex der Republik Moldau, zu dessen Ausarbeitung die IRZ die moldauischen Partner maßgeblich beraten hatte.

Im Berichtsjahr fanden Fachgespräche zur Überarbeitung des Kodex sowie Fortbildungen für dessen Implementierung statt. Zudem konnte die IRZ auf Bitten der moldauischen Partner an frühere Beratungen zur moldauischen Strafvollzugsreform anknüpfen.

Moldova

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The Republic of Moldova is seeking to join the European Union and was granted EU candidate status in June 2022. In December 2023, the European Council decided to open accession negotiations with the Republic of Moldova. The rule of law reforms are therefore focused on the desired EU integration. The nine recommendations of the European Union, which were issued prior to granting EU candidate status, provide guidance in this regard. The Republic of Moldova has developed an action plan to implement these recommendations. A key point is the continuation of judicial reform, which also includes a comprehensive vetting procedure to assess the personal and professional integrity of judges and public prosecutors. Other important areas of the reforms concern the fight against corruption and the protection of vulnerable groups. Chapters 23 (Judiciary and Fundamental Rights) and 24 (Justice, Freedom and Security) of the European Union's *acquis communautaire* form the core of the reforms and the consultations of the Moldovan partners.

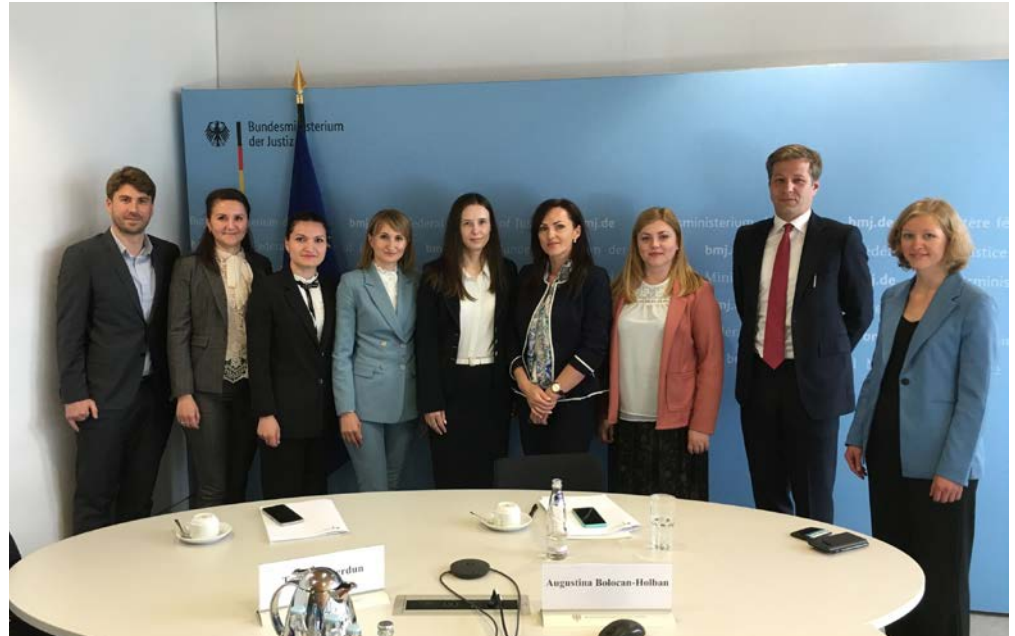
Overall Concept

In the reporting year, IRZ received special funds from the German Bundestag to support the EU integration of the Republic of Moldova, Ukraine and Georgia, which were used for bilateral projects and measures with participants from all three partner states. As the reform recommendations formulated by the European Commission in the context of EU integration exhibit significant similarities for all three countries, the focus of these measures was on combating corruption and ensuring judicial independence. IRZ prioritized cooperation with the Parliament and the Ministry of Justice of the Republic of Moldova in this regard. The German Bundestag was involved in three measures with a large number of Members of Parliament. A noteworthy event was the conference of parliamentary legal committees, which took place in the Reichstag in September. Two study trips on combating corruption and ensuring judicial independence were supported by the federal states of North Rhine-Westphalia and Lower Saxony, with the personal involvement of each state's Ministers of Justice.

One focus of further bilateral cooperation is the implementation of the Administrative Code of the Republic of Moldova, for which IRZ played a key role in advising the Moldovan partners during its development. In the reporting year, expert discussions were held on the revision of the code as well as training sessions on its implementation. At the request of the Moldovan partners, IRZ was also able to follow up on earlier consultations on the Moldovan penitentiary reform.

Arbeitsbesuch zur EU-Rechtsangleichung für eine Delegation des Justizministeriums der Republik Moldau beim Bundesministerium der Justiz in Berlin. 2. von rechts: RD Piotr Malachowski, Referat INT-KOR, 1. von links: Dr. Benjamin Beck, Referat EU-KOR, beide Bundesministerium der Justiz.

Working visit on EU legal harmonization for a delegation from the Ministry of Justice of the Republic of Moldova to the Federal Ministry of Justice in Berlin. 2nd from right: RD Piotr Malachowski, INT-KOR Department, 1st from left: Dr Benjamin Beck, EU-KOR Department, both Federal Ministry of Justice.



Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Öffentliches Recht

- Gutachten zur „Ex-post-Analyse“ zum Verwaltungskodex der Republik Moldau
- Zwei Online-Fachgespräche zur Implementierung und Überarbeitung des Verwaltungskodex der Republik Moldau
- Arbeitsbesuch zur Implementierung des Verwaltungskodex der Republik Moldau in Bonn
- VI. Konferenz der parlamentarischen Rechtsausschüsse in Kooperation mit dem Deutschen Bundestag zur EU-Rechtsharmonisierung in der Republik Moldau, der Ukraine und Georgien in Berlin

Rechtspflege

- Arbeitsbesuch einer Delegation des Justizministeriums der Republik Moldau zur Umsetzung der Kapitel 23 und 24 des Acquis communautaire in Berlin
- Fachgespräche zum Thema Unabhängigkeit der Justiz (für Moldau, Ukraine und Georgien) in Niedersachsen und Berlin
- Beratungsaufenthalt einer Expertin zur EU-Rechtsangleichung beim Justizministerium und beim Rechtsausschuss des Parlaments in Chişinău
- Rechtsvergleichende Studie zu rechtlichen Regelungen für den Einsatz von Gerichtsdolmetscherinnen und Gerichtsdolmetschern

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Fachgespräche zur Korruptionsbekämpfung und zur Stärkung der Sonderermittlungsdienste (für Moldau, Ukraine und Georgien) in Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf, Wuppertal, Bochum) und Berlin
- Gutachten zum Entwurf des Änderungsgesetzes zum moldauischen Strafvollzug
- Online-Fachgespräch zur Begutachtung des Entwurfs des Änderungsgesetzes zum moldauischen Strafvollzug

Focus of Activity in 2023

Public Law

- Expert opinion on the “ex-post analysis” of the Administrative Code of the Republic of Moldova
- Two online expert discussions on the implementation and revision of the Administrative Code of the Republic of Moldova
- Working visit on the implementation of the Administrative Code of the Republic of Moldova in Bonn
- VI Conference of the Parliamentary Legal Committees in cooperation with the German Bundestag on EU legal harmonization in the Republic of Moldova, Ukraine and Georgia in Berlin Administration of justice

Administration of Justice

- Working visit by a delegation from the Ministry of Justice of the Republic of Moldova on the implementation of Chapters 23 and 24 of the acquis communautaire in Berlin
- Expert discussions on the independence of the judiciary (for Moldova, Ukraine and Georgia) in Lower Saxony and Berlin
- Advisory visit by an expert on EU law approximation to the Ministry of Justice and the Parliamentary Committee on Legal Affairs in Chişinău
- Comparative legal study on legal regulations for the assignment of court interpreters

Criminal and Penitentiary Law

- Expert discussions on combating corruption and strengthening special investigation services (for Moldova, Ukraine and Georgia) in North Rhine-Westphalia (Düsseldorf, Wuppertal, Bochum) and Berlin
- Expert opinion on the draft amendment to the Moldovan penitentiary system
- Online expert discussion on the assessment of the draft amending law on the Moldovan penitentiary system



Konferenz der parlamentarischen Rechtsausschüsse für Abgeordnete aus der Republik Moldau und Georgien beim Deutschen Bundestag in Berlin. 6. von links: Olesea Stamate, Vorsitzende des Ausschusses für Recht, Ernennungen und Immunität des Parlaments der Republik Moldau, 7. von links: Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB, Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages.

Conference of the Parliamentary Legal Committees for Members of Parliament from the Republic Moldova and Georgia at the German Bundestag in Berlin. 6th from left: Olesea Stamate, Chairwoman of the Committee on Legal Affairs, Appointments and Immunities of the Parliament of the Republic Moldova, 7th from left: Elisabeth Winkelmeier-Becker, Member of the German Bundestag, Chairwoman of the Legal Affairs Committee of the German Bundestag.

Ausblick

Der Beginn der Beitrittsverhandlungen stellt weiterhin die EU-Rechtsangleichung in den Fokus der IRZ-Beratungen für die Republik Moldau. Gemäß den Empfehlungen der Europäischen Kommission wird dabei ein Schwerpunkt auf der weiteren Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz, beispielsweise durch eine vertiefte Zusammenarbeit mit dem Obersten Richterrat, liegen sowie auf der Unterstützung bei der Korruptionsbekämpfung und Korruptionsprävention – mit dem Nationalen Antikorruptionszentrum und der Antikorruptionsstaatsanwaltschaft als Partner. Die in den Empfehlungen angestrebte weitere De-Oligarchisierung wird ebenfalls Gegenstand der Beratungen sein. Auch zur Methodik der Angleichung nationalen Rechts an das Recht der Europäischen Union wird die IRZ weiterhin beraten, sowohl hinsichtlich allgemeiner methodischer Fragen als auch bezüglich der EU-rechtlichen Harmonisierung konkreter moldauischer Gesetzentwürfe. Dabei werden auch im Jahr 2024 Synergien mit der Beratung der Ukraine und Georgiens genutzt werden, zumal der Deutsche Bundestag erneut die oben genannten Sondermittel für die drei Länder bereitgestellt hat. Die Implementierung des Verwaltungskodex wird die IRZ durch weitere Fortbildungen von Richterinnen und Richtern sowie gegebenenfalls auch Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten unterstützen. Je nach Bedarf wird sie die Beratungen zur moldauischen Strafvollzugsreform fortführen oder zur Umsetzung des dann verabschiedeten neuen Strafvollzugsgesetzes beraten.



Fachgespräche zur Unabhängigkeit der Justiz mit einer Delegation aus der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien beim Niedersächsischen Justizministerium in Hannover. Vorne Mitte (5. von rechts): Justizministerin Dr. Kathrin Wahlmann.

Expert discussions on judicial independence with a delegation from Ukraine, the Republic of Moldova and Georgia at the Ministry of Justice of Lower Saxony in Hanover. Front center (5th from right): Minister of Justice Dr Kathrin Wahlmann.

Outlook

With the start of accession negotiations, EU legal harmonization remains at the forefront of IRZ consultations for the Republic of Moldova. In accordance with the recommendations of the European Commission, the focus will be on further strengthening the independence of the judiciary, for example through closer cooperation with the Superior Council of Magistracy, as well as on supporting the fight against and prevention of corruption – with the National Anticorruption Center and the Anti-Corruption Prosecutor's Office as partners. The further de-oligarchization aimed for in the recommendations will also be a subject of discussions. Additionally, IRZ will continue to provide advice on the methodology of aligning national law with European Union law, addressing both general methodological issues and the harmonization of specific Moldovan draft laws under EU law. In 2024, IRZ will also capitalize on synergies with cooperation in Ukraine and Georgia, particularly given the renewed allocation of the aforementioned special funds by the German Bundestag for all three countries. IRZ will support the implementation of the Administrative Code by providing further training for judges and, where appropriate, administrative staff. Depending on the requirements of its partners, IRZ will carry on its consultations on the Moldovan penitentiary reform or advise on the implementation of the new penitentiary code that is to be adopted.

Name: Montenegro
Hauptstadt: Podgorica
Bevölkerung: ca. 620.000
Regierungssystem:
parlamentarisches System

Name: Montenegro
Capital city: Podgorica
Population: approx. 620,000
System of government:
Parliamentary system



Montenegro

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Montenegro verfolgt im Rahmen der EU-Integration einen politischen und wirtschaftlichen Reformkurs und befindet sich seit Juni 2021 in Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Nach den Parlamentswahlen im Juli 2023 konnte im November eine neue Koalitionsregierung gebildet werden. Die grundsätzlich EU-freundlichen Tendenzen konkurrieren mit einer eher an Serbien orientierten Ausrichtung. Da nach wie vor Defizite im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit bestehen, fordert die Europäische Kommission weitere Fortschritte in den Verhandlungskapiteln 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit). Bei den hierfür erforderlichen Schritten besteht große Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit Deutschland.

Konzeption

Seit 2007 pflegt die IRZ enge Arbeitsbeziehungen zum Justizministerium in Montenegro, zu dem am Obersten Gericht angesiedelten Ausbildungszentrum für Justiz und Staatsanwaltschaft, zum Verfassungsgericht, zur Notarkammer Montenegros, zur sich insbesondere mit der Bekämpfung von Korruption befassenden NGO MANS sowie zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Juristischen Fakultät Podgorica. Seit 2019 besteht zudem die Kooperation mit dem Zentrum für alternative Streitbeilegung.

Die wesentlichen Schwerpunkte der mit Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und des Auswärtigen Amts geförderten Aktivitäten der IRZ in Montenegro lagen im Jahr 2023 in der Zusammenarbeit mit dem Ausbildungszentrum für Justiz und Staatsanwaltschaft und dem Zentrum für Alternative Streitbeilegung, wobei das von anderen ausländischen und internationalen Organisationen, die das Land bei der Rechtstransformation unterstützen, kaum behandelte Zivil- und Zivilprozessrecht im Vordergrund standen. Ergänzt wurde dies durch Aktivitäten im Bereich Mediation.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Regionale Konferenz der Verfassungsgerichte zum Thema „Das Recht auf Privatsphäre“
- Round Table zur Klimaschutzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts
- Teilnahme des Verfassungsgerichts von Montenegro an der Abschlusskonferenz des Projekts „Propagierung der Verfassungsbeschwerde als wichtigstes Mittel zum Grundrechtsschutz in Nordmazedonien“, gemeinsam veranstaltet mit dem Verfassungsgericht von Nordmazedonien

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Erstellung eines Selbstlernmoduls zum Wettbewerbsrecht für die Online-Plattform ILIAS

Rechtspflege

- Arbeitsbesuch montenegrinischer Richterinnen und Richter nach Deutschland zur Verhandlungsführung im Zivilverfahren

Montenegro

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Montenegro is pursuing a course of political and economic reform as part of EU integration and has been in accession negotiations with the European Union since June 2021. Following the parliamentary elections in July 2023, a new coalition government was formed in November. The generally EU-friendly tendencies compete with a more Serbia-oriented approach. As there are still deficits with regard to the rule of law, the European Commission is calling for further progress in negotiation chapters 23 (judiciary and fundamental rights) and 24 (justice, freedom and security). There is great willingness to cooperate with Germany on the steps required for this.

Overall Concept

Since 2007, IRZ has maintained close working relationships with the Ministry of Justice in Montenegro, the Center for Training in the Judiciary and the State Prosecution at the Supreme Court, the Constitutional Court, the Montenegrin Chamber of Notaries, the NGO MANS, which is particularly involved in the fight against corruption, and academics at the Faculty of Law in Podgorica. Since 2019, there has also been cooperation with the Center for Alternative Dispute Resolution.

In 2023, the main focus of IRZ's activities in Montenegro, which were funded by the Federal Ministry of Justice and the Federal Foreign Office, was on cooperation with the Center for Training in the Judiciary and the State Prosecution and the Centre for Alternative Dispute Resolution, with a focus on civil and civil procedural law, which is rarely dealt with by other foreign and international organizations supporting the country in its legal transformation. This was supplemented by activities in the field of mediation.

Focus of Activity in 2023

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Regional conference of constitutional courts on the topic "The right to privacy"
- Round table on the climate protection decision of the Federal Constitutional Court
- Participation of the Constitutional Court of Montenegro in the final conference of the project "Promotion of constitutional complaints as the main means of protecting fundamental rights in North Macedonia", jointly organized with the Constitutional Court of North Macedonia

Civil and Commercial Law

- Creation of a self-study module on competition law for the online platform ILIAS

Administration of justice

- Working visit of Montenegrin judges to Germany on conducting court hearings in civil proceedings



Die Teilnehmenden des Arbeitsbesuchs montenegrinischer Richterinnen und Richter zur Verhandlungsführung im Zivilverfahren in Bonn.

The participants of the working visit of Montenegrin judges to Bonn on conducting court hearings in civil proceedings.

Straf- und Strafvollzugsrecht

- XVI. Nationale Antikorruptionskonferenz mit der NGO MANS in Podgorica

Aus- und Fortbildung

- Train-the-Trainer-Seminar „Wirtschaftsmediation“ in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für alternative Streitbeilegung

Ausblick

Mit dem Justiztrainingszentrum und dem Zentrum für alternative Streitbeilegung wird die IRZ weiterhin gemeinsam Seminare zur europarechtskonformen Rechtsanwendung, Mediation und insbesondere zur effektiven Verhandlungsführung umsetzen und auch ihre Zusammenarbeit mit der NGO MANS fortführen.

Criminal and Penitentiary Law

- XVI National Anti-Corruption Conference with the NGO MANS in Podgorica

Basic and Further Training

- "Train-the-Trainer" seminar "Commercial mediation" in cooperation with the Center for Alternative Dispute Resolution

Outlook

Together with the Judicial Training Center and the Centre for Alternative Dispute Resolution, IRZ will continue to implement seminars on the application of law in accordance with European law, on mediation and, in particular, on effective conduct of court hearings and will also continue its cooperation with the NGO MANS.

Name: Republik Nordmazedonien
Hauptstadt: Skopje
Bevölkerung: ca. 2 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarische Demokratie

Name: Republic of North Macedonia
Capital city: Skopje
Population: approx. 2 million
System of government:
Parliamentary democracy



Nordmazedonien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Nach der Beilegung von bilateralen Streitigkeiten zwischen Nordmazedonien und Griechenland (2018) sowie Bulgarien (2022) eröffnete die Europäische Union im Juli 2022 offiziell die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien, das seit 2020 Mitglied der NATO ist. Die Aufnahme der bulgarischen Minderheit in die Verfassung – als Voraussetzung für den Fortgang der tatsächlichen Verhandlungen – ist innenpolitisch weiterhin umstritten.

Strittig ist zudem die übereilte Reform der Korruptionsbestimmungen im Strafgesetzbuch (StGB) ohne Beteiligung der ministeriellen Expertengruppe zur StGB-Reform.

Seit 2017 regiert eine Reformregierung, bestehend aus der sozialdemokratischen Partei SDSM und Parteien der albanischen Minderheit. Nach dem Rücktritt des seit Januar 2022 amtierenden Premierministers ist seit dem 28. Januar 2024 eine technische Regierung im Amt. Für den 24. April 2024 ist die Präsidentenwahl und für den 8. Mai 2024 die Wahl des Parlaments angesetzt.

Konzeption

Die seit 2000 im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa bestehenden Aktivitäten der IRZ wurden seither kontinuierlich verstärkt. Partner der IRZ bei den mit Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und des Auswärtigen Amts in Nordmazedonien durchgeführten Projekten sind das Justizministerium, das Verfassungsgericht, die Akademie „Pavel Shatev“ für die Richter- und Staatsanwaltschaft, der Regierungsvertreter vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, die Nichtregierungsorganisation „Legis“, verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende der Juristischen Fakultät in Skopje. Vor Ort vergrößerte die IRZ in den vergangenen Jahren die Zielgruppe ihrer Aktivitäten und deren Nachhaltigkeit durch juristische Publikationen in der Landessprache.

Die IRZ legte ihren Schwerpunkt auf die Förderung des juristischen Nachwuchses durch Maßnahmen, bei denen die richterliche Unabhängigkeit und die effektive Prozessleitung im Mittelpunkt stehen, sowie auf Aktivitäten im Bereich des Verfassungsrechts und der Menschenrechte.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Erstellung einer Studie „Mehr Rechtsschutz für Bürger durch umfassende und effektive Verfassungsbeschwerde“ und Abschlusskonferenz im Rahmen des Projekts „Propagierung der Verfassungsbeschwerde als wichtigstes Mittel zum Grundrechtsschutz in Nordmazedonien“
- Herausgabe zweier Newsletter über die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf Mazedonisch und Albanisch
- Teilnahme des Verfassungsgerichts von Nordmazedonien an der regionalen Verfassungsgerichtskonferenz zum Thema „Schutz des Rechts auf Privatsphäre“, gemeinsam veranstaltet mit dem Verfassungsgericht von Montenegro

North Macedonia

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Following the settlement of bilateral disputes between North Macedonia and Greece (2018) and Bulgaria (2022), the European Union officially opened accession negotiations with North Macedonia, which has been a member of NATO since 2020, in July 2022. The inclusion of the Bulgarian minority in the constitution – as a prerequisite for the actual negotiations to proceed – remains a matter of domestic debate.

The hasty reform of the anti-corruption regulations in the Criminal Code (CC) without the involvement of the ministerial expert group on the reform of the CC is also still being discussed controversially.

A reform government consisting of the social democratic SDSM party and parties from the Albanian minority has been in power since 2017. Following the resignation of the prime minister, who had been in office since January 2022, a technical government has been in office since January 28, 2024. The presidential election is scheduled for April 24, 2024 and the parliamentary election for May 8, 2024.

Overall Concept

IRZ's activities under the Stability Pact for South Eastern Europe, which began in 2000, have been continuously strengthened since then. IRZ's partners in the projects implemented in North Macedonia with funding from the Federal Ministry of Justice and the Federal Foreign Office are the Ministry of Justice, the Constitutional Court, the „Pavel Shatev“ Academy for Judges and Public Prosecutors, the government representative before the European Court of Human Rights, the non-governmental organization „Legis“, various academics and students at the Faculty of Law in Skopje. In recent years, IRZ has expanded the target group of its local activities and their sustainability through legal publications in the local language.

IRZ has focused on promoting young legal talent through measures that focus on judicial independence and effective trial management, as well as on activities in the field of constitutional law and human rights.

Focus of Activity in 2023

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Preparation of a study „Increased legal protection for citizens through comprehensive and effective constitutional complaints“ and final conference as part of the project „Promotion of constitutional complaints as the main means of protecting fundamental rights in North Macedonia“
- Publication of two newsletters on the case law of the European Court of Human Rights in Macedonian and Albanian
- Participation of the Constitutional Court of North Macedonia in the Regional Conference of Constitutional Courts on „Protection of the right to privacy“, jointly organized with the Constitutional Court of Montenegro

Rechtspflege

- Schulungskomponente zum Thema „Technik des Verfassens von Urteilen: Das schriftliche Urteil im deutschen Strafprozess“, im Rahmen der Schulungen für neu ernannte Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Akademie „Pavel Shatev“ für die Richter- und Staatsanwaltschaft

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Gesetzgebungsberatung zur Reform des Strafgesetzbuchs im Bereich der Regelungen zur Korruptionsbekämpfung

Aus- und Fortbildung

- Zwei Studienbesuche in Deutschland für neu ernannte Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zum Thema „Effektive und aktive richterliche Verhandlungsführung im Zivil- und Strafverfahren“, in Zusammenarbeit mit der Akademie „Pavel Shatev“ für die Richter- und Staatsanwaltschaft
- Mitwirkung von Teilnehmenden aus Nordmazedonien am regionalen Jahresworkshop der deutschsprechenden IRZ-Alumni zum Thema „Aktuelles aus dem deutschen Recht“ (gesponsort durch den Verlag C.H. BECK, München) und am regionalen Kurs zur deutschen Rechts-terminologie
- Vorlesung zur Ausbildung von Juristinnen und Juristen in Deutschland an der Juristischen Fakultät Skopje

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Twinning-Projekt „Enhancement of capacities of the Agency for Audio and Audiovisual Media Services and the Public Service Broadcaster“

Seit Juni 2023 implementiert die IRZ das EU-Twinning-Projekt „Enhancement of capacities of the Agency for Audio and Audiovisual Media Services and the Public Service Broadcaster“ in Nordmazedonien mit einer Laufzeit von 18 Monaten und einem Budget von 788.000 Euro.

Das Vorhaben zielt darauf ab, die Arbeit des öffentlichen Rundfunks und der Medienanstalt in Nordmazedonien zu unterstützen. Dazu zählt besonders die Stärkung der institutionellen und administrativen Kapazitäten. Grundlagen sind die von der Europäischen Union vorgegebenen rechtlichen und regulatorischen Rahmen und die bewährten Verfahren innerhalb der EU-Mitgliedstaaten.

Das Projekt unterstützt die zwei vorgenannten Organisationen bei der Bewältigung der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen.

Die erste Projektkomponente richtet sich an die Agentur für Audio- und audiovisuelle Mediendienste (AAAVMS). Die AAAVMS steht vor großen Herausforderungen im Zusammenhang mit der laufenden Rechtsreform des Landes. Gesetze und Verordnungen, die sich derzeit im Genehmigungsverfahren befinden, haben Auswirkungen auf die Arbeitspraktiken der AAAVMS und sollen mit der für sie gültigen Richtlinie harmonisiert werden. Ein weiterer Fokus liegt auf der Förderung der Medienkompetenz und einer wirksameren Bekämpfung von Desinformation und unethischer Medienberichterstattung. Um diesen Prozess zu unterstützen, werden

Administration of justice

- Training component on the topic “Technique of drafting judgments: The written judgment in German criminal proceedings”, as part of the training courses for newly appointed judges and prosecutors at the “Pavel Shatev” Academy for Judges and Public Prosecutors

Criminal and Penitentiary Law

- Legislative advice on the reform of the Criminal Code in the area of anti-corruption regulations

Basic and Further Training

- Two study visits to Germany for newly appointed judges and public prosecutors on the topic “Conducting court hearings in civil and criminal proceedings actively and effectively”, in cooperation with the “Pavel Shatev” Academy for Judges and Public Prosecutors
- Participation of participants from North Macedonia in the regional annual workshop of German-speaking IRZ alumni on the topic “Current developments in German law” (sponsored by the publishing house C.H. BECK, Munich) and in the regional language course on German legal terminology
- Lecture on legal education in Germany at the Faculty of Law in Skopje

Project funded by the European Union

EU Twinning project “Enhancement of capacities of the Agency for Audio and Audiovisual Media Services and the Public Service Broadcaster”

Since June 2023, IRZ has been implementing the EU Twinning project “Enhancement of capacities of the Agency for Audio and Audiovisual Media Services and the Public Service Broadcaster” in North Macedonia. The project has a duration of 18 months and a budget of 788,000 Euros.

The project aims to support the work of the public broadcaster and the media agency in North Macedonia. This includes, in particular, strengthening institutional and administrative capacities. This is based on the legal and regulatory framework set by the European Union and the best practices within the EU member states.

The project supports the two aforementioned organisations in overcoming current and future challenges.

The first project component is aimed at the Agency for Audio and Audiovisual Media Services (AAAVMS). The AAAVMS is facing major challenges in connection with the country’s ongoing legal reform. Laws and regulations that are currently in the approval process have an impact on the working practices of the AAAVMS and are to be harmonised with the directive that applies to it. Another focus is on promoting media literacy and combating disinformation and unethical media reporting more effectively. To support this process, IRZ experts will offer capacity building in the form of workshops and training courses. In addition, European best practices

Studienbesuch einer Delegation aus Nordmazedonien bei der Justiz in Nürnberg: Teilnahme an einer Fortbildungsveranstaltung für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare im „Memorium Nürnberger Prozesse“.

Study visit of a delegation from North Macedonia to the judiciary in Nuremberg: participation in a training event for legal trainees at the „Memorium Nuremberg Trials“.



IRZ-Expertinnen und Experten den Aufbau von Kapazitäten in Form von Workshops und Schulungen anbieten. Darüber hinaus werden europäische Best Practices gemeinsam an den mazedonischen Kontext angepasst und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit vertraut gemacht. So sollen nachhaltige Kapazitäten für die Umsetzung der AAVMS-Richtlinie in eine sich ändernde nationale Gesetzgebung geschaffen werden.

Die zweite Komponente dient der Unterstützung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Nordmazedoniens. Diese Institution ist mit besonders komplexen Aufgaben konfrontiert, die sich aus ihrem Arbeitsbereich und ihrem historischen Kontext ergeben. Das Twinning-Projekt zielt darauf ab, sich den Herausforderungen durch eine enge Zusammenarbeit zu stellen. Dazu gehört die Verbesserung der Instrumente zur Beobachtung und Bewertung der öffentlichen Meinung über die Dienste des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Darüber hinaus wollen die deutschen Expertinnen und Experten die Produktion von qualitativ hochwertigeren Programmen auf der Grundlage einer angemessenen Publikumssegmentierung und verbesserter journalistischer Ansätze unterstützen.

Ausblick

Die IRZ führt auch 2024 Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für das juristische Personal und für den juristischen Nachwuchs durch und setzt sich damit für eine höhere Qualität der Rechtsanwendung ein. Die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht wird berücksichtigen, dass Ende 2023 ein EU-Projekt zu dessen Unterstützung begonnen hat.

will be jointly adapted to the Macedonian context and employees will be familiarised with them. The aim is to create sustainable capacities for the implementation of the AAVMS Directive in changing national legislation.

The second component serves to support the public broadcaster of North Macedonia. This institution is confronted with particularly complex tasks resulting from its field of work and its historical context. The twinning project aims to meet these challenges through close cooperation. This includes improving the tools for monitoring and evaluating public opinion on public broadcasting services. In addition, the German experts want to support the production of higher quality programs based on appropriate audience segmentation and improved journalistic approaches.

Outlook

In 2024, IRZ will continue to carry out training and further education measures for legal staff and young legal professionals, thereby promoting a higher quality of application of the law. The continued cooperation with the Constitutional Court will take into account the fact that an EU project which aims to its support began at the end of 2023.

Name: Republik Sambia
Hauptstadt: Lusaka
Bevölkerung: ca. 17,9 Millionen
Regierungssystem: präsidentielle
Demokratie

Name: Republic of Zambia
Capital city: Lusaka
Population: approx. 17.9 million
System of government: Presidential
democracy



Sambia

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Sambia gilt weiterhin als überwiegend stabil in der Region. Die sozialliberale Regierungspartei unter Präsident Hakainde Hichilema ist seit August 2021 im Amt. Im November 2023 reiste Frank-Walter Steinmeier als erster deutscher Bundespräsident mit einer Wirtschaftsdelegation nach Sambia. Die Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie die Themen „Natur- und Klimaschutz“ standen im Fokus der Reise.

Sambia ist von einer extrem hohen Inflation und Verschuldung gezeichnet. Außerdem steht das Land vor enormen Entwicklungs Herausforderungen, wie beispielsweise soziale Ungleichheit, verbreitete Armut, Mangelernährung und Korruption. Die COVID-19-Pandemie verschlechterte die wirtschaftliche Situation des Landes zusätzlich. Entsprechend kündigte Hichilema bereits bei seiner Antrittsrede demokratische Reformen, eine investorenfreundliche Wirtschaftspolitik, ein besseres Schuldenmanagement und ein entschiedenes Vorgehen gegen Korruption an. Im Herbst 2023 gelang es Sambia, mit internationalen Gläubigern eine Restrukturierung der Rückzahlung von Staatsschulden zu erlangen, um den Staatshaushalt zu entlasten und Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.

Konzeption

Präsident Hichilema und Justizminister Mulambo Haimbe priorisieren wirtschaftsrechtliche Reformen zur Förderung des Investitionsklimas. Entsprechend setzen die Aktivitäten der IRZ in Sambia in diesem Bereich an. Hierbei ist auch die Stärkung der alternativen Streitbeilegung als wichtiger Anreiz zur Förderung von ausländischen Investitionen im Fokus.

Weiterhin besteht großer Bedarf, die Effizienz und Unabhängigkeit der Justiz zu stärken und Korruption auch innerhalb der Justiz zu bekämpfen. Diese Entwicklungen werden ebenfalls in der bilateralen Zusammenarbeit sowie durch Förderung der Europäischen Union unter Beteiligung der IRZ gestärkt.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Studienreise des sambischen Justizministeriums zum Thema „Stärkung des rechtlichen Rahmens zur Förderung von Investitionen“ nach Berlin unter Beteiligung der Bundesrechtsanwaltskammer und der Deutschen Industrie- und Handelskammer

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Online-Schulungsreihe zum Thema „Anwaltlicher Umgang mit rechtsmedizinischen Gutachten im strafrechtlichen Verfahren“ mit dem Legal Aid Board

Aus- und Fortbildung

- Schulung zum Thema „Optimierung der Prozessdauer“ mit dem Zambia Institute of Advanced Legal Education (ZIALE) in Lusaka

Zambia

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Zambia continues to be considered largely stable in the region. The social-liberal ruling party under President Hakainde Hichilema has been in office since August 2021. In November 2023, Frank-Walter Steinmeier was the first German Federal President to travel to Zambia with a business delegation. The focus of the trip was on strengthening economic cooperation and the topics of nature conservation and climate protection. Zambia is characterized by extremely high inflation and debt.

The country also faces enormous development challenges, such as social inequality, widespread poverty, malnutrition and corruption. The COVID-19 pandemic has further worsened the country's economic situation. Accordingly, Hichilema announced democratic reforms, an investor-friendly economic policy, better debt management and a decisive approach to corruption in his inaugural speech. In the fall of 2023, Zambia succeeded in restructuring the repayment of public debt with international creditors in order to ease the burden on the national budget and enable economic growth.

Overall Concept

President Hichilema and Justice Minister Mulambo Haimbe are prioritizing economic law reforms to promote investments. Accordingly, IRZ's activities in Zambia focus on this area, especially on strengthening alternative dispute resolution as an important incentive to promote foreign investment.

There is also a great need to strengthen the efficiency and independence of the judiciary and to combat corruption within the judiciary. These developments are also being strengthened in bilateral cooperation and through support from the European Union with the involvement of IRZ.

Focus of Activity in 2023

Civil and Commercial Law

- Study trip by the Zambian Ministry of Justice to Berlin on the topic of "Strengthening the legal framework to promote investment" with the participation of the German Federal Bar and the German Chamber of Commerce and Industry

Criminal and Penitentiary Law

- Online training series on "Handling of forensic medical reports in criminal proceedings from a lawyer's perspective" with the Legal Aid Board

Basic and Further Training

- Training on "Optimising the duration of proceedings" with the Zambia Institute of Advanced Legal Education (ZIALE) in Lusaka



Delegation des sambischen Justizministeriums in Berlin im September 2023 mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums der Justiz und der IRZ.

Delegation of the Zambian Ministry of Justice in Berlin, September 2023 with representatives of the Federal Ministry of Justice and IRZ.

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Twinning-Projekt „Peer-to-Peer institutional support to the Anti-Corruption Commission in Zambia“

Gemeinsam mit dem federführenden Partner HAUS (Finnish Institute of Public Management) implementiert die IRZ seit August 2021 ein Projekt zugunsten der Antikorruptionskommission (ACC) in Sambia. Insgesamt hat das Projekt eine Laufzeit von 36 Monaten, und das Projektvolumen beträgt 2 Millionen Euro.

Oberstes Ziel dieses Projekts ist es, die Kapazitäten der ACC auszubauen und dadurch die Rechenschaftspflicht, Transparenz und Effektivität bei der Verwaltung der öffentlichen Ressourcen zu verbessern. Daneben zielt das Projekt darauf ab, die Management- und fachlichen Kapazitäten der ACC zu stärken sowie die Zusammenarbeit mit anderen an der Korruptionsbekämpfung beteiligten Institutionen zu optimieren.

Standen die Projektaktivitäten in den ersten beiden Jahren der Implementierung noch ganz im Zeichen von SWOT- und Bedarfsanalysen und der Erfassung des Status quo der Korruptionsbekämpfung in Sambia, so zielten die Einsätze im Jahr 2023 auf konkrete Handlungsempfehlungen ab.

Von besonderem Interesse für die ACC ist hierbei die Einführung einer Whistleblower-Website, die von den Kurzzeitexpertinnen und Kurzzeitexperten empfohlen wurde.

Ein weiterer Fokus der IRZ-Expertinnen und Experten lag auf der Vorbereitung und Durchführung der ersten Trainingseinheiten in der Komponente 2, welche die verbesserte Aufdeckung, Untersuchung und Verfolgung von Korruptionsfällen zum Ziel hat. Die ACC hat ein hohes Interesse an Best Practices aus dem Bereich der Finanzermittlungen. Auf das bereits erfolgreich absolvierte Grundlagenseminar folgen weiterführende Workshops zu den Themen „Geldwäsche“, „Kryptowährungen“ und „Internationale Rechtshilfe“.



Teilnehmende des Seminars zur Optimierung der Prozessdauer im Juni 2023 in Lusaka.

Participants at the seminar on optimisation of the process duration in June 2023 in Lusaka.

Project funded by the European Union

EU Twinning project “Peer-to-peer institutional support to the Anti-Corruption Commission in Zambia”

Together with the lead partner HAUS (Finnish Institute of Public Management), IRZ has been implementing a project for the benefit of the Anti-Corruption Commission (ACC) in Zambia since August 2021. The project has a total duration of 36 months and the project volume amounts to 2 million euros.

The primary objective of this project is to build the capacity of the ACC and thereby improve accountability, transparency and effectiveness in the management of public resources. The project also aims to strengthen the management and technical capacities of the ACC and to optimize cooperation with other institutions involved in the fight against corruption.

While the project activities in the first two years of implementation were still dominated by SWOT and needs analyses and recording the status quo of the fight against corruption in Zambia, the assignments in 2023 were aimed at making concrete recommendations for future actions and tasks.

The introduction of a whistleblower website, which was recommended by the short-term experts, is of particular interest to the ACC.

The IRZ experts also focused on the preparation and implementation of the first training units in component 2, which aims to improve the detection, investigation and prosecution of cases of corruption. The ACC has a keen interest in best practices in the area of financial investigations. The basic seminar, which has already been successfully completed, will be followed by further workshops on the topics of “money laundering”, “cryptocurrencies” and “international legal assistance”.

Ende September 2023 empfing die IRZ eine fünfköpfige Delegation, darunter den Generaldirektor Thom Trevor Shamakamba und weitere hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der ACC. Während des dreitägigen Aufenthalts in Düsseldorf und Essen besuchte die Gruppe das Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, die Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen, das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen und das Landeskriminalamt. Besonderes Interesse galt den Ermittlungsverfahren zur Geldwäschebekämpfung. Die Reise endete mit einem Besuch beim Polizeipräsidium Essen, wo Polizeipräsident Andreas Stüve (Juniorprojektleiter) die Gruppe empfing. Da die sambische Antikorruptionsbehörde eine eigene Ermittlungsabteilung hat, gab es wertvolle Einblicke in die Arbeit der deutschen Polizei, insbesondere in Hinblick auf die Pressearbeit und auf die Erfahrungen mit Drohneinsätzen.

Ausblick

Die IRZ beabsichtigt, die bisherige konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen der Möglichkeiten auch im Jahr 2024 fortzuführen. Schwerpunkte hierbei sind weiterhin die Themen „Investitionsförderung“ und „Investitionsschutz“ unter Berücksichtigung von Instrumenten der alternativen Streitbeilegung sowie die Stärkung der Effizienz und Unabhängigkeit der Justiz.

Name: Republik Senegal
Hauptstadt: Dakar
Bevölkerung: ca. 17,3 Millionen
Regierungssystem:
Präsidialdemokratie

Name: Republic of Senegal
Capital city: Dakar
Population: approx. 17.3 million
System of government: Presidential
Democracy

At the end of September 2023, IRZ hosted a five-person delegation, including Director General Thom Trevor Shamakamba and other high-ranking representatives of the ACC. During the three-day stay in Düsseldorf and Essen, the group visited the Ministry of Justice of the State of North Rhine-Westphalia, the Special Prosecutor's Office for Economic Criminal Matters, the Ministry of the Interior of the State of North Rhine-Westphalia and the State Criminal Police Office. Particular interest was shown in anti-money laundering investigations. The trip ended with a visit to Essen Police Headquarters, where Police Commissioner Andreas Stüve (Junior project Leader) welcomed the group. As the Zambian anti-corruption authority has its own investigation department, there were valuable insights into the work of the German police, particularly with regard to press work and experience with drone missions.

Outlook

IRZ intends to continue its constructive cooperation in 2024 as far as possible. The focus will continue to be on the topics of “investment promotion and protection”, taking into account alternative dispute resolution instruments and strengthening the efficiency and independence of the judiciary.



Senegal

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Senegal gilt weiterhin als gefestigte Demokratie in Westafrika und als wichtiger Partner für viele Länder der Europäischen Union. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2024 kam es jedoch im Land zu politischen Spannungen. Nach einer Phase gewaltsamer Proteste, die durch die Festnahme und Verurteilung des Oppositionspolitikers und früheren Präsidentschaftskandidaten Ousmane Sonko ausgelöst wurde, kündigte der derzeitige Präsident Macky Sall das Ende seiner Amtszeit im Jahr 2024 an. Bis dahin möchte die aktuelle Regierung ein umfangreiches Programm zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes bis 2035 („Plan Sénégal Emergent“) vorantreiben. Zu den Kernzielen zählen die Herstellung wirtschaftlicher Stabilität, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Stärkung des Privatsektors – insbesondere die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen – und der Ausbau der Infrastruktur. Auch Rechtsreformen zur Förderung von Menschenrechten, für einen verbesserten Zugang

Senegal

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Senegal is still considered a stable democracy in West Africa and an important partner for many European Union countries. However, political tensions arose in the country in the run-up to the presidential elections in 2024. Following a period of violent protests triggered by the arrest and conviction of opposition politician and former presidential candidate Ousmane Sonko, current President Macky Sall announced the end of his term in office in 2024. Until then, the current government wants to push ahead with a comprehensive programme for the economic and social development of the country until 2035 (“Plan Sénégal Emergent“). The core objectives include establishing economic stability, combating unemployment, strengthening the private sector – in particular the promotion of small and medium-sized enterprises – and expanding infrastructure.

Besuch einer Delegation der senegalesischen Strafvollzugshochschule bei der Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzugs in Berlin im Dezember 2023.

Visit by a delegation from the Senegalese penitentiary staff training academy to the prison for day-release in Berlin in December 2023.



Eröffnung des Seminars zum Thema „Soft Skills in der richterlichen Praxis“ durch Mohamed Montasser Abidi, zuständiger Projektbereichsleiter, IRZ.

Opening of the seminar on “Soft skills in judicial practice” by Mohamed Montasser Abidi, Head of Section, IRZ.

zur Justiz, zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie die Dezentralisierung der Justizverwaltung werden angestrebt. Trotz wirtschaftlicher Prosperität, die maßgeblich auf Erdgasvorkommen in der Küstenregion beruht, bestehen derzeit große gesellschaftliche Herausforderungen (Energieknappheit, Arbeitslosigkeit, Nahrungsmittelkrisen und Stadt-Land-Gefälle).

Legal reforms to promote human rights, improve access to justice, strengthen the rule of law and decentralize the administration of justice are also being pursued. Despite economic prosperity, which is largely based on natural gas deposits in the coastal region, there are currently major social challenges (energy shortages, unemployment, food crises and the urban-rural divide).

Konzeption

Die Zusammenarbeit der IRZ mit Senegal basiert auf einer gemeinsamen Absichtserklärung zwischen dem Bundesministerium der Justiz und dem senegalesischen Justizministerium aus dem Jahr 2019. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung und Verbesserung der Gesetze im Bereich Strafrecht, den Reformen im Strafvollzug sowie der Aus- und Fortbildung der Richter- und Staatsanwaltschaft und weiterer Justizakteure. Die IRZ orientiert sich bei ihrer Planung an den genannten Schwerpunkten und weitet ihre Aktivitäten auch auf Themen wie Mediation im Wirtschafts- und Zivilrecht aus. Wichtigste Partner der IRZ in Senegal sind das dortige Justizministerium, die Strafvollzugsbehörde, die Strafvollzugshochschule, die Richterhochschule sowie die Nichtregierungsorganisation Africa Mediation Association.

Overall Concept

IRZ's cooperation with Senegal is based on a joint declaration of intent between the Federal Ministry of Justice and the Senegalese Ministry of Justice from 2019. Here, the focus is on further developing and improving the legislation in the area of criminal law, reforms in the penal system and the initial and further training of judges, public prosecutors and other judicial actors. IRZ bases its planning on the aforementioned priorities and is also expanding its activities to include topics such as mediation in commercial and civil law. IRZ's most important partners in Senegal are the Ministry of Justice, the penitentiary authorities, the penitentiary staff training academy, the judicial academy and the non-governmental organization Africa Mediation Association.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Regionale Webinar-Reihe zu Mediation in Kooperation mit der Africa Mediation Association

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Seminar „Aus- und Fortbildung des Strafvollzugspersonals – Kommunikation, Verhalten, Behandlung von vulnerablen Gruppen“ mit der senegalesischen Strafvollzugshochschule in Dakar
- Studienreise der Direktion der senegalesischen Strafvollzugsbehörde nach Berlin zum Thema „Aus- und Fortbildung des Strafvollzugspersonals“

Aus- und Fortbildung

- Training of Trainers „Soft Skills in der beruflichen Praxis der Richterschaft“ mit der senegalesischen Richterhochschule in Dakar

Ausblick

Auch in Zukunft werden sich die Aktivitäten der IRZ in Senegal an der gemeinsamen Absichtserklärung zwischen dem Bundesministerium der Justiz und dem senegalesischen Justizministerium orientieren. Im Fokus stehen weiterhin Projekte im Bereich des Straf- sowie Strafvollzugsrechts und die Weiterbildung von relevanten Justizakteuren. Zudem wird die IRZ an die frühere Zusammenarbeit in den Bereichen „Wirtschaftsrecht“ sowie „Digitalisierung der Justiz“ und „Mediation“ anknüpfen. Bei allen Projektaktivitäten strebt die IRZ die Einbindung weiterer westafrikanischer Länder an, um Synergieeffekte in der Region zu stärken.

Name: Republik Serbien
Hauptstadt: Belgrad
Bevölkerung: ca. 6,9 Millionen
Regierungsform: parlamentarische Demokratie

Name: Republic of Serbia
Capital city: Belgrade
Population: approx. 6.9 million
System of government: Parliamentary democracy

Focus of Activity in 2023

Civil and Commercial Law

- Regional webinar series on mediation in cooperation with the Africa Mediation Association

Criminal and Penitentiary Law

- Seminar “Education and training of prison staff – communication, behavior, treatment of vulnerable groups” with the Senegalese penitentiary staff training academy in Dakar
- Study trip to Berlin by the Directorate of the Senegalese penitentiary staff training academy on the subject of “Initial and further training of prison staff”

Basic and Further Training

- Training of trainers “Soft skills in the professional practice of the judiciary” with the Senegalese Judicial College in Dakar

Outlook

IRZ’s activities in Senegal will continue to be guided by the joint declaration of intent between the Federal Ministry of Justice and the Senegalese Ministry of Justice. The focus will continue to be on projects in the field of criminal and penal law and further training of relevant justice actors. In addition, IRZ will build on previous cooperation in the areas of “commercial law”, “digitisation of the justice system” and “mediation”. In all project activities, IRZ aims to involve other West African countries in order to strengthen synergy effects in the region.



Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Serbien stellte am 22. Dezember 2009 einen EU-Beitrittsantrag, die Beitrittsverhandlungen begannen am 21. Juni 2014. Gleichwohl verfolgt das Land weiterhin einen unklaren Kurs zwischen Russland und der Europäischen Union. Hinzu kommen innenpolitische Spannungen. Die Protestwelle in der Bevölkerung nach Amokläufen unter anderem an Schulen richtet sich auch gegen die Regierung insgesamt. Die Kosovo-Thematik bleibt weiterhin innenpolitisch umstritten und führte im Sommer 2023

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Serbia applied for EU membership on December 22, 2009, and accession negotiations began on June 21, 2014. Nevertheless, the country continues to pursue an unclear course between Russia and the European Union. There are also domestic political tensions. The wave of protests among the population following school shootings, among other things, is also directed against the government as a whole. The Kosovo issue remains controversial in domestic politics and led to armed clashes in the summer

zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Unabhängig davon gibt es viele europaorientierte Organisationen mit Unterstützungsbedarf.

Die Europäische Union sieht einen erhöhten Anpassungsbedarf in den Bereichen „Judikative“ und „Grundrechte“ sowie „Recht, Freiheit und Sicherheit“.

Im April 2022 wurde der amtierende Präsident im Amt bestätigt. Am 17. Dezember 2023 fand neben den turnusmäßigen Lokalwahlen auch eine um drei Jahre vorgezogene Parlamentswahl statt, bei der es sich bereits um die dritte Wahl in weniger als vier Jahren handelte und der Proteste wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten folgten.

Angesichts der Spannungen zwischen Serbien und Kosovo vermitteln der Europäische Auswärtige Dienst gemeinsam mit Deutschland und Frankreich, um die Parteien wieder in einen konstruktiven Dialog zu bringen.

Konzeption

Die IRZ unterstützt Serbien seit 2000 auf dem Weg in die Europäische Union im Sinne der Westbalkan-Strategie. Bei den mit Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und des Auswärtigen Amts geförderten Projekten liegt der Fokus auf einer effektiven Gesetzesanwendung nach rechtsstaatlichen Grundsätzen sowie europarechtlichen Vorgaben. Die IRZ betont dabei die Bedeutung einer klaren Orientierung an kontinental-europäischen Rechtsgrundsätzen und Modellen, um hybride Lösungen zu verhindern. Außerdem stärkt sie die Zusammenarbeit zwischen Juristinnen und Juristen aus Serbien und der gesamten Region.

Zu den Partnern der IRZ gehören das Verfassungsgericht, die juristischen Fakultäten der Universitäten Belgrad, Novi Sad und Kragujevac sowie das Institut für Rechtsvergleichung.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Teilnahme des Verfassungsgerichts von Serbien an der Abschlusskonferenz des Projekts „Propagierung der Verfassungsbeschwerde als wichtigstes Mittel zum Grundrechtsschutz in Nordmazedonien“, gemeinsam veranstaltet mit dem Verfassungsgericht von Nordmazedonien

Rechtspflege

- Erstellung und Verteilung der Zeitschrift „Kontinentalno pravo: časopis za održiv i skladan razvoj prava, (Kontinentales Recht: Zeitschrift für nachhaltige und zweckmäßige Rechtsentwicklung); kurz KoPra“, Ausgabe 2023
- Konferenz „Kontinentaleuropäisches Erbe“ in Belgrad aus Anlass der Vorstellung der neuen Ausgabe 2023 der Zeitschrift „Kontinentalno pravo: časopis za održiv i skladan razvoj prava, (Kontinentales Recht: Zeitschrift für nachhaltige und zweckmäßige Rechtsentwicklung); kurz KoPra“ in Belgrad

of 2023. Irrespective of this, there are many Europe-oriented organizations in need of support.

The European Union sees an increased need for adjustment in the areas of “judiciary” and “fundamental rights” as well as “justice, freedom and security”.

In April 2022, the incumbent President was confirmed in office. On December 17, 2023, in addition to the regular local elections, a parliamentary election was held three years earlier than planned, which was the third election in less than four years and was followed by protests due to alleged irregularities.

In view of the tensions between Serbia and Kosovo, the European External Action Service is mediating together with Germany and France to bring the parties back into a constructive dialog.

Overall Concept

IRZ has been supporting Serbia on its path to the European Union in line with the Western Balkans Strategy since 2000. In the projects funded by the Federal Ministry of Justice and the Federal Foreign Office, the focus is on the effective application of the law in accordance with the principles of the rule of law and the legal provisions of the European Union. IRZ emphasizes the importance of a clear orientation towards continental European legal principles and models in order to prevent hybrid solutions. It also strengthens cooperation between legal professionals from Serbia and the entire region.

IRZ’s partners include the Constitutional Court, the law faculties of the Universities of Belgrade, Novi Sad and Kragujevac and the Institute of Comparative Law.

Focus of Activity in 2023

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Participation of the Constitutional Court of Serbia in the final conference of the project “Promotion of constitutional complaints as the main means of protecting fundamental rights in North Macedonia”, jointly organized with the Constitutional Court of North Macedonia

Administration of Justice

- Creation and distribution of the journal “Kontinentalno pravo: časopis za održiv i skladan razvoj prava, (Continental Law: Journal for Sustainable and Expedient Legal Development), KoPra”, issue 2023
- Conference “Continental European Heritage” in Belgrade on the occasion of the presentation of the new 2023 edition of the journal “Kontinentalno pravo: časopis za održiv i skladan razvoj prava, (Continental Law: Journal for Sustainable and Expedient Legal Development), KoPra”



Teilnehmende des Rechtsterminologie-kurses in Novi Sad.

Participants of the course on legal terminology in Novi Sad.

Aus- und Fortbildung

- Studienreise des Studiengangs „Master in European Integration“ der Juristischen Fakultät der Universität Belgrad zu europäischen Institutionen
- Kurs zum Thema „Rechtsterminologie“ für deutschsprachige Juristinnen und Juristen mit der Juristischen Fakultät Novi Sad im Hybrid-Format mit Abschlusswochenende als Präsenz-Veranstaltung
- Vorlesung zur Ausbildung von Juristinnen und Juristen in Deutschland an den Juristischen Fakultäten Novi Sad und Kragujevac
- Jahresworkshop der deutschsprechenden IRZ-Alumni in Belgrad zum Thema „Aktuelles aus dem deutschen Recht“ (gesponsort durch den Verlag C.H. BECK, München)

Basic and Further Training

- Study trip of the programme „Master in European Integration“ of the Faculty of Law of the University of Belgrade to European institutions
- Course on „Legal terminology“ for German-speaking lawyers with the Novi Sad Faculty of Law in hybrid format with a final weekend as a face-to-face event
- Lecture on legal education in Germany at the Novi Sad and Kragujevac law faculties
- Annual workshop for German-speaking IRZ alumni in Belgrade on the topic „Current developments in German law“ (sponsored by the publishing house C.H. BECK, Munich)

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Twinning-Projekt „Reinforcement of consumer protection in Serbia as a response to the new market challenges“

Das EU-Twinning-Projekt „Reinforcement of consumer protection in Serbia as a response to the new market challenges“, welches die IRZ unter Federführung des Wirtschaftsministeriums der Slowakischen Republik durchgeführt hat, wurde im Mai 2023 erfolgreich beendet. Gestartet war das Vorhaben, das sich an das Ministerium für Handel, Tourismus und Telekommunikation der Republik Serbien richtete, im Juni 2021 – noch unter Pandemiebedingungen. Ziel dieses Projekts mit einer Laufzeit von 24 Monaten war es, durch administrative und institutionelle Stärkung im Bereich des Verbraucherschutzes in Serbien sowohl auf die Verpflichtungen, die sich aus der EU-Mitgliedschaft ergeben, als auch auf die Herausforderungen des modernen Marktes angemessen zu reagieren. Das Projekt zielte darauf ab, die institutionellen und administrativen Kapazitäten der relevanten serbischen Akteure im Bereich des Verbraucherschutzes für den Zugang zum Binnenmarkt zu verbessern.

Project funded by the European Union

EU Twinning project „Reinforcement of consumer protection in Serbia as a response to the new market challenges“

The EU Twinning project „Reinforcement of consumer protection in Serbia as a response to the new market challenges“, which IRZ carried out under the leadership of the Ministry of Economy of the Slovak Republic, was successfully completed in May 2023. The project, which was aimed at the Ministry of Trade, Tourism and Telecommunications of the Republic of Serbia, was launched in June 2021 – still under pandemic conditions. The aim of this 24-month project was to respond appropriately to both the obligations arising from EU membership and the challenges of the modern market by strengthening administrative and institutional structures in the field of consumer protection in Serbia. The project aimed to improve the institutional and administrative capacities of the relevant Serbian actors in the field of consumer protection for access to the internal market.

Die Teilnehmenden des vom Verlag C.H.BECK gesponserten Workshops der deutschsprachigen IRZ-Alumni.

Participants of the workshop for German-speaking IRZ alumni, sponsored by the publishing house C.H.BECK.



Konkret wurden die Bestimmungen des serbischen Verbraucherschutzgesetzes und die dazugehörigen Verordnungen mit der EU-Gesetzgebung harmonisiert. Die von der IRZ mobilisierten Projektextpertinnen und Projektextperten identifizierten aktuelle gesetzliche Prioritäten, führten eine Lückenanalyse für die bestehende Gesetzgebung durch und bereiteten Gesetz- und Verordnungsentwürfe zum Verbraucherschutz vor.

Ein weiteres Ziel bestand darin, einen Beitrag zur wirksamen rechtlichen Durchsetzung des Verbraucherschutzes im Partnerland zu leisten. Dies geschah durch eine gezielte Verstärkung des institutionellen Aufbaus in Bezug auf grenzüberschreitende Fragen und eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den relevanten Institutionen im Bereich des Verbraucherschutzes.

Daneben entwickelten und leiteten die Kurzeitexperten-Teams auch Schulungen und Workshops zum Thema ADR (Alternative Dispute Resolution) mit ADR-Institutionen als Zielgruppe, um so nachhaltig zum Aufbau eines funktionierenden ADR-Systems für den Verbraucherschutz in Serbien beizutragen. Ergänzend dazu befasste sich das Projekt mit neuen Marktherausforderungen wie zum Beispiel dem Verbraucherschutz bei Online-Transaktionen und unterstützte damit den Aufbau von Kapazitäten bei den relevanten Akteuren. Mittels der Erstellung und Verbreitung eines Handbuchs wird dabei die Wissensverbreitung auch über das Projektende hinaus gewährleistet.

Ende März reisten eine hochrangige Delegation des Ministeriums für Handel, Tourismus und Telekommunikation sowie Vertreterinnen und Vertretern von serbischen ADR-Organisationen nach Berlin, Kehl und Straßburg. Die Fachgespräche im Bundesministerium der Justiz, im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, in der Verbraucherzentrale Bundesverband, in der Universalschlichtungsstelle des Bundes für Verbraucher in Kehl und im Europäischen Parlament in Straßburg waren Highlights des Projekts. Die Fachkonferenz in Belgrad Mitte Mai 2023, bei der auch die deutschen Juniorprojekt- und Komponentenleiterinnen und -leiter anwesend waren, brachte das Projekt, welches durch eine sehr gute und reibungslose Zusammenarbeit zwischen allen Projektbeteiligten geprägt war, zu einem würdigen Abschluss.

Specifically, the provisions of the Serbian Consumer Protection Act and the associated regulations were harmonized with EU legislation. The project experts mobilized by IRZ identified current legal priorities, carried out a gap analysis for existing legislation and prepared draft laws and regulations on consumer protection.

A further objective was to contribute to the effective legal enforcement of consumer protection in the partner state. This was done through a targeted strengthening of institution-building in relation to cross-border issues and an improvement in cooperation between relevant institutions in the area of consumer protection. In addition, the short-term expert teams also developed and led training courses and workshops on ADR (Alternative Dispute Resolution) with ADR institutions as the target group in order to make a sustainable contribution to the establishment of a functioning ADR system for consumer protection in Serbia. In addition, the project addressed new market challenges such as consumer protection in online transactions and thus supported capacity building among the relevant stakeholders. The creation and dissemination of a handbook will ensure the dissemination of knowledge beyond the end of the project.

At the end of March, a high-ranking delegation from the Ministry of Trade, Tourism and Telecommunications and representatives of Serbian ADR organizations travelled to Berlin, Kehl and Strasbourg. The technical discussions at the Federal Ministry of Justice, the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Nuclear Safety and Consumer Protection, the Federation of German Consumer Organizations, the Federal Universal Consumer Arbitration Service in Kehl and the European Parliament in Strasbourg were highlights of the project. The specialist conference in Belgrade in mid-May 2023, which was also attended by the German junior project and component managers, brought the project, which was characterized by very good and smooth cooperation between all project participants, to a worthy conclusion.

Ausblick

Erschwert wird die Zusammenarbeit mit den offiziellen Stellen in Serbien nach wie vor durch die unklare Haltung des Landes im Ukraine-Konflikt und bezüglich des Kosovo. Deshalb wird sich die IRZ bei ihren Aktivitäten weiterhin auf die Zusammenarbeit mit Rechtsfakultäten konzentrieren.

Die IRZ will außerdem die Zusammenarbeit mit Institutionen und einzelnen nationalen Expertinnen und Experten, die sich der kontinentaleuropäischen Rechtstradition sowie der Erforschung des deutschen Rechts und seiner Rezeption widmen, kontinuierlich stärken.

Outlook

Cooperation with the official authorities in Serbia continues to be hampered by the country's unclear stance on the Ukraine conflict and Kosovo. IRZ will therefore continue to focus its activities on cooperation with law faculties. IRZ also intends to continuously strengthen cooperation with institutions and individual national experts who are dedicated to the continental European legal tradition and to research on German law and its reception.

Name: Tunesische Republik
Hauptstadt: Tunis
Bevölkerung: ca. 12,4 Millionen
Regierungssystem:
semipräsidentielles System

Name: Republic of Tunisia
Capital city: Tunis
Population: approx. 12.4 million
System of government:
Semi-presidential system



Tunesien

Tunisia

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Die rechtspolitische Lage in Tunesien bleibt auch unter Präsident Saied angespannt und wird von externen Beobachtern als kritisch eingeschätzt. Im Dezember 2022 und Januar 2023 wurde auf Grundlage des durch die neue Verfassung stark veränderten Wahlsystems erstmals ein Parlament gewählt, das nicht nur nach politischen Parteien organisiert ist. Stattdessen ist die Rolle der Provinzen durch ein regionaleres Wahlsystem (zweiter Senat) gestärkt. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist die Situation schwierig: Inflation, Arbeitslosigkeit und Armut sind nach wie vor hoch, die Inflationsrate lag zwischenzeitlich bei rund 10 Prozent, die Arbeitslosigkeit bei rund 16 Prozent.

Trotz der politischen Umbrüche und der damit verbundenen Kritik wurden 2023 die Reformen im Bereich der Justiz auf der Grundlage des vom tunesischen Justizministerium entwickelten Aktionsplans zur Reform der Justiz 2022–2025 weiter vorangetrieben. Die Schwerpunkte liegen vor allem auf der Modernisierung und Digitalisierung der Justiz, der Optimierung der Verfahrensdauer, der Förderung der Unabhängigkeit der Justiz sowie der Bekämpfung und Prävention von Korruption.

Im Juli 2023 unterzeichneten die Europäische Union und Tunesien eine Absichtserklärung zur Bekämpfung illegaler Migration.

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The legal and political situation in Tunisia remains tense under President Saied and is considered critical by external observers. In December 2022 and January 2023, a parliament was elected for the first time on the basis of the electoral system, which has been significantly changed by the new constitution and is not only organized according to political parties. Instead, the role of the provinces has been strengthened by a more regional electoral system (second Senate). The economic situation is also difficult: inflation, unemployment and poverty remain high, with the inflation rate at around 10 percent and unemployment at around 16 percent.

Despite the political upheaval and the associated criticism, reforms in the justice sector continued in 2023 on the basis of the action plan developed by the Tunisian Ministry of Justice to reform the justice system in the period 2022–2025. The main focus lies on modernizing and digitizing the judiciary, optimizing the duration of proceedings, promoting the independence of the judiciary and combating and preventing corruption.

In July 2023, the European Union and Tunisia signed a declaration of intent to combat illegal migration.

Teilnehmende der Studienreise zur präventiven Strafpolitik im Oktober 2023 in Berlin.

Participants of the study trip on preventive criminal policy in Berlin in October 2023.



Konzeption

Die mit Zuwendungen des Bundesministeriums der Justiz finanzierten Projektaktivitäten zur Unterstützung der Rechtsreform in Tunesien, die die IRZ seit 2011 umsetzt, basieren nach wie vor auf der Anfang 2017 geschlossenen gemeinsamen Absichtserklärung über die rechtliche Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium der Justiz und dem Justizministerium der Republik Tunesien. Die fachlichen Schwerpunkte dieser Vereinbarung liegen unter anderem beim Straf- und Strafprozessrecht, bei Themen des Strafvollzugs, beim Gerichtsaufbau und bei der Gerichtsorganisation, bei der Digitalisierung der Justiz und beim Aufbau einer Wirtschaftsgerechtigbarkeit ebenso wie bei der Korruptionsbekämpfung. Im Jahr 2023 behandelten die IRZ und ihre tunesischen Partnerinstitutionen schwerpunktmäßig die Themen „Privatrecht“ und „Schiedsgerichtsbarkeit“. Die Zusammenarbeit im Zivil- und Wirtschaftsrecht konzentrierte sich daneben auf die Vertiefung der Bereiche „Investitionsförderung und Investitionsschutz“ sowie „Immobilienrecht“.

Zusätzlich führte die IRZ auch im Rahmen der 2021 vom Auswärtigen Amt initiierten „Ta'ziz-Partnerschaft für Demokratie“ Projektaktivitäten zur Unterstützung der Reformprozesse im Bereich der Gesetzgebungstechnik und präventiven Strafpolitik in Tunesien durch.

Neben dem tunesischen Justizministerium ist auch die Generalstaatsanwaltschaft seit einigen Jahren Projektpartner der IRZ. Je nach Themenschwerpunkt sind zudem einzelne Fachbereiche der tunesischen Gerichtsbarkeit, die Anwaltskammer, der Hochschulbereich und das im Auftrag des Justizministeriums tätige Zentrum für juristische und justizielle Studien (CEJJ) wichtige Partner der Zusammenarbeit in Tunesien.

Overall Concept

The project activities funded by the Federal Ministry of Justice to support legal reform in Tunisia, which IRZ has been implementing since 2011, continue to be based on the Memorandum of Understanding on legal cooperation concluded between the Federal Ministry of Justice and the Ministry of Justice of the Republic of Tunisia at the beginning of 2017. The technical priorities of this agreement include criminal and criminal procedural law, issues relating to the penal system, court structure and court organization, the digitisation of the judiciary and the establishment of a commercial judiciary as well as the fight against corruption. In 2023, IRZ and its Tunisian partner institutions focused on the topics of “private law” and “arbitration”. Cooperation in civil and commercial law also focused on deepening the areas of “investment promotion and protection” and “real estate law”.

IRZ also carried out project activities as part of the “Ta'ziz Partnership for Democracy” initiated by the Federal Foreign Office in 2021 to support the reform processes in the area of legislative drafting and technique and preventive criminal policy in Tunisia.

In addition to the Tunisian Ministry of Justice, the Public Prosecutor General's Office has also been a project partner of IRZ for several years. Depending on the thematic focus, individual specialist areas of the Tunisian judiciary, the Bar Association, the university sector and the Center for Legal and Judicial Studies (CEJJ), which works on behalf of the Ministry of Justice, are also important partners for cooperation in Tunisia.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Workshop zu „Modernisierungen in der Schiedsgerichtsbarkeit“ in Zusammenarbeit mit der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit und der Bundesrechtsanwaltskammer in Tunis
- Seminar zum Thema „Modernisierung des Grundbuchs und des Immobiliengerichts sowie zur Prozessoptimierung bei der Grundstücksregistrierung“ in Zusammenarbeit mit der Bundesnotarkammer (Hybrid-Veranstaltung)
- Regionalkonferenz zum Thema „Optimierung des Investitionsklimas und Förderung von Investitionsanreizen und Investitionsschutz“ in Tunis in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer und den Justizministerien Algeriens, Marokkos und Mauretaniens (Hybrid-Veranstaltung)
- Mitwirkung bei der internationalen Konferenz zum Internationalen Privatrecht in Tunis

Focus of Activity in 2023

Civil and Commercial Law

- Workshop on “Modernization of arbitration” in cooperation with the German Arbitration Institute and the German Federal Bar in Tunis
- Seminar on “Modernization of the land register and the real estate court as well as process optimization in property registration” in cooperation with the Federal Chamber of Notaries (hybrid event)
- Regional conference on “Optimizing the investment climate and promoting investment incentives and protection” in Tunis in cooperation with the German Federal Bar and the Ministries of Justice of Algeria, Morocco and Mauritania (hybrid event)
- Participation in the international conference on private international law in Tunis



Mohamed Montasser Abidi, zuständiger Projektbereichsleiter der IRZ, spricht zu den Teilnehmenden der Konferenz zur Rolle des Grundbuchs zur Förderung von Investitionen in Tunesien.

Mohamed Montasser Abidi, Head of Section Africa at IRZ, speaks to the participants of the conference on the relevance of the land register in promoting investment in Tunisia.

Abschlusskonferenz des vom Auswärtigen Amt geförderten Projekts „Unterstützung der Modernisierung der Justiz in Tunesien im Bereich Strafrecht und Gesetzgebungstechnik“.

Final conference of the project “Supporting the modernization of the judiciary in Tunisia in the field of criminal law and legislative drafting and technique” funded by the Federal Foreign Office.



Strafrecht und Strafvollzugsrecht

- Seminar zum Thema „Das Recht auf Verteidigung – Rechtsmittel im Strafverfahren“ in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer in Kairouan, Tunesien (Hybrid-Veranstaltung)
- Fortbildung zum Thema „alternative Strafen und Alternativen zur Untersuchungshaft“ in Tunis
- Mehrere Arbeitsgruppentreffen zweier Arbeitsgruppen zu den Themen „Methodologie zur Entwicklung einer präventiven Strafpolitik“ sowie „Straf- und Sanktionssystem in Tunesien“ zur Erarbeitung von Empfehlungen für die Reform des Strafrechts in Tunesien sowie ein Seminar zur Präsentation der daraus hervorgegangenen Arbeitsergebnisse
- Studienreise zum Thema „Entwicklung einer präventiven Strafpolitik sowie Straf- und Sanktionssystem in Tunesien und Deutschland“ nach Berlin

Gesetzgebungstechnik

- Mehrere Treffen zweier Arbeitsgruppen zu den Themen „Standardisierung des Gesetzgebungsprozesses in Tunesien“ sowie „Konformität und Harmonisierung von neuen und bestehenden Gesetzen mit den internationalen Normen für gute Gesetzgebung“ zur Erarbeitung von Leitfäden zu ihren jeweiligen Themenbereichen sowie ein Seminar zur Präsentation der daraus hervorgegangenen Arbeitsergebnisse
- Studienreise zum Thema Gesetzgebung nach Berlin

Aus- und Fortbildung

- Beratung sowie Workshops zur Konzeption der Wiedereinführung eines Fachabschlusses „Legistik“ an den juristischen Aus- und Fortbildungseinrichtungen in Tunesien mit Dozentinnen und Dozenten der Juristischen Fakultät der Universität in Tunis sowie Unterstützung bei der Wiedereinführung des Studiengangs an der virtuellen Universität Tunis
- Mehrere Workshops zum Thema „Training of Trainers“ mit Lehrpersonal der juristischen Fakultäten aus den Bereichen „Gesetzgebung und Strafrecht“
- Herausgabe des juristischen Fachmagazins „Ecrits“ mit Artikeln von Autorinnen und Autoren in arabischer und französischer Sprache zu aktuellen rechtspolitischen Fragestellungen
- Blog für afrikanisches und deutsches Recht „IRZ Dialogue Juridique Afro-Allemand“ mit fortlaufenden Online-Publikationen in Form von Beiträgen von Autorinnen und Autoren in deutscher, arabischer und französischer Sprache zu aktuellen rechtspolitischen Themen aus den IRZ-Partnerstaaten Tunesien, Marokko, Algerien und Senegal sowie aus Deutschland

Ausblick

Ausgehend vom aktuellen Reformbedarf zielen die für 2024 vorgesehenen Aktivitäten der IRZ darauf ab, die Umsetzung der Rechts- und Justizreform in Tunesien weiterhin und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu unterstützen. Wichtige Themen bleiben die Zusammenarbeit in den Bereichen der Modernisierung des Wirtschaftsrechts, des Zivil- und Strafrechts sowie der Korruptionsbekämpfung mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Auch der Schutz von vulnerablen Gruppen in der Justiz wird 2024 ein wichtiger Schwerpunkt bleiben. Tunesische Justizakteure wird die IRZ weiterhin in regionale Projektaktivitäten einbinden, sodass die regionale Stabilität und die Süd-Süd-Kooperation gefördert werden.

Criminal and Penitentiary law

- Seminar on “The right to defense – legal remedies in criminal proceedings” in cooperation with the German Federal Bar in Kairouan, Tunisia (hybrid event)
- Further training on “Alternatives to custodial sentences and to pre-trial detention” in Tunis
- Several working group meetings of two working groups on the topics “Methodology for the development of a preventive penal policy” and “Penal and sanction system in Tunisia” to develop recommendations for the reform of criminal law in Tunisia as well as a seminar to present the results of the work carried out
- Study trip to Berlin on the topic of the “Development of a preventive penal policy and penal and sanction system in Tunisia and Germany”

Legislative technique

- Several meetings of two working groups on the topics of “Standardization of the legislative process in Tunisia” and “Conformity and harmonization of new and existing laws with international standards for good legislation” to develop guidelines on their respective topics and a seminar to present the results of their work
- Study trip to Berlin on the topic of legislation

Basic and Further Training

- Consultation and workshops on the reintroduction of a specialist degree in “Legislative drafting and technique” at several legal training and further education institutions in Tunisia with lecturers from the Faculty of Law at the University of Tunis and support for the reintroduction of the course at the virtual University of Tunis
- Several workshops on the topic of “Training of Trainers” with teaching staff from the law faculties in the areas of “Legislative drafting and Criminal Law”
- Publication of the legal journal “Ecrits” with articles on current legal policy issues by authors in Arabic and French
- Blog for African and German law “IRZ Dialogue Juridique Afro-Allemand” with ongoing online publications by authors in German, Arabic and French on current legal policy issues from the IRZ partner states Tunisia, Morocco, Algeria and Senegal as well as from Germany

Outlook

Based on the current need for reform, IRZ’s activities planned for 2024 aim to continue to support the implementation of legal and judicial reform in Tunisia within the scope of the given possibilities. Cooperation with state and civil society actors in the areas of modernizing commercial law, civil and criminal law and combating corruption remain important topics. The protection of vulnerable groups in the justice system will also remain a relevant focus in 2024. IRZ will continue to involve Tunisian justice actors in regional project activities in order to promote regional stability and South-South cooperation.

Name: Ukraine
Hauptstadt: Kyjiw
Bevölkerung: ca. 37 Millionen
Regierungssystem:
parlamentarisch-präsidentiales
System

Name: Ukraine
Capital city: Kyiv
Population: approx. 37 million
System of government:
Parliamentary-presidential system



Ukraine

Strategische Rahmenbedingungen

Der seit Februar 2022 gegen die Ukraine geführte russische Angriffskrieg überschattet weiterhin die Zusammenarbeit. Ungeachtet dieser Rahmenbedingungen konnte die IRZ auch im Jahr 2023 einen intensiven fachlichen Austausch mit den ukrainischen Partnerinstitutionen pflegen. Während im ersten Kriegsjahr die Beratungsmaßnahmen fast ausschließlich online oder in Form von schriftlichen Gutachten stattfanden, sind im Berichtsjahr auch wieder zahlreiche ukrainische Delegationen nach Deutschland gekommen.

Rechtspolitische Ausgangslage

Die derzeitigen Rechtsreformen orientieren sich vor allem an den sieben Empfehlungen, die die EU-Kommission im Vorfeld der Verleihung des EU-Kandidatenstatus im Sommer 2022 ausgesprochen hatte. Diesen Empfehlungen ist die Ukraine inzwischen weitgehend nachgekommen. So wurde ein Änderungsgesetz zum Verfassungsgerichtsgesetz verabschiedet, welches die Verfassungsrichterwahl reformiert. Die lange vakanten Leitungspositionen der Spezialisierten Antikorruptionsstaatsanwaltschaft (SAPO) und des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU) wurden nachbesetzt. Der Höchste Rat der Rechtsprechung und der Höchste Richterqualifikationsausschuss wurden reformiert und neu besetzt. Somit hat der Europäische Rat im Dezember 2023 auch entschieden, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine zu beginnen.

Hinsichtlich weiterer Reformen ist hervorzuheben, dass das bereits im Vorjahr verabschiedete und von der IRZ über viele Jahre beratene Verwaltungsverfahrensgesetz am 15. Dezember 2023 in Kraft getreten ist. Zudem läuft weiterhin die Reform des Strafgesetzbuches und des Zivilgesetzbuches sowie die am EU-Recht orientierte Insolvenzrechtsreform.

Konzeption

Die EU-Rechtsangleichung prägte im Berichtsjahr die Beratungen. Vor dem Hintergrund der Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldau sowie (zum damaligen Zeitpunkt) einer Kandidatenperspektive für Georgien erhielt die IRZ Sondermittel des Deutschen Bundestages, mit denen sie neben bilateralen Projekten auch gemeinsame Maßnahmen für diese Länder realisierte, die sich im Schwerpunkt der Korruptionsbekämpfung und der Unabhängigkeit der Justiz widmeten. Zudem führte die IRZ die Umsetzung des gemeinsamen Arbeitsprogramms des Bundesministeriums der Justiz und des Justizministeriums der Ukraine fort.

Weiterhin lag ein Beratungsschwerpunkt auf der Unterstützung der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht, das im Berichtsjahr auch beim Bundesverfassungsgericht zu Gast war. Wichtige Akzente in der Gesetzgebungsberatung setzte die IRZ daneben mit Gutachten und Fachgesprächen zum Insolvenzgesetzänderungsentwurf, zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über zivile Partnerschaften sowie zur Reform des Besonderen Teils des Strafgesetzbuchs.

Ukraine

Strategic Framework

The war of aggression that Russia has been waging against Ukraine since February 2022 continues to overshadow cooperation. However, despite the difficult circumstances, IRZ was able to maintain an intensified professional exchange with the Ukrainian partner institutions throughout 2023. In contrast to the activities in 2022, which almost exclusively focused on advisory measures online or in the form of written reports, numerous Ukrainian delegations were able to visit Germany again in the reporting year.

Legal Policy Starting Point

The current legal reforms are primarily based on the seven recommendations by the EU Commission that were formulated in the run-up to the granting of EU candidate status in the summer of 2022. Ukraine has now largely complied with these recommendations, for example: An amendment to the Constitutional Court Act was passed, which reformed the election of constitutional judges. The long-vacant management positions of the Specialized Anti-Corruption Prosecutor's Office (SAPO) and the National Anti-Corruption Bureau (NABU) have been filled. The High Council of Justice and the High Qualification Commission of Judges of Ukraine were restructured and positions have been newly filled. As a result, the European Council decided in December 2023 to begin accession negotiations with Ukraine.

With regard to further reforms, it should be emphasized that the Administrative Procedure Act, which was subject to advisory measures by IRZ over many years, has been adopted and, came into force on 15 December 2023. Current consultation efforts entail the reform of the Ukrainian Criminal Code and the Civil Code as well as the insolvency law reform in line with EU law.

Overall Concept

The harmonization of Ukraine's legal framework with EU law guided IRZ's consultation efforts in 2023. Due to Ukraine and Moldova being granted EU candidate status and (at that time) Georgia a candidate perspective, IRZ received special funding from the German Bundestag, which it used to implement bilateral projects as well as joint activities for these countries, which focused on combating corruption and strengthening the independence of the judiciary. In addition, IRZ continued to implement the joint working program of the Federal Ministry of Justice and the Ministry of Justice of Ukraine.

The support of the administrative courts represented another pillar of IRZ's advisory efforts as well as the cooperation with the Constitutional Court of Ukraine. Furthermore, IRZ facilitated expert discussions and provided written expert opinions on the draft amendment of the Insolvency Act, the drafting of a bill on civil partnerships, and the reform of the Special Part of the Criminal Code, thereby making important contributions to legislative reform projects.

Fachgespräche zur Korruptionsbekämpfung mit einer Delegation aus der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien beim Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf (vorne Mitte): Minister der Justiz Dr. Benjamin Limbach.

Expert discussions on combating corruption with a delegation from Ukraine, the Republic of Moldova and Georgia at the Ministry of Justice of the State of North Rhine-Westphalia in Düsseldorf (front center): Minister of Justice Dr. Benjamin Limbach.



Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Verfassungsrechtliches Online-Fachgespräch mit dem Verfassungsgericht der Ukraine
- Multilaterale Online-Konferenz mit dem Verfassungsgericht der Ukraine zur Perspektive der europäischen Integration
- Arbeitsbesuch einer Delegation des Verfassungsgerichts der Ukraine beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe und beim Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg
- Gutachten zu Änderungsvorschlägen für die Prozessgesetze zur Verbesserung des Zugangs zur Justiz für Menschen mit Behinderungen

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Online-Fachgespräch mit dem Justizministerium der Ukraine zur Reform des Insolvenzrechts
- Gutachten zum Insolvenzgesetzänderungsentwurf
- Unterstützung der Pre-Moots in Berlin und Hamburg zum „Willem C. Vis International Commercial Arbitration Moot“
- Online-Fachgespräch mit dem Justizministerium der Ukraine zum Gesetzentwurf über „Zivile Partnerschaften“
- Mitwirkung an multilateraler (Hybrid-)Fortbildung für Richterinnen und Richter der Nationalen Richterschule für das Revisionszivilgericht des Obersten Gerichts

Öffentliches Recht

- Mitwirkung bei der Fortbildung von ukrainischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichtern zur Implementierung des Verwaltungsfahrensgesetzes in Kyjiw
- Mitwirkung bei den „VI. Tagen der ukrainischen Verwaltungsgerichtsbarkeit“ des Revisionsverwaltungsgerichts des Obersten Gerichts zum Schutz sozialer Rechte unter Kriegsbedingungen
- XVI. und XVII. deutsch-ukrainisches verwaltungsprozessrechtliches Kolloquium beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz

Focus of Activity in 2023

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Online expert discussion with the Constitutional Court of Ukraine on the constitutional framework
- Multilateral online conference with the Constitutional Court of Ukraine on the perspective of European integration
- Working visit by a delegation from the Constitutional Court of Ukraine to the Federal Constitutional Court in Karlsruhe and the Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law in Heidelberg
- Expert opinion on proposed amendments to procedural laws to improve access to justice for people with disabilities

Civil and Commercial Law

- Online expert discussion with the Ministry of Justice of Ukraine on the reform of insolvency law
- Expert opinion on the draft amendment to the Insolvency law
- Support for participation at the pre-moots in Berlin and Hamburg for the “Willem C. Vis International Commercial Arbitration Moot”
- Online expert discussion with the Ministry of Justice of Ukraine on the draft law on civil partnerships
- Participation in multilateral (hybrid) training for judges of the National School of Judges for the Civil Cassation Court within the Supreme Court

Public Law

- Participation in the training of Ukrainian administrative judges on the implementation of the Administrative Procedure Act in Kyiv
- Participation in the “VI Days of Ukrainian Administrative Justice” of the Administrative Cassation Court within the Supreme Court on the protection of social rights in wartime conditions
- XVI and XVII German-Ukrainian colloquium on administrative procedural law at the Higher Administrative Court of Rhineland-Palatinate in Koblenz



Fachgespräche zur Korruptionsbekämpfung mit einer Delegation aus der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien beim Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages (6. von rechts): Dr. Günter Krings, MdB, Mitglied des Rechtsausschusses.

Expert discussions on combating corruption with a delegation from Ukraine, the Republic of Moldova and Georgia at the Legal Affairs Committee of the German Bundestag (6th from right): Dr Günter Krings, Member of the Bundestag, Member of the Committee on Legal Affairs.

- VI. Konferenz der parlamentarischen Rechtsausschüsse in Kooperation mit dem Deutschen Bundestag zur EU-Rechtsharmonisierung in der Ukraine, Moldau und Georgien in Berlin
- Arbeitsbesuch einer Delegation des Berufungsverwaltungsgerichts Lviv beim Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht in Lüneburg

Rechtspflege

- Fachgespräche zur Unabhängigkeit der Justiz (für die Ukraine, Moldau und Georgien) in Niedersachsen (Hannover, Braunschweig) und Berlin
- Online-Fachgespräch zwischen dem Berufungsgericht Kyjiw und dem Oberlandesgericht Oldenburg zur elektronischen Justiz

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Mitwirkung an multilateraler (Hybrid-)Fortbildung für Richterinnen und Richter der Nationalen Richterschule für das Hohe Antikorruptionsgericht der Ukraine zum Thema „Geldwäsche“ in Kyjiw
- Gutachten zum Besonderen Teil des Entwurfs des Strafgesetzbuchs der Ukraine
- Online-Fachgespräch zum Besonderen Teil des Entwurfs des Strafgesetzbuchs der Ukraine
- Arbeitsbesuch einer Delegation der Generalstaatsanwaltschaft und des Justizministeriums der Ukraine zum Völkerstrafrecht und zur Ermittlung von Kriegsverbrechen in Berlin
- Mitwirkung an multilateraler (Hybrid-)Fortbildung für Richterinnen und Richter der Nationalen Richterschule für das Revisionsstrafgericht des Obersten Gerichts
- Fachgespräche zur Korruptionsbekämpfung (für die Ukraine, Moldau und Georgien) in Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf, Wuppertal, Bochum) und Berlin
- Online-Fachgespräch mit dem Justizministerium der Ukraine zum Thema „Rückfälligkeit von Straftätern“

- VI Conference of the Parliamentary Legal Committees in cooperation with the German Bundestag on EU legal harmonisation of Ukraine's, Moldova's, and Georgia's legal framework in Berlin
- Working visit by a delegation from the Lviv Administrative Court of Appeal to the Higher Administrative Court of Lower Saxony in Lüneburg

Administration of Justice

- Expert discussions on the independence of the judiciary (for Ukraine, Moldova and Georgia) in Lower Saxony (Hanover, Braunschweig) and Berlin
- Online expert discussion between the Kyiv Court of Appeal and the Oldenburg Higher Regional Court on electronic justice

Criminal and Penitentiary Law

- Participation in multilateral (hybrid) training for judges of the National School of Judges for the High Anti-Corruption Court of Ukraine on the topic of money laundering in Kyiv
- Expert opinion on the special part of the draft Criminal Code of Ukraine
- Online expert discussion on the special part of the draft Criminal Code of Ukraine
- Working visit to Berlin by a delegation from the General Prosecutor's Office and the Ministry of Justice of Ukraine on international criminal law and the investigation of war crimes
- Participation in multilateral (hybrid) training for judges of the National School of Judges for the Criminal Cassation Court within the Supreme Court
- Expert discussions on combating corruption (for Ukraine, Moldova, and Georgia) in North Rhine-Westphalia (Düsseldorf, Wuppertal, Bochum) and Berlin
- Online expert discussion with the Ministry of Justice of Ukraine on the topic of recidivism of offenders



Das Verfassungsgericht der Ukraine zu Gast beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M. (Yale) (vorne, Mitte links), der amtierende Vorsitzende des Verfassungsgerichts der Ukraine, Prof. Dr. Serhiy Holovaty (vorne, Mitte rechts) und die Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Doris König (rechts daneben) mit den Delegationen der beiden Gerichte. (Copyright: Silas Stein)

The Constitutional Court of Ukraine visits the Federal Constitutional Court in Karlsruhe. The President of the Federal Constitutional Court, Prof Dr Stephan Harbarth, LL.M. (Yale) (front, center left), the Acting President of the Constitutional Court of Ukraine, Prof Dr Serhiy Holovaty (front, center right) and the Vice President of the Federal Constitutional Court, Prof Dr Doris König (right) with the delegations of the two courts. (Copyright: Silas Stein)

Ausblick

Die IRZ wird auch im nächsten Jahr nach Kräften die Ukraine unterstützen und sich dabei weiterhin an den Reformempfehlungen der EU-Kommission, an den Beitrittsverhandlungen sowie an dem gemeinsamen Arbeitsprogramm der beiden Justizministerien orientieren. Die oben skizzierten Gesetzgebungsberatungen wird sie fortsetzen, um einen Beitrag zur Verbesserung des Investitionsklimas für den Wiederaufbau der Ukraine zu leisten. Die IRZ wird auch die Implementierung des Verwaltungsverfahrensgesetzes begleiten und daran mitwirken. Den fachlichen Austausch mit der für den Grundrechtsschutz elementar wichtigen Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit wird sie ebenso fortführen wie die Richterfortbildungen insgesamt, um somit die Resilienz und Unabhängigkeit der Justiz weiter zu steigern.

Outlook

IRZ will continue to support Ukraine to the best of its ability in the coming year and will continue to focus on the reform recommendations of the EU Commission, the accession negotiations and the joint working programme of the two Ministries of Justice. It will continue the legislative consultations outlined above in order to contribute to improving the investment climate for the reconstruction of Ukraine. Among others, IRZ will also support the implementation of the Administrative Procedure Act. As part of the ongoing cooperation, it will continue the professional exchange with the constitutional and administrative jurisdiction, which are paramount for the protection of fundamental rights, as well as the training of judges in order to further increase the resilience and independence of the judiciary.

Name: Republik Usbekistan
Hauptstadt: Taschkent
Bevölkerungszahl:
ca. 36 Millionen Einwohner
Regierungssystem: Präsidialsystem
mit Zweikammerparlament

Name: Republic of Uzbekistan
Capital city: Tashkent
Population: approx. 36 million
System of government: Presidential
system with bicameral parliament



Usbekistan

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

2023 spielten innenpolitische Veränderungen in Usbekistan eine große Rolle: Der im Vorjahr eingeleitete Prozess zur Verfassungsreform wurde Ende April mit einem Referendum abgeschlossen, in dem sich die Abstimmungsberechtigten zu 90 Prozent für die neue, erweiterte Verfassung aussprachen. Seitdem gilt für die Amtszeiten des Präsidenten: die Dauer beträgt nun sieben und nicht mehr fünf Jahre, wobei eine einmalige Wiederwahl möglich ist. Außerdem wurden zuvor geleistete Amtszeiten auf null gesetzt. In Artikel 1 wird die Republik Usbekistan zu einem Sozialstaat erklärt und der Abschnitt über bürgerliche Rechte und Freiheiten wurde erweitert. Neu aufgenommen wurden die ausdrückliche Abschaffung der Todesstrafe und das Verbot von Folter in Gefängnissen. Im Juli folgten vorgezogene Präsidentschaftswahlen, aus denen der Amtsinhaber Shavkat Mirziyoyev als Sieger hervorging.

Der Präsident steht nach wie vor für den politischen Willen der Erneuerung. Dies konkretisiert sich in der „Usbekistan-Strategie 2030“ mit insgesamt 100 Zielen. Die Strategie zielt auf Förderung der individuellen Entwicklung, auf nachhaltiges, wirtschaftliches Wachstum, auf Erhaltung der Wasserressourcen und Umweltschutz, auf Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Aufbau einer service-orientierten Verwaltung sowie auf Fortführung einer sicherheits- und friedensbasierten Politik ab.

Die Reformen zugunsten eines wirtschaftsfreundlichen Umfelds, beachtliche Rohstoffressourcen und Standortvorteile ziehen viele ausländische Investoren an, und im Zuge der weiteren wirtschaftspolitischen

Uzbekistan

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Domestic political changes played a major role in Uzbekistan in 2023: the constitutional reform process initiated in the previous year was concluded at the end of April with a referendum in which 90 percent of those eligible to vote voted in favor of the new, expanded constitution. Since then, the presidential term of office has been extended from five to seven years, with one re-election possible. In addition, previous terms of office have been set to zero. Article 1 declares the Republic of Uzbekistan to be a welfare state and the section on civil rights and freedoms has been expanded. The explicit abolition of the death penalty and the prohibition of torture in prisons were newly included. Early presidential elections followed in July, from which the incumbent Shavkat Mirziyoyev emerged victorious.

The president continues to stand for the political will of renewal. This has been concretized in the “Uzbekistan Strategy 2030” with a total of 100 goals. The strategy aims to promote individual development, sustainable economic growth, the conservation of water resources and environmental protection, the strengthening of the rule of law and the establishment of a service-oriented administration as well as the continuation of a security and peace-based policy.

The reforms in favor of a business-friendly environment, considerable raw material resources and locational advantages attract many foreign investors, and the government has ambitious plans in the course of further economic policy readjustment: Uzbekistan wants to become a middle-income country (according to World Bank differentiation) by 2030. Against



Besuch bei der Stadtstaatsanwaltschaft der Stadt Taschkent;
Mitte: Erkin T. Yuldashev, Leiter Stadtstaatsanwaltschaft, 3.v.r.
Dr. Arnd Weishaupt, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht
Düsseldorf, 4.v.r. Luise Schöne, Staatsanwältin.

Visit to the City Prosecutor's Office of the City of Tashkent; center:
Erkin T. Yuldashev, Head of the City Prosecutor's Office, 3rd from
right: Dr Arnd Weishaupt, Presiding Judge at the Higher Regional
Court of Düsseldorf, 4th from right: Luise Schöne, Public Prosecutor.



Teilnehmende Richterinnen und Richter des Seminars zum Gesellschaftsrecht i.Z.m. dem Obersten Gericht, Mitte (mit Brille): Bakhtiyor Saifullaev, Vorsitzender Richter, r. daneben: Dr. Martin Vomhof, Richter am Landgericht Düsseldorf, 5. v.r. Dr. Arnd Weishaupt, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf.

Participating judges of the seminar on corporate law in connection with the Supreme Court, center (with glasses): Bakhtiyor Saifullaev, Presiding Judge, r. next to him: Dr Martin Vomhof, judge at the Regional Court of Düsseldorf, 5th from right: Dr Arnd Weishaupt, Presiding Judge at the Higher Regional Court of Düsseldorf.



Beim Seminar zur Korruptionsbekämpfung mit der Generalstaatsanwaltschaft (v.l.n.r.): Latif Zhalov, Leiter der Abteilung für Korruptionsbekämpfung, OStA Dr. Rüdiger Reiff, Leiter der Staatsanwaltschaft Berlin, Stellvertretende Generalstaatsanwältin, Svetlana Artikova, Prof. Dr. Bijan Nowrousian, Polizeihochschule Münster.

At the anti-corruption seminar with the General Prosecutor's Office (from left to right): Latif Zhalov, Head of the Anti-Corruption Department, OStA Dr Rüdiger Reiff, Head of the Berlin Public Prosecutor's Office, Deputy Public Prosecutor General, Svetlana Artikova, Prof Dr Bijan Nowrousian, Münster Police University.

Neujustierung hat die Regierung ambitionierte Pläne: bis 2030 möchte Usbekistan ein Land mit mittlerem Einkommen (gemäß Weltbank-Differenzierung) werden. Vor diesem Hintergrund und angesichts verbindender sicherheitspolitischer Interessen haben sich die Beziehungen vieler westlicher Staaten in die zentralasiatische Region belebt.

Konzeption

Angesichts der komplexen Reformprogramme im Rechts- und Justizbereich konzentriert sich die IRZ auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Partnern, denen eine Schlüsselfunktion in wichtigen Vorhaben zukommt. Dazu gehört die Generalstaatsanwaltschaft als langjähriger Partner mit der Verantwortung für die Prävention und Bekämpfung von Korruption. Aktueller Schwerpunkt für eine Konferenz auf diesem Gebiet war die strafrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Personen. Mit der Stadtstaatsanwaltschaft Taschkent knüpfte die IRZ an die vorhergehende Zusammenarbeit zum Jugendstrafrecht und zur Betäubungsmittelkriminalität an. Die junge usbekische Gesellschaft mit einem Durchschnittsalter von 29 Jahren sieht sich einem signifikanten Anstieg der Jugendkriminalität gegenüber, dem man mit einem breit angelegten Konzept zur Prävention und mit neuen speziellen jugendstrafrechtlichen Regelungen, die es bislang noch nicht gab, entgegentritt.

this backdrop and in view of unifying security policy interests, relations between many Western countries and the Central Asian region have been revitalized.

Overall Concept

In view of the complex reform programmes in the legal and judicial sector, IRZ is concentrating on continuing its cooperation with partners who play a key role in important projects. This includes the Office of the Public Prosecutor General as a long-standing partner with responsibility for preventing and combating corruption. The current focus for a conference in this area was the criminal liability of legal persons. IRZ continued its previous cooperation with the Tashkent City Public Prosecutor's Office on juvenile criminal law and narcotics crime. The young Uzbek society, with an average age of 29, is facing a significant increase in juvenile crime, which is being countered with a broad-based prevention concept and new special juvenile criminal law regulations that did not previously exist. In the course of economic liberalization, new challenges are arising in company law, which IRZ addressed in a workshop with the Supreme Court.

Im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung stellen sich neue Herausforderungen im Gesellschaftsrecht, was die IRZ in einem Workshop mit dem Obersten Gericht aufgriff.

Ferner widmete sich die IRZ gemeinsam mit dem Justizministerium und der Richterschule beim Höchsten Richterrat ausgewählten Bereichen des Verwaltungsrechts, ein für die usbekischen Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwender noch recht junges Rechtsgebiet.

Eine Veranstaltung zur Richterethik bot neben dem Präsidium des usbekischen Höchsten Richterrats Richterinnen und Richtern aus Aserbaidschan, Tadschikistan, Kasachstan und Kirgisistan eine Plattform, um die jeweiligen nationalen Regelungen vorzustellen.

Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Seminar zum Gesellschaftsrecht mit dem Obersten Gericht in Taschkent

Öffentliches Recht

- Hybrid durchgeführter Workshop zum vorgerichtlichen Widerspruchsverfahren im Verwaltungsrecht mit dem Justizministerium
- Seminar zur Praxis des Verwaltungsrechts mit der Richterschule beim Höchsten Richterrat in Taschkent

Rechtspflege

- Seminar zur Richterethik mit dem Höchsten Richterrat in Taschkent

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Seminar zum Jugendstrafrecht und zu Ermittlungstätigkeit im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität mit der Stadtstaatsanwaltschaft Taschkent und der Generalstaatsanwaltschaft in Taschkent
- Seminar zur Prävention und Bekämpfung der Korruption mit dem Fokus auf strafrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen mit der Generalstaatsanwaltschaft in Taschkent

Ausblick

Die gemeinsame Bearbeitung bedeutsamer Rechts- und Justizmaterien sowie die Verfolgung langfristiger Novellierungsvorhaben wird die IRZ mit den Partnern fortsetzen, um den durch die Reformen ausgelösten Strukturwandel zu unterstützen. Als Themenschwerpunkte gelten Wirtschafts-, Verwaltungs- und Straf(prozess)recht sowie die juristische Aus- und Fortbildung.

Die IRZ setzt die Zusammenarbeit mit dem Justizministerium zudem in Gestalt eines Twinning-Projekts zur Systematisierung der Rechtsordnung fort. Als Konsortialführer wird die IRZ ab April 2024 dieses Projekt gemeinsam mit dem lettischen Justizministerium für einen Zeitraum von zwei Jahren implementieren.

Furthermore, together with the Ministry of Justice and the School of Judges at the Supreme Judicial Council, IRZ focused on selected areas of administrative law, which is still a relatively new area of law for Uzbek legal practitioners. An event on judicial ethics offered judges from Azerbaijan, Tajikistan, Kazakhstan and Kyrgyzstan a platform to present their respective national regulations alongside the Presidium of the Uzbek Supreme Judicial Council.

Focus Activity in 2023

Civil and Commercial Law

- Seminar on company law with the Supreme Court in Tashkent

Public Law

- Hybrid workshop on pre-trial appeal proceedings in administrative law with the Ministry of Justice
- Seminar on the practice of administrative law with the School of Judges at the Supreme Judicial Council in Tashkent

Administration of Justice

- Seminar on judicial ethics with the Supreme Council of Judges in Tashkent

Criminal and Penitentiary Law

- Seminar on juvenile criminal law and investigative activities in the field of narcotics crime with the Tashkent City Prosecutor's Office and the General Prosecutor's Office in Tashkent
- Seminar on preventing and combating corruption with a focus on the criminal liability of legal persons with the General Prosecutor's Office in Tashkent

Outlook

IRZ will continue to work together with its partners on important legal and judicial matters and pursue long-term amendment projects in order to support the structural change triggered by the reforms. The main focus will be on commercial, administrative and criminal (procedural) law as well as legal education and training. IRZ is also continuing its cooperation with the Ministry of Justice in the form of a twinning project to systematize the legal system. As consortium leader, IRZ will implement this project together with the Latvian Ministry of Justice for a period of two years from April 2024.

Name: Sozialistische Republik Vietnam
Hauptstadt: Hanoi
Bevölkerung: ca. 98,8 Millionen
Regierungssystem: sozialistisches Einparteiensystem

Name: Socialist Republic of Vietnam
Capital city: Hanoi
Population: approx. 98.8 million
System of government: One-party socialist system



Vietnam

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Das politische System mit dem Machtmonopol der Kommunistischen Partei besteht unverändert fort, sorgt für Stabilität und wurde zu Beginn des Jahres auch nicht durch den Rücktritt des Staatspräsidenten und von zwei stellvertretenden Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen – ein einmaliger Vorgang – infrage gestellt. Im März übernahm Vo Van Thuong das Amt des Staatspräsidenten.

Die seit 2021 weiterentwickelte Strategie zum Aufbau und zur Vervollkommenung des sozialistischen Rechtsstaats bis 2030 mit Vision bis 2045 prägt die staatlichen Programme und die daraus resultierenden Vorgaben für die Regierungsinstitutionen. Ziele sind: Verbesserung des Mechanismus zur Kontrolle der Staatsmacht, Stärkung der Verwaltungsreform, Aufbau eines schlanken, effizient arbeitenden Staatsapparats und Beschleunigung der Justizreform.

Bis 2045 wird der Status eines High Income Country gemäß Klassifikation der Weltbank angestrebt. Dies wird unterstützt durch die sukzessive Integration in das globale Handels- und Investitionssystem, was zu einer stärker marktorientierten Wirtschaft führt. Die entsprechenden Reformen umfassen die Teilprivatisierung von Staatsbetrieben, die Liberalisierung des Handels und die zunehmende Anerkennung privater Eigentumsrechte.

Konzeption

Die IRZ führt ihre Projekte innerhalb des deutsch-vietnamesischen Rechtsstaatsdialogs durch, den das Bundesministerium der Justiz mit dem vietnamesischen Justizministerium 2009 vereinbarte. 2022 zeichneten die beiden Ministerien das fünfte Dreijahresprogramm, in dem die Themenfelder Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte erfreulicherweise stärkere Schwerpunkte als je zuvor erfahren. Das Programm enthält nun ein dediziertes Kapitel rund um den Pakt für bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) und – neben der Fortsetzung wichtiger Themenschwerpunkte aus dem vierten Dreijahresprogramm (unter anderem Stärkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Jugendstrafrecht, Folterverbot, Stärkung der Rechte transgeschlechtlicher Menschen, Todesstrafe) – neue Themenschwerpunkte wie nachhaltige und faire Lieferketten und Zugang zur Justiz. Ferner werden geopolitische Fragen beispielsweise mit neuem Themenschwerpunkt Seerecht/Internationaler Seegerichtshof (ITLOS) berücksichtigt. Bei einem Besuch in Hanoi brachte die Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz, Dr. Angelika Schlunck, ihre Anerkennung für die langjährige Kooperation zum Ausdruck. Mit Justizminister Le Thanh Long tauschte sie sich über die rechtsstaatliche Perspektive und die Erwartungen für die Inhalte der gemeinsamen Projekte aus. In den Gesprächen beim Obersten Volksgericht ging es um die Unabhängigkeit der Justiz und justizielle Reformen wie E-Justice. Gegenstand des Treffens in der Hanoi Law University war die langjährige Zusammenarbeit im Rechtsstaatsdialog zur juristischen akademischen Ausbildung.

Vor dem Hintergrund der langfristig angelegten rechtspolitischen Vorhaben ergibt sich ein breites Spektrum der internationalen Rechtsberatung. Dazu setzt die IRZ Maßnahmen mit verschiedenen Partnern aus dem jährlichen Arbeitsprogramm um. Einen Schwerpunkt bildeten mehrere Beratungen sowie eine Studienreise zum Jugendstrafrecht, für das eine Modernisierung

Vietnam

Strategic Framework

Legal Policy and Starting Point

The political system with the Communist Party's monopoly on power remains unchanged, ensures stability and was not called into question at the beginning of the year by the resignation of the President and two Deputy Prime Ministers in connection with allegations of corruption – a unique occurrence. Vo Van Thuong took office as President in March.

The strategy for building and perfecting the socialist constitutional state by 2030 with a vision until 2045, which has been further developed since 2021, shapes the state programs and the resulting guidelines for government institutions. The goals are Improving the mechanism for controlling state power, strengthening administrative reform, building a lean, efficient state apparatus and accelerating judicial reform.

The aim is to achieve the status of a high-income country by 2045 according to the World Bank classification. This will be supported by gradual integration into the global trade and investment system, which will lead to a stronger market-oriented economy. The corresponding reforms include the partial privatisation of state-owned enterprises, the liberalisation of trade and the increasing recognition of private property rights.

Overall Concept

IRZ carries out its projects within the framework of the German-Vietnamese Rule of Law Dialogue, which the Federal Ministry of Justice agreed with the Vietnamese Ministry of Justice in 2009. In 2022, the two ministries signed the fifth three-year programme, in which the topics of rule of law and human rights are fortunately given greater priority than ever before. The programme now includes a dedicated chapter on the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR) and – in addition to continuing important thematic priorities from the fourth three-year programme (including strengthening administrative justice, juvenile criminal law, prohibition of torture, strengthening the rights of transgender people, death penalty) – new thematic priorities such as sustainable and fair supply chains and access to justice. Furthermore, geopolitical issues are also taken into account, for example with a new thematic focus on the Law of the Sea/International Tribunal for the Law of the Sea (ITLOS). During a visit to Hanoi, the State Secretary at the Federal Ministry of Justice, Dr Angelika Schlunck, expressed her appreciation for the many years of cooperation.

She exchanged views with Justice Minister Le Thanh Long on the rule of law perspective and expectations for the content of joint projects. The talks at the Supreme People's Court focused on the independence of the judiciary and judicial reforms such as e-justice. The subject of the meeting at Hanoi Law University was the long-standing cooperation in the rule of law dialogue on legal academic education.

Against the background of long-term legal policy projects, a broad spectrum of international legal advice is provided. To this end, IRZ implements projects with various partners from the annual work programme. One focus was on several consultations and a study trip on juvenile criminal



Vertreterinnen und Vertreter des Obersten Volksgerichts Vietnam anlässlich Partnergesprächen in Hanoi, Bildmitte: Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz, Dr. Angelika Schlunck, links daneben der Vizepräsident des Obersten Volksgerichtes, Pham Quang Hung.

Representatives of the Supreme People's Court of Vietnam on the occasion of partner talks in Hanoi, center: Parliamentary State Secretary in the Federal Ministry of Justice, Dr. Angelika Schlunck, to the left of the Vice President of the Supreme People's Court, Pham Quang Hung.

bestehender strafrechtlicher Regelungen und die Verabschiedung eines eigenen Jugendgerichtsgesetzes geplant ist. In mehreren Workshops mit dem Obersten Volksgericht und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft wurde der Gesetzesentwurf des Jugendgerichtsgesetzes diskutiert sowie Ziele des Jugendstrafrechts und alternativer Sanktionierung (Diversion) erörtert. Der von der IRZ erstellte Schulungsfilm „Raub einer Weste und seine Folgen: eine Hauptverhandlung im Jugendstrafverfahren“ konnte die Besonderheiten des Jugendstrafrechts, insbesondere die Beteiligung der Jugendgerichtshilfe und die Rechtsfolgen von Straftaten, anschaulich vermitteln. Die Kooperationspartner werden den Film zukünftig für die Weiterbildung in den eigenen Akademien einsetzen.

Die Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltschaft erfolgte gemeinsam mit der Bundesrechtsanwaltskammer und widmete sich der Strafverteidigung, ein konstant aktueller Themenkomplex. Die Ausübung der Rechte von Strafverteidigerinnen und Strafverteidigern gelingt nicht im vollen Umfang, die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden ist häufig herausfordernd.

Hervorzuheben sind auch die erstmals durchgeführten Evaluierungsgespräche zum Dreijahresprogramm 2019 bis 2022. Dazu hatten das Bundesministerium der Justiz und das vietnamesische Justizministerium die beteiligten vietnamesischen und deutschen Partner eingeladen, um über ihre Erfahrungen zu berichten und Anregungen für die Zukunft auszutauschen. Die Projektpartner nutzten diesen Dialog, um zu den unterschiedlichen Modalitäten zur Implementierung der Projekte offen zu diskutieren.

law, for which a modernization of existing criminal law regulations and the adoption of a separate Youth Courts Act are planned. In several workshops with the Supreme People's Court and the Supreme People's Procuracy, the draft of the Youth Courts Act was discussed as well as the objectives of juvenile criminal law and alternative sanctions (diversion). The training film "Robbery of a vest and its consequences: a main hearing in juvenile criminal proceedings" produced by IRZ was able to vividly demonstrate the special features of juvenile criminal law, in particular the involvement of Youth courts assistance service and the legal consequences of criminal offenses. The cooperation partners will use the film in future for further training in their own academies.

The cooperation with various Bar associations took place together with the German Federal Bar and was dedicated to criminal defense, a constantly topical issue. The exercise of the rights of criminal defense lawyers is not fully successful, and cooperation with the Prosecuting authorities is often challenging.

The first evaluation talks on the three-year Rule-of-Law programme 2019 to 2022 should also be highlighted. The Federal Ministry of Justice and the Vietnamese Ministry of Justice invited the Vietnamese and German partners involved to report on their experiences and exchange ideas for the future. The project partners used this dialogue format to openly discuss the different modalities for implementing the projects.

Teilnehmende des Workshops mit der Obersten Volksstaatsanwaltschaft zu Aspekten der Strafverfolgung und Aufsicht von Strafverfahren unter Einbeziehung menschenrechtlicher Garantien für weibliche und jugendliche Straftäter in Hanoi.

Participants of the workshop with the Supreme People's Procuracy on aspects of criminal prosecution and supervision of criminal proceedings including human rights guarantees for female and juvenile offenders in Hanoi.



Studienreise der vietnamesischen Rechtsanwaltskammer zum anwaltlichen Berufsrecht und zu Aspekten der Strafverteidigung und des Strafvollzugs zu Fachgesprächen im Landgericht Berlin, durchgeführt von der IRZ und der Bundesrechtsanwaltskammer.

Study trip of the Vietnamese Bar Association to the Berlin Regional Court for expert discussions on professional law for lawyers and on aspects of criminal defense and the penal system, organized by IRZ and the German Federal Bar.



Tätigkeitsschwerpunkte 2023

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Präsenz-Workshop zum neuen Gesetz zur Gesundheitsversorgung mit dem Center for Consulting on Legal and Policy on Health and HIV/AIDS (CCLPHH) einschließlich Austausch zum Gesetzgebungsprojekt zur Stärkung der Rechte für transgeschlechtliche Menschen, Hanoi.

Öffentliches Recht

- Präsenz-Vorlesung zum Verfassungs- und Verwaltungsrecht mit der Vietnam National University (VNU), Hanoi

Rechtspflege

- Studienreise nach Berlin zum anwaltlichen Berufsrecht und zu Aspekten der Strafverteidigung und des Strafvollzugs mit der vietnamesischen Rechtsanwaltskammer in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer

Focus of Activity in 2023

Civil and Commercial Law

- In-person workshop on statutory health regulations for the implementation of the new law on medical treatment with the Center for Consulting on Legal and Policy on Health and HIV/AIDS (CCLPHH), including an exchange on the legislative project to strengthen the rights of transgender people, Hanoi.

Public Law

- Lecture on constitutional and administrative law with the Vietnam National University (VNU), Hanoi

Administration of Justice

- Study trip to Berlin on professional law for lawyers and aspects of criminal defense and the penal system for the Vietnamese Bar Federation in cooperation with the German Federal Bar

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Präsenz-Seminar zum Verhaltenskodex/zu den Regelungen zur Integrität für Beamtinnen und Beamte und zur Gesetzgebung unter Berücksichtigung von Korruptionsprävention, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Justiz, Hanoi
- Präsenz-Workshop zur Berufspraxis der Strafverteidigung, insbesondere bei ausländischen Mandanten, mit der Rechtsanwaltskammer Hanoi in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer, Hanoi
- Präsenz-Workshop zum Ausbau der Kompetenzen für Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger in Wirtschaftsstrafsachen mit der Justizakademie in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer, Hanoi
- Präsenz-Workshop zu Aspekten der Strafverfolgung und Aufsicht von Strafverfahren unter Einbeziehung menschenrechtlicher Garantien für weibliche und jugendliche Straftäter – einschließlich Vorgaben für Verhöre – mit der Obersten Volksstaatsanwaltschaft, Hanoi.
- Präsenz-Workshop zum Jugendstrafrecht unter Einbeziehung des Schulungsfilms „Raub einer Weste und seine Folgen – eine Hauptverhandlung im Jugendstrafverfahren“ mit dem Obersten Volksgericht in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Justiz, Hanoi
- Landesweite Konferenz (Präsenzformat) zum Jugendstrafrecht unter Einbeziehung des Schulungsfilms zum Jugendstrafverfahren mit dem Obersten Volksgericht; landesweite Übertragung an alle Gerichte mit ca. 11.000 erreichten Personen, Hanoi
- Studienreise nach Berlin zum Jugendstrafrecht mit den Schwerpunkten Beweisrecht, Prozessvertretung Minderjähriger und alternative Sanktionierung für die Justizakademie.

Aus- und Fortbildung

- Online-Training für die Justizakademie im Rahmen des Juristennachwuchsprogramms zur internationalen Integration: Managementfähigkeiten und Kanzleimarketing für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer

Ausblick

Mit der Verabschiedung eines neuen Arbeitsplans durch das deutsche und das vietnamesische Justizministerium wird die IRZ die bestehenden Beratungen fortsetzen. Themenschwerpunkte sollen wirtschaftsrechtliche Beratungen, Reformen in der Gerichtsorganisation, Tagungen zum Jugendstrafrecht, zu anwaltlicher Ethik sowie ein internationaler Erfahrungsaustausch zur perspektivischen Abschaffung der Todesstrafe sein.

Criminal and Penitentiary Law

- In-person seminar on the code of conduct/regulations on integrity for civil servants and on legislation, taking into account corruption prevention, with the Ministry of Justice in cooperation with the Federal Ministry of Justice of Germany, Hanoi
- In-person workshop on the professional practice of criminal defense, especially with foreign clients, with the Hanoi Bar Association in cooperation with the German Federal Bar, Hanoi
- In-person workshop to expand the skills of defense lawyers in white-collar criminal cases with the Judicial Academy in cooperation with the German Federal Bar, Hanoi
- Presence workshop on aspects of criminal prosecution and supervision of criminal proceedings including human rights guarantees for female and juvenile offenders – including guidelines for interrogations – with the Supreme People's Procuracy, Hanoi
- Presence workshop on juvenile criminal law including the training film "Robbery of a vest and its consequences – a main hearing in juvenile criminal proceedings" with the Supreme People's Court in cooperation with the Federal Ministry of Justice of Germany, Hanoi
- Nationwide conference (face-to-face format) on juvenile criminal law including the training film on juvenile criminal proceedings with the Supreme People's Court; nationwide broadcast to all courts with approx. 11,000 people reached, Hanoi
- Study trip to Berlin on juvenile criminal law with a focus on the law of evidence, representation of minors in court and alternative sanctions for the Judicial Academy

Basic and Further Training

- Online training for the Judicial Academy as part of the lawyer trainee programme on international integration: management skills and brand building and development for lawyers in cooperation with the German Federal Bar

Outlook

With the adoption of a new work plan by the German and Vietnamese Ministries of Justice, IRZ will continue its existing consultations. The focus will be on commercial law consultations, reforms in court organisation, conferences on juvenile criminal law, legal ethics and an international exchange of experience on the prospective abolition of the death penalty.



Bilaterales Projekt

„Hate Crime“ als rechtspolitische und gesellschaftliche Herausforderung.

Eine Kooperation der IRZ und des Bundesministeriums der Justiz mit dem rumänischen Justizministerium

„Hate Speech“ und „Hate Crime“ zählen zu den folgenreichsten Straftaten für eine Gesellschaft, da es um Handlungen geht, die auf Vorurteilen beruhen. Darauf haben anlässlich des 75. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vizepräsident der Europäischen Kommission wie auch der UN-Hochkommissar für Menschenrechte hingewiesen und eine stärkere Ahndung dieser Straftaten samt einem besseren Opferschutz angemahnt.

Im Jahr 2007 erließ die Europäische Union einen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (CNS/2001/0270). Demzufolge sind bestimmte Formen und Äußerungen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten strafbar, um diskriminierendes Verhalten und öffentliche Anstiftung zu Gewalt und Hass zu bekämpfen. Seither sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehalten, dies in der landeseigenen Gesetzgebung und Justizwesen umzusetzen.

Bilateral Project

„Hate crime“ as a persistent challenge for individual rights protection and society

A cooperation between IRZ and the Federal Ministry of Justice with the Romanian Ministry of Justice

Hate crimes rank among the most harmful crimes from the perspective of human rights and for society, as they consist of criminal actions resulting from prejudice. Commemorating the 75th anniversary of the Universal Declaration of Human Rights, both the Vice President of the European Commission and the UN High Commissioner for Human Rights, identified hate speech as a key factor within the current critical human rights situation. In many countries, these crimes still go unsanctioned, and victims do not receive adequate protection and support.

In 2007, the European Union issued a directive on combating racism and xenophobia (CNS/2001/0270). According to this directive, certain forms and expressions of racism and xenophobia are punishable by means of criminal law in all EU member states, to combat discriminatory behavior and public incitement to violence and hatred. Since then, the member states of the European Union have been required to implement this objective within the framework of their own legal and judicial systems.

Vom Justizministerium Rumäniens und der Deutschen Botschaft gewürdigte Kooperation mit dem Bundesministerium der Justiz und der IRZ (v.l.n.r.): Staatssekretär Mihai Pasca, Rumänisches Justizministerium, Dr. Anja Schoeller-Schletter, Projektbereichsleiterin der IRZ, Christian Plate, Deutsche Botschaft, Andrei Popescu, Generalstaatsanwaltschaft Rumänien, Dr. Christoph Hebbeker, Zentrale Anlaufstelle für Cybercrime, Nordrhein-Westfalen, Nadine Armbruster, Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen.

The cooperation on combatting „hate crime“ honored by the Romanian Ministry of Justice and the German Embassy (from left to right): State Secretary Mihai Pasca, Romanian Ministry of Justice, Dr Anja Schoeller-Schletter, Head of Section, IRZ, Christian Plate, German Embassy, Andrei Popescu, General Prosecutor's Office Romania, Dr Christoph Hebbeker, Central Office for Cyber Crime ZAC, North Rhine-Westphalia, Nadine Armbruster, Office of Criminal Investigation, North Rhine-Westphalia.



Konzeption

Im Kontext eines umfassenderen Reformprogramms ist in Rumänien die Justiz in den letzten Jahren verstärkt darum bemüht, wirksamer gegen Hasskriminalität vorzugehen. Dies geschieht vor dem Hintergrund europäischer Vorgaben, insbesondere zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Bestrebungen richten sich insbesondere auf die Bekämpfung von Hate Crime im Cyber-Bereich, um durch konsequentere Verfolgung derartiger Delikte das landeseigene Regelwerk stärker in Anwendung zu bringen.

Im Rahmen eines Treffens im Jahr 2022 haben die Justizminister Deutschlands und Rumäniens eine Kooperation im Bereich Hate Crime vereinbart. Die IRZ konnte hier in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Justiz (Joint Venture) Unterstützung leisten.

Der Beitrag der IRZ konzentrierte sich auf eine Förderung des Austauschs zwischen der Staatsanwaltschaft, Ermittlungsbeamtinnen und Ermittlungsbeamten sowie der Richterschaft zu Ahndungsmöglichkeiten und Opferschutz. Hierfür konzipierte die IRZ gemeinsam mit der rumänischen Staatsanwaltschaft und der Akademie für Richterausbildung eine Workshop-Reihe zum Thema „Hasskriminalität“. Mit Schwerpunkt auf die Praxis stand hier das Ziel einer verbesserten Identifizierung und Strafverfolgung insbesondere im Cyber-Bereich im Vordergrund, um diese im Einklang mit der europäischen Gesetzgebung zu fördern.

In Gegenwart von mehreren Staatssekretären des rumänischen Justizministeriums und der deutschen Botschaft in Bukarest kamen im März, Mai und Oktober 2023 mehr als 80 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter sowie Vertreterinnen und Vertreter anderer Justizeinrichtungen zusammen, um die wichtigsten Herausforderungen im Umgang mit Straftaten aufgrund von antisemitischen, homophoben und anderen diskriminierenden Vorurteilen zu erörtern. Anhand konkreter Fälle wurden die Rechtsgrundlagen für die Strafverfolgung, Indikatoren für Vorurteile, Arten von Beweisen und die Auslegung des Rechtsrahmens in ihrer Anwendung diskutiert.

Das rumänische Justizministerium brachte zum Ausdruck, zukünftig besonderes Augenmerk auf die Strafverfolgung von antisemitischen und Anti-LBTGQ+-Hassverbrechen zu legen.

Overall Concept

Within an encompassing program of modernization, the judiciary of Romania has reinforced efforts to take action against hate crime. As part of its efforts to implement European requirements, in particular the directive on combating racism and xenophobia, Romania is endeavoring to improve the application of the country's own implementation framework in the area of combating hate crime and to step up its efforts to prosecute such offenses.

At a meeting in 2022, the German and Romanian Minister of Justice agreed to cooperate in the area of combatting hate crime. As part of a joint venture with the Federal Ministry of Justice, IRZ supported the Romanian Ministry of Justice by facilitating an exchange of expertise.

Together with the Romanian Public Prosecutor's Office and Judicial Training Academy, the German Foundation for Legal Cooperation IRZ has designed a workshop series on the topic of "hate crime", aiming to improve identification and prosecution in line with EU requirements, especially in the area of cyber hate crime. Legal practitioners of both countries – judges, prosecutors, and police officers – discussed best practices and shared their experiences, including how to effectively deal with the concerned parties in court and how to best interact with victims.

Workshops in Bucharest were held in March, May and October 2023, in the presence of several state secretaries, heads of Romanian judicial institutions and the German Embassy in Bucharest. More than 80 prosecutors, police officers, judges and representatives of judicial institutions came to discuss key challenges in dealing with crimes based on anti-Semitic, homophobic, and related discriminatory prejudice. By means of specific cases, the legal basis for prosecution, ways of working with bias indicators, types of evidence, and procedure have been subject to joint analysis.

The Romanian Ministry of Justice has underlined its continuing efforts for improved prosecution specifically of anti-Semitic and anti-LBTGQ+ hate crime.



Multilaterale Programme

Konzeption

Die multilateralen Programme der IRZ setzen nicht am Reformstand der beteiligten Länder an, sondern verfolgen das Ziel, Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwendern aus verschiedenen juristischen Berufsfeldern mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern in einen Austausch über Fach- und Reformthemen zu bringen. Hierdurch können die Beteiligten nicht nur ihre eigenen Kompetenzen und Kenntnisse erweitern, sondern im besten Fall auch neue Impulse für mögliche Reformbereiche in ihrem heimischen Rechtssystem oder der Anwendungspraxis des Rechtsrahmens erhalten.

Bei den Hospitationsprogrammen, die die IRZ bereits kurz nach ihrer Gründung aufgelegt hat, kommt in besonderem Maß der Einblick in die Rechts- und Justizpraxis in Deutschland hinzu. Die Hospitierenden können in diesen Programmen einen unmittelbaren Eindruck bekommen, wie Gerichtsverhandlungen konkret ablaufen, wie die Prozessbeteiligten untereinander kommunizieren oder auch wie die Auseinandersetzung mit neueren Entwicklungen (beispielsweise Digitalisierung und Künstliche Intelligenz) in Deutschland erfolgt.

Nicht zuletzt verfolgen alle Formate das Ziel, langfristige länderübergreifende Netzwerke zu etablieren, sowohl innerhalb der jeweiligen Zielgruppen als auch häufig über die Berufsgruppen hinaus. Dieser Aspekt wird auch vonseiten der deutschen Beteiligten oft als besonders wertvoll hervorgehoben, da auch die gastgebenden Institutionen und Kanzleien in Deutschland über die Hospitierenden konkrete Ansprechpersonen in zahlreichen Ländern gewinnen. Seit mehreren Jahren bietet die IRZ zudem einige Programme in modifizierter Form in den Transfersprachen Englisch bzw. Französisch an, um auch Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwender ohne Deutschkenntnisse zu erreichen.

Traditionelle multilaterale Programme

Hospitationsprogramm für Notarinnen und Notare

Gemeinsam mit der Bundesnotarkammer führte die IRZ in der Zeit vom 25. Juni bis 11. Juli 2023 den nunmehr 20. Jahrgang des im Jahr 2000 ins Leben gerufenen Notarhospitationsprogramms durch. An der deutschsprachigen Veranstaltung nahmen fünf Notarinnen und Notare sowie sechs Notarassessorinnen und Notarassessoren aus Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechien, der Ukraine und Ungarn teil.

Im Rahmen eines einwöchigen Einführungsseminars standen die Rolle der Notarin bzw. des Notars in der vorsorgenden Rechtspflege in Deutschland, der Zugang zum Amt sowie Fragen zur berufsständischen Vertretung auf nationaler und internationaler Ebene im Fokus. Ferner wurden Themen wie Immobilienrecht, Kreditsicherung durch Grundpfandrechte, Geldwäscheprävention, Familien- und Erbrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht sowie Internationales Privatrecht in der notariellen Praxis erörtert und die Vorteile und Herausforderungen der Digitalisierung des Notariats diskutiert. In Ergänzung zu Vorträgen und Diskussionen besuchten die Teilnehmenden das Notariat Dr. Rabl und Dr. Gassen in Bonn, wo unter anderem Fragen der Büroorganisation thematisiert wurden.

Multilateral Programmes

Overall Concept

The multilateral programmes of IRZ are not based on the reform status of the participating countries, but rather pursue the goal of bringing legal practitioners from various legal professional fields into an exchange with colleagues from other countries on specialist and reform topics. In this way, the participants can not only expand their own skills and knowledge, but in the best case also receive new impulses for possible areas of reform in their domestic legal system or the application practice of the legal framework.

The work shadowing programmes, which IRZ launched shortly after it was founded, provide a special insight into legal and judicial practice in Germany. In these programmes, the interns can gain a direct impression of how court hearings actually take place, how the parties involved in the proceedings communicate with each other and how recent developments (such as digitalization and artificial intelligence) are dealt with in Germany.

Last but not least, all formats pursue the goal of establishing long-term transnational networks, both within the respective target groups and often beyond the professional groups. This aspect is also often emphasized as particularly valuable by the German participants, as the host institutions and law firms in Germany also gain concrete contact persons in numerous countries through the guest students. For several years, IRZ has also been offering some programmes in a modified form in the transfer languages English and French in order to reach legal practitioners without any knowledge of German.

Traditional multilateral programmes

Internship programme for notaries

From 25 June to 11 July 2023, IRZ and the German Federal Chamber of Notaries organised the 20th year of the notary internship programme, which was launched in 2000. Five notaries and six notary assessors from Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Poland, Romania, the Czech Republic, Ukraine and Hungary took part in the German-language event.

A one-week introductory seminar focused on the role of the notary in non contentious administration of justice in Germany, on how candidates are appointed notaries and on issues relating to professional representation at national and international level. Furthermore, topics such as real estate law, loan secured by mortgage, preventing money laundering, family and inheritance law, commercial and corporate law and private international law in notarial practice were discussed, as well as the advantages and challenges of the digitalization of the notary's office. In addition to lectures and discussions, the participants visited the notary's office of Dr Rabl and Dr Gassen in Bonn, where issues such as office organization were discussed.



Gemeinsamer Besuch des Bundestages in Berlin während der 5-tägigen Lehrveranstaltung für Juristinnen und Juristen aus der Region des Nahen Ostens.

Joint visit to the Bundestag in Berlin during the 5-day course for lawyers from the Middle East region.

Im Anschluss an diese Einführungswoche absolvierten die Gäste einen einwöchigen Hospitationsaufenthalt in einem deutschen Notariat. Dort hatten sie Gelegenheit, den Berufsalltag ihrer deutschen Kolleginnen und Kollegen näher kennenzulernen und sich fachlich intensiv auszutauschen.

Abschließend kehrten die Hospitierenden zu einem eintägigen Auswertungsseminar nach Bonn zurück. Für die Gäste war insbesondere die Praxisphase eine sehr wertvolle fachliche Erfahrung und auch in menschlicher Hinsicht in hohem Maße bereichernd.

Hospitationsprogramm für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

Zwischen dem 27. August und dem 28. September 2023 führte die IRZ gemeinsam mit der Bundesrechtsanwaltskammer und dem Deutschen Anwaltverein das multilaterale deutschsprachige Hospitationsprogramm für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte durch. Dieser 29. Jahrgang bestand aus zwölf Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten aus elf verschiedenen Ländern.

Erstmals fand im Berichtsjahr die Einführungswoche der Hospitation in Berlin statt, wofür die Bundesrechtsanwaltskammer und der Deutsche Anwaltverein ihre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hatten. Die Hospitierenden erhielten durch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesrechtsanwaltskammer und des Deutschen Anwaltvereins sowie durch praktizierende Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte einen Einblick unter anderem in das anwaltliche Berufsrecht, die anwaltliche Selbstverwaltung, das Vertrags- und Unternehmensrecht, die internationale Schiedsgerichtsbarkeit, das Familienrecht, in das Beschwerdeverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und die Auswirkungen der Urteile auf die nationalen Rechtsordnungen. Einen ersten Einblick in die Praxis der deutschen Justiz brachte ein Besuch des Landgerichts Berlin, bei dem die Rolle der Richterschaft dargestellt und über den Ablauf eines Mediationsverfahrens informiert wurde.

Following this introductory week, the guests completed a one-week internship in a German notary's office. There, they had the opportunity to get to know their German colleagues' day-to-day work and to engage in an intensive professional exchange. Finally, the interns returned to Bonn for a one-day evaluation seminar. For the guests, the practical phase in particular was a very valuable professional experience and also highly enriching on a personal level.

Internship programme for lawyers

Between 27 August and 28 September 2023, IRZ, together with the German Federal Bar and the German Bar Association, conducted the multilateral German-language internship programme for lawyers. This 29th year consisted of twelve lawyers from eleven different countries.

For the first time, the introductory week of the internship programme took place in Berlin in the reporting year, for which the German Federal Bar and the German Bar Association made their premises available. Representatives of the German Federal Bar and the DAV German Bar Association as well as practising lawyers gave the interns an insight into, among other things, the legal professional law, the system of self-regulation of lawyers, contract and corporate law, international arbitration, family law, the complaints procedure before the European Court of Human Rights and the impact of judgments on national legal systems. A visit to the Berlin Regional Court provided an initial insight into the practice of the German judiciary, during which the role of the judiciary was presented and information was provided on the process of a mediation procedure.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hospitationsprogramms für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte beim Einführungsseminar in Berlin.

Participants in the internship programme for lawyers at the introductory seminar in Berlin.



An die Einführungswoche schloss sich für die Hospitantinnen und Hospitanten eine dreiwöchige Hospitationsphase in einer Anwaltskanzlei an. Dort hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, die Arbeit der deutschen Rechtsanwaltschaft kennenzulernen. Nicht zuletzt aufgrund der mehrwöchigen Hospitationszeit wurden die Hospitantinnen und Hospitanten sehr intensiv in die Arbeit der jeweiligen Kanzlei eingebunden, konnten sich vertieft in Verfahren einarbeiten, nahmen an Mandantengesprächen und Gerichtsverhandlungen teil und standen in regem fachlichem Austausch mit den deutschen Kolleginnen und Kollegen. Auch die betreuenden Kanzleien schätzten den Aufenthalt der Hospitantinnen und Hospitanten als gewinnbringend ein, in einigen Fällen ist eine zukünftige Zusammenarbeit beabsichtigt.

Im Rahmen des eintägigen Auswertungsseminars in Bonn brachten die Teilnehmenden ein sehr positives Feedback zum Ausdruck. Sie empfanden insbesondere den länderübergreifenden Austausch mit den deutschen Anwältinnen und Anwälten sowie mit den Hospitationskolleginnen und Hospitationskollegen als sehr hilfreich für ihre eigene Arbeit und beabsichtigen, diese Kontakte auch zukünftig beizubehalten.

Multilaterales Hospitationsprogramm für deutschsprachige Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter

Die IRZ bietet gemeinsam mit dem Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen sowie den Landesjustizverwaltungen seit 2013 im Zweijahresturnus ein Hospitationsprogramm für Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter mit guten Deutschkenntnissen an.

Nachdem das Programm 2021 pandemiebedingt ausfallen musste, konnte es im Berichtsjahr in der Zeit vom 24. Oktober bis 7. November durchgeführt werden. Es nahmen neun Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter aus Bulgarien, Georgien, Polen, Tschechien und Ungarn teil.

The introductory week was followed by a three-week practical phase in a law firm. There, the participants had the opportunity to get to know the work of the German legal profession. Not least due to the internship period of several weeks, the interns were very intensively involved in the work of the respective law firm, were able to familiarize themselves in depth with proceedings, took part in client meetings and court hearings and were in lively professional exchange with their German colleagues. The supervising law firms also rated the interns' stay as beneficial, and in some cases future cooperation is planned.

During the one-day evaluation seminar in Bonn, the participants gave very positive feedback. In particular, they found the international exchange with the German lawyers and their fellow interns very helpful for their own work and intend to maintain these contacts in the future.

Multilateral internship programme for German-speaking administrative judges

Together with the Association of German Administrative Judges and the Federal State Justice Administrations, IRZ has been offering a biennial internship programme for administrative judges with a good command of German since 2013.

After the programme had to be cancelled in 2021 due to the pandemic, it was held in the reporting year from 24 October to 7 November. Nine administrative judges from Bulgaria, Georgia, Poland, the Czech Republic and Hungary took part.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hospitationsprogramms für deutschsprachige Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter am Rhein in Koblenz.

Participants in the internship programme for German-speaking administrative judges in front of the Rhine river in Koblenz.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hospitationsprogramms für Notarinnen und Notare bzw. Notarassessorinnen und Notarassessoren in Bonn mit Frau Dr. Sophie Nordhues, Bundesnotarkammer (vorne rechts).

Participants in the internship programme for notaries and notary assessors in Bonn with Dr Sophie Nordhues, Federal Chamber of Notaries (front right).



Seminar zu Soft Skills für Juristinnen und Juristen mit Dr. Arnd Weishaupt, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf (mittig im Bild).

Seminar on soft skills for judges with Dr Arnd Weishaupt, Presiding Judge at the Düsseldorf Higher Regional Court (centre).

Multilaterale Programme

In einem dreitägigen Einführungsseminar in Bonn erhielten die Teilnehmenden einen ersten Überblick über das deutsche Verwaltungsrecht, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, den Verwaltungsprozess, die Gerichtsorganisation, das Richterrecht und die Berufsverbände. Den Abschluss bildete ein Besuch beim Oberverwaltungsgericht Koblenz.

Im Anschluss an das Einführungsseminar reisten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einer einwöchigen Praxisphase in ihre jeweiligen Hospitationsorte. Die fachlichen Betreuerinnen und Betreuer vor Ort, von denen manche auch Gastgeberin und Gastgeber der Hospitantinnen und Hospitanten waren, hatten – teilweise in Zusammenarbeit mit der Landesjustizverwaltung – für ihren Gast ein vielfältiges Fachprogramm zusammengestellt. Somit konnten die Hospitierenden die Gelegenheit wahrnehmen, die Arbeitsweise der Gerichte kennenzulernen, an Gerichtsverhandlungen, Besprechungen und Sitzungen teilzunehmen sowie sich mit den deutschen Kolleginnen und Kollegen zu Rechtsfragen intensiv auszutauschen.

Im abschließenden Auswertungsseminar in Bonn brachten die Hospitantinnen und Hospitanten zum Ausdruck, dass der Einblick in die deutsche Justiz sowie der rechtsvergleichende Austausch sowohl mit den deutschen und ausländischen Kolleginnen und Kollegen wichtige Erkenntnisse ermöglichte und ihnen Impulse für ihre berufliche Zukunft gab.

Hospitationsprogramm für englischsprachige Zivil- und Handelsrichterinnen und Zivil- und Handelsrichter

In der Zeit vom 21. November bis 5. Dezember 2023 führte die IRZ gemeinsam mit dem Deutschen Richterbund und den Landesjustizverwaltungen das Hospitationsprogramm für englischsprachige Zivil- und Handelsrichterinnen und Zivil- und Handelsrichter durch.

Der Teilnehmerkreis des 6. Jahrgangs dieses Programms setzte sich aus insgesamt elf Richterinnen und Richtern aus Albanien, Armenien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Jordanien, Kasachstan, Kosovo, Nordmazedonien und der Ukraine zusammen.

Die Teilnehmenden erhielten in einem dreitägigen Einführungsseminar in Bonn einen Überblick über das deutsche Zivilrecht, das Zivilprozessrecht, die gerichtsinterne Mediation, das Verhältnis der nationalen Gerichtsbarkeit zum Europäischen Gerichtshof sowie über das Richterrecht nebst Richteraus- und -fortbildung.

In Kleingruppen von jeweils drei Personen konnten die Teilnehmenden sodann an verschiedenen Gerichten eine Woche lang an Verhandlungen und Sitzungen teilnehmen. Die sie betreuenden deutschen Kolleginnen und Kollegen standen den Hospitierenden zu Fachgesprächen vor Ort zur Verfügung, sodass ein reger Austausch zustande kam, der sowohl von den Hospitierenden als auch von den deutschen Kolleginnen und Kollegen als bereichernd empfunden wurde.

Im Anschluss an die Praxisphase fand noch das abschließende Auswertungsseminar in Bonn statt, bei dem die Teilnehmenden sich sehr positiv über die gemachten Erfahrungen und ihre neu geknüpften Kontakte äußerten und beides als wertvoll für ihre weitere berufliche Tätigkeit im Heimatland ansahen.

Multilateral Programmes

In a three-day introductory seminar in Bonn, the participants were given an initial overview of German administrative law, administrative jurisdiction, the administrative process, court organization, judges' law and professional associations. The seminar concluded with a visit to the Higher Administrative Court in Koblenz.

Following the introductory seminar, the participants traveled to their respective internship locations for a one-week practical phase. The local specialist supervisors, some of whom also hosted the interns, had put together a varied specialist programme for their guests – partly in cooperation with the Federal State Justice Administration. This gave the interns the opportunity to get to know how the courts work, to take part in court hearings, discussions and meetings and to engage in intensive discussions with their German colleagues on legal issues.

In the final evaluation seminar in Bonn, the interns expressed that the insight into the German judiciary and the comparative legal exchange with the German colleagues as well as the foreign colleagues provided important insights and gave them impetus for their professional future.

Internship programme for English-speaking civil and commercial judges

From 21 November to 5 December 2023, IRZ, together with the German Association of Judges and the Federal State Judicial Administrations, ran the internship programme for English-speaking civil and commercial judges. The participants of the 6th year of this programme consisted of a total of eleven judges from Albania, Armenia, Bosnia and Herzegovina, Georgia, Jordan, Kazakhstan, Kosovo, North Macedonia and Ukraine.

During a three-day introductory seminar in Bonn, the participants were given an overview of German civil law, civil procedural law, internal court mediation, the relationship between national jurisdiction and the European Court of Justice, as well as the law governing judges and the legal education and further training of judges.

In small groups of three people each, the participants were then able to take part in hearings and meetings at various courts for a week. The German colleagues supervising them were available to the interns for technical discussions on site, resulting in a lively exchange that was perceived as enriching by both the trainees and their German colleagues. Following the practical phase, the final evaluation seminar took place in Bonn, at which the participants were very positive about the experience they had gained and the new contacts they had made, and considered both to be valuable for their future professional activities in their home country.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hospitationsprogramms für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte beim Auswertungsseminar in Bonn mit den Teilnehmerzertifikaten.

Participants in the internship programme for lawyers at the evaluation seminar in Bonn with the certificates of participation.

Schwerpunkt „Fortbildungsprogramm Naher Osten“

Vor dem Hintergrund der nachhaltigen Förderung der internationalen rechtlichen Zusammenarbeit mit den IRZ-Partnerstaaten und insbesondere der Unterstützung des juristischen Nachwuchses aus dem Nahen Osten konzipierte die IRZ im Jahr 2016 eine Seminarreihe speziell für arabischsprachige geflüchtete Juristinnen und Juristen, die sie seitdem jährlich durchführt. Der Kreis der Teilnehmenden wurde sukzessive erweitert. Hintergrund und Ziel des Fortbildungsprogramms ist es, einen Beitrag zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration der Zielgruppe in Deutschland zu leisten.

Zweitägige Online-Seminarreihe zum Thema „Staatsangehörigkeitsrecht und Einbürgerungsverfahren“

Da migrationsrechtlich relevante Themen wie das Staatsangehörigkeits-, Aufenthalts- und Asylrecht sowie das allgemeine Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrecht für die Juristinnen und Juristen aus dem Nahen Osten besonders wichtig sind, konzipierte die IRZ 2023 eine Seminarreihe speziell zu diesen juristischen Feldern.

Der erste Teil fand im April 2023 zum Thema „Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrecht“ statt. Es wurden unter anderem die Handlungsformen der Verwaltung, insbesondere der Verwaltungsakt und seine Bekanntgabe, die Differenzierung zwischen Tatbestand und Rechtsfolge

Focus on the “Middle East training programme”

Against the backdrop of the sustainable promotion of international legal cooperation with IRZ partner states and, in particular, the support of young legal professionals from the Middle East, IRZ designed a series of seminars in 2016 specifically for Arabic-speaking refugee lawyers, which it has held annually ever since. The circle of participants has been successively expanded. The background and aim of the training programme is to contribute to the social and professional integration of the target group in Germany.

Two-day online seminar series on the topic of “Citizenship law and naturalization procedures”

As topics relevant to migration law such as citizenship, residence and asylum law as well as general administrative and administrative procedural law are particularly important for lawyers from the Middle East, IRZ 2023 designed a series of seminars specifically on these legal fields.

The first part took place in April 2023 on the topic of “Administrative and administrative procedural law”. Among other things, it dealt with the forms of administrative action, in particular the administrative act and its notification, the differentiation between the facts and legal consequences of a norm, binding decisions and discretionary decisions, as well as actions

Multilaterale Programme

einer Norm, die gebundenen Entscheidungen und die Ermessensentscheidungen sowie die Anfechtungs- und Verpflichtungsklage (insbesondere in Form der Untätigkeitsklage) behandelt. Den zweiten Teil der Seminarreihe hielt die IRZ im September zum Thema Staatsangehörigkeitsrecht und Einbürgerungsverfahren ab. Hierbei informierten sich die Teilnehmenden über das Staatsangehörigkeitsrecht, die Ermessenseinbürgerung und die Anspruchseinbürgerung, die Tatbestandsvoraussetzungen und die geplante Einbürgerungsreform, die 2024 in Kraft treten soll.

Online-Seminar „Einführung in den Menschenrechtsschutz“

Am 9. Juni 2023 fand das Online-Seminar „Einführung in den Menschenrechtsschutz“ statt, bei dem die Teilnehmenden das internationale Menschenrechtsschutzsystem und dessen Umsetzung in Europa und Deutschland kennenlernten. Außerdem wurden verschiedene Mechanismen zur Kontrolle der Einhaltung von internationalen Menschenrechtsverpflichtungen besprochen. Seminare wie diese sollen außerdem den (potenziellen) künftigen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern – im Falle einer Rückkehr in ihre Heimatländer – helfen, das erworbene Wissen für den Aufbau des Rechtsstaats zu verwenden.

Fünftägige Lehrveranstaltung für Juristinnen und Juristen aus dem Nahen Osten in Berlin

Vom 31. Juli bis zum 4. August 2023 hieß die IRZ 16 Juristinnen und Juristen aus dem Nahen Osten in Berlin willkommen. Während der fünftägigen Präsenzveranstaltung wurden neue Kenntnisse im Bereich des Arbeitsrechts, des Aufenthalts- und Asylrechts sowie zu den Grundprinzipien eines funktionierenden Rechtsstaates und Soft Skills für Juristinnen und Juristen vermittelt. Die Gruppe besuchte zudem den deutschen Bundestag und führte ein Fachgespräch mit einem Referenten aus einem Abgeordnetenbüro.

Neben den Fachvorträgen lag in diesem Jahr ein besonderer Fokus auf der beruflichen Orientierung. So organisierte die IRZ ein Fachgespräch mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesministerium der Justiz zu möglichen Berufschancen für die Gruppe. Zusätzlich durchliefen die Teilnehmenden ein Bewerbungstraining und konnten sich individuelles Feedback zu ihren Lebensläufen einholen.

Hospitation für Juristinnen und Juristen aus der Region des Nahen Ostens

Auch im Jahr 2023 konnten acht ausgewählte Teilnehmende die Möglichkeit einer Hospitation in einer Anwaltskanzlei, einer Rechtsabteilung eines Unternehmens oder einer Behörde, wie beispielsweise dem Bundesministerium der Justiz, nutzen. Je nach Interessensgebiet absolvierten die Hospitierenden ihr Praktikum in den Fachbereichen Asyl-, Arbeits-, Familien- und Handelsrecht.

Alle Veranstaltungen wurden aus Mitteln der institutionellen Zuwendung des Bundesministeriums der Justiz finanziert.

Multilateral Programmes

for rescission and actions to enforce obligations (in particular in the form of actions for failure to act). The second part of the seminar series was held by IRZ in September on the subject of citizenship law and naturalization procedures. Participants learned about citizenship law, discretionary naturalization and eligibility for naturalization, the requirements for naturalization and the planned naturalization reform, which is due to come into force in 2024.

Online seminar “Introduction to the protection of human rights”

On June 9, 2023, the online seminar “Introduction to human rights protection” took place, in which participants learned about the international human rights protection system and its implementation in Europe and Germany. Various mechanisms for monitoring compliance with international human rights obligations were also discussed. Seminars such as these are also intended to help (potential) future decision-makers – in the event of a return to their home countries – to use the knowledge they have acquired to establish the rule of law.

Five-day course for lawyers from the Middle East in Berlin

From July 31 to August 4, 2023, IRZ welcomed 16 lawyers from the Middle East to Berlin. During the five-day in-person event, new knowledge was imparted in the areas of employment law, residence and asylum law as well as the basic principles of a functioning constitutional state and soft skills for lawyers. The group also visited the German Bundestag and had an expert discussion with a speaker from a member of parliament’s office.

In addition to the specialist lectures, this year there was a particular focus on professional orientation. IRZ organized an expert discussion with the Federal Office for Migration and Refugees and the Federal Ministry of Justice on possible career opportunities for the group. In addition, the participants underwent job application training and were able to obtain individual feedback on their CVs.

Work shadowing for lawyers from the Middle East region

In 2023, eight selected participants were also able to take advantage of the opportunity to work shadow in a law firm, a legal department of a company or a public authority, such as the Federal Ministry of Justice. Depending on their area of interest, the interns completed their internship in the specialist areas of asylum, employment, family and commercial law.

All events were funded by the institutional grant from the Federal Ministry of Justice.

Sitzungen des Kuratoriums und der Mitgliederversammlung

66. Kuratoriumssitzung am 19. Juni 2023 in Berlin

- Der Präsident drückt seine Betroffenheit über den andauernden Krieg in der Ukraine aus. Die Unterstützung des Landes sowie Moldaus und Georgiens bleibe wichtiger denn je. Deshalb dankt er dem Deutschen Bundestag für die zur Verfügung gestellte Sondermittel.
- Bericht des Präsidenten unter anderem über die
 - Umsetzung einer großen Fachveranstaltung mit der Ukraine im Bundesministerium der Justiz zu den Herausforderungen, Rechtsfragen und Verfahren im Rahmen der Aufklärung von Kriegsverbrechen
 - Fortsetzung des Deutsch-Vietnamesischen Rechtsstaatsdialogs mit insgesamt rund 130 Maßnahmen und einem Volumen von rund 1,4 Mio. Euro, die die IRZ seit 2010 umgesetzt hat
 - Produktion eines Lehrfilms; Untertitelung in mehrere Sprachen
- Beschluss über die aktualisierten Richtlinien für die Tätigkeit der IRZ zur Stärkung von vulnerablen Gruppen und der Themen „Gleichstellung“ sowie „Frauenrechte“ – auch im Hinblick auf Korruptionsbekämpfung
- Bericht des Beirats „Recht und wirtschaftliche Transformation“, insbesondere über die neu entwickelte Matrix, um mit diesem Instrument eine inhaltliche Auseinandersetzung über fachliche Arbeitsschwerpunkte mit der Wirtschaft zu ermöglichen
- Bericht über Tätigkeitsschwerpunkte der IRZ im laufenden Geschäftsjahr
- Billigung des Entwurfs des Jahresberichts 2022

67. Kuratoriumssitzung und 32. Mitgliederversammlung am 6. November 2023 in Berlin

- Der Präsident bringt seine Betroffenheit über den Krieg im Nahen Osten mit schweren Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten zum Ausdruck.
- Bericht des Präsidenten über:
 - Vom Deutschen Bundestag bereitgestellten Sondermittel für die Zusammenarbeit mit der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien
 - Trilaterale Studienreise in Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen im Juni 2023 zu den Themen Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und organisierter Kriminalität
 - Besuch einer Delegation im August 2023 unter anderem aus der Ukraine zu Fragen der Unabhängigkeit der Justiz
 - VI. Konferenz der parlamentarischen Rechtsausschüsse am 21. und 22. September 2023 mit insgesamt 50 Teilnehmenden; Themenschwerpunkte: „EU-Harmonisierung, parlamentarische Verfahren, Korruptionsprävention und Unabhängigkeit der Justiz“
- Verabschiedung der ausgeschiedenen Kuratoriums- und Vereinsmitglieder
- Turnusmäßige Verabschiedung der Hauptgeschäftsführerin, Frau Dr. Frauke Bachler
- Bestellung von Frau Alexandra Albrecht zur neuen Hauptgeschäftsführerin und zum neuen Vorstandsmitglied nach § 26 Absatz 1 Nr. 2 der Satzung
- Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Geschäftsberichts 2022 des Vereinsvorstands
- Beschlussfassung über die Entlastung des Vereinsvorstands für das Geschäftsjahr 2022
- Bericht über den aktuellen Stand des Wirtschaftsplans 2024 und Erläuterung des Entwurfs des Wirtschaftsplans 2025; Stellungnahme des Betriebsrats der IRZ zum Wirtschaftsplan 2024
- Beschlussfassung über den Entwurf des Wirtschaftsplans 2025
- Bericht über die Tätigkeitsschwerpunkte der IRZ im laufenden Geschäftsjahr

Meetings of the Board of Trustees and General Meetings

66th Meeting of the Board of Trustees, 19 June 2023, Berlin

- The President expressed his dismay at the ongoing war in Ukraine. Support for the country as well as for Moldova and Georgia remains more important than ever. He therefore thanked the German Bundestag for the special funds made available.
- Report of the Presidents on, among other things
 - Realisation of a major specialist event with the Ukraine at the Federal Ministry of Justice on the challenges, legal issues and procedures involved in investigating war crimes
 - Continuation of the German-Vietnamese Rule-of-Law Dialogue with a total of around 130 measures and a volume of around 1.4 million euros which IRZ has implemented since 2010
 - Production of an educational film; subtitling in several languages
- Resolution on the updated guidelines for the activities of IRZ to strengthen vulnerable groups and the topics of “gender equality” and “women’s rights” – also with regard to combating corruption
- Report of the “Law and Economic Transformation” Advisory Board, in particular on the newly developed matrix to enable a substantive analysis on specialised areas of focus of the economy with this instrument
- Report on IRZ’s main areas of activity in the current financial year
- Approval of the draft annual report for 2022

67th Meeting of the Board of Trustees and 32st General Meeting on 6 November 2023 in Berlin

- The President expresses his dismay at the war in the Middle East with serious human rights violations on both sides.
- Report of the Presidents on, among other things:
 - Special funds provided by the German Bundestag for cooperation with Ukraine, the Republic of Moldova and Georgia
 - Trilateral study trip in cooperation with the Ministry of Justice of the State of North Rhine-Westphalia in June 2023 on the topics of combating corruption, money laundering and organised crime
 - Visit by a delegation in August 2023, including from Ukraine on issues relating to Independence of the judiciary
 - VI Conference of Parliamentary Committees on Legal Affairs on 21 and 22 September 2023 with a total of 50 participants; main topics: “EU harmonisation, parliamentary procedures, prevention of corruption and independence of the judiciary”
- Farewell to departing members of the Board of Trustees and Association members
- Regular farewell to the General Director, Dr Frauke Bachler
- Appointment of Alexandra Albrecht as the new General Director and new member of the Executive Board in accordance with Section 26 para. 1 no. 2 of the Statutes
- Approval of the annual financial statements for 2022 and the business report for 2022 of the Board of the Association
- Adoption of a resolution acknowledging the performance of duties by the Board of the Association for the financial year 2022
- Report on the current status of the economic plan for 2024 and adoption of a resolution on the draft economic plan for 2025; Statement by the IRZ Works Council on the 2024 business plan
- Resolution on the draft business plan for 2025
- Report on IRZ’s main areas of activity in the current financial year

Veränderungen im Bestand der Vereinsmitglieder

Ausgeschieden ist:

- Herr Prof. Dr. Michael Bohlander

Veränderungen im Bestand der Kuratoriumsmitglieder

Ausgeschieden sind:

- Frau Dr. Franziska Brantner, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
- Herr Dr. Rudolf Teuwsen, Ministerialrat im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Neue oder erneut benannte Mitglieder

nach § 27 Absatz 1 Nr. 1 bis Nr. 8 der Satzung

- Frau Tania von Uslar-Gleichen, Ministerialdirektorin im Auswärtigen Amt, Völkerrechtsberaterin und Abteilungsleiterin Recht
- Frau Dr. Kirsten Scholl, Ministerialdirektorin, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
- Frau Eva-Maria Meyer, Ministerialdirigentin, Bundesministerium für Finanzen

Neu gewählte Mitglieder

nach § 27 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 der Satzung

- Herr Richard Bock, Justizrat, Notar a.D., Generalbevollmächtigter der Bundesnotarkammer für internationale Angelegenheiten
- Frau Dr. Birgit Grundmann, Rechtsanwältin, Staatssekretärin a.D.
- Frau Edith Kindermann, Rechtsanwältin und Notarin, Präsidentin des Deutschen Anwaltvereins e.V.
- Frau Christiane Knoop, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Berlin, Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen
- Herr Joachim Lüblinghoff, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Hamm, Co-Vorsitzender des Deutschen Richterbunds e.V.
- Frau Ramona Pisal, Präsidentin des Landgerichts Potsdam i. R., Deutscher Juristinnenbund e.V.
- Herr Dr. Christian Rupp, Präsident des Deutschen Notarvereins e.V.
- Herr Dr. Ulrich Wessels, Rechtsanwalt und Notar, Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer

Drittmittel und Spenden

Neben der institutionellen Zuwendung durch das Bundesministerium der Justiz und den Projektförderungen durch das Auswärtige Amt führte die IRZ weitere Projekte aus Drittmitteln, im Wesentlichen aus Projektmitteln der Europäischen Kommission, durch.

Außerdem erhielt die IRZ zweckgebundene Spenden von folgenden Institutionen:

Bundesnotarkammer, Bundesrechtsanwaltskammer, Verlag C.H.BECK, Deutsche Industrie- und Handelskammer, Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit, Deutscher Anwaltverein, Landesjustizverwaltungen, Verband deutscher Pfandbriefbanken

Changes to current membership

Departing member:

- Prof Dr Michael Bohlander

Changes of current membership of the Board of Trustees

Departing members:

- Dr Franziska Brantner, Member of the German Bundestag, Parliamentary State Secretary, Federal Ministry for Economic Affairs and Climate Protection
- Dr Rudolf Teuwsen, Undersecretary, Federal Ministry for Economic Cooperation and Development

New or reappointed members

pursuant to Section 27 para. 1 sentence 1 no. 1–8 of the Statutes:

- Tania von Uslar-Gleichen, Director General, Federal Foreign Office, International Law Advisor and Head of the Legal Department
- Dr Kirsten Scholl, Director General, Federal Ministry for Economic Affairs and Climate Protection
- Frau Eva-Maria Meyer, Director, Federal Ministry of Finance

Newly elected members

pursuant to Section 27 para. 1 sentence 1 no. 2 of the Statutes:

- Richard Bock, Justizrat, former notary, chief representative for international affairs at the Federal Chamber of Notaries
- Dr Birgit Grundmann, lawyer, former State Secretary
- Edith Kindermann, lawyer and notary, President of the German Bar Association e.V.
- Christiane Knoop, Presiding Judge at the Administrative Court of Berlin, Association of German Judges for Administrative Law
- Joachim Lüblinghoff, Presiding Judge at the Hamm Higher Regional Court, co-chairman of the German Association of Judges
- Ramona Pisal, President of the Potsdam Regional Court (retired), German Women Lawyers Association
- Dr Christian Rupp, President of the German Association of Notaries e.V.
- Dr Ulrich Wessels, lawyer, President of the German Federal Bar

Third-party funds and donations

In addition to the institutional funding from the Federal Ministry of Justice and the project funding from the Federal Foreign Office, IRZ carried out further projects with third-party funds, mainly from project funds from the European Commission.

IRZ also received earmarked donations from the following institutions: Federal Chamber of Notaries, German Federal Bar, Publishing House C.H.BECK, German Chamber of Commerce and Industry, German Institution of Arbitration, German Bar Association, State Administrations of Justice, Association of German Pfandbrief Bank



Präsident

Benjamin Strasser

MdB, Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Justiz



Vizepräsidentin und Vizepräsident

Ramona Pisal

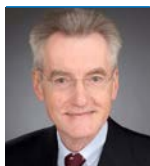
Präsidentin des Landgerichts Potsdam i.R.,
Deutscher Juristinnenbund e.V.



Prof. Dr. Stephan Wernicke

Chefjustitiar und Leiter Bereich Recht, Deutsche
Industrie- und Handelskammer, Berlin

Weitere Mitglieder des Kuratoriums / Other Members of the Board of Trustees



Richard Bock

Justizrat, Notar a.D.,
Generalbevollmächtigter der
Bundesnotarkammer für
internationale Angelegenheiten



Joachim Lüblinghoff

Vorsitzender Richter am
Oberlandesgericht Hamm,
Co-Vorsitzender des Deutschen
Richterbunds e.V.



Dr. Kirsten Scholl

Ministerialdirektorin, Bundes-
ministerium für Wirtschaft und
Klimaschutz



Prof. Dr. Helge Braun

MdB, Vorsitzender des
Haushaltsausschusses des
Deutschen Bundestages



Prof. Dr. Katharina Lugani

Lehrstuhl für deutsches,
europäisches und internationales
Privat- und Verfahrensrecht,
Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-
Universität Düsseldorf



Oliver J. Süme

Rechtsanwalt,
Vorstandsvorsitzender,
eco – Verband der Internet-
wirtschaft e.V.



Dr. Daniela Brückner

Staatssekretärin des Ministeriums
der Justiz des Landes Nordrhein-
Westfalen



Eva Maria Meyer

Ministerialdirigentin,
Bundesministerium der Finanzen



Björn Tschöpe

Staatsrat, Die Senatorin für Justiz
und Verfassung der Freien
Hansestadt Bremen



Dirk Feuerberg

Staatssekretär, Senatsverwaltung
für Justiz und Verbraucherschutz
Berlin



Dr. Heike Neuhaus

Ministerialdirektorin,
Bundesministerium der Justiz



Tanja von Uslar-Gleichen

Ministerialdirektorin,
Auswärtiges Amt



Dr. Birgit Grundmann

Staatssekretärin a. D.,
Rechtsanwältin, BERBURG
Steinmeyer Kamps Willing &
Partner Rechtsanwälte mbB,
Berlin



Prof. Dr. Ralf Poscher

Direktor Max-Planck-Institut zur
Erforschung von Kriminalität,
Sicherheit und Recht, Abteilung
Öffentliches Recht



Dr. Ulrich Wessels

Rechtsanwalt und Notar, Präsident
der Bundesrechtsanwaltskammer



Edith Kindermann

Rechtsanwältin und Notarin,
Präsidentin des Deutschen
Anwaltvereins e.V.



Dr. Angela Reitmaier

Expertin Internationale
Antikorruptionsabkommen,
Transparency International
Deutschland e.V.



Martin Wimmer

Unterabteilungsleiter,
Bundesministerium für wirtschaft-
liche Zusammenarbeit und
Entwicklung



Christiane Knoop

Vorsitzende Richterin am
Verwaltungsgericht Berlin, Bund
Deutscher Verwaltungsrichter und
Verwaltungsrichterinnen



Dr. Christian Rupp

Notar, Präsident des Deutschen
Notarvereins e.V.



Elisabeth Winkelmeier-Becker

MdB, Vorsitzende des Rechts-
ausschusses des Deutschen
Bundestages

Beirat „Recht und wirtschaftliche Transformation“

In seiner Sitzung am 16. November 2020 hat das Kuratorium der IRZ gemäß § 32 Satz 1 der Satzung die Berufung eines Beirats „Recht und wirtschaftliche Transformation“ beschlossen. Ziel des Beirats ist es, die Rolle der IRZ in den aktuellen Transformationsprozessen zur sozialen Marktwirtschaft langfristig zu stärken und neue Mitglieder aus Verbänden und Wirtschaft für die IRZ zu gewinnen.

Der Beirat berät unter Einbeziehung auch externen Sachverständs die IRZ zu ihrer Rolle in aktuellen Transformationsprozessen in ausländischen Staaten mit dem Fokus auf die Unterstützung von Reformvorhaben zur sozialen Marktwirtschaft und alle wirtschaftlichen Aspekte der Stärkung der Rechtsstandorte, insbesondere auch im Hinblick auf Projektauswahl und -gestaltung. Er unterbreitet Vorschläge zur Verwirklichung und Umsetzung des Ziels der Förderung der sozialen Marktwirtschaft.

Advisory Council for “Law and Economic Transformation”

At its meeting on 16 November 2020, the IRZ Board of Trustees resolved to appoint an Advisory Council for “Law and Economic Transformation” in accordance with § 32 sentence 1 of the Statutes. The aim of the Advisory Council will be to strengthen the role of IRZ in the long term to a social market economy in the current transformation processes, and to attract new members from associations and business to IRZ.

The Advisory Council, which also includes external expertise, will advise IRZ on its role in current transformation processes in foreign countries, and focus on supporting reform projects for a social market economy and all the economic aspects relating to a strengthening of legal centres, in particular with respect to project selection and design. It will submit proposals to realise and implement the promotion of the social market economy.

Beiratsmitglieder / Members of the Advisory Council



Justizrat Richard Bock
Justizrat, Notar a.D., Generalbevollmächtigter der Bundesnotarkammer für internationale Angelegenheiten, Berlin



Götz Kaßmann
General Counsel, Leiter Recht, Compliance und Datenschutz, Schüco International KG, Bielefeld



Dr. Jenny Dvorak
OWG AG, Poing



Niels Lau
Abteilungsleiter Recht, Wettbewerb und Verbraucherpolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin



Thomas Fischer
Abteilungsleiter Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik, Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin



Dr. Norbert Schultes
Leiter des Referats EB6 im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz



Dr. Birgit Grundmann
(Sprecherin des Beirats)
Staatssekretärin a.D., Rechtsanwältin, BERBURG Steinmeyer Kamps Willing & Partner Rechtsanwälte mbB, Berlin



Dr. Oliver Vossius
Notar, Notariat Vossius & Engel, München



Stefan Hienzsch
Generalbevollmächtigter, BMW Bank GmbH, München



Prof. Dr. Stephan Wernicke
Chefjustitiar und Leiter Bereich Recht, Deutsche Industrie- und Handelskammer, Berlin

Vorstand / Board

Alexandra Albrecht
Hauptgeschäftsführerin der IRZ

Dr. Stefan Hülshörster
Geschäftsführer der IRZ

Mitglieder der IRZ / Members of IRZ

Bayer AG

Prof. Dr. Wilfried Bernhardt, Staatssekretär a.D.

Annette Böringer, Bundesanwältin beim Bundesgerichtshof

Clara Bünger, MdB, Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Bund Deutscher Rechtspfleger e.V.

Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen

Bundesnotarkammer

Bundesrechtsanwaltskammer

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Bundesverband deutscher Banken e.V.

Deutscher Anwaltverein e.V.

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V.

Deutscher Juristinnenbund e.V.

Deutscher Notarverein e.V.

Deutscher Richterbund e.V.

Lujo Fadé, Ministerialdirigent a.D.

Rainer Funke, Rechtsanwalt, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.

Dr. Birgit Grundmann, Rechtsanwältin, Staatssekretärin a.D.

Dr. Christian Johnson, Abteilungsleiter, Bundesamt für Justiz

Veronika Keller-Engels, Präsidentin des Bundesamts für Justiz

Dr. Christoph Konrad, Vorstandsmitglied, Verein zur Förderung der Wettbewerbswirtschaft e.V.

Dr. Günter Krings, MdB, Fraktion CDU/CSU im Deutschen Bundestag

Helge Limburg, MdB, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag

Markenverband e.V.

Dirk Mirow, Ministerialdirigent, Bundesministerium der Justiz

Dr. Anke Morsch, Präsidentin des Finanzgerichts des Saarlandes

Notarkammer Koblenz

Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft e.V.

Dr. Irene Pakuscher, Ministerialdirigentin, Bundesministerium der Justiz

Patentanwaltskammer München

Marianne Schieder, MdB, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Dr. Wolfgang Schmitt-Wellbrock, Ministerialdirektor a.D.

Alexander Straßmeir, Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Soziales Berlin

Stephan Thomae, MdB, Fraktion FDP im Deutschen Bundestag

Prof. Dr. Stefan Zimmermann, Notar a.D., Ehrenpräsident des Deutschen Notarvereins e.V.

Brigitte Zypries, Bundesministerin für Wirtschaft und Energie a.D.

Geschäftsführung

* Büro Berlin



Alexandra Albrecht
Hauptgeschäftsführerin
Vorstand

-66*



Dr. Stefan Hülshörster
Geschäftsführer
Vorstand

- 111

Referentinnen der Geschäftsführung



Maike Ruhlig - 139
Cecilia Szabó - 159



Vorzimmer



Ute Spies - 101

Büroorganisation Berlin

Rozan Asraf - 73*

Stabstelle Controlling



Viola Engelke
Sabine Farber

- 119
- 166

Ansprechperson für Korruptionsprävention

Viola Engelke - 119
E-Mail: korruptionspraevention@irz.de

Interne Datenschutzbeauftragte

Maike Ruhlig - 139
E-Mail: datenschutzbeauftragte@irz.de

Stabstelle Evaluation



Senior-Projektmanagement
Victoria Börner - 85*



Projektmanagement
David Neumann - 72*

Zentrale Dienste

Leitung (m.d.W.d.G.b.)

Yvonne Köhns - 115



Team Personal

Susanne Nikicicz
(Leitung) - 132



Birgit Schmitz - 165

Team Organisation/IT

Patricia Weykopf (Leitung) - 117



Team Finanzen/Buchhaltung

Yvonne Köhns (Leitung) - 115



Plamena Dimitrova - 158
Sabine Farber - 166
Gertrude Hüllen - 110
Kamila Lomaha - 125
Anita Stärk - 121

Team Vertrags- und Vergaberecht

Anna Schlange-Schöningen (Leitung) - 153
Beatrix Tatay (Leitung) - 134



Birgit Lellmann - 164

Reisestelle

Nicole Gnida - 122

Registratur

Judith Jakobs - 135



Arkadiusz Loboda - 131
Thorsten Holler - 143
Daniel Roth - 113



Koordination

* Büro Berlin



**Institutionelle Zuwendung
und Projektförderung**
Dr. Stefan Hülshörster - 111



**EU-Twinning und
EU-Action-Grants**
Katharina Tegeder - 138



**EU-Technical-Assistance und
EU-Grants**
Teresa Thalhammer - 114

Region Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien

Projektbereich 1



Leitung des Projektbereichs
Dr. Stefan Pürner - 103



**Stellvertretende Leitung,
Senior-Projekt-
management**
Dr. Arnd Wöhler - 124

Projektmanagement
Sabrina Ahmed - 65*

Region Georgien, Moldau

Projektbereich 2



Leitung des Projektbereichs
Frank Hupfeld - 137



**Stellvertretende Leitung,
Senior-Projektmanagement**
Anja Finke - 146



Projektmanagement
Leonie Baumann - 118
Khatuna Diasamidze - 172
Jan Schmieder - 105



Region Ukraine, Vietnam

Projektbereich 3



**Leitung des Projektbereichs,
Stellvertretende Leitung
Berliner Büro**
Angela Schmeink - 82*



**Stellvertretende Leitung,
Senior-Projekt-
management**
Wolfram Hertig - 142



Projektmanagement
Angela Lummel - 81*
Ruslana Rosa - 109
Mieke Hein - 63*

Region Armenien, Kasachstan sowie Hospitationsprogramme

* Büro Berlin

Projektbereich 4



Leitung des Projektbereichs
Tatiana Bovkun - 112

**Stellvertretende Leitung,
Senior-Projektmanagement**
Nata Ecker - 133



Projektmanagement
Rita Tenhaft - 108
Larisa Viklenko - 123
Amalia Wuckert - 107

Region Jordanien, Usbekistan sowie Nahost-Hospitationsprogramme

Projektbereich 5



Leitung des Projektbereichs
Sidi Mohamed Ould Khairy - 67*



Senior-Projektmanagement
Victoria Börner - 85*
Helene Philippsen - 116



Projektmanagement
Isabel Henzler Carrascal - 62*
Alina Matthies - 268*

Region Ägypten, Algerien, Marokko, Mauretanien, Sambia, Senegal, Tunesien sowie Kosovo

Projektbereich 6



Leitung des Projektbereichs
Mohamed Montasser Abidi - 64*



**Stellvertretende Leitung,
Senior-Projektmanagement**
Sonya Ouertani - 61*

Projektassistent
Roza Asraf - 73*

EU-Twinning und EU-Action-Grants

Projektbereich 7



Leitung des Projektbereichs
Katharina Tegeder - 138
Dr. Anja Schoeller-Schletter - 70*
(Frankophones Afrika)



Projektmanagement
Dr. Nina Müller - 161
Gereon Müller-Chorus - 168

EU-Grants, EU-Technical Assistance

* Büro Berlin

Projektbereich 8



Leitung des Projektbereichs
Teresa Thalhammer - 114



Senior-Projektmanagement
Trime Ahmeti - 148



Projektmanagement
Annette Conrad - 126
Dana Trajčev-Božić - 154

EU-Grants, EU-Technical Assistance

Projektbereich 9



Leitung des Projektbereichs
Nathalie Herbeck - 86*



Projektmanagement
Anastasia Schmieder - 83*

Satzung des eingetragenen Vereins Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit

(beschlossen in Bonn am 11. Mai 1992 von der Gründerversammlung;

geändert am 20. Oktober 1994
von der 2. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 13. November 1996
von der 4. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 9. November 2015 von der
23. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 7. Dezember 2016 von der
24. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 26. November 2018 von der
26. ordentlichen Mitgliederversammlung

geändert am 5. August 2022 durch Beschluss
gemäß § 5 Absatz 3 GesRuaCOVBekG*)

I. Grundlegende Bestimmungen

§ 1 Name, Eintragung

- (1) Der Name des Vereins ist „Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V.“. Der Verein führt die Kurzbezeichnung „IRZ e.V.“.
- (2) Der Verein ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Bonn eingetragen.

§ 2 Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Sitz des Vereins ist Bonn.
- (2) Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

§ 3 Zweck des Vereins

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinn des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins sind die Förderung und die Pflege der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechts im Sinn der Völkerverständigung, insbesondere die Unterstützung ausländischer Staaten beim Übergang in die soziale Marktwirtschaft im Bereich der Gesetzgebung und des Aufbaus der Rechtspflege sowie die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf diesem Gebiet.

* Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 569, 570), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist.

Statutes of the registered Association German Foundation for International Legal Cooperation

(Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit)

(adopted in Bonn on 11 May 1992 by the Assembly of Founding Members;

amended on 20 October 1994
by the Second Ordinary General Meeting;

amended on 13 November 1996
by the Fourth Ordinary General Meeting;

amended on 9 November 2015
by the Twenty-Third Ordinary General Meeting

amended on 7 December 2016
by the Twenty-Fourth Ordinary General Meeting

amended on 26 November 2018
by the Twenty-Sixth Ordinary General Meeting

amended on 5 August 2022 by resolution
in accordance with § 5 para 3 GesRuaCOVBekG*)

I. Basic provisions

Section 1 Name, entry

- (1) The Name of the Association shall be “German Foundation for International Legal Cooperation” (Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V.). The Association shall be referred to by the abbreviation “IRZ e.V.”.
- (2) The Association is entered in the Register of Associations of Bonn Local Court.

Section 2 Seat, business year

- (1) The seat of the Association shall be Bonn.
- (2) The business year shall correspond to the calendar year.

Section 3 Objective of the Association

- (1) The Association shall exclusively and directly pursue non-profit-making objectives within the meaning of the Part of the Tax Code (Abgabenordnung) which relates to “Objectives enjoying favourable fiscal treatment”. The objective of the Association shall be to promote and maintain international cooperation in the legal field in the context of understanding between peoples, in particular to support foreign states in transition to a social market economy in the legislative field, and in creating a system of the administration of justice, as well as to promote studies and research in this field.

- (2) Der Vereinszweck wird insbesondere durch Aufnahme und Entsendung von Sachverständigen, Beratung und Fortbildung von Fachleuten, Vermittlung und Vergabe von Stipendien und Praktikantenstellen, Erarbeitung von Gutachten, Austausch von Informationsmaterial und Übersendung von Gesetzestexten im In- und Ausland verwirklicht

§ 4 Finanzierung

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Der Verein finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuwendungen der öffentlichen Hand.
- (3) Zur Förderung der Vereinszwecke darf der Verein Vermögen erwerben.

§ 5 Verwendung der Mittel

- (1) Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (2) Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 6 Vermögensbindung

- (1) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke ist das Vermögen auf die Bundesrepublik Deutschland zu übertragen, die es ausschließlich und unmittelbar für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden hat.
- (2) Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamts ausgeführt werden.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

1. die Mitgliederversammlung,
2. das Kuratorium und
3. der Vorstand.

II. Mitgliedschaft

§ 8 Ordentliche Mitglieder

Ordentliche Mitglieder sind

1. natürliche und juristische Personen sowie andere rechtsfähige Personenvereinigungen aus verschiedenen Zweigen des Rechtswissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der Bundesrepublik Deutschland, die die Aufnahme beantragt haben und vom Kuratorium gewählt wurden,
2. je ein/e Abgeordnete/r der Fraktionen des Deutschen Bundestages, den/die jede Fraktion für die Dauer einer Legislaturperiode benennen kann, und

- (2) The objective of the Association shall be implemented at home and abroad, in particular by appointing and seconding experts, by providing consultation and further training to experts, by mediating in the award of and by awarding grants and trainee positions, by drafting reports, by exchanging documentation and by forwarding texts of statutes.

Section 4 Finance

- (1) The Association shall act altruistically; it shall not primarily pursue its own economic goals.
- (2) The Association shall be financed from Members' subscriptions, donations and public subsidies.
- (3) The Association may acquire assets in order to promote the objectives of the Association.

Section 5 Use of funds

- (1) The funds of the Association may be used only in pursuance of the objectives set out by the Statutes. The Members shall not receive any benefits from Association funds.
- (2) No person may be placed at an advantage by virtue of expenditure alien to the objective of the Association, or by disproportionately high payments.

Section 6 Binding of assets

- (1) On dissolution of the Association, or in the event of objectives enjoying favourable fiscal treatment ceasing to apply, the assets shall be assigned to the Federal Republic of Germany, which shall use them exclusively and directly for objectives enjoying favourable fiscal treatment.
- (2) Resolutions relating to the future use of the assets may not be implemented until the approval of the fiscal authorities has been obtained.

Section 7 Bodies of the Association

The bodies of the Association shall be

1. the General Meeting,
2. the Board of Trustees, and
3. the Board.

II. Membership

Section 8 Ordinary Members

Ordinary Members shall be

1. natural and legal persons as well as other associations of individuals with legal capacity from various sectors of the legal and economic life of the Federal Republic of Germany, who shall have applied for admission and be elected by the Board of Trustees,
2. one Member each of the parliamentary coalitions of the German Federal Parliament (Deutscher Bundestag), whom each parliamentary coalition may nominate for the duration of one legislative period, and

3. ein/e Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments, den dieses für die Dauer seiner Legislaturperiode benennen kann.

§ 9 Fördernde Mitglieder

Fördernde Mitglieder ohne Stimmrecht sind die vom Kuratorium gewählten natürlichen und juristischen Personen sowie rechtsfähigen Personenvereinigungen, die über besondere Erfahrungen auf den Gebieten der Rechtswissenschaft, der Gesetzgebung, der Wirtschaft oder der Rechtspraxis verfügen oder wegen ihrer Persönlichkeit besonders geeignet sind, den Vereinszweck zu fördern.

§ 10 Beginn und Ende der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft wird auf Antrag des/der Betroffenen durch Beschluss des Kuratoriums begründet.
- (2) Die Mitgliedschaft erlischt
 1. durch schriftlich erklärten Austritt,
 2. durch Ausschluss oder
 3. durch Tod, bei juristischen Personen durch Auflösung.

§ 11 Ausschluss eines Mitglieds

- (1) Ein Mitglied kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung wegen Schädigung des Ansehens oder der Interessen des Vereins oder aus einem anderen wichtigen Grund ausgeschlossen werden.
- (2) Vor der Beschlussfassung ist das Mitglied zu hören.
- (3) Der Beschluss über den Ausschluss ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.
- (4) Gegen den Beschluss ist binnen einer Frist von einem Monat die Berufung an die Mitgliederversammlung zulässig.
- (5) Mit der Mitteilung des Ausschlusses erlöschen alle Ämter, die das Mitglied im Verein innehat.

III. Mitgliederversammlung

§ 12 Aufgaben

Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:

1. Beratung und Empfehlungen zu Grundsätzen der Arbeit des Vereins,
2. Beschlussfassung über Satzungsänderungen,
3. Entgegennahme des Jahresabschlusses und des Jahresberichts des Vorstands,
4. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands,
5. Ausschluss von Mitgliedern,
6. Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums,
7. Regelung der Mitgliedsbeiträge und
8. Wahl des/der Wirtschaftsprüfers/in.

3. one Member of the European Parliament, whom the latter may nominate for the duration of its legislative period.

Section 9 Ancillary Members

Ancillary Members with no voting rights shall be the natural and legal persons as well as associations of individuals with legal capacity elected by the Board of Trustees who may possess special experience in the fields of law, legislation, economics or legal practice, or who may be particularly well suited by virtue of their personality to promote the objective of the Association.

Section 10 Commencement and termination of membership

- (1) Membership shall be established at the request of the concerned party by resolution of the Board of Trustees.
- (2) Membership shall lapse
 1. by virtue of retirement declared in writing,
 2. by virtue of exclusion, or
 3. by virtue of death, or in the case of legal persons by virtue of dissolution.

Section 11 Exclusion of a Member

- (1) A Member may be excluded by a resolution of the General Meeting as a result of detriment to the reputation or the interests of the Association, or for another important reason.
- (2) The Member shall be heard prior to the resolution being adopted.
- (3) The resolution relating to exclusion shall be communicated to the Member in writing.
- (4) An appeal to the General Meeting shall be admissible within the period of one month.
- (5) All offices held by the Member in the Association shall lapse on communication of exclusion.

III. General Meeting

Section 12 Tasks

The General Meeting shall have the following tasks:

1. to advise and to give recommendations regarding the principles of the work of the Association,
2. to adopt resolutions relating to amendments to the Statutes,
3. to take receipt of the Annual Financial Statements and of the Annual Report of the Board,
4. to adopt resolutions relating to the formal approval of the actions of the Board,
5. to exclude Members,
6. to elect members of the Board of Trustees,
7. to set Members' subscriptions, and
8. to elect the auditor.

§ 13 Ordentliche Mitgliederversammlung

- (1) Der/Die Präsident/in beruft in jedem Jahr eine ordentliche Mitgliederversammlung in Anwesenheit ein. Die Mitgliederversammlung kann bei begründetem Bedarf ohne oder in teilweiser Anwesenheit am Versammlungsort stattfinden und Mitgliederrechte können im Wege der elektronischen Kommunikation ausgeübt werden.
- (2) Die Mitglieder sind unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung mindestens sechs Wochen vor dem Tag der Versammlung schriftlich oder in Textform gemäß § 126b BGB einzuladen.

§ 14 Anträge

- (1) Anträge zur ordentlichen Mitgliederversammlung sind spätestens drei Wochen vor der Versammlung mit Begründung schriftlich oder in Textform gemäß § 126b BGB einzureichen. Dies gilt nicht für Änderungsanträge zu vorliegenden Anträgen.
- (2) Der/Die Präsident/in versendet die endgültige Tagesordnung spätestens zwei Wochen vor der ordentlichen Mitgliederversammlung an die Mitglieder.

§ 15 Außerordentliche Mitgliederversammlung

- (1) Der/Die Präsident/in kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.
- (2) Der/Die Präsident/in ist zur Einberufung verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel aller oder der stimmberechtigten Mitglieder eine außerordentliche Mitgliederversammlung unter Angabe des Zwecks und der Gründe schriftlich oder in Textform gemäß § 126b BGB beantragt. In diesem Fall sind die Mitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens vier Wochen vor dem Tag der Versammlung schriftlich oder in Textform gemäß § 126b BGB einzuladen.
- (3) § 14 gilt entsprechend.

§ 16 Teilnahme des Kuratoriums

Zu den Mitgliederversammlungen sind die Mitglieder des Kuratoriums und des Vorstands einzuladen. Sie sollen teilnehmen und haben beratende Stimme.

§ 17 Vorsitz

Der/Die Präsident/in leitet die Mitgliederversammlung.

§ 18 Stimmrecht

Jedes anwesende ordentliche Mitglied hat in der Versammlung eine Stimme. Eine juristische Person oder eine andere rechtsfähige Personenvereinigung kann sich durch eine/n schriftlich Bevollmächtigte/n vertreten lassen.

§ 19 Beschlussfähigkeit

- (1) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

Section 13 Ordinary General Meeting

- (1) The President convenes an in-person Ordinary General Meeting every year. The General Meeting may be held without or in partial attendance at the place of the meeting on justifiable grounds, and members' rights may be exercised via electronic communication.
- (2) Members will be invited in writing or in text form in accordance with § 126b BGB (German Civil Code) and stating the provisional agenda at least six weeks prior to the date of the meeting.

Section 14 Motions

- (1) Motions for the Ordinary General Meeting must be submitted in writing or in text form in accordance with § 126b BGB no later than three weeks before the meeting, and with a written statement detailing the reasons for the motion. This shall not apply in respect of motions for amendments relating to existing motions.
- (2) The President shall forward the final agenda to the Members at the latest two weeks prior to the Ordinary General Meeting.

Section 15 Extraordinary General Meeting

- (1) The President may call an Extraordinary General Meeting.
- (2) The President must convene an Extraordinary General Meeting if at least one quarter of all or the voting members request a meeting in writing or in text form in accordance with § 126b BGB, stating the purpose and reasons for such request. In this case, the members must be invited in writing or in text form in accordance with § 126b BGB at least four weeks before the date of the meeting, stating the agenda.
- (3) Section 14 shall apply mutatis mutandis.

Section 16 Participation of the Board of Trustees

The members of the Board of Trustees and of the Board shall be invited to the General Meetings. They are to attend and shall have advisory capacity.

Section 17 Chair

The President shall take the Chair at the General Meeting.

Section 18 Voting rights

Each Ordinary Member present shall have one vote in the Meeting. A legal person or another association of individuals with legal capacity may be represented by a proxy appointed in writing.

Section 19 Quorum

- (1) The General Meeting shall be quorate if at least one-quarter of the Voting Members is present.

- (2) Bei Beschlussunfähigkeit muss der/die Präsident/in eine Stunde später eine neue Mitgliederversammlung nach § 15 einberufen. Diese Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Die §§ 20 und 25 bleiben unberührt.

§ 20 Stimmenmehrheit und Beschlussfassung

- (1) Alle Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, mit einfacher Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst.
- (2) Ein Beschluss ist mit oder ohne Versammlung der Mitglieder gültig, wenn alle Mitglieder beteiligt wurden, bis zu dem vom Verein gesetzten Termin mindestens die Hälfte der Mitglieder ihre Stimmen schriftlich oder in Textform gemäß § 126b BGB abgegeben haben und der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wurde.

§ 21 Satzungsänderungen

- (1) Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten und der Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder.
- (2) Änderungen des Vereinszwecks bedürfen einer Mehrheit von vier Fünfteln aller stimmberechtigten Mitglieder.
- (3) Änderungen nach den Absätzen 1 und 2 werden erst mit Zustimmung des/der für Justiz zuständigen Bundesministers/in wirksam.

§ 22 Ergänzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung kann während der Mitgliederversammlung durch Dringlichkeitsanträge ergänzt werden; dies gilt nicht für Anträge auf Änderung der Satzung oder Auflösung des Vereins. Eine Ergänzung setzt voraus, dass zwei Drittel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder sich dafür aussprechen. Für Änderungsanträge zu vorliegenden Anträgen bedarf es keiner Ergänzung.

§ 23 Niederschrift

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die der/die Präsident/in und der/die Protokollführer/in unterzeichnen. Abweichende Meinungen sind auf Antrag zu Protokoll zu nehmen.

§ 24 Ausschluss von der Teilnahme

Ein Mitglied kann an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn es sich um seine persönlichen Angelegenheiten handelt.

§ 25 Auflösung des Vereins

- (1) Der Verein wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten und der Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder aufgelöst.
- (2) Zu einer Mitgliederversammlung, die über die Auflösung beschließen soll, muss das Kuratorium abweichend von § 13 Abs. 2 zwei Monate vor der Sitzung schriftlich einladen.
- (3) Zum Nachweis der Einladung kann der Vorstand in der Mitgliederversammlung versichern, dass er auf Veranlassung des Präsidenten/der Präsidentin den Mitgliedern eine Einladung unter Bekanntgabe der Tagesordnung durch eingeschriebenen Brief zugesandt hat.

- (2) If there is no quorum, the President must call a new General Meeting one hour later in accordance with Section 15. This General Meeting shall be quorate irrespective of the number of Members present. Sections 20 and 25 shall remain unaffected thereby.

Section 20 Majority vote and resolutions

- (1) Unless otherwise set out by the Statutes, all resolutions of the General Meeting shall be passed by a simple majority of Voting Members present.
- (2) A resolution shall be valid with or without a meeting of the members if all members have been involved, at least half of the members have cast their votes in writing or in text form in accordance with § 126b BGB by the deadline set by the Association and the resolution has been passed with the required majority.

Section 21 Amendments to the Statutes

- 1) Amendments to the Statutes shall require a majority of three-quarters of the Voting Members present and half of all Voting Members.
- (2) Amendments to the objective of the Association shall require a majority of four-fifths of all Voting Members.
- (3) Amendments in accordance with paragraphs 1 and 2 shall not become effective until approved by the Federal Minister responsible for Justice.

Section 22 Addition to the agenda

The agenda may be added to during the General Meeting by virtue of privileged motions; this shall not apply to motions for amendments to the Statutes, nor to the dissolution of the Association. A supplement shall be conditional on the approval of two-thirds of the Voting Members present. No addition shall be required for motions to amend the existing motions.

Section 23 Minutes

Minutes shall be produced of the resolutions of the General Meeting, to be signed by the President and the Secretary. Derogating opinions shall be included in the minutes on request.

Section 24 Exclusion from participation

A Member may not participate in the deliberations or in voting if his/her personal affairs are concerned thereby.

Section 25 Dissolution of the Association

- (1) The Association shall be dissolved by a resolution of the General Meeting, passed with a three-quarters majority of the Voting Members present and half of all Voting Members.
- (2) In derogation from Section 13 paragraph 2, the Board of Trustees must issue written invitations to a General Meeting that is to decide on dissolution two months prior to the meeting.
- (3) In order to prove the invitation, the Board may confirm in the General Meeting that it sent by registered mail an invitation to the Members, stating the agenda, at the request of the President.

IV. Kuratorium

§ 26 Aufgaben

- (1) Das Kuratorium hat folgende Aufgaben:
 1. Wahl der ordentlichen Mitglieder nach § 8 Nr. 1 und der fördern- den Mitglieder des Vereins,
 2. Bestellung und Abberufung des Vorstands, die der Zustimmung des/der für Justiz zuständigen Bundesminister/in bedürfen, und Überwachung der Tätigkeit des Vorstands,
 3. gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins gegen- über dem Vorstand,
 4. Beschlussfassung über die Richtlinien für die Arbeit des Vereins,
 5. Beschlussfassung über die vom Vorstand vorbereiteten mittel- und langfristigen Planungen,
 6. Beschlussfassung über die vom Vorstand aufgestellten Entwürfe der Wirtschafts-, Finanz-, Stellen- und Investitionspläne,
 7. Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Jahresbe- richts des Vorstands sowie Empfehlung hinsichtlich der Entlastung des Vorstands an die Mitgliederversammlung,
 8. Erlass der Geschäftsordnung des Vorstands.
- (2) Der Vorstand hat auf Verlangen des Präsidenten/der Präsidentin oder des Kuratoriums diesem/r Auskünfte über alle Angelegenheiten zu geben, welche die Geschäftsführung des Vereins betreffen.

§ 27 Mitglieder des Kuratoriums

- (1) Das Kuratorium besteht aus:
 1. dem Präsidenten/der Präsidentin,
 2. acht Mitgliedern, welche die Mitgliederversammlung aus dem Kreis der Vereinsmitglieder nach § 8 Nr. 1 auf die Dauer von zwei Jahren wählt, wobei anstelle eines Vereinsmitglieds, das eine juristische Person oder eine andere rechtsfähige Personenver- einigung ist, eines ihrer satzungsgemäß vertretungsberechtigten Organmitglieder oder eine auf die Dauer der Wahlperiode dazu bevollmächtigte Person wählbar ist; geheime Wahl findet statt, sofern ein Vereinsmitglied dies beantragt,
 3. dem/der Vorsitzenden des für Rechtsfragen zuständigen Aus- schusses des Deutschen Bundestages oder einem/r von ihm/ihr benannten ständigen Vertreter/in,
 4. dem/der Vorsitzenden des für Haushaltsfragen zuständigen Aus- schusses des Deutschen Bundestages oder einem/r von ihm/ihr benannten ständigen Vertreter/in,
 5. drei Mitgliedern, welche die Konferenz der Justizministerinnen und -minister der Länder der Bundesrepublik Deutschland für jeweils zwei Jahre benennt,
 6. zwei Mitgliedern, die der/die für Justiz zuständige Bundesminis- ter/in benennt,
 7. bis zu fünf Mitgliedern, die der/die für Justiz zuständige Bundes- minister/in im Einvernehmen mit dem Präsidenten/der Präsidentin und den Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen jeweils für zwei Jahre benennen kann, und die aufgrund ihrer Persönlichkeit, ihres Tätig- keitsfeldes oder ihrer beruflichen Erfahrung, insbesondere auf den Gebieten der Rechtswissenschaft oder der Wirtschaft, besonders geeignet erscheinen, den Vereinszweck zu unterstützen und

IV. Board of Trustees

Section 26 Tasks

- (1) The Board of Trustees shall have the following tasks:
 1. to elect the Ordinary Members in accordance with Section 8 paragraph 1 No. 1 and the Ancillary Members of the Association,
 2. to appoint and dismiss the Board, which shall require the approval of the Federal Minister responsible for Justice, and to supervise the activities of the Board,
 3. to represent the Association in and out of court in respect of the Board,
 4. to adopt resolutions regarding the guidelines for the work of the Association,
 5. to adopt resolutions regarding medium- and long-term planning prepared by the Board,
 6. to adopt resolutions regarding the draft economic, financial, staff and investment plans formulated by the Board,
 7. to establish the Annual Financial Statements and approve the Annual Report of the Board, as well as to make recommendations to the General Meeting as to approval of the actions of the Board,
 8. to issue Rules of Procedure of the Board.
- (2) At the request of the President or of the Board of Trustees, the Board shall provide the former with information regarding all matters con- cerning the management of the Association.

Section 27 Members of the Board of Trustees

- (1) The Board of Trustees shall consist of:
 1. the President,
 2. eight Members to be elected by the General Meeting from among the Members of the Association pursuant to Section 8 No. 1 for the period of two years; instead of a Member of the Association who is a legal person or another association of individuals with legal capacity, it is possible to elect one of the members of their execu- tive board, who is authorized to act as a representative pursuant to the Statutes, or a person who is authorised to represent such legal person or association for the election period; the election shall be held by secret ballot if a Member of the Association so requests,
 3. the Chairperson of the Committee in charge of Legal Issues of the German Federal Parliament or a permanent representative nominated by the latter,
 4. the Chairperson of the Committee in charge of Budgetary Issues of the German Federal Parliament or a permanent representative nominated by the latter,
 5. three Members nominated by the Conference of Ministers of Justice of the Länder of the Federal Republic of Germany for two years each,
 6. two Members nominated by the Federal Minister responsible for Justice,
 7. up to five Members who may be nominated by the Federal Minis- ter of Justice, in agreement with the President and the Vice-Pres- idents, for two years each, and who by virtue of their personality, field of activity or professional experience, in particular in the areas of law or of the economy, appear especially well suited to support the objective of the Association, and

8. vier Mitgliedern, die das Auswärtige Amt, der/die für die Finanzen zuständige Bundesminister/in, der/die für Wirtschaft zuständige Bundesminister/in und der/die für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zuständige Bundesminister/in jeweils für zwei Jahre benennen.

Ein Mitglied kann sich nur durch ein anderes Mitglied vertreten lassen.

- (2) Sind Mitglieder nach Absatz 1 Nr. 5 nicht benannt, so werden ihre Aufgaben einstweilen von dem/der Vorsitzenden der Konferenz der Justizministerinnen und -minister der Länder der Bundesrepublik Deutschland für die Zeit bis zu einer solchen Benennung wahrgenommen.
- (3) Alle erforderlich werdenden Nachwahlen oder Nachbenennungen erfolgen für die verbleibende Dauer der jeweiligen Wahlperiode.
- (4) Die Mitglieder des Kuratoriums sind ehrenamtlich tätig. Entstehende Aufwendungen werden nach Maßgabe der Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes ersetzt.

§ 28 Wahl des Präsidenten/der Präsidentin

- (1) Das Kuratorium wählt für die Dauer von zwei Jahren einen Präsidenten/eine Präsidentin, der/die nicht dem Verein anzugehören braucht und zwei Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen.
- (2) Die Wahl des Präsidenten/der Präsidentin und der Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen bedarf der Zustimmung der/des für Justiz zuständigen Bundesministers/in.
- (3) Im Falle einer Neuwahl bleiben der bisherige Präsident/die bisherige Präsidentin bzw. die Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen bis zur Bestätigung der Amtsnachfolge durch den/die für Justiz zuständigen Bundesminister/in im Amt.

§ 29 Aufgaben des Präsidenten/der Präsidentin

Der Präsident/Die Präsidentin hat – außer den sonstigen in der Satzung genannten – folgende Aufgaben:

1. Er/Sie repräsentiert den Verein unbeschadet der gesetzlichen Vertretungsmacht des Vorstands.
2. Er/Sie beruft die Sitzungen des Kuratoriums ein und leitet sie.
3. Er/Sie vertritt das Kuratorium zwischen den Sitzungen.
4. Bei unaufschiebbaren Entscheidungen des Vorstands, die der Zustimmung des Kuratoriums bedürfen, kann er/sie die Zustimmung anstelle des Kuratoriums erteilen. In diesem Fall hat er/sie dem Kuratorium unverzüglich zu berichten.
5. In besonderen Eilfällen kann er/sie Entscheidungen des Kuratoriums im Umlaufverfahren herbeiführen. Er/Sie stellt fest, dass ein Beschluss des Kuratoriums zustande gekommen ist, wenn die Mehrheit der Mitglieder des Kuratoriums schriftlich zugestimmt hat.
6. Er/Sie kann an Sitzungen der Ausschüsse und Beiräte teilnehmen.

§ 30 Sitzungen

- (1) Die Sitzungen des Kuratoriums sollen zweimal jährlich in Anwesenheit stattfinden. Sie können bei begründetem Bedarf ausnahmsweise oder in teilweiser Anwesenheit am Versammlungsort stattfinden und Mitgliederrechte können im Wege der elektronischen Kommunikation ausgeübt werden.

8. four Members nominated by the Federal Foreign Office, the Federal Minister responsible for Finance, the Federal Minister responsible for Economics and the Federal Minister responsible for Economic Cooperation, for two years each.

A Member may only be represented by another Member.

- (2) If no Members have been nominated in accordance with paragraph 1 No. 5, their tasks shall be carried out in the intervening period by the Chairperson of the Conference of Ministers of Justice of the Länder of the Federal Republic of Germany for the period until such nomination.
- (3) All necessary subsequent elections or nominations shall be effected for the remaining duration of the respective term of office.
- (4) The Members of the Board of Trustees shall act on an honorary basis. All and any expenses incurred shall be reimbursed in accordance with the provisions of the Federal Travel Expenses Act (Bundesreisekostengesetz).

Section 28 Election of the President

- (1) The Board of Trustees shall elect its President, who need not belong to the Association, and two Vice-Presidents, for a period of two years.
- (2) The election of the President and the Vice-Presidents shall require the approval of the Federal Minister responsible for Justice.
- (3) In the event of a re-election, the previous President and the Vice-Presidents shall remain in office until confirmation of the successors by the Federal Minister responsible for Justice.

Section 29 Tasks of the President

The President shall have the following tasks in addition to the other tasks named in the Statutes:

1. He/she shall represent the Association, irrespective of the statutory power of the Board to represent it.
2. He/she shall call and chair meetings of the Board of Trustees.
3. He/she shall represent the Board of Trustees between the meetings.
4. In the event of decisions of the Board that cannot be postponed requiring the approval of the Board of Trustees, he/she may give approval in place of the Board of Trustees. In such cases he/she shall inform the Board of Trustees without delay.
5. In particularly urgent cases, he/she may effect decisions of the Board of Trustees by circulating the agenda amongst the members of the Board. He/she shall decide that a resolution of the Board of Trustees has come into being if the majority of the Members of the Board of Trustees has approved in writing.
6. He/she may attend meetings of the committees and advisory councils.

Section 30 Meetings

- (1) The meetings of the Board of Trustees shall be held in-person twice a year. They may be held exceptionally or in partial attendance at the place of the meeting on justifiable grounds, and members' rights may be exercised via electronic communication.

- (2) Das Kuratorium fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der Präsident/in. Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mindestens vier Mitglieder anwesend sind. Ein Beschluss ist mit oder ohne Versammlung der Mitglieder gültig, wenn alle Mitglieder beteiligt wurden, bis zu dem vom Verein gesetzten Termin mindestens die Hälfte der Mitglieder ihre Stimmen schriftlich oder in Textform gemäß § 126b BGB abgegeben haben und der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wurde.
- (3) Ein Mitglied des Kuratoriums nimmt an den Beratungen und Abstimmungen nicht teil, wenn es sich um seine/ihre persönliche Angelegenheit handelt.
- (4) Die Mitglieder des Vorstands nehmen an den Sitzungen des Kuratoriums mit beratender Stimme teil. Der/Die Präsident/in kann auch andere Personen zu den Sitzungen des Kuratoriums einladen.

§ 31 Ausschüsse

- (1) Zur Vorbereitung seiner Sitzungen kann das Kuratorium aus seiner Mitte Ausschüsse bilden.
- (2) Das Kuratorium kann ferner aus seiner Mitte einen besonderen Ausschuss bilden, dem der Präsident/die Präsidentin, die Vizepräsidenten/die Vizepräsidentinnen, je ein von dem/der für Justiz zuständigen Bundesminister/in und von dem/der für Finanzen zuständigen Bundesminister/in benanntes Mitglied angehören, und diesen Ausschuss von Fall zu Fall ermächtigen, anstelle des Kuratoriums Entscheidungen zu treffen, soweit dies zwischen den Sitzungen des Kuratoriums erforderlich ist.

§ 32 Beiräte

Das Kuratorium kann zu seiner Beratung und derjenigen des Vorstands Beiräte berufen, deren Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise es in einer Geschäftsordnung niederlegt. An den Sitzungen der Beiräte können Vertreter/innen des/der für Justiz zuständigen Bundesministers/in teilnehmen.

§ 33 Prüfung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss ist unter Einbeziehung der Buchführung und des Geschäftsberichts, soweit er die Buchführung erläutert, durch eine/n Wirtschaftsprüfer/in zu prüfen, bevor er dem Kuratorium vorgelegt wird.

V. Vorstand

§ 34 Aufgaben

Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Aufgaben und Befugnisse der Mitglieder des Vorstands regelt die Geschäftsordnung des Vorstands. Er ist für alle Rechtsgeschäfte zuständig, die nicht gemäß § 26 dem Kuratorium vorbehalten sind.

- (2) The Board of Trustees shall effect its resolutions with the majority of votes of the Members present. In the event of a draw, the President shall have the casting vote. The Board of Trustees shall be quorate if at least four Members are present. A resolution is valid with or without a meeting of the members if all the members have been involved, at least half of the members have cast their votes in writing or in text form in accordance with § 126b BGB by the deadline set by the Association, and the resolution has been passed with the required majority.
- (3) A Member of the Board of Trustees shall not attend the deliberations or the voting if his/her personal affairs are concerned.
- (4) The Members of the Board shall attend the meetings of the Board of Trustees in an advisory capacity. The President may also invite other persons to attend the meetings of the Board of Trustees.

Section 31 Committees

- (1) The Board of Trustees may form committees from its members for the preparation of its meetings.
- (2) The Board of Trustees may, furthermore, form a special committee from its members, consisting of the President, the Vice-Presidents, and a further two Members, one each nominated by the Federal Minister responsible for Justice and by the Federal Minister responsible for Finance, and may empower such committee to take decisions in place of the Board of Trustees on a case-by-case basis, where such decisions are required between the meetings of the Board of Trustees.

Section 32 Advisory councils

The Board of Trustees may appoint advisory councils to advise it and the Board, the composition, tasks and functioning of which it shall set out in rules of procedure. Representatives of the Federal Minister responsible for Justice may attend the meetings of the advisory councils.

Section 33 Audit of the Annual Financial Statements

The Annual Financial Statements shall be audited by an auditor, including the accounting and the business report, where the latter refers to accounting, prior to submission to the Board of Trustees.

V. Board

Section 34 Tasks

The Board shall manage the business of the Association. The tasks and powers of the members of the Board shall be governed by the Rules of Procedure of the Board. It shall be competent in respect of all and any legal transactions not reserved to the Board of Trustees in accordance with Section 26.

§ 35 Zusammensetzung

- (1) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus dem/der Hauptgeschäftsführer/in und dem/der Geschäftsführer/in. Bei Meinungsverschiedenheiten gibt die Stimme des Hauptgeschäftsführers / der Hauptgeschäftsführerin den Ausschlag. Die Mitglieder des Vorstands vertreten den Verein je einzeln gerichtlich und außergerichtlich.
- (2) Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus dem Amt aus, so kann der/die Präsident/in jeweils bis zur Bestellung eines/einer Nachfolgers/ Nachfolgerin eine/n kommissarische/n Vertreter/in berufen. Die Berufung bedarf der Zustimmung des/der für Justiz zuständigen Bundesministers/Bundesministerin.
- (3) Soweit ein Vorstandsmitglied hauptberuflich tätig ist, erhält es eine angemessene Vergütung. Die Einzelheiten des Anstellungsverhältnisses werden von dem Präsidenten / der Präsidentin im Einvernehmen mit dem/der für Justiz zuständigen Bundesminister/in im Rahmen des Zuwendungs- und Tarifrechts festgelegt.

§ 36 Haftung

Die Mitglieder des Vorstands haften dem Verein für einen bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten verursachten Schaden nur bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

Section 35 Composition

- (1) The Board within the meaning of Section 26 of the Civil Code (BGB) shall consist of the General Director and the Director. In the event of differences of opinion, the General Director shall have the casting vote. The members of the Board shall represent the Association individually, both in and out of court.
- (2) In the event of a member of the Board leaving office early, the President may appoint a temporary deputy until such time as a successor is appointed. The appointment shall require the approval of the Federal Minister responsible for Justice.
- (3) Where a member of the Board acts full-time, he/she shall receive adequate payments. The details of the employment shall be defined by the President in agreement with the Federal Minister responsible for Justice pursuant to the benefits and collective bargaining law (Zuwendungs- und Tarifrecht).

Section 36 Liability

The members of the Board are only liable toward the Association for damages caused in the discharge of their duties in cases of wilful intent or gross negligence.

IRZ Berlin

Kronenstraße 1
D-10117 Berlin

Telefon: +49 (0)30 2000 900-80
Telefax: +49 (0)30 2000 900-88
Internet: www.irz.de
E-Mail: info@irz.de

IRZ Bonn

Udierstraße 92
D-53173 Bonn
Telefon: +49 (0) 228 95 55-0
Telefax: +49 (0) 228 95 55-100

IRZ Berlin

Kronenstraße 1
D-10117 Berlin

Telephone: +49 (0) 30 2000 900 - 80
Fax: +49 (0) 30 2000 900 - 88
Internet: www.irz.de
Email: info@irz.de

IRZ Bonn

Udierstraße 92
D-53173 Bonn
Telephone: +49 (0) 228 95 55-0
Fax: +49 (0) 228 95 55-100

Corporate Design

wanner und partner, Hannover

Satz und Layout

Atelier Hauer+Dörfler GmbH
Charlottenstraße 17
10117 Berlin
Deutschland
www.hauer-doerfler.de

Informationen zu den Partnerstaaten der IRZ

Auswärtiges Amt
der Bundesrepublik Deutschland

Fotos

Organigramm:
Peter-Paul Weiler
www.berlin-event-foto.de
Foto PSt Benjamin Strasser
(Kuratorium): BPA-Foto, Fotograf
Steffen Kugler; Foto Staatssekretär
Dirk Feuerberg; Mona Lorenz

Druck

Kern GmbH
In der Kolling 120
66450 Bexbach
Deutschland

Corporate design

wanner und partner, Hannover

Editing and layout

Atelier Hauer+Dörfler GmbH
Charlottenstraße 17
10117 Berlin
Germany
www.hauer-doerfler.de

Informations on the partner states of IRZ

Federal Foreign Office of the Federal
Republic of Germany

Photos

Organigramme:
Peter-Paul Weiler
www.berlin-event-foto.de
Photo PSt Benjamin Strasser (Board of
Trustees): BPA-Foto, photographer
Steffen Kugler;
Photo Staatssekretär Dirk Feuerberg;
Mona Lorenz

Printed by

Kern GmbH
In der Kolling 120
66450 Bexbach
Germany

